

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**

---

**Band 115/X**

# **Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie X**

**Von**

**Jürgen G. Backhaus, Hans Ch. Binswanger,  
Gottfried Eisermann, Karl Hardach, Noboru Kobayashi,  
Karl-Heinz Schmidt, Erich Streissler**

**Herausgegeben von Bertram Schefold**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 115/X**

**SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 115/X**

---

**Studien zur Entwicklung  
der ökonomischen Theorie X**



**Duncker & Humblot · Berlin**

# Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie X

Von

Jürgen G. Backhaus, Hans Ch. Binswanger,  
Gottfried Eisermann, Karl Hardach, Noboru Kobayashi,  
Karl-Heinz Schmidt, Erich Streissler

Herausgegeben von Bertram Schefold



**Duncker & Humblot · Berlin**



CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie** / hrsg. von Harald Scherf. – Berlin: Duncker und Humblot.

(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; N. F., Bd. 115)

Teilw. hrsg. von Fritz Neumark. – Teilw. hrsg. von Bertram Schefold

NE: Scherf, Harald [Hrsg.]; Neumark, Fritz [Hrsg.]; Schefold, Bertram [Hrsg.]; Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Schriften des Vereins . . .

10. von Jürgen G. Backhaus . . . – 1990

ISBN 3-428-06978-1

NE: Backhaus, Jürgen

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1990 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Hagedornsatz, Berlin 46

Druck: Druckerei Gerike GmbH, Berlin 36

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-06978-1

## Vorwort

Friedrich Lists 200stes Geburtsjubiläum am 6. August 1989 veranlaßte den Dogmenhistorischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik, seine Arbeit in diesem Jahr unter das Thema „Friedrich List: Voraussetzungen und Folgen“ zu stellen. Am 19. und 20. September 1989 trafen sich die Mitglieder zu ihrer 10. Tagung in Tübingen, die Herr Starbatty in angenehmster Weise organisiert hatte. Großzügige Beiträge der Thyssen-Stiftung und der Landeszentralbank in Baden-Württemberg ermöglichten den Besuch von Herrn Kobayashi aus Japan. Für diese Unterstützungen sei herzlich gedankt. Herr Besters, Vorstandsmitglied der List-Gesellschaft, und Herr Wendler von der Fachhochschule Reutlingen, Autor mehrerer Bücher über Friedrich List und persönlicher Freund Noboru Kobayashis, nahmen als Gäste an der Sitzung teil. Im Gegenzug folgte eine ganze Reihe von Ausschußmitgliedern mit Dank der Einladung der List-Gesellschaft zu deren Tagung in Reutlingen anlässlich der 200sten Wiederkehr von Lists Geburtstag. Von den zahlreichen Veranstaltungen, die in Reutlingen zu diesem Jubiläum stattfanden, beeindruckte die Ausschußmitglieder insbesondere die sehenswerte Ausstellung im Stadtmuseum.

Als erster Referent widmete sich Herr Karl Hardach, Düsseldorf, dem Thema „Friedrich List als deutscher Industrialisierungsideologe. Beitrag zu einer wirtschaftshistorischen Wirkungsanalyse“. Hier ging es um die wechselnden Einschätzungen, die das Listsche Werk in Deutschland erfahren hat, und um die Rolle, welche die Aufgabe gemeinsamer wirtschaftlicher Entwicklung der Kleinstaaten für die deutsche Einigung spielte. In der Diskussion wurde der Versuch unternommen, zwischen den verschiedenen Formen des Nationalismus und der zugeordneten Integrationspolitik zu unterscheiden.

Herr Noboru Kobayashi, Tokio, berichtete in seinem Vortrag über „Friedrich Lists System der Sozialwissenschaft“ zunächst von der List-Forschung in Japan und von der Bedeutung des listschen Denkens für die ostasiatischen Länder. Die Charakterisierung der politischen Ökonomie Lists entwickelte er im folgenden aus dessen Schrift „Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung“, in der die Modernisierung der Landwirtschaft gefordert wird, um dadurch die Bildung eines großen Binnenmarktes zu fördern und das Staatswesen zu stärken — ein Gedanke, zu dem sich insbesondere bei Stuart wirtschafts- und dogmenhistorische Parallelen finden, wie das folgende Gespräch der Mitglieder zeigte, das in eine Kontroverse um Lists Wendung in der europäischen Politik hin zur Befürwortung eines Bündnisses mit England mündete.

Herr Karl-Heinz Schmidt, Paderborn, bemühte sich bei seinem Vortrag über „Lists Theorie der produktiven Kräfte“ vor allem darum, diesen komplexen

Gegenstand in einer „anschaulichen Theorie“ im Sinne Salins übersichtlich zusammenzufassen und mit den Begriffen der modernen Theorie der Wirtschaftspolitik zu belegen. Es zeigte sich, daß der moderne Standpunkt den Allokationsaspekt stärker betont, während List immer die dynamische Fortentwicklung der Institutionen und insbesondere des Staates mit bedachte, wofür es keine Modelle gibt. Andererseits bedeutet die Betonung immaterieller Güter bereits die Vorwegnahme einer Abkehr von der klassischen Position.

Die mit viel heiterem Beifall verdankte, ‚dogmenhistorisch relevante‘ Damenrede über Lorenz von Steins Schrift „Die Frau auf dem Gebiete der Nationalökonomie“ hielt Herr Ch. Binswanger, St. Gallen, am Abend des ersten Tages im Anschluß an eine Fußwanderung der Tagungsteilnehmer auf Schloß Hohenentringen.

Am folgenden Tag referierte Herr Gottfried Eisermann, Bonn, über „Friedrich Lists Lebenswerk“ in historischer Perspektive, wobei er dessen Darstellungskraft und politischen Willen hervorhob, die in nie endender Auseinandersetzung mit seiner Zeit hervortraten. Eine wissenschaftliche Leistung im systematischen Sinn wurde ihm jedoch abgesprochen. Gegenüber Diskussions Einwänden, die Ereignisse in Lists Leben seien teilweise von ihm selbst provoziert, so daß man ihm wirtschaftspolitische Kontinuität nicht absprechen könne, und in seinen Entwürfen zeige sich jenseits der kritischen Aufnahme der klassischen Theorie ein konstruktives Denken, betonte Herr Eisermann den Einfallsreichtum, mit dem List auf wechselnde Fragen immer wieder neue und oft geniale Antworten gefunden habe.

In seinem Referat „Karl Menger, der deutsche Nationalökonom“ wies Herr Erich Streissler, Wien, in seinen eine weitgespannte Lektüre zusammenfassenden Ausführungen nach, daß die österreichische Nationalökonomie des späten 19. Jahrhunderts in einer theoretischen deutschen Nationalökonomie des frühen 19. Jahrhunderts wurzelt, die vor, neben und mit der historischen Schule existierte und die wesentlichen Gedanken der Grenznutzenschule und der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung bereits in kritischer Auseinandersetzung mit den englischen Klassikern entwickelte. Mengers wirtschaftspolitischer Unterricht ging dagegen von Adam Smith aus. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich viel neoklassisches Gedankengut schon in vorklassischer Zeit bei englischen, französischen und italienischen Autoren des 18. Jahrhunderts findet und weiter zuvor bereits in der Scholastik. Bei den deutschen Ökonomen fehlt freilich eine scharfe theoretische Trennung der kurzen von der langen Periode, wie sie bei den englischen Klassikern bereits angelegt ist und dann von Marshall scharf herausgearbeitet wird.

Im letzten Referat beschäftigte sich Herr Jürgen G. Backhaus, Maastricht, mit der politischen Ökonomie der Schutzzolltheorie, indem er zuerst die Wirkungsgeschichte des Schutzzollarguments behandelte und anschließend theoretisch die Funktion des Schutzzolls bei List untersuchte. Die Bedingungen, unter denen der Schutzzoll überhaupt wirken und überdies zur Staatsfinanzie-

rung beitragen kann, wurden kontrovers diskutiert. Herr Backhaus betonte, daß der Staat bei List zu einer Industrialisierungspolitik nur fähig ist, wenn er sich auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Infrastruktur konzentriert und den Beamtenapparat, den List ja kritisierte, reformiert.

Für die Herausgabe dieser Schrift wurden die von ihren Verfassern im Lichte der Diskussionen überarbeiteten Referate redaktionell vereinheitlicht und in veränderter Reihenfolge zusammengestellt.

Im kommenden Jahr, dem zehnten seines Bestehens, wird sich der Ausschuß dem Thema „Die Darstellung der Wirtschaft und der Wirtschaftswissenschaften in der Belletristik“ zuwenden.

*Bertram Schefold*





## Inhaltsverzeichnis

Friedrich Lists Lebenswerk Von <i>Gottfried Eisermann</i> , Bonn .....	11
Friedrich Lists System der Sozialwissenschaft – von einem japanischen Forscher betrachtet Von <i>Noboru Kobayashi</i> , Tokyo .....	63
Lists Theorie der produktiven Kräfte Von <i>Karl-Heinz Schmidt</i> , Paderborn .....	79
Die politische Ökonomie der Schutzzolltheorie Von <i>Jürgen G. Backhaus</i> , Maastricht .....	103
Friedrich List als deutscher Industrialisierungsideologe. Beitrag zu einer wirtschaftshistorischen Wirkungsanalyse Von <i>Karl Hardach</i> , Düsseldorf .....	115
Carl Menger, der deutsche Nationalökonom Von <i>Erich Streissler</i> , Wien .....	153
Anhang: „Die Frau auf dem Gebiete der Nationalökonomie“ von Lorenz von Stein – Eine dogmenhistorisch relevante Damenrede Von <i>Hans Ch. Binswanger</i> , St. Gallen .....	197



# Friedrich Lists Lebenswerk

Von *Gottfried Eisermann*, Bonn

„*Et la patrie et l'humanité!*“

Friedrich Lists Motto,

freimaurerischen Ursprungs.

Das Werk und das Wirken des Volkswirts, Verwaltungsfachmanns, Publizisten, Politikers und Eisenbahn pioniers Friedrich List kann adäquat nur mit seinem Lebensweg und seinen Lebenserfahrungen gewürdigt und beurteilt werden. Dies unterscheidet ihn von allen anderen, in den Kanon der volkswirtschaftlichen Dogmengeschichte aufgenommenen Volkswirte, ganz abgesehen davon, daß wir von keinem anderen eine derart umfassende Ausgabe seiner Werke, Schriften und Briefe, ja sogar Reden besitzen<sup>1</sup>. Jedenfalls haben sich bei keinem anderen deutschen Volkswirt Leben und Werk wohl so völlig gegenseitig durchdrungen, hat Leben und Werk so stark eine Einheit gebildet wie bei Friedrich List. So wird man ein volles Verständnis seiner Theorien nur dann erlangen können, wenn man sie als die eines Mannes seines Zeitalters, als die eines in die leidenschaftlichen Kämpfe seiner Zeit verwickelten Angehörigen der liberal-nationalen Einheitsbewegung des vorigen Jahrhunderts betrachtet. Dennoch bleibt manches von Ungewißheit, ja von Geheimnis umwoben. Das gilt bereits für das Geburtsdatum, als das gemeinhin der 6. August 1789 gilt<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. F. List, Schriften, Reden, Briefe. Im Auftrag der Friedrich-List-Gesellschaft e. V. hrsg. von E. v. Beckerath, K. Goeser, F. Lenz, W. Notz, E. Salin, A. Sommer, Berlin 1927-1936. Vier der sechs Herausgeber habe ich noch persönlich gut gekannt, mit zweien davon war ich befreundet, so daß ich die innere Genugtuung habe, mich weitgehend mit ihnen in Übereinstimmung zu befinden.

<sup>2</sup> Dieses Datum erscheint im Taufregister. Niemand anderes als List selbst hat später, als ihm wegen seines noch nicht erreichten 30. Lebensjahres das Landtagsmandat streitig gemacht wurde, in Zweifel gezogen, daß es mit dem Geburtsdatum übereinstimme. Zur Jugendzeit Lists vgl. im folgenden P. Gehring, Friedrich Lists Jugend und Reifejahre 1789-1825, Tübingen 1964 und E. Wendler, Reutlingen und Friedrich List, Reutlingen 1989. Im übrigen sind aus der außerordentlich reichen List-Literatur hervorzuheben und wurden benutzt: A. Sommer, Friedrich Lists System (sic) der politischen Ökonomie (List-Studien H.1), Jena 1927; A. Meusel, List und Marx, Jena 1928; H. Ritschl, Friedrich Lists Leben und Lehre, Tübingen und Stuttgart 1947; C. Brinkmann, Friedrich List, Berlin und München 1949; F. Lenz, Friedrich List. Der Mann und das Werk, 2. Aufl., Vorwort von G. Eisermann, Aalen 1970; W. Henderson, Friedrich List, Düsseldorf-Wien 1984. Was Lists politische Einstellung anbelangt, so sah er für Deutschland allein die „konstitutionell-monarchische Regierungsform“ als richtig an, was dem „Aufkommen eines freien, industriellen und reichen Bürgertums“ entsprach (F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 37f. und S. 343.); er war also liberal und national und weder liberalistisch noch nationalistisch

Der Sohn einer achtbaren und begüterten Weißgerberfamilie war der zweite Sohn und das achte Kind in der Geschwisterreihe<sup>3</sup>. Als sein Vater, ein angesehener Bürger, der in die politischen Kämpfe Reutlingens verwickelt wurde, waren ihm doch früh öffentliche Ämter übertragen worden, später starb, vermochte er seinen Kindern ein ansehnliches Vermögen zu hinterlassen. Friedrich List war damals, am 23. Oktober 1813, drei Tage nach der Völkerschlacht bei Leipzig, vierundzwanzig Jahre alt.

Nach dem Besuch der Reutlinger Lateinschule, folgte List seinem älteren Bruder in die väterliche Weißgerberwerkstatt. Bald stellte sich heraus, daß er hierfür weder Neigung noch Talent besaß. War er in der Schule bereits als Leseratte von Romanen, Reise- und Länderbeschreibungen und sonstiger unterhaltender Literatur aufgefallen, so entzog er sich zum gleichen Ziel nicht selten der Werkstatt. Dessen ungeachtet war sein politisches Interesse, gleichsam hereditär begründet, bereits früh geweckt worden. „Geboren in einer deutschen Reichsstadt“, hat er später stolz konstatiert, „war mein demokratischer Sinn historischen Ursprungs“<sup>4</sup>. So habe er „schon in früher Jugend an politischen Dingen Geschmack gefunden“ und in seiner Vaterstadt seine „politische Schule“ durchgemacht<sup>5</sup>.

Als Knabe hatte List erlebt, wie 1795 zunächst einige hundert französische Emigranten nach Reutlingen kamen, im Juli 1796 drangen dann die revolutionären französischen Truppen ein und karnpierten, hungrig und durstig, in ihren zerrissenen Uniformen auf dem Marktplatz und in den Straßen, um bereits zwei Tage später wegzuziehen. Aber sie hinterließen der Stadt infolge Kriegskontributionen, Naturalleistungen usw. eine hohe Verschuldung. Zunächst folgenreicher war die politische Umschichtung innerhalb der Stadtverwaltung, bei der es Friedrich Lists Vater zum Vizebürgermeister brachte. „Da begab sich die französische Revolution“, erinnerte er sich später rückblickend auf diese Ereignisse<sup>6</sup>.

„Längst ist man sich darüber einig, daß nicht bloß der Ausbruch roher Gewalt, sondern das Erwachen des menschlichen Geistes, welcher sich in den alten Formen beengt fühlte, diese große Erscheinung bewirkte. Dies war der Wendepunkt einer Umgestaltung der politischen Formen und des politischen Geistes in Deutschland“<sup>7</sup>.

Aber wenn Friedrich List auch die politische Umgestaltung des Deutschen Reiches infolge der Französischen Revolution mit ihren Leitgedanken Freiheit,

eingestellt. Vgl. hierzu auch F. Lenz, *Friedrich Lists Staats- und Gesellschaftslehre*, Neuwied und Berlin 1967, insbesondere S. 22f. und 29.

<sup>3</sup> Hinsichtlich der soziologischen Signifikanz der Position in der Geschwisterreihe für den späteren Lebensweg vgl. G. Eisermann, *Die Lehre von der Gesellschaft*, 3. Aufl., Stuttgart 1973, S. 63-65.

<sup>4</sup> F. List, a. a. O., Bd. III, S. 483.

<sup>5</sup> Ebenda, Bd. VIII, S. 10 u. 70.

<sup>6</sup> Ebenda, Bd. I/1, S. 286.

<sup>7</sup> Ebenda.

Gleichheit und Brüderlichkeit begrüßte, so bedauerte er doch, daß die damit gleicherweise hereinbrechende absolutistische Bürokratie die demokratische reichsstädtische Verfassung seiner Vaterstadt zerschlug.

„Aber noch stand die alte deutsche Reichsverfassung (zunächst) mit ihren hundert gotischen Schnörkeln, und vergeblich stritt die Vernunft gegen tausendjährige Formen und gegen vom grauen Altertum angestammte Selbstsucht. Solange diese Verfassung stand, war an kein Besserwerden zu denken. Da schleuderte die Vorsehung einen Blitzstrahl in das morsche Gebäude, daß es in Trümmer fiel. Dies ist die zweite Wohltat, welche wir der Französischen Revolution zu danken haben“<sup>8</sup>.

Sogar Goethe deutete dann 1813 im Gespräch mit Heinrich Luden wohl ganz im Sinne von List die eigentlichen Errungenschaften der französischen Revolution als „die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland“<sup>9</sup> an.

Bereits 1802 war indes Reutlingen — List zählte damals erst dreizehn Jahre — dem von Napoleon geschaffenen Königreich Württemberg als Teil der Entschädigung für von Frankreich annektierte linksrheinische Gebiete einverleibt worden. Das Ganze geschah im Zuge der nach französischem Vorbild geschaffenen und mit der Beseitigung aller historisch gewachsenen Sonderrechte zentralistischen Neuordnung. Zu den unmittelbar spürbaren Veränderungen unter Württemberger Herrschaft gehörten nicht zuletzt die neuen Militärverhältnisse mit ihren Aushebungen. Auch erteilte König Friedrich, französischem Vorbild folgend, Reutlingen neben einigen anderen Städten das offizielle Prädikat „gute Stadt“, was sie berechtigte, von 1815 an einen eigenen Landtagsabgeordneten nach Stuttgart zu schicken, was sich für Friedrich List folgenschwerer erweisen sollte. Vorerst gelang es Friedrich List 1813, sich als „Defectuooser“ gewisser Gebrechen wegen vom Soldatendienst befreien zu lassen.

Sein Lebensweg hatte indes bereits zuvor eine entscheidende Wende genommen, ohne die wir wohl schwerlich je von ihm in der Wissenschaft gehört hätten<sup>10</sup>. Seine Familie nämlich war ratlos, was sie mit ihm, der weder große Neigungen beim Schulbesuch, noch zur Gerberlehre an den Tag gelegt hatte, anfangen wollte, und machte sich Sorgen, was aus ihm werden sollte. Die sonst nicht gerade durchweg glücklichen politischen Veränderungen boten da mit dem Beruf des Schreibers, einer mittleren Verwaltungslaufbahn mit großer württembergischer Tradition, einen willkommenen Ausweg. So trat List seine Lehrzeit, die überwiegend praktischer Natur war, theoretische Kenntnisse spielten hierbei kaum eine Rolle, als sogenannter Inspizient im Herbst 1805 in Blaubeuren beim

---

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Vgl. W. Treue, *Deutsche Geschichte*, 5. Aufl., Stuttgart 1978, S. 493. Hinsichtlich des politischen Hintergrunds des fraglichen Zeitraums vgl. G. Eisermann, *Die Grundlagen des Historismus in der deutschen Nationalökonomie*, Stuttgart 1956, S. 20-41. Grundlegend noch immer F. Schnabel, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, 2. Bd., 2. Aufl., Freiburg 1949.

<sup>10</sup> Vgl. F. Gehring, a. a. O., S. 39-41.



dortigen Stadtschreiber, einem promovierten Juristen, an. Bereits im Herbst 1808 konnte er beim Königl. Finanzdepartement in Stuttgart seine erste Laufbahnprüfung ablegen. Anschließend war er auf verschiedenen Ämtern, zuletzt 1810 auf der Stadtschreiberei in Ulm, tätig und hatte Gelegenheit, ausführlich die Probleme, die mit der Neuordnung durch die zentralistische württembergische Verwaltungsorganisation einschließlich der Besetzung der entscheidenden neuen Positionen durch württembergische Beamte verbunden waren, gleichsam von der Pike auf kennen zu lernen.

Hier herrschte jener „schneidende Luftzug“ (Ranke) des modernen Staates, der nur als nützlich und förderlich ansieht, was dem zentralistischen Staat und seiner Machtfülle gut dünkt. Jedenfalls war es ein anderer Geist als der, welcher bei den Preußischen Reformen unter Stein und Hardenberg geherrscht hatte. Dort sollte gerade durch Beseitigung der staatlichen Bevormundung und die Schaffung der Verwaltungskontrolle durch die Bürgerschaft der Gemeinsinn wie die Initiative geweckt und das Wirtschaftsleben belebt werden. Hierbei wurde Rechtsgleichheit und freie Konkurrenz im Wirtschaftsleben angestrebt. Bereits im November 1810 wurde derart in Preußen die freie Gewerbeausübung, hergestellt, 1811 die zweite Phase der Agrarreform eingeleitet und 1812 die bürgerliche und wirtschaftliche Emanzipation der Juden, also ihre Rechtsgleichheit, hergestellt. Hier ist nicht der Ort, davon zu reden, welche Mängel alledem anhafteten, sondern daß dieses Reformwerk von einer Beamtenschaft getragen und durchgeführt wurde, die im Geiste von Kant und seinem Königsberger Kollegen Christian Jakob Kraus (1753-1807), der ein entschiedener Anhänger Adam Smiths war<sup>11</sup>, erzogen worden war. Hinsichtlich der Praxis des Reformwerks war vielleicht noch aufschlußreicher die Verwirklichung des Grundsatzes der Selbstverwaltung in der Städteordnung vom 18./19. 11. 1808, wobei deutsche mittelalterliche Erfahrungen mit revolutionärer französischer Munizipalverfassung verbunden wurden.

Aber nicht theoretische oder philosophische Lehrsätze beflügelten Friedrich List, in solchem Geist in der Verwaltungspraxis tätig zu werden, sondern die Erfahrungen und die Lehren, die das Leben ihm von Anfang an erteilte. Hatte man doch seine Mutter, nachdem sie Witwe geworden war, einer geringfügigen

---

<sup>11</sup> „Zu seinen (sc.: Kraus) Füßen saß ein großer Teil der Männer, die später bei der preußischen Reformgesetzgebung eine maßgebende Rolle spielten“, und der Chef des ostpreußischen Provinzialdepartements „machte es allen Studierenden, die bei ihm eingestellt werden wollten, zur Pflicht, sich darüber auszuweisen, daß sie die Vorlesungen von Kraus mit Erfolg gehört hätten“ (P. Mombert, *Geschichte der Nationalökonomie*, Jena 1927, S. 267; Mombert war übrigens Lehrstuhlkollege von Lenz in Gießen und ihm in seinen Anschauungen eng verbunden.). Wir begnügen uns hier mit diesem Hinweis. Vgl. auch W. Treue, *Adam Smith in Deutschland*, in: *Deutschland und Europa* (Hans-Rothfels-Festschrift), Düsseldorf 1951, S. 101 ff. Interessant ist in Bezug auf Kraus noch die Feststellung: „Die Staatswirtschaft hat für ihn die Aufgabe, die Nation sowohl als die Regierung zu bereichern“ (P. Mombert, a. a. O. S. 267). Übrigens ist die Philosophie von Kraus, der „Krausismo“, sowohl in Spanien als auch in Südamerika noch heute angesehen und verbreiteter als die Philosophie Kants.

Angelegenheit wegen auf das Oberamt beschieden. Als sie ihren Rechtsbeistand schickte, ließ sie der Oberamtmann, der ihr erklärte, er wolle ihr den „himmelsakramentischen reichsstädtischen Hochmut“ noch austreiben, selbst auf das Oberamt schleppen, wo sie angesichts einer großen Menschenmenge „auf's brutalste behandelt wurde“<sup>12</sup>. Die durch diese Schikanen erlittenen Aufregungen hatten den Tod der Frau zur Folge. Damit nicht genug, starb auch Lists zwei Jahre älterer Bruder 1813 im Alter von sechsundzwanzig Jahren an den durch die Verwaltung erlittenen Schikanen. Er hatte versucht, die erforderliche Heiraterlaubnis und die Befreiung vom Militärdienst zu erlangen, was angesichts des Hin und Hers widersprüchlicher Anordnungen der Obrigkeit keine geringen Schwierigkeiten bereitete. Bei diesen Bemühungen stürzte er auf dem Rückweg von Stuttgart nach Reutlingen vom Pferd und erlag kurz darauf den dabei erlittenen Verletzungen<sup>13</sup>. Solche „Lehren des Lebens“ gehen tiefer und sind instruktiver als alle theoretischen Erkenntnisse. Dessen ungeachtet erfuhr Friedrich List gute Beurteilungen, ja Förderung seiner Vorgesetzten, so daß wir ihn bereits 1811 auf der Aktuarstelle im Oberamt Tübingen sehen, die er allerdings zunächst kommissarisch bekleiden mußte, da er das erforderliche Examen noch nicht abgelegt hatte. Als er sich im März 1812 zum Examen meldete, wurde ihm jedoch aus Stuttgart der Bescheid zuteil, er sei noch zu jung, um die Prüfung abzulegen, was der Prüfungsordnung entsprach, und ohne Examen könne er andererseits die Aktuarstelle nicht bekleiden. An diesem Punkt seines Lebensweges angelangt, legte er bereits jene Eigenschaft an den Tag, die immer wieder zu abrupten Wendungen führen und charakteristisch für ihn bleiben wird, nämlich seine Ungeduld und Kompromißlosigkeit. Er quittierte nämlich im März 1813 den Dienst, das Erfordernis theoretischer Vertiefung erkennend, um sich vorerst ganz auf Universitätsstudien konzentrieren zu können.

Es waren keineswegs ökonomische Kenntnisse oder gar ihre theoretische Verarbeitung, auf die er dabei aus war. Vielmehr war es juristisches Handwerkzeug, das er brauchte, um den bürokratischen Mißständen, denen er auf den verschiedenen Amtstellen begegnet war, beizukommen und die Abhilfe, auf die er sann, ins Werk setzen zu können. So hatte er bereits im Wintersemester 1811/12 an der Universität Tübingen eine Vorlesung über Zivilprozeßrecht gehört. Nun hörte er im Sommersemester 1813 „Enzyklopädie der Staatsgelehrtheit“, ferner Vorlesungen über Konkursprozeßrecht und Württembergisches Privatrecht. Im Wintersemester 1813/14 kam dann noch „Peinliches Recht“, also Strafrecht, „Deutsches Privatrecht“ und „Pandekten“ hinzu. Freilich hörte er alles dies sozusagen als Gasthörer, denn immatrikulieren konnte er sich wegen des fehlenden schulischen Abschlusses nicht, und der anstelle dessen erforderlichen speziellen Aufnahmeprüfung hat er sich nicht

---

<sup>12</sup> L. Häusser, Friedrich Lists Gesammelte Schriften, Bd. I, S. 5f. und P. Gehring, a. a. O., S. 66-68.

<sup>13</sup> F. List, a. a. O., Bd. VIII, S. 5.

unterzogen<sup>14</sup>. Immerhin erbrachte die persönliche Begegnung mit angesehenen Fachgelehrten gewiß mancherlei Bereicherung, auch hatte der nunmehr Fünf- undzwanzigjährige, der immer ein fleißiger Leser gewesen war, Gelegenheit nebenher nicht nur die Schriften von Montesquieu und Rousseau, sondern auch von Adam Smith und Jean Baptiste Say zu lesen. Sein eigentliches Ziel, das Aktuarexamen, verlor er über alledem nicht aus den Augen, sondern suchte eine Vertiefung in Verwaltungs- und Verfassungsrecht, um für seine künftigen Aufgaben besser gerüstet zu sein. Sobald er das vorgeschriebene Mindestalter erreicht hatte, meldete er sich deshalb zum Examen an. „Als Amtmann, Stadtschreiber, Oberamtmann oder als Kameralbeamter“, wollte er, wie er bei dieser Gelegenheit erklärte, künftig wirken und verwies selbstbewußt auf seine bisherigen, „auf unwandelbare Grundsätze gestellte“ Verbesserungsvorschläge, deren „Vorzüglichkeit von vielen Geschäftsmännern anerkannt“<sup>15</sup> werde. Er bestand die Prüfung mit gutem Erfolg und erhielt das Dienstzeugnis Erster Klasse. Bereits im Juni 1814 hatte er, durch seine juristischen Studien gereift, ein umfassendes Gutachten über die „Reform der den Oberämtern subordinierten Amtsstellen“ dem Innenminister von Reischach eingereicht. Er ging in dieser gründlich abgefaßten Schrift, die dann der Prüfungskommission zur Begutachtung vorlag, obwohl er um Geheimhaltung gebeten hatte, mit den Mißständen, die er allenthalben in der Verwaltung angetroffen hatte, scharf ins Gericht und machte umfassende Änderungsvorschläge<sup>16</sup>.

Er war nun, wegen seiner Fachkenntnisse in der Kommunalverwaltung gefragt, mit verschiedenen Sonderaufträgen des Innenministeriums tätig, erlangte aber erst im Mai 1816 eine feste Anstellung als Rechnungsrat bei der Kommunenrechnungskammer. Zu einer Realisierung seiner umfassenden Reformvorschläge kam es in den knapp drei Jahren seiner Tätigkeit in der Württembergischen Verwaltung nicht mehr. Besonders die eigenen Erfahrungen mit dem Stadt- und Amtsschreiberwesen, nicht zuletzt im familiären Umkreis<sup>17</sup>, hatten es ihm von Anfang an angetan<sup>18</sup>. Seine Kampagne unterstützte er noch

---

<sup>14</sup> Die Schlußfolgerung ist erlaubt, ja zwingend, daß er also auch keinen regulären Studienabschluß angestrebt hat. Es ging ihm nur um den Erwerb jener juristischen Kenntnisse, die er für die erstrebte erfolgreiche Verwaltungslaufbahn brauchte.

<sup>15</sup> F. List, a. a. O., Bd. VIII, S. 3 f.

<sup>16</sup> Vgl. F. Gehring, a. a. O., S. 371 ff.

<sup>17</sup> Seinen Bruder hatte man zwischen Reutlingen und Stuttgart nicht zuletzt deswegen zu Tode gehetzt, weil er keine Schmieregeldern zu zahlen bereit gewesen war.

<sup>18</sup> Die persönlichen Erfahrungen sind es, die er zu verarbeiten, ja generalisieren verstand, um daraus logische Schlußfolgerungen zu ziehen, die von Jugend auf die Bausteine seines Lebenswerkes bilden. So machte er der aufgeblähten Württembergischen Verwaltung nicht nur ihre Bestechlichkeit zum Vorwurf, sondern auch das Aufblähen schriftlicher Vorgänge wegen der Entlohnung nach Seitenzahl, unter Mißbrauch der verwaltungsmäßigen Monopolstellung, die übermäßigen Gebühren und die Sporteljägerei und generell das despotische Auftreten. List hat sich übrigens selbst als einen Menschen charakterisiert, der niemals gegen seine Überzeugung sprechen oder handeln könne und der es gelegentlich an Höflichkeit und Verbindlichkeit gegenüber Freunden und Fremden

durch teils von ihm gegründete, teils maßgeblich inspirierte Zeitschriften. Noch dreißig Jahre später erklärte er seinen baldigen Sturz und seine Entfernung aus der Verwaltung sowie die Heftigkeit, die er dabei an den Tag gelegt hatte, ohne „alle Rücksicht auf meine eigene Karriere“, mit diesen persönlichen Erfahrungen: „Gefallen bin ich im Kampf gegen das Schreiberwesen“, womit er „allem Beamtenunfug den Krieg gemacht habe“<sup>19</sup>. Besonders erbittert muß den Handwerkersohn dabei haben, wieviel eine fähige Verwaltung bei der wirtschaftlichen Förderung und der Behebung sozialer Not hätte leisten können.

Wichtiger indes war zunächst, daß die Diskussion über die Schreiberproblematik in ihrem Für und Wider in zahlreichen Streitschriften zunehmend in die Öffentlichkeit drang, so daß es 1816 zur Bildung einer Untersuchungskommission der Württembergischen Ständeversammlung kam, der List als Aktuar beigeordnet wurde<sup>20</sup>. Besonders lag List die Wiederherstellung der gemeindlichen Selbstverwaltung und die Einbeziehung der Bürger in die Entscheidung über die Gemeindeangelegenheiten am Herzen. Als generelle Voraussetzung für eine Verbesserung des Verwaltungswesens aber sah er eine adäquate Ausbildung der Staatsbeamten, womöglich durch ein Universitätsstudium an.

„Die Staatspraxis muß in ihrem ganzen Umfang auf der Universität gelesen werden, wenn der Staat brauchbare Beamte sich heranziehen will“,

hatte er schon 1816 erklärt<sup>21</sup>. Kurz darauf legte er bereits einen umfassenden Plan zur Errichtung einschlägiger staatswissenschaftlicher Lehrstühle vor, wobei die Juristische zu einer Politischen Fakultät erweitert werden sollte<sup>22</sup>. Er fand dabei die Unterstützung des zuständigen Ministers Karl August Freiherr von Wangenheim, der insbesondere Gewicht auf die Errichtung eines Lehrstuhls der Staatsverwaltungspraxis legte, wofür es den richtigen Mann zu finden gelte.

List, der zweifellos über die Pläne des Ministers unterrichtet war, zögerte nicht, sich selbst für den betreffenden Lehrstuhl in Vorschlag zu bringen.

„Ich kann nicht umhin, gegen Eure Exzellenz die Überzeugung auszusprechen“, schrieb er dem Minister<sup>23</sup>, „daß ich für diese Stelle passen würde . . . Ohne Scheu

---

ermangeln lasse (C. *Schneider*, Friedrich List als Publizist, in: *Zeitungswissenschaft*, Bd. XIII, 1937, S. 82).

<sup>19</sup> In einem Brief an Robert v. *Mohl* vom 1. 1. 1846 (F. *List*, a. a. O., Bd. VIII, S. 776).

<sup>20</sup> Dieses Ringen um eine durchgreifende Verwaltungsreform gipfelte schließlich 1826 in der völligen Aufhebung des Stadt- und Amtsschreiberwesens.

<sup>21</sup> F. *List*, a. a. O., Bd. I/1, S. 97.

<sup>22</sup> Es sollten innerhalb der bisherigen Juristischen Fakultät getrennte Studiengänge „Rechtsgelehrtheit“ und „Staatsgelehrtheit“ eingerichtet werden, wobei für den letzteren List fünf neue Lehrstühle vorschlug: 1. Enzyklopädie der Staatsgelehrtheit, Staatsgeschichte und Statistik, Philosophisches Staatsrecht, 2. Nationalökonomie, 3. Staatspolizei und Politik, 4. Finanzwissenschaft und 5. Staatsverfassung und Staatsverwaltungspraxis. Das letztgenannte Fach war es dabei, das List am meisten am Herzen lag, es sollte „die Schüler in allen Zweigen der Amtsverwaltung“ heimisch machen.

<sup>23</sup> Brief vom 4. 6. 1817; F. *List*, a. a. O., Bd. VIII, S. 109f.

könnte ich vom Lehrstuhl herab den Schlendrian der Landbeamten und der Kanzlei von allen Seiten und an der Wurzel angreifen und der von mir ausgestreute Same würde in kurzer Zeit reichliche Früchte tragen“.

Die Befürwortung des Ministers konnte nicht fehlen, und so wurde durch Königl. Reskript vom Oktober desselben Jahres, mitgeteilt durch Ministererlaß, der Akademische Senat der Universität Tübingen vor die vollendete Tatsache der Einrichtung einer neuen Staatswirtschaftlichen Fakultät gestellt. Zugleich wurden fünf neue Lehrstühle eingerichtet, wobei List zum Professor für Staatsverwaltungspraxis mit den Fachgebieten Regiminal-Polizei-, Kameral- und Finanzpraxis ernannt wurde<sup>24</sup>.

Für List, den Mann aus der Praxis, ohne gehobenen Schulabschluß, ohne Promotion oder sonstigen Studienabschluß, der noch dreieinhalb Jahre zuvor als Gasthörer an der Tübinger Universität die Hörsaalbänke gedrückt hatte, bedeutete die Ernennung zum Professor an eben dieser selben Universität im Alter von achtundzwanzig Jahren zweifellos einen Höhepunkt seiner bisherigen Laufbahn. Speziell vorbereitet auf seine akademischen Aufgaben hatte er sich nicht, einen Lehrplan für sein Fach mußte er erst noch entwickeln, denn bereits im Januar 1818 sollten die Lehrveranstaltungen beginnen. Wie gewöhnlich stürzte er sich in die Arbeit, entwarf einen Vorlesungsleitfaden, der bald darauf als Broschüre von einundvierzig Seiten erschien, in der die Verbindung von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Leben zum Ausdruck kam<sup>25</sup>. Mochte er selbst die Überzeugung hegen, sein Bestes zu geben, mochte er an seinen Lehrerfolg glauben, so machte er sich jedenfalls über den Widerstand, auf den er unvermeidlich sowohl in der Fakultät als generell an der Universität und deren Akademischem Senat stoßen würde, Illusionen<sup>26</sup>, zumal der Ruch, er verdanke

<sup>24</sup> Dekan wurde der bereits seit 1798 als Professor der Kameral-, Polizei- und Finanzwissenschaft in Tübingen tätige Prof. Dr. Karl Friedrich *Fulda* (1774-1847), der nunmehr Professor für Theorie der Staatswirtschaft und Staatspolizei, Nationalökonomie und Finanzkunde wurde. Außerdem wurden noch Lehrstühle für Landwirtschaft, Forstwissenschaft und Technologie eingerichtet.

<sup>25</sup> Vgl. F. *Gehring*, a. a. O., S. 181.

<sup>26</sup> Dies machte sich nach dem Zeugnis von Robert v. *Mohl*, der allerdings in seinen Schriften mit Kollegen nicht immer vornehm umsprang, bereits bei Lists Antrittsvorlesung bemerkbar: „List hatte nicht regelmäßig studiert und überhaupt keine systematischen Kenntnisse . . . Dieser üble Eindruck war noch gesteigert worden, als sich bei seiner lateinischen Antrittsrede zeigte, daß er die von einem anderen übersetzten Worte nicht einmal quantitativ (sic) richtig auszusprechen wußte . . . Als nun List mit seiner sehr phrasenhaften und pathetisch gehaltenen Einleitung begann und auch im Verlaufe der Rede nicht aus diesem Ton hinauskam . . ., so wurde allmählich der Studiosus unruhig und ungezogen. List kam dadurch in Verlegenheit, las immer heftiger und schneller, so daß er lange vor dem Glockenschlage mit dem fertig war, was seiner Meinung nach wohl für viele Stunden hätte vorhalten sollen, und zog sich nun unter ziemlich unverhehltem Hohne der Zuhörer zurück“ (Lebenserinnerungen, Bd. 1, Stuttgart und Leipzig 1902, S. 94 f.). *Mohl* selbst, der 1821 promoviert hatte, wirkte von 1827 bis 1845 als Professor für Staatsrecht an der nunmehrigen Staatswirtschaftlichen Fakultät der Tübinger Universität und dann ab 1871 als Präsident des Reichsrechnungshofes. Er galt im Vormärz als einer der Ideologen des deutschen Liberalismus (vgl. G. *Eisermann*, a. a. O., S. 30, 84, 156 und 165).



seine Berufung als Protégé des Ministers von Wangenheim nur persönlichen Beziehungen, an ihm haften blieb. Von einschneidenderer Wirkung erwies sich indes vielleicht, daß allgemein in Deutschland ein tiefgreifender Wandel des politischen Klimas stattgefunden hatte. Nach dem endgültigen Sturz Napoleons hatten die deutschen Verhältnisse ihr Gepräge im Sinne des im Volk lebendigen Nationalprinzips durch die Bundesakte vom 8. Juni 1815 erhalten<sup>27</sup>, wodurch an die Stelle des Reiches ein Bund von 39 souveränen Staaten trat. Entscheidend war hierbei, daß von seinen Organen das Plenum, dem alle Mitgliedsstaaten angehörten nur von Fall zu Fall zusammentreten sollte, während der engere Rat, in dem Österreich — und das hieß Metternich — den ständigen Vorsitz führte, mit der Erledigung der laufenden Geschäfte betraut war.

Zwar kam es noch 1816 in Sachsen-Weimar zu einer Verfassung, bald gefolgt von Bayern, Baden und anderen süddeutschen Staaten, wobei bezeichnenderweise das Vorbild für die süddeutschen Verfassungen die „Charte constitutionnelle“ von 1814 des aus der Emigration zurückgekehrten Bourbonen Ludwig XVIII. lieferte. Allerdings bildeten auch diese Verfassungen lediglich einen „Schleier, hinter dem sich in Wahrheit der aufgeklärte Absolutismus verbarg“, dessen sich die Fürsten dieser weitgehend von Napoleon neugeschaffenen Staaten zur Sicherung ihrer Herrschaft bedienten<sup>28</sup>. Die verschärft einsetzende allgemeine restaurative Bewegung wurde sehr bald durch Ereignisse bestärkt, die Ausdruck des freiheitlichen Bewußtseins waren. So wollte man in der Zusammenkunft von etwa 500 jungen Burschen, vornehmlich ehemaligen Mitkämpfern der Befreiungskriege, am 18. Oktober 1817, dem Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig, wobei laut und vernehmlich der moralische und politische Anspruch auf Mitsprache im Staat verkündet wurde, einen „revolutionären Akt“ sehen. Schlimmer noch wirkte sich das Attentat des Studenten Karl Ludwig Sand, der damit ein Zeichen für den Kampf gegen die Reaktion und für ein freies und einiges Vaterland setzen wollte, auf den Schriftsteller Karl August von Kotzebue am 23. März 1819 aus, in dem er einen zaristischen Spion erblickte. Das führte zu den von Metternich inspirierten „Karlsbader Beschlüssen“ des dort versammelten Ministerkongresses, d. h. zu verschärfter Zensur und Beaufsichtigung der Universitäten, kurz zu der berüchtigten „Demagogenverfolgung“, der „Unterdrückung der nationalen und demokratischen Ansätze in Deutschland“<sup>29</sup>. Dies mußte sich zwangsläufig auch in Tübingen auswirken, zumal die Regierung in Stuttgart einschneidend umgebildet worden war.

---

<sup>27</sup> Vgl. G. Eisermann, ebenda S. 23 ff.

<sup>28</sup> W. Mommsen, Größe und Versagen des deutschen Bürgertums, Stuttgart 1949, S. 55-56. „Aber selbst in diesen Ländern“, legte Karl Knies, einer der Väter der älteren Historischen Schule, wohlweislich anonym, dar, „entsprachen die wirklichen Resultate durchaus nicht den gehegten Erwartungen“, um daraus das Resümee zu ziehen: „In Süddeutschland war es um kein Haar besser“ (Der Deutsche Bund bis zur Epoche von 1830, in: Die Gegenwart, Eine enzyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte, Erster Band, Leipzig 1848, S. 757-758).

<sup>29</sup> W. Treue, a. a. O., S. 523. Sie wurde durch die Einsetzung einer Zentral-Untersuchungskommission gleichsam institutionalisiert, wodurch die Bundesversammlung gera-

Mochte die Tübinger Professorenschaft sich bei der Errichtung der neuen Fakultät übergangen fühlen, mochten Lists wissenschaftliche Vorbereitungen für sein Lehramt als nicht ausreichend angesehen werden<sup>30</sup>, so haben wir doch keinerlei Zweifel, daß seine Vorlesungen und seine Publikationen voll von jenem reformerischen liberalen Geist erfüllt waren, den er gleichsam mit der Muttermilch eingesogen hatte<sup>31</sup>. Angesichts der allgemein veränderten Umstände, auch in der näheren Umgebung des Königs, wie List späterhin rückblickend selbst klar war<sup>32</sup>, mußte er früher oder später in Konflikte geraten. Bereits im Mai hatte er daher eine ministerielle Warnung erhalten. Im April des folgenden Jahres nahm die Regierung Anlaß, sein universitäres Wirken eingehend überprüfen zu lassen, ohne diesmal indes List selbst zu informieren. Der Akademische Senat wurde aufgefordert, baldmöglichst und ausführlich über seine Lehrtätigkeit und seinen Lehrerfolg zu berichten<sup>33</sup>.

Kompliziert wurde die Angelegenheit noch dadurch, daß sich List zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht in Tübingen, sondern in Frankfurt aufhielt, wo er sich von den dort versammelten Kaufleuten überreden ließ, eine Denkschrift im Sinne der von ihnen gewünschten Zollargumente zu verfassen, die bereits am 20. April 1819 dem Bundestag vorlag<sup>34</sup>. Da List eigenmächtig vorgegangen war<sup>35</sup>,

---

dezu in eine gemeinsame „gewaltige Polizeibehörde auch für die inneren Angelegenheiten der Bundesstaaten“ verwandelt wurde (K. *Knies*, a. a. O., S. 761). „Mit Polizeimaßnahmen läßt sich aber eine erschütterte Welt nicht aufbauen . . .“ bemerkt hierzu treffend W. *Bauer*, Deutsche Kultur von 1830 bis 1870, in: Handbuch der Kulturgeschichte, Erste Abt., Geschichte des deutschen Lebens, Potsdam 1937(!).

<sup>30</sup> Sogar Ludwig *Häusser*, Lists erster, ihn bewundernder Biograph, hat über ihn in dieser Hinsicht geurteilt: „List war zum Professor nicht geeignet, auch wie er selber sagte, noch nicht dazu reif. Seine frühere Bildung wie seine Individualität hatten ihn auf die akademische Laufbahn nicht vorbereitet . . . Das Leben in einer akademischen Corporation und die Mißverhältnisse, in die sein aufstrebender, unruhiger, schöpferischer Geist da geraten mußte, hatten ihm selber frühe die Freude an dem Berufe verdorben“ (Friedrich Lists Gesammelte Schriften, Teil 1, Stuttgart und Tübingen 1850, S. 18).

<sup>31</sup> Zugleich war er ebenso wie Bruno *Hildebrand*, ein anderer Begründer der älteren Historischen Schule, gleichfalls zeitweilig in die Emigration getrieben, wie auch Karl *Knies*, später Abgeordneter im Frankfurter Parlament, ein Kämpfer, was doppelt verpflichtet, ihn als tapferes Mitglied der liberal-nationalen Einheitsbewegung des vorigen Jahrhunderts anzuerkennen. „Die vormärzliche deutsche politische Bewegung“, so hat Alexander *Scharff* sie treffend charakterisiert, „ist beides, eine freiheitliche und nationale Bewegung, Freiheitsforderung und Nationalstaatsgedanke sind untrennbar miteinander verwoben (Deutscher Bund und deutsche Verfassungsbewegung, 1815-1848, in: Deutsche Geschichte, Ein Handbuch, hrsg. v. P. *Rassow*, Stuttgart 1953, S. 397). In Bezug auf List hat dies Friedrich *Lenz* im einzelnen besonders herausgearbeitet, worauf nochmals hingewiesen sei (Friedrich Lists Staats- und Gesellschaftslehre, a. a. O.).

<sup>32</sup> Vgl. F. *List*, a. a. O., Bd. I/1, S. 483.

<sup>33</sup> Eingehend darüber jetzt F. *Gehring*, a. a. O., S. 266ff. Vgl. auch F. *List*, a. a. O., Bd. VIII, S. 131.

<sup>34</sup> W. O. *Henderson*, a. a. O., S. 259. Bereits im Winter 1819/20 hatte List indes, diesmal vom österreichischen Standpunkt aus argumentierend, einen gleichsinnigen Aufsatz bzw. eine weitere Denkschrift verfaßt (erstmal veröffentlicht von F. *Lenz*, Friedrich List, die

zog er sich eine massive Rüge zu und wurde aufgefordert, sich umgehend zu rechtfertigen, da er „irgendeine seinem Amte fremde öffentliche Geschäftsführung, zumal in einem auswärtigen Staate, ohne ausdrückliche Erlaubnis“ übernommen habe<sup>36</sup>. Inzwischen lag auch die Stellungnahme des Akademischen Senats vor, zwar in relativ maßvollen und gewundenen Wendungen<sup>37</sup>, doch hatte der Dekan, Prof. Karl Friedrich Fulda, selbst durchblicken lassen, daß sich einschlägige Belege für die Berechtigung der Vorwürfe gegen List in den Akten finden ließen. Jedenfalls hatte er selber das Faß zum Überlaufen gebracht und zog mit seinem Entlassungsgesuch an den König, „alleruntertänigst ihn von seiner Stelle als Lehrer der Wirtschaft (sic) allergnädigst zu entlassen“<sup>38</sup> in der ihm eigenen resoluten Art die Konsequenz<sup>39</sup>.

Mochte Lists Unbehagen an seinem alten Wirkungskreis nicht unwesentlich zu seinem Entschluß, ihn zu verlassen, beigetragen haben, so fand er in seinem neuen als Geschäftsführer jener Frankfurter Kaufmannsvereinigung jedenfalls zunächst nicht nur wesentlich gleichgerichtete Interessen, sondern auch gleichgesinnte Überzeugungen vor. Denn wie man es auch ansieht,

„so wurde die liberale und nationale Bewegung getragen von der gewerblichen und besonders der intellektuellen Oberschicht . . . Die Masse des Volkes dagegen blieb gleichgültig oder war nur Staffage; sie hielt sich zum gewohnten Alten“<sup>40</sup>.

Freilich fand List sein neues Betätigungsfeld in anderer Hinsicht alles andere als unbeackert vor<sup>41</sup>. Denn Preußen, dieser grenzenreiche Staat, der in sich sehr starke ökonomische Gegensätze barg, hatte bereits am 26. Mai 1818 ein Zollgesetz, das alle Binnenzölle und die Akzise aufhob, erlassen und ein dem

---

„Vulgärökonomie“ und Karl Marx, Jena 1930 als Anhang, S. 89-96, Lenz selbst spricht dort einmal von „Denkschrift“ und einmal von „Aufsatz“). Hier haben wir den Ursprung von Lists national-ökonomischen Theoremen, die in seinem Hauptwerk viele Jahre später kulminieren sollten, längst bevor, um es milde auszudrücken, einer der vielberufenen „Einflüsse“ auf ihn eingewirkt haben konnte bzw., um es brutaler zu formulieren, bevor er sich als deren „Plagiator“ hatte betätigen können.

<sup>35</sup> Er war außerdem maßgeblich an der in Frankfurt vonstatten gehenden Gründung des Deutschen Handels- und Gewerbevereins beteiligt und ließ sich zu dessen Geschäftsführer wählen.

<sup>36</sup> F. List, a. a. O., Bd. VIII, S. 132f.

<sup>37</sup> List reagierte auf die bloße Tatsache, „da mir nicht bekannt ist, daß der Akademische Senat eine geheime Polizei über seine Mitglieder ausübt, und da ich mir den Fall garnicht denken kann, daß meine hochzuverehrenden Herren Kollegen etwas über mich gezeugt oder berichtet haben, was nicht jeder mir ins Angesicht sagen darf“ (a. a. O., Bd. VIII, S. 141), mit unverhohlener Empörung, zumal ihm keine Einsichtnahme in den geheimgehaltenen Bericht gewährt wurde.

<sup>38</sup> F. List, a. a. O., Bd. VIII, S. 133.

<sup>39</sup> Sein ausführliches Rechtfertigungsschreiben, das er dessen ungeachtet an den König sandte, blieb ohne Antwort (vgl. ebenda, Bd. VIII, S. 136-141).

<sup>40</sup> F. Schnabel, a. a. O., S. 94.

<sup>41</sup> Hinsichtlich des wirtschaftlichen Hintergrunds des ganzen Zeitraums vgl. G. Eiser mann, a. a. O., S. 41 ff.

Merkantilismus gegenüber stark liberalisiertes Grenzzollsystem geschaffen. Die Jahre 1816/1817 hatten eine empfindliche Wirtschaftskrise mit sich gebracht, da generell nicht allein nach Aufhebung der Kontinentalsperre englische Waren den Kontinent überschwemmt, sondern auch weil Mißernten und daraus resultierende, durch das unterentwickelte Verkehrswesen nicht zu mildernde Hungersnot die ganze bisherige Wirtschaftsordnung erschütterten. Also war es das preußische Beamtentum, das auf den Universitäten von Halle, Königsberg und Berlin dem Liberalismus zugeführt worden war und jetzt seine eigentliche politische Zeit hatte, das zuerst den Gedanken der Zolleinheit verwirklichte. Freilich wurden durch die neue preußische Zollordnung, die den Zoll nicht vom Preis, sondern vom Gewicht der importierten Waren abhängig machte, die deutschen gegenüber den fremden Importeuren benachteiligt<sup>42</sup>. Hatte List bereits als Schreiber die Anfänge der Industrialisierung in Württemberg und dabei die förderliche Wirkung der Kontinentalsperre beobachten können, so stürzte er sich, die Vorzüge eines großen Wirtschaftsraumes und seines Marktes erkennend, mit dem ihm eigenen Elan in seine neue Aufgabe.

„Im Anfang schon opferte ich der Sache meine Stelle und schoß zur Bestreitung der Reisen eine bedeutende Summe vor“<sup>43</sup>.

List's Argumentation und Agitation, die späterhin in dem von ihm gegründeten „Zollvereinsblatt“ verbreitet wurde, das am 1. Januar 1843 erschien und Ende desselben Jahres bereits tausend Abonnenten zählte, zeigte bald Wirkung. Von Anfang an argumentierte er gegen die zahlreichen Zoll- und Mautlinien, die Deutschland zerrissen und generell die Misere der deutschen Volkswirtschaft verschuldeten.

„Daher sind diese 38 Mautlinien dem Volke Deutschlands ungleich schädlicher als eine Douanenlinie an Deutschlands Grenzen . . . Daher halten wir die Zoll- und Mautlinien im Innern Deutschlands, welche die Bewohner der übrigen deutschen Staaten und fremde Nationen gleich behandeln, für Bande, welche, solange sie in Deutschland bestehen, weder Nationalwohlstand noch Nationalgefühl aufkommen lassen . . .“<sup>44</sup>.

Diese klare Sprache nicht nur, sondern das ganze Unternehmen, dessen Propagator List war, mußte daher Metternichs Mißtrauen und seine Gegenmaßnahmen auslösen. Als List in seiner Naivität im Frühjahr 1820 in Wien die dort versammelten deutschen Minister für seine Ideen zu gewinnen suchte, wurde er jedenfalls bereits durch die Metternichsche Geheimpolizei bespitzelt und seine Korrespondenz erbrochen. Aber auch Preußen war damals nicht an einer erweiterten Zollunion interessiert.

---

<sup>42</sup> Die englischen Importeure z. B. führten vor allem teure Luxusgüter ein, während die deutschen Kaufleute mit billigen Massengütern handelten. Dies wurde sogleich von List prinzipiell bemängelt (Vgl. F. List, a. a. O., Bd. I/2, S. 495).

<sup>43</sup> Ebenda, Bd. VIII, S. 57f.

<sup>44</sup> Ebenda, Bd. I/2, S. 492ff.

Im gleichen Jahr erschütterte indes eine weitere Wirtschaftskrise den süddeutschen Raum, was doppelt erklärlich macht, daß die meisten Mitglieder des Handels- und Gewerbevereins in Mittel- und Süddeutschland beheimatet waren. Jedenfalls kann man darüber streiten, inwieweit die weitere Entwicklung von der Agitation Lists und dem Deutschen Handels- und Gewerbeverein oder von dem Vorbild und der geschickten Politik der preußischen Beamenschaft beeinflußt wurde. Das preußische Zollgesetz umschloß auch verschiedene Kleinstaaten, die als Enklaven, dadurch schwer belastet wurden. „Ihrer allmählichen Einbeziehung durch eine gesunde Mischung von Druck und Gewährung von Vorteilen“<sup>45</sup>, war bereits der erfolgreiche Abschluß des neuen preußischen Finanzministers Friedrich (von) Motz mit Hessen-Darmstadt 1828 zu einem Zollvertrag zu danken. Im Jahr 1829 gelang ihm der Abschluß eines gleichsinnigen Handelsvertrages mit Bayern und Württemberg, „durch den der mitteldeutsche Handelsverein lahmgelegt wurde“<sup>46</sup>. Sein Nachfolger brachte dann die Verhandlungen mit Kurhessen und den süddeutschen Staaten zum Abschluß, wodurch der Grundstein zum Deutschen Zollverein gelegt war. Er konnte am 1. Januar 1834 ins Leben treten. Es kann kein Zweifel herrschen, daß seine Begründung, ohne dabei die Kraft des Gedankens über besser Hintergedankens der Mehrung preußischer Macht bei der Mehrheit ihrer intellektuellen Inspiratoren leugnen zu wollen, dennoch in ihren wesentlichen Zügen, wie ein unverdächtig Zeuge belegt, ein echtes und stolzes Kind liberalen Geistes gewesen ist,

„und seitdem blieb es ein Menschenalter hindurch das seltsame Schicksal des deutschen Liberalismus, daß alle großen Erfolge unserer nationalen Politik nicht durch ihn, aber auch nicht ohne ihn errungen wurden“<sup>47</sup>.

List begrüßte die Gründung des Zollvereins, durch den sich die Nettoeinkünfte aus Zollgebühren bereits binnen kurzer Zeit um 90 % erhöhten, mit Nachdruck:

„Infolge dieser Einigung hat die Industrie, hat der Handel und die Landwirtschaft der deutschen Vereinsstaaten bereits unermessliche Fortschritte gemacht“<sup>48</sup>.

Vorerst aber nahm sein Leben eine neue Wende. Als Kind hatte er den Wert einer guten Schulbildung kennen gelernt, als Jüngling die in überalterten

---

<sup>45</sup> W. Treue, a. a. O., S. 527.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 526. Wie fremd das ganze Unternehmen und mithin auch die Leistung Lists den maßgeblichen Vorstellungen Österreichs war, geht aus Äußerungen von Friedrich (von) Gents hervor, einer der mit dem Denken Metternichs völlig vertrauten Kreaturen des Fürsten, der alle diese Reformideen prinzipiell verwarf und besonders gehässig für die Kontrolle der Post plädierte. Als List bereits 1819 für einen gemeinsamen nationalen Markt eingetreten war, bezeichnete Gents solche Pläne als „reine Hirngespinnste“ und als so „unpraktisch und unausführbar (sic), daß er nicht einmal verstehe, von wem, in welchen Termini, mit welchen Vollziehungsmitteln sie ernsthaft zur Deliberation gestellt werden könnten“ (Unzeit des Biedermeiers, Köln 1986, S. 92).

<sup>47</sup> H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Viertes Teil, Leipzig 1927, S. 6.

<sup>48</sup> List nach A. Sommer, Berlin 1930, S. 135.



Zunftfesseln schlummernden produktiven Möglichkeiten, als junger Mann die von einer bestechlichen und gebührengierigen Verwaltung ausgehende Behinderung des Wirtschaftslebens<sup>49</sup>, als Universitätsprofessor die offene und geheime Zensur, die alle theoretisch-didaktischen Reformbemühungen ersticken konnte, so daß er aus alledem nur die Schlußfolgerung ziehen konnte, allein politische Einflußnahme auf den staatlichen Gestaltungswillen könnte in Gesellschaft und Wirtschaft ein freiheitliches Regen der vorhandenen Kräfte zum Nutzen aller bewirken. Hierfür ergab sich eine günstige Gelegenheit, da im Zuge der süddeutschen Verfassungsreformen<sup>50</sup> der Württembergische König Wilhelm I. im Juni 1819 Wahlen für einen verfassungsgebenden Wahltag ausschrieb, lag für List doch in der Verfassung „das Wesen des Staates als einer selbständigen moralischen Person“<sup>51</sup>. So kam er nur allzu gern der Bitte des Reutlinger Bürgerausschusses und weiterer Bürger nach, sich als Landtagskandidat zur Verfügung zu stellen, und wurde am 5. Juli 1819 gewählt. Seine im Februar 1818 erfolgte Vermählung mit der vermögenden Witwe Karoline Seybold<sup>52</sup>, durch die er Zugang zu gehobenen liberalen politischen und journalistischen Kreisen erhielt<sup>53</sup>, mochte ihn zusätzlich ermutigt haben, diesen neuen Weg einzuschlagen. Als der Präsident der Wahlkommission jedoch die üblichen Auskünfte einholte, stellte sich heraus, daß List das für das passive Wahlrecht erforderliche Alter von dreißig Jahren noch nicht erreicht hatte. Seine Wahl wurde daher für ungültig erklärt. Seine heftigen Proteste dagegen<sup>54</sup> fruchteten nichts. So blieb

---

<sup>49</sup> Da die Nebeneinkünfte der Württembergischen Schreiber von der Seitenzahl abhingen, stieß er seine damaligen Kollegen z. B. wieder einmal vor den Kopf, als er eine Gemeinderechnung von 280 auf 30 Seiten kürzte. Dies mag als Beispiel gelten, wie eine selbstherrliche Verwaltung das Wirtschaftsleben gängeln und behindern konnte.

<sup>50</sup> Die konstitutionelle Periode der süddeutschen Staaten, die mit der nassauischen Verfassung vom 1./2. 9. 1814 begonnen hatte und sich über die bayerische und die badische Verfassung von 1818 fortgesetzt hatte, endete mit der hessen-darmstädtischen Verfassung von 1820, während in Preußen der König sein diesbezügliches Versprechen bekanntlich gebrochen hat.

<sup>51</sup> F. List, a. a. O., Bd. I/1, S. 293: Vorlesungsleitfaden.

<sup>52</sup> Sie wurde 1789 in Buchweiler, dem heutigen Bouxweiler, im Elsaß geboren. Ihr Vater, der dort zunächst Gymnasialkonrektor, seit 1796 Professor der Alten Literatur in Tübingen war, wo er 1804 starb, machte sich auch als Schriftsteller und Pädagoge einen Namen. Die Verwandtschaft seiner Frau, die einflußreich war, sollte sich teils vorteilhaft, teils abträglich für List auswirken.

<sup>53</sup> Der ältere Bruder Karl war württembergischer Oberst, der jüngere Bruder Fritz war Hauptmann und Repräsentant im verfassungsgebenden württembergischen Landtag von 1819 (vgl. P. Gehring, a. a. O., S. 184). Sie wurden neben List Miteigentümer und Herausgeber der seit September 1819 erscheinenden „Neckarzeitung“, ebenso wie Friederike Lade, die Schwester seiner Frau. Deren Gatte wurde Redakteur und Verleger der „Neckarzeitung“. Am 24. Juli 1819 war Fritz Seybold der Hauptmannstiel aberkannt worden, nachdem die „Neue Stuttgarter Zeitung“, die radikale liberale Auffassungen vertrat und die von ihm redigiert worden war, verboten wurde.

<sup>54</sup> Hierbei brachte er vor, daß sein Geburtsdatum mit einiger Sicherheit vor dem eingetragenen Taufdatum liege, ganz abgesehen davon, daß jemand, der im 30. Lebensjahr stehe, auch 30 Jahre alt sei. Ferner sei es überhaupt nicht zu verstehen, weshalb man bereits

ihm nichts anderes übrig, als sich neuerlich — zunächst freilich vergeblich — um eine Kandidatur für den Ersten ordentlichen Landtag im Jahre 1820 zu bemühen.

Da kam ihm der Tod des bisherigen Reutlinger Abgeordneten zu Hilfe, so daß er beim dritten Versuch mit den Stimmen von 130 der 217 Wahlmänner am 4. Dezember 1820 zum Reutlinger Abgeordneten gewählt wurde. Zuvor war bereits nach viereinhalbjährigem Ringen am 25. September 1819 das Württembergische Verfassungswerk, ein Gemisch von frühkonstitutionell-parlamentarischen und altständischen Elementen, verabschiedet worden und diente als Grundlage der parlamentarischen Arbeit. Es war zwischen Regierung und Landständen unter Berufung auf das „alte gute Recht“ zwischen der königlichen Regierung und den Landständen ausgehandelt worden, „was zu der Paradoxie führte, daß die liberaleren Absichten des Königs gegenüber den konservativeren Auffassungen der ständischen Oligarchie nicht durchgesetzt werden konnten“<sup>55</sup>. List stürzte sich indes mit seinem üblichen Elan in die neue parlamentarische Arbeit, meldete sich bereits am ersten Sitzungstag zu Wort, stellte am zweiten seinen ersten Antrag und hielt am fünften eine Grundsatzrede zur Handels- und Gewerbepolitik, wodurch zum Ausdruck kam, daß wirtschaftspolitische Fragen nach seinem Ausscheiden aus dem Verwaltungsdienst und aus seinem Lehramt ihn immer mehr interessierten.

„Eine Hauptursache physischer und moralischer Entartung kultivierter Völker ist die Nationalverarmung“, ließ sich der Abgeordnete List vernehmen<sup>56</sup>, dies „treibt die Bürger von Haus und Hof bis über das Weltmeer, . . . legt die Finanzen trocken und stürzt am Ende die Staaten selbst. Darum ist es heiligste Pflicht der Volksvertreter, zu sorgen, daß Handel, Gewerbe und Ackerbau im Lande blühen“.

Auf seinen Antrag wurde daraufhin eine Kommission „zur Emporbringung des vaterländischen (sic) Handels und Gewerbes“ gebildet und er zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Indes gedachte er keineswegs daran, sich auf wirtschaftspolitische Probleme zu beschränken, sondern wollte im Sinne der liberalen Opposition auch in der Verfassungsfrage weiterhin tätig werden<sup>57</sup>. Als jedoch am 20. Dezember 1820 der Landtag auf den Februar des folgenden Jahres vertagt wurde, ahnte List wohl kaum, daß achtzig Tage nach seinem Eintritt in

---

mit 25 Jahren Minister, aber erst mit 30 Jahren Volksrepräsentant werden könne. Der ehemalige juristische Gasthörer bewies damit wenig Verständnis für Rechtsfragen.

<sup>55</sup> W. *Treue*, a. a. O., S. 318. Das monarchische Prinzip blieb unangetastet, die Exekutive nach wie vor allein beim König.

<sup>56</sup> F. *List*, a. a. O., Bd. I/2, S. 673-675.

<sup>57</sup> Vgl. hierzu besonders F. *List*, a. a. O., Bd. III, S. 483. Als Grundlage eines konstitutionellen Verfassungslebens sah List überdies die öffentliche Meinung an: „Ohne öffentliche Meinung kann weder eine Volksvertretung wirksam noch die Verfassung von Dauer sein“. Die öffentliche Meinung konnte nicht nur in seinen Augen, sondern in denen der gesamten liberal-nationalen Einheitsbewegung nur eine politische sein. List definierte sie folgendermaßen: „Politische Meinung ist Allgemeinheit des Urteils über einen das Gemeinwesen betreffenden Gegenstand“ (vgl. F. *Lenz*, a. a. O., S. 28).

den Landtag seine Laufbahn als Abgeordneter bereits wieder beendet sein würde.

Er hatte sich am 18. Dezember 1820, wie auch bereits in früheren ähnlichen Fällen, bewegen lassen, einen zwölfseitigen Schriftsatz entgegenzunehmen, worin „verschiedene Mitglieder des Stadtrates und Bürgerausschusses“ seiner Vaterstadt die drückendsten Probleme der Bevölkerung mit der Bitte um Unterstützung aufgeführt hatten. Daraufhin erbot sich List, indem er den willkommenen Anlaß aufgriff, sein politisches Programm in größerem Zusammenhang darzulegen, die gewünschte Eingabe abzufassen. Er ließ sie sogleich in mehreren hundert Exemplaren vervielfältigen, wobei der Name der Stadt Reutlingen fortfiel und stattdessen Raum zum Eintrag jeweiliger anderer Absender freibleib. Diese „Reutlinger Petition“ war in Wahrheit eine aggressive und pointierte kritische Analyse aller Gebrechen und Mißstände des Württembergischen Königreiches, mit der List die öffentliche Meinung zu mobilisieren suchte. An diese provokante Abrechnung schloß sich ein Katalog von vierzig Maßnahmen an, die zur Abhilfe auf den Gebieten von Verwaltung, Rechtspflege und Finanzen erforderlich seien. Dabei wurden der Verkauf der staatlichen Domänen und die Abschaffung staatlicher Monopole und Betriebe sowie einheitliche direkte Besteuerung und das jährliche Steuer- und Haushaltsbewilligungsrecht des Landtags nicht vergessen<sup>58</sup>. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß dieses Schriftstück die einschneidendste Wende von allen in Lists Leben bedeutete.<sup>59</sup>

Kaum war jedenfalls ein Teil der Exemplare versandt, so wurde der Rest bereits beschlagnahmt und List vom Stuttgarter Kriminalamt zum Verhör vorgeladen.<sup>60</sup> Auch wurde der Eßlinger Gerichtshof eingeschaltet. Wie es seine Art war, verteidigte sich List sogleich vehement mit einer Broschüre, die sofort ebenfalls beschlagnahmt wurde. Auch die Reutlinger Bürgerschaft ergriff für ihren Abgeordneten Partei, das Aufsehen war allgemein, der Landtag selbst befaßte sich in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr mit der Affäre<sup>61</sup>. Es wurde eine Untersuchungskommission gebildet, zu deren Vorsitzenden kein Geringe-

<sup>58</sup> Vgl. F. List, a. a. O., Bd. I/2, S. 684-688.

<sup>59</sup> Es handelt sich nicht nur darum, daß wir ohne dieses Schriftstück wohl schwerlich heute das vor uns liegen hätten, was wir sein ökonomisches Werk nennen, sondern vom heutigen Standpunkt aus kann man auch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die praktische politische Naivität Lists, mit der er sich eine positive Wirkung seines Vorgehens unter den obwaltenden Umständen und politischen Verhältnissen nach seinen Erfahrungen mit dem erzwungenen Abgang von der Universität Tübingen versprochen haben mag, nur Erstaunen hervorrufen kann. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß er ähnlich wie Bruno *Hildebrand* und Karl *Knies*, Laufbahnprofessoren der politischen Ökonomie, ein Kämpfer im Sinne des liberal-nationalen Einheitsbewegung gewesen ist (zu *Hildebrand* und *Knies* vgl. im einzelnen G. *Eisermann*, a. a. O., S. 158-188 und S. 188-233).

<sup>60</sup> Wieder war er denunziert worden, diesmal von einem Angestellten der fraglichen Stuttgarter Druckerei.

<sup>61</sup> Nach § 135 der Verfassung konnte niemand Mitglied der Ständeversammlung sein, der in eine „Criminal-Untersuchung verflochten“ war.

rer als Ludwig Uhland gewählt wurde<sup>62</sup>. Trotz zahlreicher Fürsprecher und Lists eigener Verteidigungsreden beschlossen die Mitglieder der Zweiten Kammer am 24. Februar 1821 mit 56 gegen 30 Stimmen nicht überraschend Lists Ausschluß<sup>63</sup>. In Eßlingen hatten sich unterdes die Akten in der „Strafsache gegen Friedrich List und Genossen wegen Staatsverbrechen“ bereits getürmt, und am 6. April 1822 verurteilte der Königliche Gerichtshof für den Neckarkreis den „vormaligen Professor Friedrich List“ wegen „Ehrenbeleidigung und Verleumdung der Regierung, der Gerichts- und Vewaltungsbehörden und Staatsdiener Württembergs“ sowie ferner wegen Übertretung des Pressegesetzes und wegen Verstoß gegen das Gesetz über Staats- und Majestätsverbrechen zu „zehnmonatlicher Festungshaft mit angemessener Beschäftigung innerhalb der Festung“<sup>64</sup>. Als „angemessene Beschäftigung“ hatte der „ehemalige Professor Friedrich List“ übrigens Kleiderlisten abzuschreiben<sup>65</sup>.

Bevor es dazu kam, suchte er sich dem Urteil, das am 11. April 1822 erging, erst einmal durch Flucht zu entziehen. Die verschiedensten Städte — Straßburg, Aarau und Basel — und unterschiedliche Länder, so Frankreich und die Schweiz dienten ihm kurzfristig als Aufenthalt. In Straßburg, wo er sogar in die Gesellschaft eingeführt wurde, lernte er, man möchte sagen hellsehtig, außer Französisch auch Englisch, bemühte sich außerdem von dort aus vergeblich um eine Anstellung als Dozent an der Universität Freiburg. Er lebte jetzt von seiner Arbeit als Journalist, seinem eigentlichen lebenslangen Beruf, und dem Vermögen seiner Frau. Auch von der Universität Basel wurde ein Annäherungsversuch abgewiesen. Im Frühjahr 1824 reiste er nach Paris, lernte dort Victor Cousin, den Übersetzer Hegels, und den Marquis de Lafayette, den ehemaligen „Helden zweier Welten“, nämlich der Amerikanischen und der Französischen Revolution, kennen und hielt sich danach, wiederum vergeblich, einige Wochen in London auf. Brieflich teilte er, gleichsam am Ende angelangt, seinem Verleger J. F. von Cotta von dort aus mit, daß „seine Verhältnisse derart“ seien, daß er entweder auswandern oder sich in Württemberg stellen müsse<sup>66</sup>. Da auch von verschiedener Seite lancierte Gnadengesuche an den König nichts fruchteten, kehrte List im August 1824 nach Stuttgart zurück, wurde umgehend festgenommen und auf der Festung Hohenasperg, dem Schreckensort so vieler seiner Landsleute, dazu eingerichtet, sie menschlich zu zerbrechen, inhaftiert. Dennoch gelang es, dem Justizminister, dem daran gelegen war, List so weit als irgend möglich loszuwerden, die Entlassung abzuhandeln unter der Bedingung, daß er seine Staats- und Stadtbürgerrechte aufgäbe und das Land „freiwillig“, d. h. auf Nimmerwiedersehen, verließ. Er durfte noch „einen vorläufigen Paß“,

---

<sup>62</sup> Er stimmte gegen Lists Ausschluß ebenso wie Lists späterer Verleger Cotta.

<sup>63</sup> Hatte doch sogar der Justizminister im Namen des Königs selbst eingegriffen und versteckt mit der Auflösung der Kammer gedroht.

<sup>64</sup> F. List, a. a. O., Bd. I/2, S. 740.

<sup>65</sup> P. Gehring, a. a. O., S. 344.

<sup>66</sup> F. List, Brief vom 16. Mai 1824, a. a. O., Bd. VIII, S. 288.

zum Zweck einer „wissenschaftlichen Reise nach Nordamerika“, entgegennehmen<sup>67</sup> und verließ das Land, nachdem er kurzzeitig zurückgekehrt und am 7. April nunmehr sogar den unerläßlichen endgültigen Reisepaß erhielt, im selben Monat auf dem Weg nach Le Havre. Abermals hatte sein Leben eine entschiedene Wende genommen.

In den Vereinigten Staaten eingetroffen, hatte er das Glück, auf Einladung des fast siebzigjährigen Lafayette eine Gastreise, die sich allmählich zu einem wahren Triumphzug steigerte, antreten zu können und derart erst einmal Land und Leute kennen zu lernen. Bei dem Aufenthalt in Philadelphia machte er erstmals die Bekanntschaft der führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Schutzzollbewegung, nämlich Charles J. Ingersoll und Mathew Carey<sup>68</sup>. Alles dies bewahrte ihn jedoch nicht davor, eine Tätigkeit, die ihn und seine Familie ernähren konnte, zu suchen, um einen Hausstand in dem fremden Land zu gründen. Zunächst scheiterte der Versuch, sich als Farmer niederzulassen, wodurch seine finanzielle Situation immer bedrohlicher wurde. Da bot die Kleinstadt Reading mit ihren meist deutschstämmigen rund 5000 Einwohnern die einzigartige Gelegenheit, im August 1826 die Redaktionsleitung der deutschsprachigen Lokalzeitung „Readinger Adler“ zu übernehmen<sup>69</sup>. Es besteht kein Zweifel, daß List, der Publizist, hier eigentlich so recht wieder in seinem Element war. Sein längster eigener Beitrag handelte vom Weinanbau, der nicht nur eine

<sup>67</sup> W. O. Henderson, a. a. O., S. 78.

<sup>68</sup> Allerdings handelte es sich nur um den Vater von Henry C. Carey (1793-1879), der durch sein Werk „Principles of Political Economy“ (1837-1840), dessen analytische Einsichten zwar nicht sehr groß, aber durch ihren Gegensatz zum Ricardianismus, ihre Befürwortung von Schutzzöllen, wirkungsvoll waren, als einer der hervorragendsten amerikanischen Ökonomen des 19. Jahrhunderts gilt. Schutzzöllner war freilich bereits sein Vater, der weithin als „Pamphletist“ galt, während weithin die Auffassung vertreten wurde und wird, sein Sohn habe List „beeinflußt“, womit nicht selten, wie so häufig bei List, insinuiert werden sollte, List sei lediglich ein Plagiator von Carey jr. gewesen. So war auch mein Lehrer Carl Brinkmann der Auffassung, Carey sei ein „Anreger“ von List gewesen (Wirtschaftstheorie, Göttingen 1953, S. 129). In Wahrheit waren, wie wir gesehen haben, die betreffenden Auffassungen Lists längst gereift und zum Konzept des „Erziehungszolls“ gediehen. Der mit den beiden Literaturen und Sprachen weit besser vertraute Emigrant Eric Roll (A History of Economic Thought, 3. Aufl., London o. J.) hat hier weiter und tiefer gesehen: „Sein (sc.: Careys) Optimismus und Nationalismus führten ihn entlang eines Pfades, der parallel zu dem verlief, den List einschlug. Jedoch sollte man daran erinnern, daß die ‚nationalistische Schule‘, die er begründete, ebenso wie seine späteren Ideen zeigte, daß er viel mehr mit verschiedenen europäischen Schulen von utopistischen Reformern gemein hatte als mit List und dem Protektionismus, der später so wichtig für Amerika wurde“ (S. 419). Indes erwies sich für List die persönliche Bekanntschaft mit Männern wie John Quincy Adams, Andrew Jackson, Thomas Jefferson, James Madison, Daniel Webster und verschiedenen anderen als viel wichtiger als die mit Mathew Carey und anderen Schutzzöllnern.

<sup>69</sup> Der „Readinger Adler“, der 1796 gegründet worden war und sich seit 1823 im Besitz eines gewissen John Ritter befand, wurde als eine der ältesten und verbreitetsten deutschsprachigen Zeitungen Amerikas geschildert. Die damalige Anzahl der Abonnenten betrug rd. 2500 zu Zeiten Lists.

große ökonomische Verbesserung erfahren und für die „arbeitende Classe“ erreichbar sein, sondern im Gegensatz zu Whisky und Gin auch eine durchgreifende moralische Reform der Gesellschaft bewirken sollte<sup>70</sup>. Hervorgehoben werden muß aber, daß Friedrich List damals der Freimaurerloge in Reading beitrug<sup>71</sup>. Binnen kurzer Zeit erreichte er den Grad eines „Master Mason (Meister vom Stuhl)“<sup>72</sup>. Noch wichtiger mag in unserem Zusammenhang erscheinen, daß die Vereinigten Staaten sich damals in einer kritischen Phase ihrer Wirtschaftsentwicklung befanden.

Die junge Industrie der Nordstaaten trat nämlich, im Gegensatz zu den Tabak- und Baumwollpflanzern der Südstaaten, für Schutzzölle, noch dazu abgestützt durch ein von der Bundesregierung finanziertes öffentliches Bauprogramm, ein, wofür kein Geringerer als Alexander Hamilton den Begriff „Amerikanisches System“ prägte. In dieses Ringen um den einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs schaltete sich Friedrich List mit dem ihm eigenen Elan ein und verfaßte zwölf Briefe an den Vizepräsidenten der schutzzöllnerischen Gesellschaft von Pennsylvania, dem Zentrum der ganzen Bewegung, den ihm bekannten Charles J. Ingersoll, wobei er insbesondere das Erfordernis, hohe Importzölle zum Schutz „junger Industrien“ zu erheben, unterstrich. Sie wurden kurz darauf zwischen August und November 1827 in loser Folge unter dem Titel „The American System“ in der angesehensten Tageszeitung Philadelphias, der „National Gazette“, veröffentlicht. Sie erweckten eine starke Resonanz und wurden auch in anderen Tageszeitungen nachgedruckt, so daß sie von der Pennsylvania Society for the Promotion of Manufactures and the Mechanic Arts im Dezember 1827, List war nun achtunddreißig Jahre alt, in vielen tausend Exemplaren als Broschüre unter dem Titel „Outlines of American Political Economy“ herausgebracht wurden<sup>73</sup>.

---

<sup>70</sup> Es handelt sich insgesamt um fünf Artikel. Vgl. F. List, a. a. O., Bd. II, S. 247-262.

<sup>71</sup> Es ist bezeichnend, daß dieser Umstand von der bis 1945 üblichen nationalistischen Inanspruchnahme Lists — und lange noch danach — gewöhnlich übergangen oder, soweit nicht Unkenntnis vorlag, verleugnet wurde. Das Motto seines Hauptwerkes, das wir (s. oben) unserer Untersuchung vorangestellt haben, wurde derart stets einseitig patriotisch oder gar nationalistisch gedeutet. Über den Zusammenhang von Liberalismus und Freimaurerei im 19. Jahrhundert wollen wir uns hier nicht auslassen. Jedenfalls waren führende amerikanische Persönlichkeiten nicht nur damals Freimaurer, so z. B. Andrew Jackson oder Lists Partner beim späteren gemeinsamen Bau der „Little Schuylkill Eisenbahn“, Isaac Hiester. List erhoffte sich wohl nicht zu Unrecht durch seine Mitgliedschaft Zutritt und willigere Aufnahme seiner politischen und ökonomischen Auffassungen bei hochgestellten freimaurerischen Persönlichkeiten (vgl. E. Salin, Nachwort zum Neudruck, 1971, der Werke, X, 321-325). Übrigens waren auch Friedrich der Große und Goethe Freimaurer.

<sup>72</sup> Über die Bedeutung der Zugehörigkeit Lists zur Freimaurerloge s. a. E. Salin, ebenda. Es ist bezeichnend, daß er sich über die ihm bereits zur Zeit der Erstauflage bekannte Tatsache damals nicht zu äußern wagte. List hat übrigens selbst gelegentlich die Freimaurerei gegen die üblichen Angriffe verteidigt.

<sup>73</sup> Der vollständige Titel, der hier nur in der üblichen Weise der List-Literatur wiedergegeben wird, s. F. List, a. a. O., Bd. II, S. 22f.



Nicht genug damit veranstaltete die Pennsylvania Society zu Ehren Lists am 3. November 1827 ein Festmahl, wobei deren Sekretär List vorstellte als „beglaubigt durch seine Kenntnis der politischen Ökonomie“<sup>74</sup>. Ja, die jenseits der massiven Vertretung ihrer Interessen wohl etwas harmlosen amerikanischen Industriellen beauftragten List, der ihnen durch die Formulierung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele imponiert hatte, sogar ein größeres Werk zu verfassen, worüber List sogleich begeistert Lafayette berichtete:

„Die Pennsylvania Society hat mich beauftragt, ein ganzes Werk über amerikanische Nationalökonomie zu schreiben, und ich sehe jetzt ein Leben vor mir, in dem ich diesem Land nützlich bin, welche glückliche Wendung meines Schicksals“<sup>75</sup>.

Selbstverständlich wurde dieses Werk, für das sich immerhin schon über neunzig Subskribenten gefunden hatten, und das den Titel „The American Economist“ tragen sollte, niemals geschrieben und ist nie erschienen. Außer zwei Ansprachen und einem längeren Artikel, in dem er Charles J. Ingersoll gegen einen freihändlerischen Gegner in Schutz nahm, sämtlich in der „National Gazette“ veröffentlicht, sind über die „Outlines“ hinaus keine weiteren einschlägigen Publikationen Lists mehr in den USA herausgekommen<sup>76</sup>: Ein von der Pennsylvania Society herausgegebener Report erschien ohne Lists Namensnennung<sup>77</sup>. Vielmehr nahm Lists Lebensweg eine andere, wenn auch geringere Wende in eine neue Richtung.

Seit 1790 nördlich von Reading bekannte Kohlevorkommen hatten im Zusammenhang mit technischen Neuerungen bei der Verbrennung von Steinkohle zu einem Spekulationsfieber geführt, von dem sich auch Friedrich List erfassen ließ. Diesmal war er erfolgreicher als bei allen seinen früheren Unternehmungen. Er wurde nicht nur bei seiner „Kohlensuche“ fündig, sondern betätigte sich auch erfolgreich als Unternehmer, ja erschloß die von ihm gefundenen Kohlenlager durch den Bau einer Eisenbahn. Hier wirkte er tatsächlich als Pionier und konnte sich späterhin beim Bau der Eisenbahn zwischen Dresden und Leipzig auf seine amerikanischen Erfahrungen berufen. Allein, der politische Mensch, der Friedrich List, trotz nicht allzu großen Geschicks, jenseits publizistischer Aktivität politisch wirksam zu werden, vor allem anderen gewesen ist, wurde unmittelbar wieder in die inneren politischen Auseinandersetzungen in den USA hineingerissen. Im Wahlkampf um die Präsidentschaft von 1824 hatte John Quincy Adams, der Sohn des zweiten Präsidenten John Adams, vielfach als Gesandter tätig und unter Präsident Monroe Secretary of State, also Außenminister, den ehemaligen General Andrew Jackson, einen Rechtsanwalt, Abgeordneter des Staates Tennessee und Sieger über die Briten 1815 in der Schlacht bei New Orleans, dem List seit

---

<sup>74</sup> F. List, a. a. O., Bd. II, S. 158.

<sup>75</sup> F. List, Brief vom 29. 11. 1827, a. a. O., Bd. VIII, S. 352.

<sup>76</sup> Vgl. ebenda, Bd. II, S. 186-206 und 232-239.

<sup>77</sup> Report of the Committee of Ways and Means. Ebenda, Bd. II, S. 207-231.



Anfang seines Aufenthalts in den USA näher gekommen war, geschlagen. Die anschließende „Ära des schlechten Einvernehmens“, deren Spannungen noch dadurch verschärft wurden, daß Jackson seine Gegner wenig zimperlich einer „korrupten Verschwörung“ bezichtigte, führten schließlich zur Spaltung in die Partei der Republikaner unter Adams und der Demokraten unter Jackson. List hatte auch Adams und dessen Außen- sowie Finanzminister kennen gelernt, so daß alles dafür sprach, im neuerlichen Kampf um die Präsidentschaft für den Wahlsieg ihrer Partei einzutreten, die das „American System“ und ihre schutzzöllnerischen Vorstellungen auf ihre Fahnen geschrieben hatte, während die Demokraten die Schutzzollpolitik prinzipiell ablehnten.

List erspähte jedoch seine Chance und entschied sich für Jackson, der ihm persönlich, vielleicht nicht allein wegen der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Freimauerei, näher stand. Wie immer man dies beurteilen mag, so wirft dieses Vorgehen doch Licht auf Lists prinzipielle theoretische und wirtschaftspolitische Überzeugungen<sup>78</sup>. Jedenfalls brachte ihm Jacksons Wahlsieg die erhoffte Belohnung, hatte ihm doch im Oktober desselben Jahres sein Heimweh den oft zitierten Stoßseufzer entlockt: „Im Hintergrund aller meiner Pläne liegt Deutschland“<sup>79</sup>. Am 27. Oktober 1830 wird er eingebürgert und wird am 8. November desselben Jahres zum amerikanischen Konsul, zunächst für Hamburg, ernannt. Die Bestätigung wird ihm allerdings vom amerikanischen Senat verweigert. Ein Aufenthalt in Frankreich gibt Gelegenheit zu einer wissenschaftlichen Veröffentlichung<sup>80</sup>, aber seine Bemühungen, einen Handelsvertrag zwischen den USA und Frankreich zustande zu bringen, blieben ohne Erfolg<sup>81</sup>.

---

<sup>78</sup> Wir überlassen selbstverständlich dem Leser das Urteil, enthalten uns selbst jeder charakterlichen oder theoretischen Bewertung und weisen nur darauf hin, daß man später u. a. insinuiert hat, List habe seine ganzen einschlägigen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Auffassungen von den ihm in den USA bekanntgewordenen amerikanischen Schutzzöllnern übernommen. Hinsichtlich eines Vergleichs zwischen Henry C. Carey, der die Theorie des Protektionismus umfassend ausbreitete, und List s. Joseph A. Schumpeter, *History of Economic Analysis*, New York 1954, S. 516-517. Vgl. a. Anm. 68.

<sup>79</sup> F. List, a. a. O., Bd. III, S. 83.

<sup>80</sup> „Idées sur les réformes économiques, commerciales et financières, applicables à la France“ (F. List, a. a. O., Bd. V, S. 59-91). Zugleich betätigte er sich auch hier schon — wie später öfters — gleichsam als „Diplomat ohne Auftrag“.

<sup>81</sup> Die Julirevolution des Jahres 1830, die zugleich ein „neuer Sieg des liberalen Kapitalismus“ war und die auf Europa „wie der Durchbruch eines Dammes“ wirkte (F. Schnabel, a. a. O., 2. Bd., S. 57), hatte der neuen französischen Regierung gewiß andere Sorgen hinterlassen, als einen neuen Handelsvertrag abzuschließen. Im übrigen hatte sich, wie Oskar Walzel dargelegt hat, das ganze geistige Klima einschneidend gewandelt, da um 1830 fast durchaus das Gegenteil von dem gegolten habe, was um 1870 als das einzig Richtige und Wahre erschien (Klassizismus und Romantik als europäische Erscheinungen, in: Propyläen-Weltgeschichte, hrsg. von Walter Goetz, 7. Bd., Berlin 1929, S. 251). Auf das „philosophische“ war nun endgültig das „ökonomische“ Jahrhundert gefolgt, das recht eigentlich das Jahrhundert des Kapitalismus, der „auf die Grundsätze des ökonomischen Liberalismus eingestellt“ ist, gewesen sei (Karl Muhs, *Geschichte des abendländischen Geistes*, 2 Bde., 2. Bd., Berlin 1954, S. 178 und 182).

So kehrte er zunächst erst einmal wieder nach Amerika zurück, bemühte sich neuerlich um die Ernennung zum Konsul, diesmal für Baden, und konnte im Juli 1832 endgültig nach Deutschland heimkehren. Sein in Amerika erworbenes Vermögen und seine abschließende Ernennung zum Konsul für Leipzig 1834 gaben ihm den Rückhalt, um seine verschiedenen Pläne zu verfolgen<sup>82</sup>.

Nun erst war so recht die Zeit gekommen, die Hermann Grimm rückblickend charakterisiert hat:

„Die alten Formen brachen in Deutschland zusammen. Frische Talente tauchten überall auf, ohne von Parteien gedämpft oder in Beschlag genommen und von der eigentümlichen Bahn abgelenkt zu werden . . . Lauter jugendliche Kräfte, ohne Rückblick auf das Vergangene, vielmehr in der ungeheuren Erwartung befangen, was der nächste Tag bringen werde“ machten sich ans Werk<sup>83</sup>.

Mit Verve geht List wiederum an die Verwirklichung seiner Pläne, nach den Erfahrungen mit der Räume und Märkte erschließenden Eisenbahn in den Vereinigten Staaten den Bau eines deutschen Eisenbahnnetzes zu betreiben.<sup>84</sup> Abermals sucht er publizistisch, im Vertrauen auf seine eigentliche Begabung, seine Pläne zu fördern:

„Denn ohne bedeutenden Erfolg mag ich nicht schreiben“<sup>85</sup>.

---

<sup>82</sup> List war nur drei Jahre lang amerikanischer Konsul für Leipzig, an einer späteren Ernennung zum Konsul für Stuttgart für die Zeit von 1843-1845 war er nicht mehr interessiert, hingegen blieb ihm die Ernennung zum Konsul beim Deutschen Zollverein, die er ersehnte, versagt. Übrigens ist in Erinnerung an Friedrich List im Leipziger Hauptbahnhof das Café nach ihm benannt (Die Welt, Nr. 235 vom 9. 10. 1989, S. 22).

<sup>83</sup> Hermann *Grimm*, Das Jahrhundert Goethes, Stuttgart 1948, S. 18-19. *Grimm* bezog sich dabei bereits auf die Zeit um 1820, erwähnte aber: „1820 schon sprach Goethe von dem Gefühl der absoluten Wertlosigkeit der Gegenwart“ (ebenda S. 20).

<sup>84</sup> Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn wir hier auch noch Lists Verdienste als Eisenbahnpionier einbeziehen würden, zumal seine Verdienste auf diesem Gebiet hinlänglich bekannt sind, vor allem, was die Planung bzw. Voraussicht der wichtigsten deutschen Eisenbahnlinien anbelangt. Er hat seine diesbezüglichen Erkenntnisse erst 1840/41 in drei Artikeln zusammengefaßt (vgl. a. a. O., Bd. III/1, S. 306-377: Das deutsche Eisenbahnsystem). Daraus interessiert in unserem Zusammenhang besonders der dritte Artikel („Das deutsche Eisenbahnsystem zur Vervollkommnung der deutschen Industrie“ (ebenda, S. 347-377), woraus hervorgeht, worauf er mit den erforderlichen Verbesserungen des Verkehrs- und Transportwesens insbesondere abzielte. Das Transportsystem eines jeden Landes oder Wirtschaftsraums sieht List dabei als ein gegliedertes Ganzes: „Der Hauptstrang eines Landes ist der Arm, die Quer- und Seitenbahnen, die unvollkommenen, aber wohlfeilen Eisenbahnen, die Holzbahnen, die gewöhnlichen Straßen sind die Hände und Finger des Systems, ohne sie ist der Hauptstrang ein Stumpf und nicht viel wert . . . Ein vereinzelt stehender Kanal ist wie eine vereinzelt Eisenbahn — ein Stumpf ohne Hand und Finger“ (ebenda, S. 390f.). List hatte bereits 1831 in Frankreich erkannt, wie das neue Transportsystem „alle produktiven Kräfte der Nation verdoppeln“ könne, wobei an der dafür erforderlichen Kapitalakkumulation — was in unserem Zusammenhang wiederum besonders interessiert — „die ganze Masse der Bevölkerung teilnehmen“ solle. Dabei sollten das Bankkapital und der Zahlungsmittelumlauf eine ganz besonders wichtige Rolle spielen, wodurch die schlum-

Doch abermals scheitert er. Auch sind es nicht die feudalistischen Partikularinteressen allein, an denen er scheitert. Erst die Reichsgründung von 1871 hat später den weitgesteckten Raum geschaffen, den Friedrich List für die Verwirklichung seines Planes eines weitreichenden deutschen Eisenbahnnetzes gebraucht hätte<sup>86</sup>. Die von ihm geplante Eisenbahnlinie Dresden-Leipzig wird ohne ihn gebaut, das betreffende Unternehmen ohne ihn gegründet und betrieben. Spätestens Ende 1835 war ihm klar, daß er keine Konzession erhalten würde, noch im Mai 1836 bot er sich, immer auf der Suche nach einer entsprechenden Anstellung und einem Auskommen, vergeblich der badischen Regierung als Eisenbahnfachmann an<sup>87</sup>. So zieht er, indem er ein weiteres Mal sich auf seinen Beruf als Journalist zurückziehen muß, nach dem Verlust seines Vermögens nach Paris.

Nicht unerwähnt darf indes hier bleiben, daß er bei seiner Rückkehr aus Amerika noch einen anderen Plan, nämlich die Schaffung einer Staatswissenschaftlichen Enzyklopädie, verfolgt hatte. Dies erschien aussichtsreich, da er nicht allein zusammen mit dem Altonaer Verleger je zur Hälfte die Finanzierung übernahm, sondern weil es ihm auch gelang, zwei der namhaftesten liberalen Gelehrten, nämlich Karl Theodor Welcker<sup>88</sup> und Carl von Rotteck<sup>89</sup>, für die Redaktion zu gewinnen. Welcker war es, der als Abgeordneter bereits 1831 in der Badischen Kammer den denkwürdigen Antrag auf „Vervollkommnung der organischen Entwicklung des Deutschen Bundes zur bestmöglichen Förderung deutscher National-Einheit und staatsbürgerlicher Freiheit“ gestellt hatte. Er gab nun jenes berühmte „Staatslexikon oder Enzyklopädie der Staatswissenschaften“, Vorbild aller ähnlichen späteren Publikationen, zusammen mit Rotteck heraus, das beide durch zahlreiche Artikel bereicherten. Bereits 1834

---

mernenden Produktionskräfte vermittels Banknoten oder „unverzinslicher Kassenscheine“ mobilisiert werden sollten (Vgl. a. a. O., Bd. III/2, S. 652, 748 u. 803 f.).

<sup>85</sup> F. List, a. a. O., Bd. V, S. 544.

<sup>86</sup> Eine kurze Zusammenfassung von Lists diesbezüglicher Aktivität, freilich unter Vernachlässigung der wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Aspekte jetzt bei W. O. Henderson, a. a. O., S. 144-163.

<sup>87</sup> F. List, a. a. O., Bd. VIII, S. 454.

<sup>88</sup> Er war, 1790 geboren, fast Jahrgangsgenosse Lists und bereits 1819 Professor an der Universität Bonn. Nach Annahme eines Rufes nach Freiburg machte er dort die Bekanntschaft von Rotteck und wurde 1831 Abgeordneter der Zweiten Ständekammer, verlor aber bereits im folgenden Jahr seine Professur, weil er ebenfalls wie List die politischen Auffassungen der liberal-nationalen Einheitsbewegung vertrat. Er trat 1834 in die Redaktion des „Staatslexikon“ ein und wurde 1848 Gesandter in der Frankfurter Paulskirche. Er starb 1869.

<sup>89</sup> Er wurde 1775 geboren, war also fünfzehn Jahre älter als Welcker und starb bereits 1840. Seit 1798 war er bereits Professor der Geschichtswissenschaft an der Universität Freiburg, wechselte aber 1818 auf den Lehrstuhl für Staatswissenschaften. Auch er verlor aus denselben Gründen wie Welcker und List seine Professur, wurde aber 1819 Abgeordneter der Ersten Badischen Kammer und 1833 der Zweiten Kammer. Zusammen mit Welcker trat er 1834 in die Redaktion des „Staatslexikon“ ein. Beide waren bereits zuvor prominente Verfechter der liberal-nationalen Auffassungen.

konnte das erste Heft erscheinen von jenem „Grundbuch des vormärzlichen Liberalismus“ (F. Schnabel), das die Grundsätze des Konstitutionalismus zum geistigen Eigentum des um „Bildung und Besitz“ integrierten vormärzlichen deutschen Bürgertums machte<sup>90</sup>. Aber List wollte persönlich mehr erreichen, wollte mit Hilfe des Lexikons die Lehren der klassischen Schule zurückdrängen und seine eigenen Auffassungen verbreiten. Er blieb indes ein einflußloser Mitarbeiter und konnte insgesamt nur dreizehn Artikel in dem ganzen Werk unterbringen<sup>91</sup>. Vergeblich hatte er versucht, selbst in die Redaktion einzutreten, worüber es schließlich zum Bruch mit den beiden Professoren kam. Es war nicht verwunderlich, daß er später feststellte:

„Das Welckersche Staatslexikon ist ein verfehltes Unternehmen“<sup>92</sup>

und sich auch finanziell von dem Unternehmen trennte<sup>93</sup>. In Paris jedenfalls war er vor allem als Korrespondent der „Augsburger Allgemeine Zeitung“ tätig, die der Sohn seines alten befreundeten Württemberger Verlegers, Georg von Cotta, herausgab und die ein Jugendfreund als verantwortlicher Redakteur leitete. Hier suchte er sofort seinen Gesinnungsfreund Heinrich Heine auf, den er bereits 1831 kennen gelernt hatte und der ebenfalls wesentlich von Beiträgen zu derselben Zeitung lebte.

Damals war List bereits öfter mit Ludwig Börne, mit dem er ebenfalls nicht nur durch gemeinsame politische Überzeugungen verbunden war, und mit Heine zusammen gewesen. Börne berichtete, wie sie zusammen gespeist hätten,

---

<sup>90</sup> Vgl. zum Ganzen G. Eisermann, a. a. O., S. 27, 30f., 84, 88 u. 90 sowie Hans Zehntner, Das Staatslexikon von Rotteck und Welcker. Eine Studie zur Geschichte des deutschen Frühliberalismus, List-Studien Nr. 3, Jena 1929. Bedenken muß man bei dem Ganzen, daß Lists eigentlicher Beruf, ja seine Berufung Publizist und Journalist war, woraus er über weite Strecken seines Lebens das einzige Einkommen bezog. Seine journalistische Arbeit ist dabei ebenso interessant wie seine publizistische, durch sie und nicht nur durch seine politischen Auffassungen kam er auch in Kontakt und freundschaftliche Beziehung zu Heinrich Heine, Heinrich Laube und besonders Börne. Zeitungen und Zeitschriften sowie Bände, die allmählich in Einzellieferungen erschienen wie das „Staatslexikon“ boten dem sich formierenden Bürgertum Hilfe für eigene politische Gehversuche, Bücher erwiesen sich dabei oft als zu teuer, Zeitungen als zu aktualitätsgebunden. Lists anfänglicher Elan bei den zahlreichen Zeitschriften, die er gründete, ermattete stets bald, seine optimistischen Erfolgsprognosen erwiesen sich fast immer als unbegründet. (Vgl. generell hierzu auch K. Schottenloher und J. Binkowski, Flugblatt und Zeitung, 2. Aufl., München 1985, S. 341 ff.) Die erste Auflage des „Staatslexikons“ umfaßte fünfzehn Bände und wurde erst 1843, nahezu zehn Jahre nachdem das erste Heft erschienen war, fertiggestellt. Von 1845 bis 1848 erschien dann die zweite Auflage in zwölf und 1856, ebenfalls nach Lists Tod, die dritte Auflage in vierzehn Bänden.

<sup>91</sup> Dies lag auch daran, daß sowohl Welcker als auch Rotteck Nationalökonomie wenig interessierte.

<sup>92</sup> F. List, a. a. O., Bd. VIII, S. 736.

<sup>93</sup> Nach dem Tod von Rotteck, dem List 1840 bereits vorgeworfen hatte, sich als Zeilenschinder zu betätigen, verkaufte er seinen Anteil am „Staatslexikon“ für 8000 Reichstaler an den Verleger.

„ich und er, einen Einfall schöner wie der andere und das Lachen des List, der nie weniger als ein halb Pfund Fleisch im Munde hat! Ich fürchtete im Ernst, er würde ersticken“<sup>94</sup>.

Die nach außen etwas zimperliche Clara Wieck-Schumann, die mit einer von Lists Töchtern, die Sängerin werden wollte, befreundet war, meinte, sie könne Heine

„eigentlich aus gewissen Gründen nicht gut besuchen — vielleicht gehe ich doch einmal mit Herrn List dahin“,

und List, der als Bote diente, übermittelte Heine ein ander Mal Schumanns Kompositionen „Liederkreis von Heine“ (Opus 24), ohne von Heine freilich je eine Antwort zu erhalten<sup>95</sup>. Wie Heine in den „Pariser Salons“, so hat jedenfalls List u. a. aus Paris auch über das Pariser Musikleben berichtet<sup>96</sup>. Wichtiger freilich als der lebhafteste Verkehr mit Heine und anderen Emigranten war, daß List die Chance zu einer anderen, ungleich gewichtigeren als alle seine journalistischen, für den Tag erscheinenden Arbeiten erspähte. Denn 1837, List war mittlerweile achtundvierzig Jahre alt, schrieb die Pariser Académie des Sciences Morales et Politiques zum zweiten Mal die Preisfrage aus:

„Wenn eine Nation den Vorsatz hat, die Handelsfreiheit einzuführen oder ihre Douanengesetzgebung zu ändern, welches sind dann die Tatsachen, die sie in Betracht ziehen muß, um auf die billigste Weise die Interessen der National-Produzenten und diejenigen der Masse der Konsumenten auszugleichen“<sup>97</sup>.

In intensiver Anstrengung machte er sich, mit Unterstützung seiner ältesten, sprachgewandten Tochter, in kürzester Frist an die Ausarbeitung des Manuskripts, das seine Auffassungen in verbesserter und ausführlicherer Weise als bisher darlegen sollte<sup>98</sup>.

Allerdings scheint es ihm, ebenso wie bei den „Outlines“, keineswegs in erster Linie darum gegangen zu sein, nunmehr etwa endgültig in der Wissenschaft Fuß zu fassen, denn ausdrücklich erklärt er:

„wenn ich den Preis gewinne, so feiere ich über meine Feinde in Deutschland einen Triumph, der notwendig in Deutschland oder in Frankreich gute Folgen für uns (sc.: seine Familie) haben muß“<sup>99</sup>,

---

<sup>94</sup> Gespräche mit Heine, hrsg. von H. H. Houben, 2. Aufl., Potsdam 1948, S. 213. Börne war ein großer Bewunderer von List, den er bis zu seinem eigenen Tod aufrichtig verehrte. Höchst lobend und verständnisvoll hat er sich damals auch über ein kleines Buch von List geäußert, in dem dieser eine Eisenbahnlinie zwischen Paris und LeHavre vorschlug.

<sup>95</sup> Ebenda, S. 359 und 409.

<sup>96</sup> Vgl. Augsburgener Allgemeine Zeitung, Nr. 1448 vom 28. Mai 1839, Beilage S. 1146. Zweifellos wird ihm seine musikalische Tochter dabei geholfen haben, aber wir erkennen, worüber List um des Honorars willen alles berichten mußte.

<sup>97</sup> Vgl. F. List, a. a. O., Bd. IV, S. 9 ff.

<sup>98</sup> Vgl. ebenda, Bd. VIII, S. 499.

<sup>99</sup> Ebenda, Bd. IV, S. 46.

und kalkuliert auch gleich optimistisch den buchhändlerischen Erfolg, den die Preisschrift gedruckt erzielen müsse<sup>100</sup>. Es ist freilich problematisch, worauf List seinen Optimismus gründete, denn entweder hatte er die Preisfrage, die von der Befürwortung von Handelsfreiheit und nicht von Handelsbeschränkungen ausging, in ihrer Sinnrichtung mißverstanden oder absichtlich auf den Kopf gestellt. Zweifel, ob er den Preis erhalten würde, konnte er daher bereits bei der Abfassung, „ungeachtet meine Abhandlungen die besten sind“<sup>101</sup>, nicht ganz unterdrücken<sup>102</sup>. Es konnte ihn daher keineswegs völlig überraschen, daß er den Preis nicht zuerkannt bekam<sup>103</sup>, sondern — zusammen mit zwei anderen Einreichern — nur als „ouvrages remarquables“ erwähnt wurde. Bemerkenswert ist auch der Titel, den er seiner Untersuchung gab, nämlich „Système naturel d'économie politique“. Das „Natürlich“ war hier, ganz im Sinne der französischen Aufklärung, gemeint als das „Selbstverständliche“, das „Natur-“ und damit „Vernunftgemäße“.

Jedenfalls war die Arbeit daran dennoch in doppelter Hinsicht für ihn wertvoll, denn einmal schlachtete er sie als Publizist anschließend in mehreren Artikeln aus, und zum andern wurde er angespornt, seine Auffassungen nunmehr auf deutsch gründlicher darzulegen und auszuarbeiten<sup>104</sup>. Das Resultat erschien bereits 1841 bei seinem Verleger J. G. Cotta in Stuttgart und

---

<sup>100</sup> Er versprach sich den Gewinn von 10000 Franken davon, ja das drei- bis vierfache im Falle die „Preisschrift“ mehrere Auflagen erreichen sollte. „Jedenfalls aber sind meine Abhandlungen so, daß ich sie (sc.: die Preisschrift, GE) drucken lassen werde und daß ich mir denselben Erfolg versprechen darf, wie in Amerika (sc.: mit den „Outlines“, GE)“ (a. a. O., Bd. IV, S. 48). Auch verteilte er, optimistisch wie stets und darum später um so bitterer enttäuscht, das Preisgeld im Geist bereits unter seine Familie, bevor er auch nur einen einzigen Franken davon zu sehen bekommen hatte.

<sup>101</sup> F. List, a. a. O., Bd. IV, S. 48.

<sup>102</sup> Denn brieflich teilte er seiner Frau im Dezember 1837 mit: „Ich habe nämlich ein neues System, und meine Richter sind noch alten Glaubens“ (a. a. O., Bd. IV, S. 48). Dies gilt gewiß ebenso für den Inhalt der „Outlines“ und alles, was List bis dahin in dieser Richtung publiziert hatte.

<sup>103</sup> Vielleicht hatte sich List darauf verlassen, daß sich unter den Preisrichtern der von ihm geschätzte französische Ökonom Charles Dupin befand, von dem man ihm später „Abhängigkeit“ vorwarf. Manche Listforscher möchten in der Preisschrift sein abgerundetes Werk sehen, obschon er es erweislich in der größten Eile niedergeschrieben und später selbst abgewertet hat. Uns erscheint das Urteil am abgewogensten: „Es ist ein eigenständiges Buch, das ein wichtiges Stadium in der Entwicklung von Lists wirtschaftstheoretischem Denken darstellt. Da er einen Abgabetermin zu berücksichtigen hatte, mußte er sich zwangsläufig kurz fassen und seine Argumente in knapper Form entwickeln“ (W. O. Henderson, a. a. O., S. 182).

<sup>104</sup> Der erste — und einzige — Band seines Hauptwerkes, das daraus erwuchs, war zugleich das einzige wirtschaftstheoretische Werk, das er zeitlebens veröffentlichte, die Preisschrift wurde erst rund hundert Jahre später wiederentdeckt und publiziert. Diese deutsche Fassung sollte zunächst sowohl in französischer als auch in deutscher Sprache herauskommen, aber Lists Verleger war nur an einem deutschen Buch interessiert, so daß das neue französischsprachige Manuskript liegen blieb (vgl. W. O. Henderson, a. a. O., S. 190).



Tübingen unter dem berühmten Titel „Das nationale System der politischen Ökonomie. Erster Band. Der internationale Handel, die Handelspolitik und (sic) der deutsche Zollverein“. Es wurde der große publizistische Erfolg, den List sich immer erhofft hatte<sup>105</sup>. Es ist zweifellos die alle früheren Fassungen überragende und bündigste Zusammenfassung seiner Auffassungen, in ihrer Art ein klassisches Werk<sup>106</sup>. Wenn es gilt, sein Werk zu würdigen, so muß man sich auf dieses Werk konzentrieren, ohne freilich die Argumentation der früheren Fassungen, wenn man sie so nennen darf, nicht allein zur Interpretation, aus den Augen zu verlieren<sup>107</sup>.

Aus historischer Perspektive, worunter wir aus heutiger Sicht sowohl Lists Lebensweg, als auch, untrennbar damit verbunden, den dazugehörigen zeitgeschichtlichen Hintergrund, wie wir ihn hier für die Zwecke dieser Darstellung rekonstruierten, sowie seine spezielle theoretische Argumentation, zu verstehen haben, sind in letztgenannter Hinsicht insbesondere drei Komplexe herauszuheben. Hierbei ist sogleich festzuhalten, daß List seinem Selbstverständnis nach, mit Recht, als ein ganz selbständiger Denker betrachtet werden muß, der nicht etwa, wie es immer noch zuweilen geschieht, als Fortsetzer der Romantik betrachtet werden darf<sup>108</sup>. Es ist zwar richtig, daß Adam Müller, so kritisch man ihm gegenüberstehen mag — und an Kritik hat es wahrhaftig nicht gefehlt<sup>109</sup> — die unlösliche Verschränkung der wirtschaftlichen Realität mit der politischen und sozialen unterstrichen, dem „Geistigen Kapital“ hervorragende Bedeutung zuerkannt, den Vorzug der Produktion vor den Produkten und schließlich betont hat, die Wirtschaft sei kein Selbstzweck, sondern könne nur Mittel für höhere Zwecke, die erst die Kriterien für ihre Beurteilung lieferten, bereitstellen.

Die immer wieder aufgeworfene Frage, ob und inwieweit Adam Müller die Auffassungen und Lehren Friedrich Lists beeinflusst habe, kann jedoch als definitiv abgeschlossen gelten<sup>110</sup>. Die ans Licht gezogene Versicherung Lists<sup>111</sup>, ihm seien vor Abfassung seines Hauptwerkes Adam Müllers „Elemente der Staatskunst“ (Berlin 1809), nicht ohne geringschätzig auf den „berühmten

---

<sup>105</sup> Er erhielt für jede Auflage ein Honorar von 1000 Gulden. Nachdem die erste Auflage rasch vergriffen war, erschien bereits 1842 die zweite und 1844 — die letzte zu seinen Lebzeiten — die dritte Auflage (a. a. O., Bd. VI, S. 638).

<sup>106</sup> Der erschienene „erste“ — einzige — Band sollte freilich nur der erste eines insgesamt geplanten drei- bis sechsbändigen Werkes sein.

<sup>107</sup> Selbstverständlich gilt dies auch für die zahlreichen einschlägigen Aufsätze, wie sie in der Werkausgabe zusammengefaßt werden.

<sup>108</sup> Wie es z. B. sogar Eric Roll (a. a. O., S. 227) behauptet, indem er List als von den deutschen Romantikern „beeinflußt“ ansieht.

<sup>109</sup> Hier ist insbesondere Carl Schmitt (Die politische Romantik, 2. Aufl. München und Leipzig 1925) mit seiner These vom romantischen „subjektivierten Okkasionalismus“ hervorzuheben. Zu Müller vgl. a. G. Eisermann, a. a. O., S. 98-106.

<sup>110</sup> Vgl. zur Anamnese dieser Behauptung A. Sommer, Friedrich List und Adam Müller, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 25 (1927).

<sup>111</sup> Vgl. F. List, a. a. O., Bd. VI, Anhang III, S. 463, s. a. S. 656.



politischen Obskuranten“, den „geistreichen und gelehrten Obskuranten“ hinzuweisen, „niemals zu Gesicht gekommen“, ist überzeugend. Beide wird man überhaupt nur in einen Zusammenhang bringen können, wenn man sie als „Januskopf“ (K. Knies) ein und denselben, sich transformierenden historisch-soziologischen Bewegung auffaßt. Während Adam Müller von seinem absolutistisch-feudalistischen Standpunkt aus gegen die Ausschaltung der Regierungsgewalt innerhalb der Volkswirtschaft und die Aufhebung der feudalen Privilegien im Staat kämpft, wendet sich List vom Standpunkt der jungen aufstrebenden, durch die übermächtige ausländische Konkurrenz bedrohten heimischen Industrie gegen einen ungehinderten Freihandel. Das diametral Trennende in der oberflächlichen Ähnlichkeit mancher ihrer Argumentationen oder — anders ausgedrückt — das Gemeinsame in den entgegengesetzten politischen Standpunkten hat bereits Wilhelm Roscher mit Recht hervorgehoben<sup>112</sup>.

Die Entwicklung von Lists ökonomischen Lehren muß man deshalb als ein Wachstum von den „Outlines“, die in nuce bereits alle seine Grundgedanken enthalten, über das „Système naturel“ bis hin zu seinem Hauptwerk betrachten. Bereits im ersten Satz zu dessen Vorrede hat er selbst bekannt, wenn diese herkömmlicher Weise die Entstehungsgeschichte des Werkes enthalten solle, „so muß ich in dieser fast mein halbes Leben beschreiben“<sup>113</sup>. In der Tat ist sein Lebensweg, wie wir ihn deshalb hier verfolgt haben, eine eindringliche Illustration der ihm vom Leben erteilten und in seine Theorien umgeschmolzenen „Lehren“ gewesen. Wie bereits angedeutet, sind es dabei aus heutiger Sicht drei theoretische Komplexe, nämlich die Lehren der produktiven Kräfte, des Erziehungszolls und der unerläßlich dynamischen sive entwicklungsgeschichtlichen Betrachtungsweise des volkswirtschaftlichen Prozesses, die unsere fortdauernde Aufmerksamkeit verdienen. Als Ausgangspunkt der Theorie der produktiven Kräfte erscheint dabei, wie einer der verehrungsvollsten Interpreten Lists formuliert hat<sup>114</sup>, „eine in und durch den politischen Körper gebundene wirkliche Wirtschaft“. Da Träger dieser in den staatlichen „Körper“ eingebundenen Volkswirtschaft, eine Nation ist, so erscheint die Frage nach den produktiven Kräften leicht beantwortbar:

„Die Nation schöpft ihre produktive Kraft aus den geistigen und physischen Kräften der Individuen, oder (sic) aus ihren sozialen, bürgerlichen und politischen Zuständen und Institutionen, oder aus den ihr zu Gebote stehenden Naturfonds, oder aus den in ihrem Besitz befindlichen Instrumenten, den materiellen Produkten früherer geistiger und körperlicher Anstrengungen“<sup>115</sup>.

---

<sup>112</sup> Wilhelm Roscher, *Geschichte der National-Ökonomik in Deutschland*, München 1874, S. 976.

<sup>113</sup> F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 7.

<sup>114</sup> A. Sommer, *Über das Wachstum der tragenden Gedanken des Nationalen Systems*, Mitteilungen der Friedrich-List-Gesellschaft e. V. vom 15. 9. 1930, S. 55.

<sup>115</sup> F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 251.

Dem nüchternen Jean B. Say mit seiner Feststellung „les lois ne peuvent pas créer des richesses“, gibt List daher zur Antwort:

„Freilich können sie dies nicht, aber sie schaffen produktive Kraft, die wichtiger ist als Reichtum, d.h. der Besitz von Tauschmitteln“<sup>116</sup>. „Der Reichtum“,

so erklärte er, auf den berühmten Titel von Adam Smiths großartigem, unsere Wissenschaft überhaupt erst eigentlich begründendem Werk anspielend<sup>117</sup>,

besteht in Tauschwerten; man kauft und verkauft nur, um Tauschwerte zu gewinnen, und wenn der einzelne durch den Tauschwertgewinn reich wird, so wird es auch (sic) die Nation. Freier Verkehr ist die Grundbedingung des gewinnreichen Tausches bei den verschiedenen Nationen wie bei den verschiedenen Provinzen einer und derselben Nation und bei den Individuen. Gleichwie jeder einzelne am besten für sich selbst sorgt, so braucht man alle Angehörigen einer Nation nur sich selbst zu überlassen, um den Nationalreichtum zu fördern“.

Glaubte List unter Hinweis darauf, daß dies eine „Kaufmannstheorie“ sei, die klassische Arbeitswerttheorie widerlegt zu haben, da damit zugleich ein Zustand vorausgesetzt werde, der erst erreicht werden müsse, so mochte er, indem er in den volkswirtschaftlichen Prozeß gleichsam die das geschichtliche Gesamtgeschehen überhaupt gestaltenden Kräfte einzubeziehen suchte, den Umkreis der produktiven Kräfte noch weiter zu fassen versucht sein. Treuherzig fügte er seiner Aufzählung, ohne Rücksicht darauf, daß er den Begriff „produktive Kräfte“ dadurch vollends deformierte, daher hinzu:

„Die christliche Religion, die Monogamie, die Abschaffung der Sklaverei und der Leibeigenschaft, die Erblichkeit des Throns (sic), die Erfindung der Buchstabenschrift, der Presse, der Post, des Geldes, des Gewichts und Maßes, des Kalenders und der Uhren, die Sicherheitspolizei, die Einführung des freien Grundeigentums und die Transportmittel sind reiche Quellen (sic) der produktiven Kraft“<sup>118</sup>.

Es schert ihn offenbar wenig, daß dieser Begriff damit endgültig seine unterscheidbare Umrandung und somit seine wissenschaftliche Praktikabilität verliert.

Wenn wir wohlmeinend daran erinnern, daß er, entgegen der „Privatökonomie“ von Smith und seiner „Schule“, fortwährend ebenso wie einst Adam Müller das „geistige Kapital“ beschwört, das eben mehr zu schaffen in der Lage sei als Tauschwerte, so dürfen wir wohl darauf hinweisen, daß die Erfahrungen des Lebens, mehr als seine eigenen an der Tübinger Universität, ihn gelehrt hatten, was die Gründung der Universität Berlin in Preußens düsterer Zeit an Mobilisierung „geistigen Kapitals“, das die Verluste des materiellen kompensieren sollte, zu leisten vermochte. Zwar war die Haupt- und Zentralfigur dabei Wilhelm von Humboldt gewesen, aber ihm zur Seite traten doch Männer wie F.

---

<sup>116</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 178, Anm. 1.

<sup>117</sup> Ebenda, Bd. IX, S. 169.

<sup>118</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 178.

K. Savigny und Hegel, vor allem aber der die Zukunft sichernde Albrecht von Thaer und Hufeland, um nur diese zu erwähnen.

Wenn wir heute diese Erfahrungen mit dem „geistigen Kapital“ der Wissenschaft identifizieren, das wir unter der Summation „technologischer Fortschritt“ in die ökonomische Analyse einzubeziehen suchen, so müssen wir doch anerkennen, daß in der Listschen Formel von den „produktiven Kräften“ noch eine tiefere Einsicht verborgen ist. Es ist die Erkenntnis eines Mannes der Praxis aus Handwerk, Verwaltung, Publizistik und selbständigem Unternehmertum, daß in der Gesellschaft mehr produktive Kräfte, d. h. Potenzen, stecken mögen, als in der Volkswirtschaft zum Ausdruck kommen. Hierbei genügt es auch nicht, an die Bedeutung von Bildung und Ausbildung zu erinnern, die wir uns zu eigen gemacht haben. Es ist die Erkenntnis, die später Alfred Marshall zum Ausdruck gebracht hat, es sei „man himself, the chief agent, the sole aim of production“<sup>119</sup>. Technologie freilich läßt sich kaufen, Bildung und Ausbildung indes wollen erarbeitet werden und sind an die Vorleistungen vorangegangener Generationen geknüpft. Auch in diesem Sinne werden wir Lists Erläuterung zu verstehen haben, die produktiven Kräfte seien

„nicht allein durch Fleiß, Sparsamkeit, Moralität und Intelligenz der Individuen oder durch den Besitz von Naturfonds und materiellen Kapitalien bedingt, sondern auch durch die gesellschaftlichen, politischen, und bürgerlichen Institutionen und Gesetze, vor allem aber durch die Garantie der Fortdauer, Selbständigkeit und Macht ihrer Nationalität. Wie fleißig, sparsam, erfinderisch, unternehmend, moralisch und intelligent die Individuen seien, ohne Nationalität und ohne nationale Teilung der Arbeit und nationale Konföderation der produktiven Kräfte wird die Nation nie einen hohen Grad von Wohlstand und Macht erlangen oder sich den fortdauernden Besitz ihrer geistigen, gesellschaftlichen und materiellen Güter sichern“<sup>120</sup>.

Wenn die moderne Wirtschaftstheorie, um es gelinde auszudrücken, von Lists Theorie der produktiven Kräfte nur sehr unzulänglich Kenntnis nimmt, geschweige denn sie einbezieht, darf jedoch vielleicht daran erinnert werden, daß

<sup>119</sup> A. *Marshall*, *Principles of Economics*, 8. Aufl., London 1930, S. 80. Diese Erkenntnis ist, nicht zufällig, gleichzeitig mit dem Marxismus das gemeinsame Ergebnis der deutschen Historischen Schule (vgl. G. *Eisermann*, Die Bedeutung des historischen Denkens für die deutsche Volkswirtschaftslehre, Diss. Berlin 1945). In Bezug auf Lists „Theorie“ der produktiven Kräfte zögen wir persönlich es vor, schlicht von einer Tatsachenfeststellung zu sprechen, nämlich, vergleichbar dem sprichwörtlichen Ei des Kolumbus, der Feststellung der Tatsache, daß in einer Nation, modern gesprochen, gewöhnlich mehr an produktiven Kräften und Fähigkeiten steckt, als die vielfachen Hindernisse, die man ihnen in den Weg legt, zum Ausdruck gelangen lassen. Diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen, ist unausgesprochen und vielfach uneingestanden das Fundament aller staatlichen Wirtschaftspolitik ebenso wie es das Ziel aller staatlichen Bildungs- und Ausbildungspolitik ist, die einer Gesellschaft inhärenten produktiven Kräfte zu stärken. Wir sehen darin, daß List dies in seiner Formel von der Theorie der produktiven Kräfte ausgesprochen oder, wenn man so will, versteckt hat, gerade das Großartige seiner Leistung.

<sup>120</sup> Friedrich *List*, *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Neuausgabe, hrsg. von A. *Sommer*, Tübingen 1959, S. 41.

Pareto diesen scheinbaren Antagonismus durch seine Unterscheidung zwischen dem „abstrakten ökonomischen Phänomen“ und dem „konkreten ökonomischen Phänomen“ überwölbt hat<sup>121</sup> und ihn, ebenso wie später Friedrich Wieser und Franz Oppenheimer auf ihre Weise, durch seine Soziologie zu überwinden suchte. List war jedenfalls frühzeitig zu der Einsicht gelangt,

„daß die Individuen den größten Teil ihrer produktiven Kraft aus den gesellschaftlichen Institutionen und Zuständen schöpfen“<sup>122</sup>.

Darauf beruhe, daß „die Schule“ den eigentlichen Träger des volkswirtschaftlichen Prozesses, die Nation, vergessen habe. Dabei sei weit mehr involviert als die materiellen Produktionsmittel.

„Es ist schwer zu sagen, ob die materiellen Kräfte mehr auf die geistigen oder diese mehr auf jene wirken. So viel ist aber gewiß, daß beide in gewaltiger Wechselwirkung stehen“<sup>123</sup>.

Damit hatte er zugleich fraglos einen Blick in die historische Wandlung aller wirtschaftlichen Kategorien unter den jeweils herrschenden Wirtschaftsformen getan<sup>124</sup>. Er wollte die Realität der dynamischen Entwicklung des volkswirtschaftlichen Prozesses, mit welchen unzulänglichen analytischen Mitteln auch immer, in seiner Verflechtung mit dem gesellschaftlichen Leben, die stetigen wechselseitigen Einwirkungen der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte erfassen, deren Zusammenspiel oder gelegentlich auch Gegeneinanderwirken erst den Wohlstand der zivilisierten Völker wirklich hervorruft.

Es war dies jedenfalls kein angelesenes Bücherwissen, sondern es waren die „Lehren der Geschichte“, will sagen die eigene Erfahrung, die ihn dies gelehrt hatte. Er besaß die große Gabe, über die nur ganz wenige, große Volkswirte verfügen, selbständig die Realität zu erfassen und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen. Schon als Politiker war er der Auffassung, jeder Landtag der einzelnen deutschen Länder müsse deshalb stets

„den Blick auf das Ganze gerichtet halten, mit dem die eigenen Interessen in so enger Berührung stehen“<sup>125</sup>.

Bereits als junger Mensch, so hat er frühzeitig bekannt — und damit gelangen wir zu dem zweiten theoretischen Komplex, der unlöslich mit seinem Namen verbunden bleiben wird — habe er gesehen

---

<sup>121</sup> Vgl. G. Eisermann, Vilfredo Pareto, Tübingen 1987, Kap. III und Ders., Max Weber und Vilfredo Pareto, Tübingen 1988, insbes. Kap. VII sowie Ders., Die Beziehungen zwischen Nationalökonomie und Soziologie, in: Landentwicklung, Soziologische und ökonomische Aspekte, hrsg. von H. Kötter, München-Basel-Wien 1966, S. 11 - 30.

<sup>122</sup> F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 151.

<sup>123</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 102f.

<sup>124</sup> Vgl. ebenda, Bd. IV, chap. XI und Bd. VI, S. 255ff.

<sup>125</sup> Ebenda, Bd. VII, S. 143.

„in my native country the admirable effects of what is called the continental system and the destroying effects of the return of what they call trade after the downfall of Napoléon . . . The contemplation of these effects induced me first (sic) to doubt of the infallibility of the old theories (sc.: der klassischen Schule, GE). My eyes being not sharp enough to discover at a glance the errors of a system so ingeniously built up and supported by so many valuable truths, I judged the tree by its fruit“<sup>126</sup>.

Er hatte die Volkswirtschaft gewissermaßen als Praktikant studiert und hebt noch in der Einleitung zum „Nationalen System“ hervor, wie er auch in den Vereinigten Staaten, unter Zurücklassung aller Bücher, die ihn nur hätten „irreleiten können“, vor allem „das Buch des Lebens“ studiert habe.

Die Erfahrungen des Verwaltungsbeamten, der einen realistischen Blick für die Bedeutung und den Zusammenhang eines Marktes besaß, hatten ihn seine späteren Einsichten gelehrt.

„Daher sind diese 38 Mautlinien dem Volke Deutschlands ungleich schädlicher als eine Douanenlinie an Deutschlands Grenzen . . . Daher halten wir die Zoll- und Mautlinien im Innern Deutschlands für ungleich schädlicher als eine Douanenlinie an Deutschlands Grenzen . . . Daher halten wir die Zoll- und Mautlinien im Innern Deutschlands, welche die Bewohner der übrigen deutschen Staaten und fremde Nationen gleich behandeln, für Bande, welche, solange sie in Deutschland bestehen, weder Nationalwohlstand noch Nationalgefühl aufkommen lassen . . .“<sup>127</sup>.

Daher hat er auch die Bildung des Deutschen Zollvereins, so groß oder gering seine publizistische Agitation für sein Zustandekommen immer gewesen sein mag, nachdrücklich begrüßt.

„Infolge dieser Einigung hat die Industrie, der Handel und die Landwirtschaft der deutschen Vereinsstaaten bereits unermeßliche Fortschritte gemacht“<sup>128</sup>.

Aber um eben dieses Ziel zu erreichen, war es notwendig, einen solchen größeren Markt und seinen Wirtschaftsraum durch einen gemeinsamen Zoll an seinen Grenzen abzusichern.

„Daß die Konkurrenz zur Produktionsvervollkommnung ansporne, ist wahr, aber nur halb; denn sie schwächt und tötet auch die Produktion da, wo eine größere Kapitalmacht mit einer geringeren, eine höher entwickelte Produktionskraft mit einer minder entwickelten in Kampf (sic) tritt, und mit dem Tode hört, wie man weiß, aller Kampf auf“<sup>129</sup>.

Erst durch einen solchen vergrößerten Wirtschaftsraum, der durch einen einheitlichen Zoll eingerahmt würde, könnte daher eine effektivere Mehrung der produktiven Kräfte erreicht werden<sup>130</sup>, könne das Ziel erreicht werden, „das

<sup>126</sup> Ebenda, Bd. II, S. 109 f.

<sup>127</sup> Ebenda, Bd. I/2, S. 492 ff.

<sup>128</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 135.

<sup>129</sup> Ebenda, Bd. VII, S. 255.

<sup>130</sup> So sehr List den Deutschen Zollverein wegen seiner Leistung, eine große Freihandelszone geschaffen zu haben, gelobt hat, so sehr kritisierte er ihn gleichzeitig in seinen

Gleichgewicht oder die Harmonie der produktiven Kräfte“<sup>131</sup>. Aus diesem Gesichtswinkel haben wir daher das wirtschaftspolitische Mittel, das List damals in der aktuellen volkswirtschaftlichen Situation Deutschlands empfahl, um ihm zur Erringung des höchsten „Hauptentwicklungsgrades“ zu verhelfen, zunächst zu betrachten. Dieses Mittel ist der Erziehungszoll. Denn nichts ist unrichtiger, als in Friedrich List den Schutzzöllner par excellence zu erblicken. Im Erziehungszoll sah er vielmehr lediglich ein vorübergehendes Instrument zur Erreichung des soeben näher bezeichneten Zweckes, vor allem auch im Dienst der deutschen Sache.

Nichts war daher törichter, oberflächlicher und List gegenüber ungerechter, als wenn sich professionelle Protektionsten oder gar Autarkisten in einem viel späteren, ausgereiften Zustand der deutschen Volkswirtschaft ausgerechnet auf ihn als Kronzeugen beriefen. Die Schutzzöllner, die Adam Smith als seine Pappenheimer bzw. seine nach Monopolstellung und „Schutzzöllen“ strebenden Unternehmer ausgezeichnet kannte<sup>132</sup>, hatten Friedrich List gründlich mißverstanden, wenn sie sich gern und lauthals auf ihn beriefen.

„Schutz wird gewährt entweder durch gänzliche Prohibition gewisser Manufakturartikel, oder durch hohe Zölle, die ganz oder doch teilweise einer Prohibition gleichkommen, oder durch mäßige Einfuhrzölle. Keine dieser Beschützungsarten ist absolut gut oder verwerflich, und es kommt auf die besonderen Verhältnisse der Nation und den Stand ihrer Industrie (sic) an, welche von ihnen die anwendbare sei“<sup>133</sup>.

Auf die gedankenlose Verallgemeinerung der Forderung nach Schutzzöllen hatte List bereits in den „Outlines“ kurz und bündig geantwortet: „Restrictions, are they in all countries equally effective and advisable? No“<sup>134</sup>.

Und später hieß es und — wie List hätte hoffen dürfen — Mißverständnisse ausschließend:

„les restrictions ne sont que le moyen de perfectionner l'éducation industrielle des nations, et de la porter au point où la liberté de commerce ne pourra plus compromettre ou anéantir, mais favoriser, au contraire, leurs progrès ultérieur en civilisation et en industrie“<sup>135</sup>.

---

zahlreichen Publikationen wegen der seiner Meinung nach viel zu niedrigen Zolltaxen, weil sie nicht verhinderten, daß nach wie vor ausländische besonders englische Waren auf den deutschen Markt drängten. In der Tat hat die im Geist der „klassischen Schule“ erzogene preußische Beamtenschaft mäßige Zölle durchgesetzt, was weder eine beträchtliche Erhöhung der Zolleinnahmen, noch das wirtschaftliche, insbesondere auch industrielle Erstarken des Deutschen Zollvereins verhinderte.

<sup>131</sup> F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 196. Vgl. auch ebenda, Bd. II, S. 105.

<sup>132</sup> Vgl. Adam Smith, *Wealth of Nations*, Book IV, chap. II, wo es zusammenfassend heißt: „Kaufleute und Fabrikanten neigen viel mehr dazu, durch Verbote und Zölle Monopolstellungen zu erwirken als Landwirte“.

<sup>133</sup> F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 323.

<sup>134</sup> Ebenda, Bd. II, S. 125.

<sup>135</sup> F. List, *L'économie politique devant le tribunal de l'histoire*, 1939, a. a. O., Bd. V, S. 110.



Ebendort steht auch das großartige Wort:

„Une fois l'économie politique jugée au tribunal de l'histoire, nous l'amènerons à la barre du bon sens, de la raison et de la philosophie“<sup>136</sup>.

Seine Theorie des Erziehungszolls erblickte in der wirtschaftspolitischen Zollwaffe daher nichts anderes als ein staatliches Instrument zur Entwicklung eigener Produktionskapazitäten, die den inhärenten gesellschaftlichen produktiven Kräften die Möglichkeit zur Entfaltung bieten. Vor allem liefert der Erziehungszoll das Instrument zur Vervollkommnung der „industriellen Erziehung“ und in der gegebenen Situation überhaupt zu ihrer Reife gemäß den Idealen der liberal-nationalen Einheitsbewegung<sup>137</sup>. In diesem Sinne hatte er in der Vorrede zu seinem Hauptwerk hervorgehoben, daß in Deutschland kein Wohldenker und Vernünftiger eine andere Nationalfreiheit verlangen werde, als jene, die jedem einzelnen Staat und Volksstamm Selbständigkeit, freie Bewegung und Wirksamkeit in seinem besonderen Kreise garantiere und ihn nur in Beziehung auf die Nationalinteressen und Nationalzwecke dem Gesamtwillen unterordne. Er war ein Patriot, kein Chauvinist<sup>138</sup>. Es ist die Erinnerung an die Zeit der Napoleonischen Erniedrigung und die Reaktion darauf, die ihm und so vielen anderen das Verlangen nach einer Nationaleinheit eingab, die Schutz vor einer Wiederholung solcher Erfahrungen und ihrer Not verleiht.

Indes können wir wiederum nicht verschweigen, daß auch diese Theorie oder, einfacher ausgedrückt, Lists Befürwortung von Erziehungszöllen in gewissen volkswirtschaftlichen Seinslagen eine beträchtliche konstitutionelle Schwäche aufweist. Schon Wilhelm Roscher, der Erzvater der ganzen deutschen Historischen Schule, der ihm in seiner 1842 erschienenen Rezension des „Nationalen Systems“ in seiner leicht schulmeisterlichen Manier vorgehalten hatte, er sei „zu der vollen historischen Methode“ noch nicht durchgedrungen<sup>139</sup>, hatte bereits, obwohl seinerseits List in gewisser Weise in der Kritik an der „Schule“ eng verbunden, beiläufig kritisiert: „Übrigens ist der Listsche Erziehungsapparat vom Tadel großer Künstlichkeit nicht freizusprechen“<sup>140</sup>. Es fehlt jedenfalls, ein

<sup>136</sup> Ebenda, Bd. V, S. 111.

<sup>137</sup> „Wäre der Verfasser ein Engländer“, erklärte List offenherzig und unumwunden (a. a. O., Bd. VI, S. 47), „er hätte schwerlich das Grundprinzip der Adam Smithschen Theorie in Zweifel gezogen“.

<sup>138</sup> Es war seine unerschütterliche Überzeugung: „Wenn die Natur der Dinge mächtig genug gewesen ist, die Einigung, welche bei der Familie begonnen hat, bis auf hunderte von Millionen zu erstrecken, so sollte man sie auch für stark genug halten dürfen, die Einigung aller Nationen zu bewirken . . . Eine Menge Anzeichen deuten auf diese Tendenz des Weltgeistes hin“ (a. a. O., Bd. VI, S. 165). Ganz eindeutig war, worauf er selbst hinwies (ebenda, S. 15, Anm. 1), deshalb der Sinn des Mottos, das er seinem Werk vorangestellt hat, und ganz bezeichnend, daß er in dem von uns angeführten Zitat offensichtlich nicht nur „die Natur der Dinge“ der Aufklärungsphilosophie, sondern auch den Herder-Hegelschen „Weltgeist“ bemüht, der sich leicht auch als freimaurerischer „oberster Bauherr“ auffassen ließ.

<sup>139</sup> Wilhelm Roscher in „Göttinger Gelehrter Anzeiger“, 1842, H. 2, S. 1212.



entscheidender konstitutioneller Defekt, jedes objektivierbare Kriterium, ja jeder Hinweis darauf, wann denn der „Hauptentwicklungsgrad“ einer Volkswirtschaft oder zumindest ihrer Industrie erreicht sei, der es gebietet oder zumindest gestattet, den entsprechenden „Erziehungszoll“ fortfallen zu lassen. Zwar blieb List sich bewußt, daß sich unter Zollschutz die Produktion mit höheren Preisen vollzieht, war aber bereit, dies hinzunehmen, da durch Lerneffekte die Durchschnittskosten sanken, so daß das Ausland komparative Kostenvorteile verlöre. Welche negativen Erfahrungen insbesondere Deutschland mit angeblich erforderlichen Schutzzöllen machen mußte, hat sich insbesondere durch „die von Bismarck inaugurierte Kooperation zwischen deutschen Agrariern und Schwerindustriellen in der Frage der Schutzzölle“ in der „verhängnisvollen Wende“ des Deutschen Reiches 1878/79 beim Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll<sup>141</sup> gezeigt.

Die hat List freilich ebensowenig „erfahren“ können wie die Aufhebung der englischen Kornzölle 1846, den Abschluß des englisch-französischen Cobdenvertrages 1846 und die Aufhebung der letzten preußisch-deutschen Schutzzölle 1876, mit denen handelspolitisch in einem weiten Bereich Europas der angestrebte Zustand der Wirtschaftsfreiheit erreicht erschien. Davon bleibt jedoch der prinzipielle Einwand, der vom theoretischen Standpunkt gegen Lists Theorie — oder meinetwegen Argumentation — des Erziehungszolls zu erheben ist, ganz unberührt. Auch ist festzuhalten, daß sich List selbst, dies entgegen zahlreichen seiner späten Anhänger, energisch gegen die gedankenlose Verallgemeinerung der Forderung nach Schutzzöllen gewandt hat. Auch könnte man uns entgegenhalten, daß List eben den Fortfall des Erziehungszolls für gegeben halte<sup>142</sup>, wenn einmal der reife industrielle „Hauptentwicklungsgrad“ einer Volkswirtschaft erreicht sei. Was indes die vielbefürwortete Anwendung von Lists Erziehungszoll auf ökonomisch wenig entwickelte Länder, die also den letzten „Hauptentwicklungsgrad“ noch nicht erreicht haben, anbelangt, so hat uns die Erfahrung hinreichend gelehrt, daß Zollschutz die bestmögliche Produktion verhindert und daß ein Erziehungszoll leicht zum dauerhaften

---

<sup>140</sup> Ders., Zur Gründungsgeschichte des deutschen Zollvereins, Göttingen 1853, S. 53.

<sup>141</sup> Alexander *Rüstow*, Ortsbestimmung der Gegenwart, 3. Bd., Erlenbach. Zürich-Stuttgart 1957, S. 181. Er hat besonders auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen in sozialer Hinsicht, nämlich die Koalition zwischen Schwerindustriellen und Großagariern, und in politischer Hinsicht hingewiesen. Dieser Vorbehalt, sei es theoretisch, sei es wirtschaftspolitisch, kann heute als fester Bestandteil der Auffassungen der neoliberalen Schule angesehen werden. Es war merkwürdig, das Schwanken von Edgar *Salin*, der sich mehr oder weniger dazu zählte, in der Nachkriegszeit zwischen diesen Positionen und denen von F. List zu beobachten.

<sup>142</sup> Wir gehen hier nicht darauf ein, daß eine, ohne auf aktuelle Beispiele hinzuweisen, einmal eingerichtete Zollunion nicht nur in ihren Nutznießern und deren politischen Interessenvertretern, sehr virulente Befürworter findet, sondern daß auch die dafür erforderliche Bürokratie, nicht nur wegen einer jeden inhärenten Schwerfälligkeit, sich die Aufrechterhaltung einmal nach außen aufgerichteter Zollschranken angelegen sein lassen wird.

Damm gegen die Konkurrenz und damit Kostensenkung und Verbesserung für den Konsumenten wird.

Er meint — und damit kommen wir zum dritten und letzten theoretischen Komplex Lists, mit dem wir uns hier zu befassen haben — die menschliche Erfahrung in ihrer historischen Dimension lehre uns, wie die Entwicklung einer Volkswirtschaft zu verlaufen habe, indem sie gewisse „Hauptentwicklungsgrade“ durchlaufe, nämlich den „wilden Zustand“, den „Hirtenstand“, den „Agrikulturstand“, den „Agrikultur-Manufakturstand“ und schließlich den „Agrikultur-Manufaktur-Handelsstand“<sup>143</sup>. Dies habe die klassische Schule völlig verkannt.

„Die Schule hat einen Zustand, der erst werden soll, als wirklich bestehend angenommen“<sup>144</sup>.

Ohne diese Behauptung hier weiter zu verfolgen<sup>145</sup>, lauschen wir vielmehr Lists Versicherung:

„Der Verfasser wird im direkten Widerspruch mit der (sc.: ökonomischen, GE) Theorie allererst die Geschichte um ihre Lehren befragen, daraus seine Fundamentalgrundsätze ableiten<sup>146</sup>, denn klassische Schule „kennt keinen Unterschied zwischen Nationen, welche einen höheren Grad ökonomischer Ausbildung erreicht haben, und denjenigen, welche auf einer niedrigeren Stufe stehen“<sup>147</sup>.

Deshalb, weil sie „die besonderen Zustände der Nationen ignoriert“<sup>148</sup> gilt ihr sein Kampf. Er sucht die klassische Theorie daher als auf der Fiktion eines

---

<sup>143</sup> F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 49.

<sup>144</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 167.

<sup>145</sup> Wir halten hier bereits fest, und werden im Text darauf zurückkommen, daß List damit eigentlich auch der Vater der fast bis in die Mitte unseres Jahrhunderts hinein, nämlich bis zu Werner *Sombart*, so einflußreichen und teilweise mächtigen Theorie der Wirtschaftsstufen der Historischen Schule geworden ist. Freilich ist er auch hier mit den Lehren der „Schule“ nur unzureichend vertraut, denn er hat zumindest seine Vorgänger in den Vertretern der Schottischen Schule, nämlich Adam *Ferguson* („*Essay on the History of Civil Society*“, 1767), John *Millar* („*The Origin of the Distinction of Ranks*“, 1771) und nicht zuletzt Adam *Smith*, eng mit den beiden Vorangenannten verbunden, der in seinen beiden Hauptwerken, wie nebenbei, selbstverständlich auch auf die „Wirtschaftsstufen“ eingeht, milde ausgedrückt, nur unzureichend gekannt. Erwähnt sei nur noch, daß alle drei zugleich auch als Begründer der Soziologie angesehen werden müssen (vgl. G. *Eisermann*, *Die Lehre von der Gesellschaft*, a. a. O., S. 12 - 15). Vgl. dazu auch G. *Kalveram*, *Die Lehre von den Wirtschaftsstufen*, Darmstadt und Leipzig 1933. In Bezug auf List ist indes A. *Sommer* Recht zu geben, wenn er im Hinblick auf die Entwicklungslehre Lists hervorhebt: „Statt einer Theorie der Mechanik der Produktion tritt hier der aktive historische Mensch in die Wirtschaftstheorie, und wieder nicht ‚der Mensch‘, sondern der Bürger eines Staates mit dem politischen Willen, die Wirtschaft zu leiten und zu regeln und Neues zu schaffen“ (Friedrich Lists System der politischen Ökonomie, Jena 1927, S. 28).

<sup>146</sup> F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 47.

<sup>147</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 206.

<sup>148</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 205f.

einheitlichen Weltmarktes, der Idee der Menschheit beruhend zu entlarven und erkennt in den einzelnen Nationen und ihren Volkswirtschaftschaften die „in der Natur der Dinge“ liegende Wirtschaftseinheit.

„Als charakteristischen Unterschied des von mir aufgestellten Systems bezeichne ich die Nationalität. Auf die Natur der Nationalität als des Mittelgliedes zwischen Individuum und Menschheit ist mein ganzes System gerichtet“<sup>149</sup>.

Sinngemäß hatte er sich bereits in Amerika geäußert<sup>150</sup>.

„Zwischen dem Individuum und der Menschheit steht aber die Nation mit ihrer besonderen Sprache und Literatur, mit ihrer eigentümlichen Abstammung und Geschichte, mit ihren besonderen Sitten und Gewohnheiten, Gesetzen und Institutionen, mit ihren Ansprüchen auf Existenz, Selbständigkeit, Vervollkommnung, ewige Fortdauer und mit ihrem abgesonderten Territorium“<sup>151</sup>.

Die Nation ist also das Element der Entwicklung, das aus der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft führt<sup>152</sup>, die auch List nicht anders sich vorstellen kann als ein Zeitalter verständnisvoller brüderlicher Zusammenarbeit aller Nationen.

Gegen die engagiertesten seiner späteren Anhänger muß hier nochmals festgehalten werden, daß der überzeugte Liberale und Freimaurer Friedrich List alles andere als ein Chauvinist gewesen ist.

„Ich bin weit entfernt zu behaupten, daß der Nation Haß und Neid gegen andere Nationen gepredigt werden soll“<sup>153</sup>.

List vertraute vielmehr nicht nur auf die „Natur der Dinge“, sondern auf das providentielle Wirken des „Weltgeistes“, der über die „Volksgeister“ und ihre Inkarnationen in den verschiedenen Nationen, schließlich zur Einigung aller Nationen in einer Weltgesellschaft führen werde<sup>154</sup>. Daher ist der Krieg „die größte Geißel zivilisierter Nationen“<sup>155</sup>. Schon in der Preisschrift hieß es im gleichen Sinne,

<sup>149</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 34.

<sup>150</sup> Vgl. ebenda, Bd. II, S. 105.

<sup>151</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 209.

<sup>152</sup> Ebenfalls in den „Outlines“ hieß es bereits: „A nation is the medium between individuals, who, possessing common government, common laws, rights, institutions, interests, common history and glory, common defence and security of their rights, riches and lives, constitute one body, free and independent, following only the dictates of its interest“ (a. a. O., Bd. II, S. 105). Desgleichen heißt es dort: „A nation provides not only for the present, but for the future generations“ (ebenda, S. 127).

<sup>153</sup> F. List, a. a. O., Bd. IX, S. 115.

<sup>154</sup> Inwieweit hier der Weltgeist Hegels und seine „Volksgeister“ virulent sind, wagen wir nicht zu entscheiden. Über den etwaigen Einfluß von Hegel auf List vgl. Erna Schulz, Friedrich Lists Geschichtsauffassung. Ihre Gestalt und ihre Bedeutung für Lists Wirtschaftslehre, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 97 (1937).

<sup>155</sup> F. List, a. a. O., Bd. I, S. 287.

„pour réaliser cette prospérité de chaque nation en particulier et de tout le genre humain en général il ne faut que la paix éternelle, la cessation de toutes les hostilités commises de nation en nation“<sup>156</sup>.

Die Weltgesellschaft friedlicher Nationen setzt den Völkerfrieden voraus. Jedenfalls ist List überzeugt, die Geschichte lehre, daß „die Natur der Dinge“ die sich zu Nationen ausbildenden Völker dazu gewisse „Hauptentwicklungsgrade“ oder Wirtschaftsstufen durchlaufen lasse, wie wir sie oben bereits kurz aufgeführt haben. Dementsprechend hatte er schon in den „Outlines“ den anzustrebenden letzten Hauptentwicklungsgrad folgendermaßen charakterisiert:

„So are power and wealth, in equal parts, benefitted by a harmonious state of agriculture, commerce, and manufactures within the limits of the country“<sup>157</sup>.

List ist damit der eigentliche Begründer der sog. Stufenlehre der Historischen Schule geworden, die letztlich als ihr gemeinsames Charakteristikum bis in unser Jahrhundert hinein zu Gustav Schmoller, Karl Bücher und Werner Sombart zu gelten hat<sup>158</sup>. Wir fragen hier nicht weiter nach der historisch beglaubigten Grundlage oder gar wirtschafts- und sozialhistorischen Legitimierung von Lists Stufentheorie, sondern stimmen mit der Feststellung überein, daß List

„sieht, daß sich mit der Entwicklung die Entwicklungsbedingungen ändern, und daß daher die Aufgaben der Wirtschaftspolitik mit jeder neuen wirtschaftlichen Situation neu und anders gestellt sind“<sup>159</sup>.

Mit anderen Worten, ohne daß List für die Folgen, die seine Stufentheorie akademisch beflügelt haben mag, verantwortlich gemacht werden kann, ist festzuhalten, daß sie ihm lediglich als die instrumentalisierte Legitimation für seine Lehre dient, die er dem Dienst an der „industriellen Erziehung der Nation“ stellt. Machte er doch der klassischen Lehre zum Vorwurf, sie habe

„niemals nachgewiesen, durch welche Mittel die jetzt prosperierenden Nationen auf diejenige Stufe von Macht und Wohlstand sich erhoben, die wir sie behaupten sehen, und durch welche Ursachen andere denjenigen Grad von Wohlstand und Macht, den sie früher behaupteten, verloren haben“<sup>160</sup>.

Wir brauchen seine Stufentheorie nicht zu zerpfücken, um zu erkennen, daß er tatsächlich, ohne über das theoretische Handwerkszeug zu verfügen, um dies im einzelnen ganz herauszuarbeiten, eine bedeutende Lücke im Gebäude der Wirtschaftstheorie aufgezeigt hat. Wir lassen dahingestellt, ob die modernen

<sup>156</sup> Ebenda, Bd. IV, S. 178.

<sup>157</sup> Ebenda, Bd. II, S. 105.

<sup>158</sup> Es war Max Weber, der sie aus dem Irrgarten ihrer Stufeneinteilungen entlassen hat, indem er die Wirtschaftsstufen als Idealtypen deutete (vgl. hierzu auch G. *Eisermann*, Max Weber und Vilfredo Pareto, a. a. O., S. 113 ff. und S. 149 ff.).

<sup>159</sup> Erna *Schulz*, a. a. O., S. 332.

<sup>160</sup> F. *List*, a. a. O., Bd. VI, S. 265.

Wachstumstheorien, mögen sie nun neoklassischer, keynesianischer, marxistischer oder sonstiger Deszendenz seien, diese Lücke tatsächlich geschlossen haben, sondern gestehen nur frank und frei im Hinblick auf ihre „Anwendung“ in den Entwicklungsländern und die dabei erzielten Effekte unsere Zweifel<sup>161</sup>. Wir lassen daher auch dahingestellt, ob Edgar Salin recht hatte, wenn bei Lists Stufentheorie „in Rhythmus und Ziel“ die aufklärerischen Harmonievorstellungen des 18. Jahrhunderts wirksam gesehen werden, hegen aber desgleichen unsere Zweifel, wenn er in ihr, „richtig verstanden und sinngemäß ausgebaut, auch eine Warnung vor jeder Überindustrialisierung und jeder Verkümmern der Agrikultur“ für die Entwicklungsländer erkennen möchte<sup>162</sup>. Hingegen überschätzte List auch zweifellos die staatlichen Möglichkeiten, um eine Volkswirtschaft von einem Hauptentwicklungsgrad zum andern zu befördern<sup>163</sup>. List war darin viel realistischer, als er bereits im Winter 1839/40 seinen Freunden Heine und Heinrich Laube<sup>164</sup> erklärte:

„Wenn ich mit meinem ersten (sc.: einzigen, GE) Bande fertig bin, so komme ich nach Deutschland, predige dort eine politische Nationalökonomie, wie sie mir (sic) eine zwanzigjährige Erfahrung (sic) als allein praktisch gelehrt hat, und ärgere mich mit den deutschen Gelehrten“<sup>165</sup>.

Dies wurde allerdings sein Schicksal, ohne daß er sich alle die gegen ihn vorgebrachten Argumente realiter noch anhören mußte.

Seine immer wiederholte Berufung auf sein Leben und die Erfahrungen der Geschichte waren es, die noch die positivste Reaktion der Fachgelehrten auslöste. So würdigte Bruno Hildebrand, List in seiner liberal-nationalen Gesinnung verbunden und gleichfalls Opfer der reaktionären Verfolgungsmaßnahmen, später das Wirken des „Außenseiters“, indem er rundheraus erklärte:

„List hat die Nationalökonomie Deutschlands zum historischen Studium hingedrängt“<sup>166</sup>.

<sup>161</sup> Sich hierüber im einzelnen an anderer Stelle zu äußern, behält sich der Verfasser vor.

<sup>162</sup> Edgar Salin, Friedrich List, in: H.-C. Recktenwald (Hrsg.), Geschichte der Politischen Ökonomie, Stuttgart 1971, S. 228. Im gleichen Sinne wie Salin hat sich übrigens auch W. O. Henderson, a. a. O., S. 224 geäußert.

<sup>163</sup> Dies hält ihm schon ein früher, in den Traditionen des französischen Merkantilismus aufgewachsener Kritiker des „Nationalen Systems“ vor: Henri Richelt, L'association douanière allemande, Paris 1845, S. 216.

<sup>164</sup> Der zu den „Jungdeutschen“ zählende Schriftsteller Heinrich Laube, der List 1833 in Leipzig kennen lernte und späterhin zu einem der berühmtesten Direktoren des Wiener Burg-Theaters aufstieg, muß zu Lists treuesten und aufrichtigsten Freunden gezählt werden.

<sup>165</sup> Zitiert nach: F. Lenz, Friedrich List, die „Vulgärökonomie“ und Karl Marx, a. a. O., S. 5. Laube, Heine, Börne sowie Gutzkow und Freiligrath waren allesamt ebenso wie List für den Verlag Cotta tätig, der freilich auch Wieland, Klopstock, Lessing, Hebbel, Möricke und die Droste im Verlagsprogramm hatte.

<sup>166</sup> Bruno Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft und andere gesammelte Schriften, hrsg. von H. Gehrig, Jena 1922, S. 55.

Aber wenn Wilhelm Roscher späterhin rückblickend den Anregungen Lists und seinem stimulierenden Vorbild Gerechtigkeit widerfahren zu lassen trachtete, so schrieb er ihm dennoch ins Stammbuch, man bemerke bald, „wie seine historische Gelehrsamkeit nicht aus den Quellen geschöpft ist“<sup>167</sup>. Doch es war Karl Knies, der dritte im Bunde der „älteren historischen Schule“, der den Nagel auf den Kopf traf, indem er von Lists historischer Argumentation feststellte:

„Ausgehend von den nach den Erfahrungen der Industriellen seiner Zeit bewährt gefundenen Schutzzollmaßregeln, durchforschte er die Geschichte der Völker nach Beweisen, immer in einer Richtung suchend und zusammenstellend“<sup>168</sup>.

Auch war es Knies, der sich in der wirtschaftstheoretischen Beurteilung der zeitgenössischen Frage von Freihandel und Schutzzoll den List, Hildebrand und Roscher bei weitem überlegen erwies<sup>169</sup>. Das Ziel von Lists historisierender Argumentation war lediglich, was man späterhin „theoretische Knochenweichung“ (A. Rüstow) genannt hat, nämlich die Theorie der „Schule“ derart aufzuweichen, daß sie für die Erfordernisse des aufstrebenden deutschen Mittelstandes und insbesondere der zurückgebliebenen deutschen Industrie „passend“ würde.

Tatsächlich war List weit davon entfernt, wie man ihm späterhin immer wieder unterstellt hat, das theoretische Gebäude von Adam Smith, das er gewöhnlich mit der „Schule“ ineinsetzte, in toto zu verdammen oder gar zu verwerfen. Nicht nur hat er, wie gern zitiert wird, wiederholt erklärt, er sei lange Zeit „a very faithful disciple“ von Adam Smith gewesen<sup>170</sup>, ja er geht ausdrücklich noch weiter: „I am“, meint er bei allen Ausständen, die er machen müsse,

„yet by no means of opinion, sir, that Adam Smith’s system in a scientific view is without its merits. I believe on the contrary, that the fundamental principles (sic) of the science could only be discovered by his researches in the economy of individuals and of mankind“<sup>171</sup>.

Auch in der „Preisschrift“ anerkennt er noch voll und ganz „le mérite éminent d’Adam Smith et de J. B. Say“<sup>172</sup>, sieht allerdings in Say späterhin nur noch „den Verwässerer des Adam Smith“<sup>173</sup>, ja Say wird zum polemischen, leicht geringschätzig behandelten Hauptgegner in der Auseinandersetzung mit der

---

<sup>167</sup> Wilhelm Roscher, *Geschichte der National-Ökonomik in Deutschland*, a. a. O., S. 978.

<sup>168</sup> Karl Knies, *Die politische Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode*, Braunschweig 1853, S. 198.

<sup>169</sup> Ebenda, S. 289 ff.

<sup>170</sup> F. List, a. a. O., Bd. II, S. 109.

<sup>171</sup> Ebenda, Bd. II, S. 102.

<sup>172</sup> Ebenda, Bd. IV, S. 162.

<sup>173</sup> Ebenda, Bd. VI, S. 19.

klassischen Lehre, während er Adam Smith eine aus Ablehnung und Achtung gemischte Haltung wahrte. Allerdings heißt es schon früh in Bezug auf das theoretische Gebäude der „Schule“, wie wir hier in Erinnerung rufen wollen:

„I saw in my native country the admirable effects of what is called the continental system and the destroying effects of the return of what they call trade after the downfall of Napoleon . . . The contemplation of these effects induced me first (sic) to doubt of the infallibility of the old theory. My eyes not being sharp enough to discover at a glance the errors of a system so ingeniously built up and supported by so many valuable truths (sic), I judged the tree by its fruit“<sup>174</sup>.

Allerdings sind Zweifel mehr als erlaubt, wann und ob er überhaupt die „alten Theorien“ gründlich studiert habe, ja ob er überhaupt, etwa als Schreiber, als Professor der Verwaltungswissenschaft, der nie mit der Fülle seines Stoffes zurecht kam, als Journalist, der über eine Fülle von Gegenständen, meist außerhalb der Probleme von Erziehungszoll und Freihandel zu berichten hatte, als politischer Emigrant, als Unternehmer usw. die Zeit dazu gefunden habe. Hätte er dies getan, so hätte ein Mann seiner unzweifelhaften Intelligenz schwerlich, wie man ihm früher entgegengehalten hat, die Konsumentenfreundlichkeit von Adam Smiths Theorien übersehen können, noch etwa das Kapitel (Book I,3) über die Begrenzung der Arbeitsteilung durch die Ausdehnung des Marktes oder das (Book I, 10/2) über die Ungleichheiten, die ihren Grund in der europäischen Wirtschaftspolitik haben, oder gar das ganze Book III von der Wohlstandssteigerung bei den verschiedenen Völkern, geschweige das Kapitel (Book I,11) über die Grundrente. Anders als die preußischen Beamten, die auf den Deutschen Zollverein hinarbeiteten, die im Geist der klassischen Schule herangebildet worden waren, hatte der württembergische Schreiber nirgends Zeit und Gelegenheit gefunden, sich aus dem Umkreis der dort vorherrschenden merkantilistischen Vorstellungen, die ja ihren erlesensten Ausdruck im französischen Colbertismus gefunden hatten, völlig zu befreien. Es war für spätere Kritiker daher ein Leichtes und bedurfte gar nicht des besonderen dabei angewandten analytischen Scharfsinns, Lists Vorstellungen, wenn wir sie so nennen dürfen, über die Grundrente sozusagen in der Luft zu zerreißen<sup>175</sup>. Nur aus alledem läßt sich seine naive Frage verstehen:

„Was aber soll uns eine Wissenschaft, die nicht den Weg beleuchte, den die Praxis wandeln soll?“<sup>176</sup>

<sup>174</sup> Ebenda, Bd. II, S. 109f.

<sup>175</sup> Vgl. Karl Marx, Über Friedrich Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie“, mit einer Vorbemerkung: Ein neues Manuskript von Karl Marx vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: Sozialistische Politik, Westberlin 1972, S. 107. Wir werden auf diese Auslassungen, die teilweise bereits früher bekannt waren, aber unlängst im Zusammenhang eines größeren (unvollendeten) Manuskripts wieder aufgefunden wurden, weiter unten zurückkommen.

<sup>176</sup> F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 40.



Für List blieben die Erkenntnisse der klassischen „Schule“ jedenfalls unwandelbar eine „Kaufmannstheorie“, ohne doch die Marktgesetze je ganz zu durchschauen.

Schlimmer war dennoch der Vorwurf des Plagiats. Niemand anderes als ein wohlbestallter Ordinarius der Universität Gießen ließ List, anonym versteht sich, in zwei Zeitungsartikeln bezichtigen, er habe sein Schutzzollpostulat und damit den Hauptgedanken seines ganzen Systems von niemand anderem abgeschrieben als selbstverständlich von ihm, Prof. Schmitthenner, und zwar aus dem § 483 des V. Buches über den Staat aus dem Jahre 1839 von Schmitthenner<sup>177</sup>. List, der sich, nur kurze Zeit trennte ihn noch von der letzten Verzweiflungstat, tief getroffen fühlte und sich mit einem „öffentlichen Kriminalprozeß“ gegen den „verkappten Ankläger“ und seinen „diplomatischen Dolchstoß“ im Namen der „deutschen Fachgelehrten“ wehren wollte<sup>178</sup>, mußte sich dadurch auch tief gekränkt fühlen. Da war ein anderer Plagiatsvorwurf, mit sehr viel mehr Scharfsinn und jedenfalls theoretischer Kompetenz vorgebracht, den List allerdings nie zu Gesicht bekommen sollte, sehr viel einschneidender<sup>179</sup>. Wir können es als Wiederhall des außerordentlichen publizistischen Erfolgs ansehen, den List mit seinem Hauptwerk erzielt hatte, daß der Verfasser, nämlich niemand anderes als Karl Marx von seinem Freund und Weggenossen Friedrich Engels bereits am 19. November 1844 die Mitteilung erhielt:

„In der Zwischenzeit schreib ich wohl einige Broschüren, namentlich (sic) gegen List, sobald ich Zeit habe“<sup>180</sup>.

Nochmals kam Engels, nachdem Marx offenbar mit seiner Kritik an List zurande gekommen war, darauf zurück und teilte Marx unter dem 17. März 1845 mit:

„Auch ich wollte . . . eine Kritik Lists schreiben — glücklicher Weise erfuhr ich . . . Deine Absicht früh genug. Da ich den List übrigens *praktisch* fassen wollte, die *praktischen* Folgen seines Systems entwickeln, so werde ich eine meiner Elberfelder Reden . . ., worin ich dies . . . tat, etwas weiter ausarbeiten“<sup>181</sup>.

So konnte Engels seinem Freund Mitte Oktober aus Paris melden:

„Der List ist so gut wie fertig“<sup>182</sup>.

<sup>177</sup> Vgl. Hans *Henkell*, Friedrich Jakob Schmitthenner, Diss. Gießen 1929, S. 13-15.

<sup>178</sup> Vgl. F. *List*, a. a. O., Bd. VI, S. 472-479 und 625f.; sowie Bd. VIII, S. 778-783.

<sup>179</sup> Vgl. Karl *Marx*, Über Friedrich Lists Buch . . ., a. a. O.

<sup>180</sup> Karl *Marx*/Friedrich *Engels*, Briefwechsel, 1. Bd., Berlin 1949, S. 9.

<sup>181</sup> Ebenda, S. 24-25 (Hervorhebungen im Original). In Elberfeld hatte *Engels* unterstrichen, daß Lists Schutzzollpolitik zu den „Schoßkindern unserer meisten Industrien geworden ist“. Sie müsse scheitern, weil sie die soziale Frage übersehe, da mit dem Schutzzoll das Proletariat erstarke, daß beim voraussehbaren Zusammenbruch der geschützten Industrien das künstlich geschaffene Proletariat wieder zum Träger der sozialen Revolution werde (*Marx-Engels-Werke*, Bd. 2, S. 549-557).

<sup>182</sup> Karl *Marx*/Friedrich *Engels*, a. a. O., S. 56.

Wiederum kam er, nach Lists Tod, am 6. August 1852 darauf zurück:

„Was die Schutzzölle angeht, so schadet das nichts. Die amerikanischen Whigs sind alle (sic) industrielle Schutzzöllner, aber darum noch lange keine grundaristokratischen Derby-Protektionisten. So dumm sind sie auch nicht, daß sie nicht ebensogut wie List wüßten, daß für die englische Industrie der free trade am konvenabelsten ist“<sup>183</sup>.

Noch einmal wies Engels späterhin auf die Gleichgerichtetheit von List mit der amerikanischen Wirtschaftspolitik hin<sup>184</sup>.

Inzwischen hatte aber Marx seine Kritik an Lists Hauptwerk längst schriftlich fixiert<sup>185</sup>. Sie gipfelt ganz unumwunden in dem Vorwurf, List sei weiter nichts als ein Plagiator, er habe nichts anderes als des „sous-inspecteurs des douanes“ unter Napoleon F. L. A. Ferrier Buch „Du gouvernement considéré dans ses rapports avec le commerce“ (Paris 1805) „abgeschrieben“. Nun war Marx selbst, der Adam Smith fraglos wohl unterschätzt hat und eigentlich nur David Ricardo Respekt zollte, nicht gerade großzügig mit Hinweisen darauf, woher er selber Anregungen entnahm, wobei wir nur die Theorie des Klassenkampfes erwähnen wollen<sup>186</sup>. Seltsam macht sich freilich in diesem Zusammenhang aus:

„den Gipfel der Infamie erreicht Herr List in seiner Beurteilung Sismondis“<sup>187</sup>.

Jedenfalls kann man beim bösesten Willen nur eine einzige Stelle bei Ferrier<sup>188</sup> finden, die mit der von Marx angegebenen Stelle bei List annähernd übereinstimmt<sup>189</sup>.

<sup>183</sup> Ebenda, S. 448.

<sup>184</sup> Ebenda, 2. Bd., S. 389 (am 9. April 1858). Es scheint uns wichtig, daß, insbesondere von westlichen Marxisten, meist vergessen wird, daß das Werk von Marx und Engels als eine Einheit, differenziert nur durch Arbeitsteilung, aufzufassen ist: „Weil Marx und Engels *gemeinsam* den Marxismus begründeten . . . können wir Erben des ‚Kommunistischen Manifest‘, des ‚Kapitals‘ und des ‚Anti-Dühring‘ den Marxismus als das gemeinsame Werk beider Klassiker, als Marx-Engelssche Theorie ansehen“ (Einleitung, Friedrich Engels, Dokumente seines Lebens 1820-1895, Frankfurt am Main 1977, S. 31).

<sup>185</sup> Sie ist freilich weder zu Lebzeiten von *Marx* oder *Engels* noch von *List* erschienen; vgl. oben Anm. 175.

<sup>186</sup> Von orthodox marxistischer Seite ist in diesem Zusammenhang das Buch von Rudolf *Herrnstadt*, *Die Entdeckung der Klassen*, Berlin 1965, hervorzuheben.

<sup>187</sup> Karl *Marx*, Über Friedrich Lists Buch, a. a. O., S. 97 f., Vgl. hierzu etwa von marxistischer Seite Aldo G. *Ricci*, *Sismondi e il marxismo*, Bulzoni, Roma 1973.

<sup>188</sup> Karl *Marx*, a. a. O., S. 93. Es muß festgehalten werden, daß *Ferrier* — W. O. *Henderson* nennt ihn mit einigen anderen als Verfasser der „Standardwerke führender Autoren für die Bereiche Handel und Industrie“ im Zusammenhang mit einigen anderen Autoren der damaligen Zeit (a. a. O., S. 181) — in einschlägigen dogmenhistorischen Werken unseres Jahrhunderts nicht einmal erwähnt wird, so z. B. auch von dem äußerst belelenen Joseph *Schumpeter* nicht. Die einzige Ausnahme, die wir gefunden haben, bildet Paul *Mombert*, der Gießener Fakultätskollege von F. *Lenz*, des List-Monographen und Mitherausgebers der Werke Lists, in seiner „Geschichte der Nationalökonomie“ (Jena 1927), der *Ferrier* „als weit mehr in die Tiefe gehend“ als andere Autoren der damaligen Zeit in ihrer Zollargumentation kurz würdigt (S. 452). Niemand hat jedoch je bestritten oder könnte jedenfalls bestreiten, daß die ganze Zollargumentation damals sozusagen „in

Wohl ist es wahr, daß Lists Kritik und Auseinandersetzung mit der „klassischen“ Schule<sup>190</sup>, wie bereits erwähnt, unter der Unzulänglichkeit seiner begrifflichen und analytischen Instrumente leidet<sup>191</sup>. Auch muß daran erinnert werden, daß die wesentlichen Partien des jetzt „entdeckten“ Manuskripts bereits früher bekannt waren, nämlich die Behauptung, daß List „sein ganzes glorioses Werk“ von Ferrier, dem „Ökonomisten des Empire“, abgeschrieben habe<sup>192</sup>, worüber sich bereits Artur Sommer ausführlich geäußert hat<sup>193</sup>. Befremden muß jedoch auslösen, wenn Marx in völlig schiefer Weise die Theorie der produktiven Kräfte, die ihm doch manche Anregung hätte vermitteln können<sup>194</sup>, mit der Theorie der Tauschwerte konfrontiert und sich zu dem Satz versteigt:

„Die nützlichsten Sachen, wie Wissen(!), sind ohne Tauschwert“<sup>195</sup>.

An anderer Stelle hat er sich noch massiver ausgelassen und erklärt:

„Wenn die Schule der Theorie der produktiven Kräfte neben, getrennt von der Theorie der Tauschwerte, keine ‚wissenschaftliche Ausbildung‘ gegeben hat, so hat sie es getan, weil eine solche Trennung eine willkürliche Abstraktion ist, weil sie unmöglich (sic) ist und bei allgemeinen Phrasen stehenbleiben muß“<sup>196</sup>.

der Luft lag“, List selbst traf, obschon er sie sich prinzipiell, wie wir sahen, bereits zuvor zu eigen gemacht hatte, bereits auf sie kurz vor seinem Rausschmiß aus Tübingen bei der Zusammenkunft von Industriellen und Kaufleuten in Frankfurt, denen er sich als Syndikus anschloß. Was ihn von allen anderen Zeitgenossen — und nicht nur von diesen — ein für alle Mal unterscheidet, ist seine Argumentation des „Erziehungszolls“ in Verbindung mit der Schaffung großräumiger Märkte.

<sup>189</sup> Vgl. Karl Marx, a. a. O., S. 111.

<sup>190</sup> Vgl. ebenda, S. 92 ff.

<sup>191</sup> Vgl. hierzu F. Lenz, Friedrich List, die „Vulgärökonomie“ und Karl Marx, a. a. O., der hierzu bereits alles gesagt hat.

<sup>192</sup> Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. I, Hamburg 1920, S. 339-354 u. 403.

<sup>193</sup> Vgl. F. List, a. a. O., Bd. IV, S. 113-142; sowie Bd. VI, S. 609.

<sup>194</sup> Hierzu vom marxistischen Standpunkt aus am besten und generell bereits A. Meusel, List und Marx, Jena 1928. Die einzige Präzision der Marxschen Produktivkräfte stammt von keinem Geringeren als Nikolaj Bucharin, der dazu ausführt: „Wenn wir also vom Fortschritt oder Rückschritt der Produktivkräfte der Gesellschaft reden, verstehen wir darunter das Steigen oder Sinken der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität; wenn wir von der Verteilung und Neuverteilung der Produktivkräfte reden, meinen wir die Verteilung und Neuverteilung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte; wenn wir von der physischen Vernichtung der Produktivkräfte reden, reden wir zugleich auch von der Vernichtung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte; wenn wir eine soziologische Definition der Produktivkräfte brauchen, können wir das technische System der Gesellschaft, den aktiven, veränderlichen ‚Faktor‘ der gesellschaftlichen Entwicklung nehmen“ (Ökonomik der Transformationsperiode, Neudruck, Reinbek b. Hamburg 1970, S. 97). Bucharin fügt, weil auch dies ihm offenbar an Deutlichkeit noch nicht genügt, hieran die Anmerkung: „Die Dynamik der Produktivkräfte ist an die Dynamik der Produktion, d. h. den Prozeß der Reproduktion geknüpft. Die Sach- und Personenelemente der Produktivkräfte (Komplex der Produktionsmittel und Arbeitskräfte) werden in diesem Prozeß in natura reproduziert, um zu aktiven Faktoren dieses Prozesses zu werden“ (ebenda, S. 98).

<sup>195</sup> Karl Marx, Über Friedrich Lists Buch . . . , a. a. O., S. 101.

Marx hat wohl nicht geahnt, daß das „vernichtende Urteil“, das er über List verhängen wollte, zumindest die Theorien der „Schule“ und alle ihre Abkömmlinge, einschließlich des eigenen, nicht unbeschädigt ließ.

Nein, List hatte auch mit den Leuten vom Fach, den „Vulgärökonomien“ seiner Zeit, kein Glück. So konnte er von dem Heidelberger Ordinarius Karl Heinrich Rau, den er noch selber zur Bearbeitung der meisten einschlägigen Artikel an das „Staatslexikon“ empfohlen hatte, und der ihm vorhielt, „der von Herrn List nirgends (sic) erwähnte, und doch in vielen Punkten mit ihm gleichdenkende Ferrier (1805), der sich gleichfalls mit der Bekämpfung Smith's viel Mühe gibt“, habe doch viel mit ihm gemein; nein, von diesem „Eklektiker, Sammler und Systematisierer“<sup>197</sup> konnte er keinerlei Zustimmung erwarten. Viel wichtiger ist, daß List<sup>198</sup> nicht nur bei Ferrier, sondern bei dem Grafen Chaptal, Dupin und Louis Say, dem Bruder von J. B. Say, die wir sämtlich wohl als merkantilistische Spätblüten und „Vulgärökonomien“ bezeichnen dürfen, manche Bestätigung eigener Auffassungen gefunden hat<sup>199</sup>. Er hatte sie nicht nur für Frankreich sowie Adam Smith hinsichtlich Englands bereits bei der Abfassung der „Preisschrift“ herangezogen, sondern auch Alexander Hamilton und Carey<sup>200</sup> für die USA sowie die spanischen Merkantilisten Uztariz und Ulloa<sup>201</sup> für Spanien. Dort fand er allemal jeweils passende Argumente und Tatsachen, die er zur Stütze seiner eigenen Überlegungen gebrauchen konnte. In der Tat braucht man nicht weit zu suchen; braucht Friedrich List, der ein höchst originärer Kopf war und vor allem die hervorragende Gabe besaß, die man jedem Sozialwissenschaftler nur wünschen kann, nämlich aus Erfahrung und

---

<sup>196</sup> *Marx-Engels-Werke*, Bd. 2, S. 439.

<sup>197</sup> Vgl. F. List, a. a. O., Bd. VI, S. 23-31 und S. 433-487; sowie Bd. VII, S. 28 f.

<sup>198</sup> Vgl. ebenda, Bd. IV, S. 50.

<sup>199</sup> Vgl. zu Ch. J. A. Chaptal, dem Minister und Praktiker des napoleonischen Systems, auf den List bereits 1820 in einer Eingabe an Metternich verwiesen hatte, P. Mombert, a. a. O., S. 451. Henderson behauptet frank und frei, das Studium des ersten Bandes von Chaptals „De l'industrie française“ (1819) „bekehrte List endgültig zum Protektionismus“ (a. a. O., S. 166; unter Hinweis auf F. List, a. a. O., Bd. IV, S. 71-86). Wir sahen oben, daß List bereits durch die Praxis des Lebens und seine eigenen Beobachtungen „bekehrt“ war. Zu Dupin vgl. Mombert, a. a. O., S. 452 und 463, zu F. L. A. Ferrier ebenda, S. 451-452 und zu Louis Say ebenda, S. 452. Dupin sprach bereits von der „faculté créatrice“, auch von der „faculté productive d'un peuple“, eine Reihe von Jahren später wurden ähnliche Auffassungen auch von Louis Say und dem „Baron Dupin“ vertreten. Im übrigen hat auch A. Sommer hervorgehoben, daß List sich bei der Kritik an der angeblichen Unproduktivität der geistig arbeitenden Klassen „eng an Dupin, Chaptal und J. Droz“ angeschlossen habe (Friedrich Lists System der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 49-50). Droz ist ein so obskurer Autor, daß ihn nicht einmal Mombert (a. a. O.), geschweige denn Schumpeter (a. a. O.) oder gar Marx (Theorien über den Mehrwert. Viertes Band des „Kapitals“, 3 Teile, Berlin 1956-1962) erwähnen.

<sup>200</sup> Vgl. zu Hamilton und Carey, die beide ebenfalls aus der Praxis des Wirtschaftslebens hervorgingen, Mombert, a. a. O., S. 340 und 450 bzw. S. 339-346 und 461 f.

<sup>201</sup> Vgl. Mombert, ebenda S. 192 und 461.

Beobachtung selbständige logische Schlüsse zu ziehen<sup>202</sup>, nicht zum Plagiator zu stempeln, wenn man Autoren sucht, die eine gewisse Verwandtschaft mit seinen eigenen Argumentationen aufweisen.

Wie oft bemerkt und was nur eine halbe Wahrheit darstellt, könnte man die ganzen Vorläufer der „Schule“, nämlich Adam Smiths, jene geistreichen Merkantilisten des 17. Jahrhunderts aufrufen<sup>203</sup>, während die andere Hälfte von jenem Adam Smith samt Mc Culloch stammt, die er bekämpfte und die zu widerlegen sein theoretisches Instrumentarium bei weitem nicht ausreichte. Was sein Appell an die produktiven Kräfte einer Gesellschaft bzw. seine sog. Theorie der produktiven Kräfte anbelangt, so hat Werner Sombart längst von diesem Standpunkt aus das richtige Urteil darüber gesprochen:

„Auch dieser fehlt die sichere Untermauerung durch klare Begriffsbildung. Diese war nicht die Stärke dieses genialen und ideenreichen Mannes: seine Begriffe ‚schweben‘ umher wie die unerlösten Seelen an den Ufern des Hades . . . Deshalb ist aber auch der Kampf, den List gegen die ‚Schule‘ ausficht, ein Kampf mit ungleichen Waffen: er polemisiert gegen sie und ihre Grundbegriffe, ohne diese ganz zu erfassen und ihnen gleichwertige gegenüberstellen zu können“<sup>204</sup>.

Nein, List ist weder ein Plagiator gewesen, noch brauchte er überhaupt Anregungen von anderer Seite, jedenfalls keinerlei Buchwissen. Denn er hatte „in der Schule des Lebens“ studiert, und die Erfahrung, welche die zentrale Rolle in seinem Denken spielt, lieferte ihm nach und nach die Bausteine seines Systems, das sowohl „natürlich“ als liberal, „national“ und „weltbürgerlich“ ist. Ja, sie hat ihn, entgegen dem herben Urteil von Wilhelm Roscher<sup>205</sup>, wie er

---

<sup>202</sup> Vgl. F. List, *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Neuausgabe, a. a. O., S. 7. Im übrigen erscheint mir die Frage nach den Vorläufern von List ganz im Sinne von Marx „rein als eine akademische Frage“.

<sup>203</sup> Noch immer unübertroffen erscheint mir dazu das große Werk von Eli F. Heckscher zu sein: *Der Merkantilismus*, 2 Bde., übersetzt von G. Mackenroth, Jena 1932. Zu List vgl. ebenda, Bd. II, S. 14, 99, 110 und 308f. Hinsichtlich des „Schutzsystems“ vgl. ebenda Bd. I, S. 8f. und 11f.; Bd. II, S. 46f., 64f. und 98-156. Die Untersuchung der merkantilistischen Zolltarife etc. nimmt ebenda einen breiten Raum ein. Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie Werner Sombart am Ende der deutschen Historischen Schule abschließend das Wirken der Merkantilisten zusammenfaßte: „Sie haben keine fertige Wissenschaft geschrieben, weil sie die praktischen Probleme von den wissenschaftlichen noch nicht zu trennen wußten, weil ihre Begriffsbildung noch im Puppenzustand sich befand und ihre Forschungsmethode unentwickelt geblieben ist“ (Das europäische Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, 2. Halbbd., München und Leipzig 1928, S. 919). Hamilton, nachdem er richtig festgestellt hat, „Anfang des 19. Jahrhunderts gab es viele Vertreter einer Schutzzollpolitik“ und in diesem Zusammenhang u. a. Chaptal, Ferrier, Hamilton und Mathew Carey aufgezählt hat, charakterisiert Lists Leistung folgendermaßen: „Er sah in Importbeschränkungen, Einfuhrzöllen und Subventionen nur eine — allerdings die wichtigste — Methode, durch die ein Staat seine Wirtschaftsentwicklung fördern könne. Der Zolltarif war dazu nur Mittel zum Zweck; das Ziel einer solchen Schutzzollpolitik mußte die Schaffung einer städtischen Industriegesellschaft sein“ (a. a. O., S. 182-183).

<sup>204</sup> W. Sombart, a. a. O., S. 929; vgl. a. S. 913 und 1918 ff.

freimütig bekennt, in Amerika sogar seine famose Wirtschaftsstufentheorie gelehrt<sup>206</sup>, für die er aus Büchern nur stützende Argumente und Belege herbeizuführen suchte. Darum auch sind die Grundthesen seines Werkes so populär, daß sie in den Filmen aufstrebender Industrienationen zur Charakteristik ihren Platz finden<sup>207</sup>.

Seine Bedeutung und seine Größe liegt darin, daß er stets über sich hinausweist. Seine Kritik an der konstitutiven unausrottbaren Statik der klassischen Theorie und aller ihrer Derivate, sein in seiner „Stufenlehre“ zum Ausdruck gelangender Nachdruck auf einer unumgänglich dynamischen Betrachtung des Wirtschaftsprozesses und der Wirtschaftstheorie, am Außerachtlassen der immanenten produktiven Kräfte einer Wirtschaftsgesellschaft, die es staatlicherseits zu fördern und zu entfesseln gilt, sei es durch Erziehung oder durch einen möglichst großen geschützten Markt, wenn man tatsächlich Wachstum und nicht Verteilung wolle, umfaßt zugleich, wie es jede echte, d. h. positive, Kritik tut, die positiven Seiten seines Werkes.

Als Ziel schwebte ihm die Schaffung einer großen europäischen Handels- und Zollunion vor, die womöglich außer Deutschland die Schweiz, die Niederlande und Dänemark sowie die gesamte österreichische Monarchie umfassen sollte. Im Zentrum stand dabei freilich immer Deutschland, das durch die zu erstarkende Industrie selbst stark und frei werden sollte. Wie sehr die industrielle Entwicklung selbst „im Zuge der Zeit“ lag, eine Entwicklung war, der unabweislich die Zukunft gehörte, beweist der scharfsichtige, wenn auch gerade allem Wirtschaftlichen und Materiellen im Grunde abholde Blick von Jakob Burckhardt, der zwar ebenso wie die Vertreter der älteren Historischen Schule die Gefährdung der kleineren Unternehmen erkannte, die durch die Konkurrenz der kapitalstärkeren „lahm gelegt und vernichtet werden können“, aber dennoch die innere unabweisliche Logik der Tatsachen klar durchschaute:

„Die große seitherige (sc.: seit der Großen Französischen Revolution, GE) Zunahme der Industrie ist an sich kein Glück, sondern eine Notwendigkeit aller europäischen Länder“<sup>208</sup>,

<sup>205</sup> W. Roscher, a. a. O., S. 978. Bezeichnend andererseits ist es, wenn Roscher z. B. an *Niebuhr* hervorhebt, er habe an das „Dogma der unbeschränkten Handelsfreiheit“ nicht geglaubt und in den wirtschaftlichen Vorgängen „den politischen Sinn“ erkannt (ebenda, S. 919).

<sup>206</sup> F. List, Das nationale System . . ., Neudruck, a. a. O., S. 7.

<sup>207</sup> Charakteristisch hierfür ist der japanische Film „Später Frühling“ (1949; Regie Y. Ozu), in dem die männliche Hauptgestalt, ein Professor der Volkswirtschaftslehre (Chishu Ryu), der später unter Selbstaufopferung seine allzu sehr an ihm hängende Tochter (Setsuko Hara) zur Heirat mit seinem Assistenten zu bewegen weiß, mit diesem zu Beginn des Films gemeinsam „Das nationale System“ von List studiert. Ob Japan freilich, damals fast noch ein Entwicklungsland, heute die größte Handelsnation der Erde, noch Schutz- oder Erziehungszoll nötig hat, darf mehr als bezweifelt werden.

<sup>208</sup> J. Burckhardt, Gesamtausgabe, Bd. I-XIV, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1929-1934, Bd. VII, S. 286 (WS 1952/53). Erwähnt sollte im obigen Zusammenhang werden, daß



auch wenn er später das Anwachsen der Geschäfte und alles Materiellen bei starker Abnahme der politischen Sicherheit, welche zu solchen Geschäften und den betreffenden Genüssen gehören würden, bedauerte. In diesem Sinne hatte Friedrich List frühzeitig im Februar 1820 in einer Eingabe an Metternich, indem er sich zum Wortführer der ersten deutschen industriellen Pioniere machte, ein reformiertes deutsches Merkantilsystem verlangt, um „die Greuel der Anarchie“ vom Vaterland abzuwehren. Lists Fernziel, das „Handelsreich deutscher Nation“, bildet also das Gegenbild des napoleonischen Kontinentalsystems, unmittelbare Folge des bei Waterloo endgültig zusammengebrochenen französischen Empire, dessen Erbe es in der Abwehr britischer Handelsvormacht freilich antreten sollte.

So bleibt uns im Grunde nur noch wenig hinzuzufügen. Als List, ermutigt durch den buchhändlerischen Erfolg seines Hauptwerkes nach Deutschland zurückkehrte, stürzte er sich, zumal das Honorar, das zum Unterhalt seiner Familie beitragen mußte, wohl rasch verzehrt war, neuerlich in verschiedene Aktivitäten, immer auf der Suche nach einer auskömmlichen Position. Am passendsten und aussichtsreichsten war noch, kurz nachdem im Oktober 1841 sein Hauptwerk erschienen war, das Angebot, den Posten einer neuen „umfassenden politischen Zeitschrift“ in Köln, die später als „Neue Rheinische Zeitung“ berühmt wurde, anzunehmen. Indes mußte er unter Hinweis auf seinen angegriffenen Gesundheitszustand ablehnen, und statt seiner erhielt sein späterer schärfster Kritiker, Dr. Karl Marx, der dort seine politische und wissenschaftliche Karriere begann, die betreffende Stelle<sup>209</sup>. Im selben Monat Oktober war List in Württemberg rehabilitiert worden, allein seine Hoffnung, genährt durch zwei königliche Audienzen, wieder in den württembergischen Staatsdienst eintreten zu können, war vergeblich. Das von ihm mit Hilfe von Cotta begründete „Zollvereinsblatt“ wurde von ihm derart vernachlässigt, daß ein von ihm selbst geworbener Stellvertreter die Leitung übernehmen mußte. Schlimmer war, daß es über Honorarabrechnungen, mit denen sich List benachteiligt fühlte, mit seinem Verleger Georg von Cotta, für den er auch bereits von Paris aus als Korrespondent für die „Allgemeine Zeitung“ tätig gewesen war, zum Bruch kam<sup>210</sup>.

---

bereits Francois *Quesnay* und Adam *Smith* den Zusammenhang zwischen Macht und Reichtum, *force et richesses*, zwischen *independence*, *power and riches*, ebenso wie zuvor schon Charles *King* in seinem „British Merchant“ (1721) oder Daniel *Defoe* gesehen haben. Davon bleibt freilich Lists Leistung, zumal sie visionär darüber hinaus die künftige Einheit von Weltstaatensystem und Weltmarkt voraussah, ganz unbeeinträchtigt. Im Hintergrund aller seiner Überlegungen stand, auch wenn er andererseits „la Sainte alliance des peuples“ beschwor, stets Deutschland, so daß er sogar, obwohl er dringend Geld und eine Position suchte, das Angebot von Thiers, als dieser das zweite Mal Ministerpräsident wurde, für ein Salär von jährlich 12000 Franken in französische Dienste zu treten, unbedenklich ablehnte.

<sup>209</sup> Vgl. F. List, a. a. O., Bd. VIII, S. 598 ff.

<sup>210</sup> Vgl. ebenda, Bd. VIII, S. 526, 533 u. 538.

So warf er sich in seinen letzten Lebensjahren zwischen 1844 und 1846 wieder ganz auf die Zollpolitik und die Pläne einer vergrößerten Zollunion<sup>211</sup>, die er gewissermaßen durch private Reisen als Diplomat ohne Auftrag zu fördern suchte. Wiederum wollte er Österreich für seine Pläne gewinnen, suchte im Herbst 1844 Wien auf und wurde sogar von Metternich empfangen, für den er freilich insgeheim immer nur „ein entlaufener Sträfling“ blieb. Seine Vorstellungen hierbei lauteten etwa folgendermaßen:

„Was allen Kontinentalvölkern, Österreich und (sic) dem deutschen Zollverein, Holland und Belgien, Frankreich und Rußland not tut, ist ein veredeltes (sic) Kontinentalsystem. Die dem Napoleonischen Kontinentalsystem zugrunde liegende Idee ist und bleibt eine wahre, solange die Kontinentalnationen in der Gewerbeindustrie, in Handel und Kolonien, in Schifffahrt und Seemacht noch so unendlich weit hinter England stehen“<sup>212</sup>.

Selbstverständlich waren das Pläne, die nicht auf die Förderung Metternichs hoffen durften. Noch war indes Lists Optimismus ungebrochen, und er machte sich Hoffnungen, England selbst in eine Zollunion einbeziehen zu können, wie sie bereits in der ersten Ausgabe des „Zollvereinsblatt“ (1843) angeklungen waren, die Vision eines um England, diesen „Riesenkörper“ mit seiner „weiten Ausdehnung eines gesicherten Manufakturen-Marktes“ vergrößerten imperialen Schutzzollraumes<sup>213</sup>. Optimistisch verfaßte List eine neue Denkschrift „Über den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland“<sup>214</sup> und reiste trotz der Warnung von befreundeter Seite im Juni 1846 nach London<sup>215</sup> und wurde sogar von dem Prinzen Albert empfangen. In einem kurzen Schreiben drückte Premierminister Peel seine ablehnende Auffassung aus, daß der gegenseitige freie Handel im Interesse der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes liege<sup>216</sup>. Lists Vision eines mit dem „Kontinent“ nicht nur durch eine Zollunion verbundenen, nein verbündeten England<sup>217</sup>,

---

<sup>211</sup> Wiederum ist es bezeichnend, daß er keinen Widerspruch sah zwischen seinem Appell zur wirtschaftlichen und politischen Einigung Deutschlands und seinem gleichzeitigen Eintreten für die protektionistische Bewegung in Süddeutschland.

<sup>212</sup> F. List, a. a. O., Bd. V, S. 380.

<sup>213</sup> Ebenda, Bd. VII, S. 39f. u. S. 531 - 536.

<sup>214</sup> Ebenda, Bd. VII, S. 267 - 296.

<sup>215</sup> Vgl. ebenda, Bd. VIII, S. 801.

<sup>216</sup> Vgl. ebenda, Bd. VII, S. 526f.

<sup>217</sup> Lists Scharfblick, der über die Mitte des kommenden Jahrhunderts hinausah, glaubte folgende Entwicklung zu erkennen: „Dieselben Ursachen nämlich, welche Großbritannien auf seinen gegenwärtigen hohen Standpunkt gehoben, werden — wahrscheinlich schon im Lauf des nächsten Jahrhunderts — das vereinigte Amerika auf einen Grad von Industrie, Reichtum und Macht erheben, welcher diejenige Stufe, worauf England steht, so weit überragen wird, als gegenwärtig England das kleine Holland überragt. Im natürlichen Verlauf der Dinge wird Nordamerika innerhalb dieses Zeitraums seine Bevölkerung auf Hunderte von Millionen vermehren. . . So wird in einer nicht allzu entfernten Zukunft, welche jetzt den Franzosen und Deutschen die Stiftung einer

mußte bei dem Außenminister, dem Viscount Henry J. T. Palmerston, in dem er einen freimaurerischen Gesinnungsfreund vermutete, auf eine noch kühlere Ablehnung stoßen<sup>218</sup>. Ja, Lists Rivale Karl Marx war durch intensives Studium britischer Geheimakten gar zu dem Schluß gekommen, „daß Palmerston seit mehreren Dezennien an Rußland verkauft ist“<sup>219</sup>. Jedenfalls erhielt List für seinen Plan, England solle die Entfaltung der deutschen wirtschaftlichen Interessen im Donauraum nach Osten und den relativen Zollabschluß dulden, von Palmerston nur einen Nasenstüber<sup>220</sup>.

Diese letzte große Enttäuschung Lists, der nach London im optimistischen Gefühl gegangen war, „daß ich mich stark genug fühle, die englische Politik auf die rechte Bahn zu leiten“<sup>221</sup>, war zu viel für ihn. Bar aller Aussichten, irgend eine auskömmliche Position zu gewinnen, nahm er sich, auf der Durchreise nach

---

Kontinentalallianz gegen die britische Suprematie gebietet, den Briten die Stiftung einer europäischen Koalition gegen die Suprematie von Amerika gebieten. Alsdann wird Großbritannien in der Hegemonie der vereinigten Mächte von Europa Schutz, Sicherheit und Geltung gegen die amerikanische Übermacht und Ersatz für die verlorene Suprematie suchen müssen und finden“ (a. a. O., Bd. VI, S. 417). Der Allianzplan samt Denkschrift (s. ebenda, Bd. VII, S. 267-296).

<sup>218</sup> Vgl. die Bemerkungen *Palmerstons* (September 1846) zu Lists Allianzdenkschrift (a. a. O., Bd. VII, S. 524). List, der realistisch den britischen Imperialismus und den darauf basierenden Wohlstand erkannt hatte, erfaßte am Ende seines Lebens den zwischen 1842 bis 1846 entwickelten Begriff des Imperialismus mit seinem „Metropol-Kolonial-Schutzsystem“, das durch die „Invasion der europäischen Kultur“ in alle noch zu erschließenden Überseegebiete zum Sieg der europäischen Industrie- und Verkehrstechnik führen sollte. Bereits früher hatte er sich auch für ein künftiges geeintes Deutschland imperiale Attribute gewünscht, nämlich Seemacht und Kolonialbesitz.

<sup>219</sup> Vgl. Karl *Marx*/Friedrich *Engels*, Briefwechsel, a. a. O., 2. Bd., S. 620 (Brief vom 2. 11. 1853). Lassalle gegenüber drückt sich *Marx* übrigens noch massiver aus: „Für mich steht keine Konklusion fester als die, daß Palmerston. . . ein russischer Agent ist“ (*Marx-Engels-Werke*, 28, S. 605). Später, *Palmerston* war bereits selbst Premierminister, schreibt *Marx* an *Engels* Einzelheiten, die ihm seine Auffassung zu bestätigen scheinen (a. a. O., S. 133 ff.). List selbst sah übrigens für den „russischen Koloß“ die spezifische Aufgabe, die Kultur nach Asien zurückzutragen, um dies dadurch von Südosteuropa sowie von der türkischen Erbschaft am Bosphorus, ganz im Sinne Englands, fernzuhalten. Die russische Expansion bzw. der russische Imperialismus bis nach China hin würde die besten Wünsche aller wahren Freunde der Aufklärung für sich haben.

<sup>220</sup> Bezeichnend nicht allein für die praktische politische Naivität Lists, der die imperiale Interessenlage Großbritanniens völlig verkannte, ebenso wie er die Interessenlage des österreichischen Vielvölkerstaates bzw. seinen „Imperialismus“ unterschätzte, wie auch für manche „Listologen“ sind die Bemerkungen zu dem englischen Unternehmen Lists von A. *Sommer*, Über List und sein Werk, Mitteilungen der List-Gesellschaft, Sonderheft zum 175. Geburtstag von Friedrich List, Fasc. 4, Nr. 11/12 (6. 8. 64), S. 315. Unwillkürlich fallen einem die spöttischen Bemerkungen von Francois-René de *Chateaubriand*, der freilich selbst ebenfalls alles andere als erfolgreich oder geschickt in der praktischen Politik bei manchem visionären politischen Scharfblick andererseits gewesen ist, ein: „Um auf dem Felde der praktischen Politik ein überlegener Mann zu werden, braucht man keine Fähigkeiten zu erwerben, man muß vielmehr solche verlieren“ (Erinnerungen, *Mémoires d'outre-tombe*, Frankfurt am Main-Wien-Zürich 1969, S. 528).

<sup>221</sup> F. List, a. a. O., Bd. VIII, S. 820.

Italien, wo er seine angegriffene Gesundheit wiederherzustellen beabsichtigte, „der Verzweiflung nahe“<sup>222</sup>, nach dem Scheitern aller seiner letzten Pläne das Leben. Wohl ist es wahr, sein Leben tragisch zu nennen, zumal seine zu groß angelegten Visionen sich an der Enge nicht so sehr der Verhältnisse als des übermächtigen politischen Interessengeflechts stoßen mußten. Wohl ist es wahr, was noch der reife Schumpeter über ihn geurteilt hat:

„List made no original contribution to the analytic apparatus of economics“,

und ohne in Widerspruch dazu zu geraten, noch konzilianter

„his analytic apparatus was in fact ideally adequate for his practical purpose“<sup>223</sup>.

Aber es ist gleicherweise wahr, daß die Mängel der „Schule“, die er aufgezeigt hat, uns noch heute bewegen und in veränderter Formulierung noch immer beschäftigen. Und wohl ist es wahr, was Lists Landsmann Gustav Schmoller folgendermaßen formuliert hat:

„Die Art, wie aus den ehemaligen natürlichen Gruppen weniger zusammenlebender Menschen Gemeinden und Staaten, Klassen und Korporationen, Betriebe und Unternehmungen als wirtschaftliche Organe sich bildeten, wie durch Sitte, Recht, Moral und Religion die Stämme, die Stadt- und Volkswirtschaften als wirtschaftliche Körper entstanden . . ., das ist das eigentlich zu erklärende Rätsel“<sup>224</sup>.

Aber wohl ist es ebenso wahr, daß wir weder Lists Appell an die einer Gesellschaft inhärenten produktiven Kräfte, die er eine „Theorie“ genannt hat, noch etwa seine Stufenlehre als eine bündige Antwort darauf vom wirtschaftstheoretischen Standpunkt hinnehmen können. Er schreitet uns, wie mit einer Fackel, noch immer voran. Aber wir wissen nicht — und er hat es uns überzeugend nicht gezeigt — woher wir die theoretischen Bretter, die wir gern Modelle nennen, nehmen sollen, die uns über den Abgrund der Erkenntnis hinweg einen Weg zu ihm zimmern ließen<sup>225</sup>.

<sup>222</sup> Ebenda, Bd. VIII, S. 832.

<sup>223</sup> Joseph A. Schumpeter, *History of Economic Analysis*, New York 1954, S. 517. Über die angeblichen „Abhängigkeiten“ Lists, recte seine angeblichen plagiatorischen Anleihen traf bereits Schumpeter das völlig adäquate Urteil: „There is not more in all this, than that everyone is heir to everything that went before him and a forerunner of everything that comes after him“ (ebenda, S. 505) und stellte gelassen fest, daß List ein großer Patriot war, ein brillianter Journalist und ein fähiger Volkswirt, der gut koordinierte, was immer ihm nützlich erschien, um in seine Vision einzufließen (ebenda). Ebenso stellen wir selbst mit Genugtuung fest, daß Schumpeter ebenfalls bereits die Bedeutung unmittelbarer Anschauung für List unterstrichen hat.

<sup>224</sup> G. Schmoller, *Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, 2. Bde., 11. und 12. Tausend, Leipzig 1919, Bd. 2, S. 1328 (von uns gesperrt). Wenige Seiten weiter setzt sich Schmoller in diesem Zusammenhang dann mit Marx und List auseinander (ebenda S. 1331 ff.).

<sup>225</sup> Wahr bleibt nichtsdestoweniger, daß „Das nationale System der politischen Ökonomie“, das erst 1885 ins Englische übersetzt wurde, „remains a classic in the eulogist sense of the word, all the comments above notwithstanding“ (Joseph A. Schumpeter, a. a. O., S. 505). Ja Schumpeter, dieses Mal großzügig, vergleicht List gar mit Keynes und

So bleibt auch wahr, was eben derselbe Schmoller mit höflichem Bedauern, ja Wohlwollen, aber doch von der geheimrätlichen Höhe des Katheders herab seinem Landsmann bescheinigte, nämlich List sei „kein Mann der eigentlichen Wissenschaft“<sup>226</sup>, wenn er andererseits doch bekannte,

„die ganze neuere Wissenschaft ist mehr oder weniger von seinen Gedanken beherrscht und infiziert“<sup>227</sup>.

So trifft es zu, was ein anderer Schwabe ihm bescheinigt hat:

„List war sicherlich kein Gelehrter. Er war ein Mann, der unmittelbar in die Praxis, in die Wirkung, in das Schaffenwollen hineindrängte“<sup>228</sup>.

So bewahrheitete sich an List auch, was ein weiterer großer Schwabe von sich bekannte:

„Traurig genug, daß ich auch an mir die gehässige Wahrheit bestätigt sehen muß, die jedem freien Schwaben Wachstum und Vollendung abspricht“<sup>229</sup>.

Wenn wir alles dies gesagt haben, so dürfen wir gewiß hinzufügen, daß List bei aller Bedeutung, die ihm fraglos zukommt, auch den etwas beschränkten Eigensinn, den naiven Stolz und den großen Ehrgeiz des Autodidakten besaß.

betrachtet es als „eine Tatsache“, daß seine „infant-industry theory“ von John St. Mill akzeptiert worden sei, da sie — was zutrifft — mit der „Freihandels-Logik“, wie wir sahen, in Übereinstimmung gebracht werden könne (ebenda, S. 504 u. 505). Insofern bleibt es auch wahr, daß wir, wie uns nachträglich bekannt wird, uns in Übereinstimmung befinden mit Horst Cl. Recktenwald, in: K. Lachmann, H. Scherf, Düsseldorf 1989, S. 7, der gleichfalls die drei zentralen Konzepte von List, die auch wir herausgehoben haben, als von dauerhaftem Wert ansieht.

<sup>226</sup> Gustav Schmoller, Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften, Leipzig 1888, S. 150. Aber das waren die großartigen Vorläufer des 17. und 18. Jahrhunderts — worin man gut und gern sogar Francois Quesnay einschließen könnte — auch nicht, deren Werk dann Adam Smith so bewundernswert zu einer einheitlichen Theorie zusammenschweißte.

<sup>227</sup> Gustav Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Bd. I, a. a. O., S. 118. Wahr bleibt dabei, daß Schmoller noch gar nicht die zentrale Frage Lists „Wenn die Reichtümer durch die Arbeit produziert werden, wodurch wird dann die Arbeit produziert?“, die mehr auf Ricardo zielte denn auf Adam Smith, in seine Erwägungen einbezogen hatte. Wahr bleibt auch, daß Lists Werk erst seit 1877 in Deutschland wieder ein allgemeineres Interesse fand.

<sup>228</sup> Th. Heuß, Der Reutlinger Friedrich List, Stuttgart und Tübingen 1947, S. 11 f. Wahr bleibt indes, was ihm die neueste Ausgabe von The New Palgrave, A Dictionary of Economics abschließend bescheinigt: „he nevertheless developed conceptions of economic space and economic development that have lasting intellectual merits“ (K. Tribe, Vol. 3, London and Basingstoke 1987, S. 218). Wahr bleibt auch, daß der letzte Überlebende der Herausgeber von Lists Werken Edgar Salin in seinem „letzten Wort“ über List („Zur Nachlese“) mit einer summarischen Schilderung seines Lebensweges im Licht der letzten Dokumente und in einem „Nachwort für künftige List-Leser“ sich mit dem Hinweis begnügt, „jedem Wirtschaftspolitiker und jedem Wirtschaftstheoretiker werden sich ungeahnte Schätze enthüllen“ (Mitteilungen der List-Gesellschaft, Fasc. 3, Nr. 11/12, 31. Dezember 1962).

<sup>229</sup> Friedrich Schiller an Wolfgang H. von Dalberg.

# **Friedrich Lists System der Sozialwissenschaft — von einem japanischen Forscher betrachtet**

Von *Noboru Kobayashi*, Tokyo

## **Vorbemerkung**

Seitdem man Friedrich Lists Nationalwirtschaftsidee vor einem Jahrhundert nach Japan importiert hatte, wurde er immer als ein hervorragender deutscher Patriot, als der Vorläufer der deutschen historischen Schule der Wirtschaftswissenschaft, aber auch als ein entschlossener Kämpfer für die gesellschaftliche Modernisierung der Länder geschätzt, in denen die Vorbedingungen hierzu bis zu einem gewissen Grade bereits vorhanden sind. Von den ostasiatischen Staaten ist, so glaube ich, Japan das einzige Land, in dem die Forschungen über Friedrich List ununterbrochen fortgesetzt wurden. Die Verhältnisse im heutigen Japan fordern uns heraus, die Bedeutung der Harmonie zwischen industriellen und agraren Produktivkräften auf der Stufe des Hochkapitalismus im Rahmen einer auf List gestützten Nationalökonomie zu studieren. Ich habe schon ein halbes Jahrhundert fortdauernd über List geforscht und geschrieben und inzwischen Lists „Nationales System“ und seine wichtige Abhandlung „Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung“ ins Japanische übersetzt. Im Jahr 1964 konnte ich diese Forschung in Tübingen und im Reutlinger Friedrich-List-Archiv weiterführen. Heute habe ich die Ehre und die Freude, vor Ihnen über Lists sozialwissenschaftliches Gesamtbild aus der Sicht eines japanischen Forschers zu sprechen.

## **I.**

In der Vorrede seines Hauptwerks „Das nationale System der politischen Ökonomie“ schrieb Friedrich List:

„Damit mir nicht . . . Mangel an Vollständigkeit vorgeworfen werde, ist hier vorzumerken, daß ich plangemäß in diesem ersten Bande zusammendrängen wollte, was ich über den internationalen Handel und die Handelspolitik und insbesondere zugunsten der Ausbildung eines nationalen deutschen Handelssystems Neues und Originelles zu sagen hatte . . . Dabei mußte noch manches, was ich infolge meiner Beobachtungen und Erfahrungen, meiner Reisen und Studien in anderen Fächern der politischen Ökonomie gefunden zu haben glaube, zurückgewiesen werden. Namentlich habe ich über die Agrarverfassung und Güterarrondierung, über die Pflanzung der Arbeitsfähigkeit und die Erweckung des deutschen Unternehmungsgeistes, über die



mit dem Fabrikwesen verbundenen Übelstände und die Mittel, ihnen abzuweichen und vorzubeugen, über die Auswanderung und Kolonisation, über die Pflanzung einer deutschen Marine und die Mittel zur Ausdehnung des auswärtigen Handels, über die Wirkungen der Sklaverei und die Mittel, sie aufzuheben, über die Stellung und die wahren Interessen des deutschen Adels usw. Studien gemacht, deren Resultate, sollte anders dieses Buch nicht ungebührlich ausgedehnt werden, hier unmöglich eine Stelle finden konnten.“<sup>1</sup>

Aus den hier genannten Gründen gab er auf dem Titelblatt des „Nationalen Systems“ deutlich zu erkennen, daß es sich nur um den ‚Ersten Band‘ seines Systems handelte; darunter setzte er den Nebentitel „Der internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein“.

List veröffentlichte im Jahr nach der Herausgabe des „Nationalen Systems“, in zwar noch unausgearbeiteter, aber doch sehr ausgedehnter Form „Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung“. Er behandelte darin, als Teil seines gesamten Systemplans, die Probleme der ‚Agrarverfassung und Güterarrondierung‘, der ‚Auswanderung und Kolonisation‘, und darüber hinaus, wenn auch nur im Ansatz, die der ‚wahren Interessen des deutschen Adels‘ und der ‚mit dem Fabrikwesen verbundenen Übelstände und des Mittels, ihnen abzuweichen und vorzubeugen‘. Diese Art der Behandlung ist meines Erachtens für das Verständnis des Charakters seiner ganzen politischen Ökonomie besonders wichtig. Am Ende der „Ackerverfassung“ faßte List das gesamte System seiner Sozialwissenschaft wie folgt zusammen:

„Als ich mir vornahm, mein „Nationales System der politischen Ökonomie“ herauszugeben, fand ich bei Entwerfung des Plans, es müßte, meinen Grundideen zufolge, schulgerechterweise in folgende Teile zerfallen: 1. Ackerverfassung und Ackerpolitik, 2. Gewerbsverfassung usw., 3. Verkehrsverfassung usw., 4. Finanzverfassung, 5. Gerichts- und Administrationsverfassung, 6. Wehrverfassung, 7. Staats- und Parlamentsverfassung, 8. Geist der Nation und sein Einfluß auf die produktiven Kräfte und die Erwerbung der Reichtümer, 9. Internationale Verhältnisse und auswärtige Politik.“<sup>2</sup>

Im gleichen Paragraphen betonte er ferner sein dringendes Interesse, „die Grundideen meines Systems hinsichtlich der Ackerverfassung“ der Öffentlichkeit darzubieten, um das „Nationale System“ vor Mißverständnissen und Böswilligkeit zu schützen<sup>3</sup>.

Daraus kann man, so glaube ich, ersehen, daß es ein wissenschaftlich adäquates Verfahren ist, sich durch Analyse der beiden genannten Arbeiten — des „Nationalen Systems“ und der „Ackerverfassung“ — an Struktur und

---

<sup>1</sup> F. List, *Schriften, Reden, Briefe*. Im Auftrag der Friedrich-List-Gesellschaft e. V. hrsg. von E. v. Beckerath u. a., 9 Bde., Berlin 1927-35, Bd. VI, S. 23. Vgl. ebenda, S. 640-657.

<sup>2</sup> Ebenda, Bd. V, S. 542f.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, Bd. V, S. 545.

Wesen der Listschen Sozialwissenschaft, zumindest seiner politischen Ökonomie, anzunähern. Ich konzentriere meine Aufmerksamkeit aber heute hauptsächlich auf die „Ackerverfassung“, wobei ich aus zeitlichen Gründen auf manche direkte Zitate daraus verzichten muß.

## II.

Die Absicht, die der Veröffentlichung der „Ackerverfassung“ zugrunde lag, war in erster Linie die Modernisierung der deutschen Landwirtschaft, konkreter gesprochen: die Verwirklichung der spezifisch deutschen, kleinmaßstäblichen Form der ‚enclosure‘, die List „Güterarrondierung“ nannte.

Vor allem den Südwesten Deutschlands — Uferländer am Rhein, Neckar und Main — in Betracht ziehend, behauptet List:

„Wie aber die konstitutionelle Monarchie alle Vorzüge der Demokratie, der Aristokratie und der Monarchie in sich vereinigt, so, scheint uns, müsse man in dieser Regierungsform durch die Ackerverfassung ein richtiges Verhältnis zwischen großen, mittleren und kleineren Gütern und der Zwergwirtschaft herzustellen streben . . . / Nach unserer Ansicht *ist die Zwergwirtschaft eine Tochter der Gütergemenge- und Dorfverfassung*; beide aber . . . halten wir für das *größte Gebrechen der Ackerverfassung* . . . / Wir leben der Überzeugung, daß diejenige Ackerverfassung, wobei die mittleren und kleineren Wirtschaften die Regel, die Großwirtschaften und die Zwergwirtschaften dagegen die Ausnahme bilden, dem Repräsentativsystem sowohl als dem landwirtschaftlichen und nationalökonomischen Prinzip am besten entspreche; daß folglich in solchen Ländern, wenn die Güterzerstücklung sehr überhandgenommen hat, *die Gesetzgebung und Verwaltung allererst auf angemessene Reduktion der Gemenge- und Dorfwirtschaft . . . wirken müsse* . . .“<sup>4</sup>

Nach Lists Plan sollte unter dem direkten Eingriff des Staates der größte Teil der von sogenannten Kartoffelbauern getragenen Zwergwirtschaft verschwinden. Darüberhinaus erwartete er, daß sich die feudalabhängigen Bauern von sich aus zur gleichen Zeit aus den Bindungen ihres Gemeinwesens loslösen, aber auch durch Unterstützung des Staates aus den feudalen Lasten, vor allem den Zehnten und den sogenannten Teilgebühren, befreit werden sollten<sup>5</sup>.

Von der Arrondierung der landwirtschaftlichen Güter und den dadurch entstehenden modernen Höfen mit angemessener Betriebsgröße kann man zunächst zwei große Wirkungen erwarten. Die erste ist die Herausbildung eines großen und reichen Binnenmarktes, die schließlich in die Entwicklung einer Nationalökonomie übergehen wird. Die zweite ist die Vergrößerung des Standes der Staatsbürger durch die Aufnahme der freien, unabhängigen und reichen Bauern, die jetzt im Besitz ihrer Höfe sind.

<sup>4</sup> Ebenda, Bd. V, S. 434-436 (Hervorhebung im Original).

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, Bd. V, S. 459f. u. 535-537.

Mittels eines Systems von Zöllen soll, wie List im „Nationalen System“ verlangt, das schwache und zurückgebliebene nationale Industriekapital gegen überlegene ausländische Industriekräfte geschützt werden. Damit aber der auf diese Weise geschützte Raum zu einem befriedigenden Markt für das nationale Industriekapital werden kann, muß die weitere Kommerzialisierung des Überschusses der landwirtschaftlichen Produkte — die Warenproduktion im Agrarsektor — so weit gediehen sein, daß die Bauern genügend Kaufkraft für Manufakturwaren besitzen.

Die Zunahme der Warenproduktion, ermöglicht durch die Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie, ist eben die historische Basis für die Herausbildung des modernen industriellen Kapitalismus überhaupt. Mit dem Entstehungsprozeß der Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie und der Warenproduktion im allgemeinen befaßten sich theoretisch bereits im 18. Jahrhundert Richard Cantillon und David Hume als ‚theoretical or conjectural history‘ (Dugald Stewart) und, um einen weiteren Wissenschaftler zu nennen, der aus Schottland geflohene Adelige Sir James Steuart, der von 1757 bis 1760 in Tübingen lebte und dort das Manuskript der ersten drei Bücher seines großen Werkes „An Inquiry into the Principles of Political Oeconomy“ (1767) beinahe druckreif fertigstellte.

James Steuart wies vor allem darauf hin, daß die Bevölkerungszunahme in den schlichten, autarken Dörfern notwendigerweise zur Ausbreitung der Landwirtschaft allein als ‚direktem Mittel der Subsistenz‘ der Bauern (agriculture exercised as a direct means of subsisting) führt, so daß man, wenn man den Binnenmarkt und die Nationalwirtschaft entwickeln will, eine Landwirtschaft als Handel (agriculture exercised as a trade) schaffen muß. Lists Absicht, die Zwergwirtschaft aufzuheben, erinnert uns stark an dieses Ziel von Steuart, dem letzten der Merkantilisten, dessen Werk List gelesen hatte<sup>6</sup>.

Die Auffassung, daß ein auf diese Weise geschaffener Binnenmarkt viel größer als der ausländische Markt sei, wurde in Großbritannien zuerst bereits von dem Repräsentanten der englischen protektionistischen Merkantilisten, Charles King („The British Merchant“, 1721), dann von Steuart und schließlich auch von Adam Smith sehr konsequent behauptet. Nur befaßte sich Smith in seinem „Wealth of Nations“ überwiegend mit der Analyse des bereits entwickelten Binnenmarktes. Die Problematik der Arbeitsteilung von Landwirtschaft und Industrie, bzw. den Prozeß der Entwicklung des Binnenmarktes behandelte er hier als eine bereits vollzogene historische Tatsache im dritten Buch:

“The great commerce of every civilized society, is that carried on between the inhabitants of the town and those of the country.”<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Vgl. Sir J. Steuart, *An Inquiry into the Principles of Political Oeconomy*, 2 Bde., 1767, Buch I, Kap. 14.

<sup>7</sup> A. Smith, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 1767, Buch III, Kap. 1.

Diese wichtigste soziale Arbeitsteilung war im ersten Buch des „Wealth of Nations“, das mit der Betonung der Bedeutung der Arbeitsteilung in der kleinen Manufaktur eröffnet wird, schon kein zentraler Gegenstand der Analyse mehr.

### III.

Es läßt sich mit Sicherheit feststellen, daß List mit seiner „Ackerverfassung“ die Befreiung der Bauern durch die Güterarrondierung, die Verwirklichung der deutschen Form der ‚enclosure‘, bezweckte, denn er sah in der dadurch entstehenden Schicht der Hofbauern einen wichtigen Träger des breiten Standes der Staatsbürger. List behauptete:

„Vollwichtige Staatsbürger für den Repräsentativstaat findet man: 1. bei einem wohlhabenden, gebildeten Handelsstand; 2. bei den Führern, Gehilfen und Unternehmern ansehnlicher Gewerbe; 3. unter denen, die von den Interessen ihrer Kapitalien leben; 4. unter den öffentlichen Funktionären . . . ; 5. unter den geistigen Produzenten überhaupt . . . ; 6. bei den wohlhabenden Grundbesitzern. / . . / Am geringsten ist die Zahl der vollwichtigen Staatsbürger in nicht-industriellen Ländern . . .“<sup>8</sup> „Kleinhandwerker und Zwergbauern haben in der Regel weder die Bildung noch die Unabhängigkeit des Geistes und der ökonomischen Stellung, die zu öffentlichen Dienstleistungen oder zur Behauptung der Staatsbürgerrechte erforderlich ist. Daraus erwächst der große Übelstand, daß an ihrer Seite eine allzu zahlreiche, eine übermächtige Beamtenaristokratie ersteht . . .“<sup>9</sup> und „Drei Haupteigenschaften sind es, die wir von dem Staatsbürger verlangen . . . : Erstens, daß er durch ökonomische Kompetenz unabhängig genug sei . . . Zweitens, daß er geistig befähigt sei, an der Verwaltung der Gemeinde und der höheren Korporationen wirksamen Teil zu nehmen . . . Drittens, daß er imstande sei, seine Kinder ökonomisch und geistig derart auszustatten, daß von ihnen möglichst viele die Pflichten vollwichtiger Staatsbürger zu erfüllen vermögen.“<sup>10</sup>

Die neuen Bauern, die diese Eigenschaften besitzen, sind sowohl Warenproduzenten und Konsumenten der industriellen Waren als auch moderne Bürger mit dem Recht der politischen Freiheit. In allen Phasen konsequent, von den „Outlines of American Political Economy“ (1827), über das „National System“, bis hin zu „Über den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland“ (1846), setzte List seine Hoffnung auf diesen neuen Bauernstand und vertrat die Auffassung, daß dieser Stand auch der Hauptakteur bei der Verwirklichung der nationalen wirtschaftlichen Ziele sein sollte, die als „harmonious state of agriculture, commerce and manufactures within the limits of the country“<sup>11</sup> beschrieben werden und als „die Teilung der Arbeit und die Konföderation der produktiven Kräfte im nationalen Maßstab“<sup>12</sup>. Schließlich

<sup>8</sup> F. List, a. a. O., Bd. V, S. 450.

<sup>9</sup> Ebenda, Bd. V, S. 448.

<sup>10</sup> Ebenda, Bd. V, S. 449.

<sup>11</sup> Ebenda, Bd. II., S. 105.

<sup>12</sup> Ebenda, Bd. VI., S. 53.

„beruhe . . . die Macht und der Wohlstand, ja die Zivilisation jeder Nation auf harmonischer Entwicklung ihres Ackerbaues, ihrer Industrie und ihres Handels . . .“<sup>13</sup>

Die Bauern, die als Unternehmer und Betriebsführer ihrer Höfe zum Staatsbürger geworden sind, sind also vollwertige Bürger mit den im „Nationalen System“ genannten drei Eigenschaften, nämlich ökonomischer, geistiger und gesellschaftlicher Kompetenz. Sie sind freie, unabhängig produzierende soziale Persönlichkeiten, die das Fundament für eine moderne Gesellschaft bilden.

Sir James Steuart, von dem oben die Rede war, entwickelte sein großes System der „political economy“ von dem theoretischen Befund ausgehend, daß die Entwicklung der Trennung von Landwirtschaft und Industrie mit dem Prozeß der Bildung des modernen Bauerntums einhergeht und diese soziale Arbeitsteilung durch den mittels freier und spontaner Arbeit des neuen Bauerntums erzeugten agraren Surplus hervorgebracht wird. Nach Steuart sind gerade diese Bauern „free people of free society“ und die Verkörperung des „spirit of industry“ und des „spirit of modern times“<sup>14</sup>. Sie sind, in Listscher Sprache gesprochen, eben Staatsbürger.

#### IV.

Ich habe mit Absicht auf diesen Zusammenhang hingewiesen, weil ich damit die Tatsache klarstellen wollte, daß der Industrialismus und Protektionismus im „Nationalen System“ von Lists entschiedener Absicht zur politischen und ökonomischen Modernisierung Deutschlands getragen wurde, und daß das Listsche Ziel der Bildung der Nationalwirtschaft vom kontinuierlichen Strom der Aufklärung im Vormärz bestimmt wurde. In diesem Sinne läßt sich behaupten, daß List, der Vorläufer der historischen Schule der Wirtschaftswissenschaft in Deutschland, einen gedanklichen Standpunkt mit den Begründern der Wirtschaftswissenschaft im 18. Jahrhundert — wie Steuart, Turgot, J. Tucker und Smith — teilte. Wir wissen heute, insbesondere dank der Beiträge von Ronald Meek mittelbar<sup>15</sup>, daß Lists Theorie der fünf ‚Hauptentwicklungsgrade‘ viel näher der von Turgot und Adam Smith entwickelten ‚four stages theory of the mode of subsistence‘ (nämlich Jagd, Weidebau, Landwirtschaft und Handel) steht als den verschiedenen anderen, später innerhalb der deutschen historischen Schule der Wirtschaftswissenschaft vertretenen Theorien der Entwicklungsstufen. Die Theorie der fünf Entwicklungsgrade von List war nichts anderes als die obengenannte ‚four stages theory‘; er fügte ihr, weil er England für eine überlegene Macht hielt, nur einen weiteren, letzten Grad hinzu.

<sup>13</sup> Ebenda, Bd. VII, S. 287 („Über den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland“, 1846).

<sup>14</sup> Vgl. J. Steuart, a. a. O., z. B. Buch I, Kap. 5, 7 und 14.

<sup>15</sup> Vgl. R. Meek, *Social Science and the Ignoble Savage*, 1976; vgl. A. Smith, *Wealth of Nations*, Buch V, Kap. 1, Teil 1.

Auch seine Auffassung, daß der internationale freie Handel dann erst gutzuheißen sei, wenn die Nationen, auf dem vierten Entwicklungsgrad, durch den Erfolg ihrer Schutzmaßnahmen gegen eine überlegene Macht mit ihr gleichgezogen haben, ist schon viel früher von J. Stuart im Ansatz behauptet worden<sup>16</sup>.

Der Befürworter des Freihandels, Adam Smith, legte seiner Theorie des Handels eine Theorie der „natural order of employment of stock“ zugrunde und behauptete, daß die Akkumulation des Kapitals am effektivsten voranschritte, wenn, in der Reihenfolge: Landwirtschaft — Industrie — Handel, zunächst im Binnenmarkt und danach erst für den Außenhandel investiert werde. Folglich war er der Ansicht, daß die Verwirklichung der ‚natural distribution of stock‘, die ‚natural division and distribution of labour‘ oder die ‚natural balance . . . among all the different branches of . . . industry‘<sup>17</sup> eine unentbehrliche Bedingung für den freien Handel sei. Diese Auffassung ist eben dieselbe, die im „Nationalen System“ als „die Teilung der Arbeit und die Konföderation der produktiven Kräfte im nationalen Maßstab“ und „das Gleichgewicht oder die Harmonie der produktiven Kräfte“ vertreten wurde.

## V.

Auf diese Tatsache, daß die nationalökonomischen Theorien von List in mancher Hinsicht mit denen der englischen Merkantilisten verwandt sind, ist von Artur Sommer bereits in der Einleitung des vierten Bandes der „Großen List-Ausgabe“ hingewiesen worden. Es ist zwar durchaus kein Fehlschluß, List für einen deutschen Merkantilisten zu halten, aber es geht an den wirklichen Zusammenhängen vorbei, die Beziehungen in Formeln wie ‚Merkantilisten vs. Adam Smith‘; ‚Merkantilismus vs. Freihandel‘; ‚List vs. Smith‘ zu pressen. Der englische Merkantilismus ließ durch seinen Protektionismus den Binnenmarkt und die nationalen Produktivkräfte heranreifen und hat so in Großbritannien die reale Basis für die Entstehung des ‚Wealth of Nations‘ von A. Smith geschaffen.

Die ursprüngliche Akkumulation (Marx), die vom Merkantilismus vorangetrieben wurde, ist in der Tat die unentbehrliche Vorbedingung für die spätere kapitalistische Akkumulation gewesen, die zuerst von Adam Smith begriffen und systematisch analysiert wurde. So kann man wohl behaupten, daß ein nicht geringer Teil des ökonomischen Gedankengutes der englischen Merkantilisten — für das ich oben Beispiele erwähnt habe — von Adam Smith übernommen wurde, und daß aus merkantilistischer Tradition an Smith berechnigte Kritik insofern zu üben sei, als dieser die historische Bedeutung der ursprünglichen Akkumulation unberücksichtigt ließ.

---

<sup>16</sup> Vgl. J. Stuart, a. a. O., Buch II, Kap. 24.

<sup>17</sup> Vgl. A. Smith, Wealth of Nations, Buch IV, Kap. 4 und 7, Teil 3.



Aus der Geschichte der Forschung über James Stuart von Wilhelm Hasbach bis hin zu Terence Hutchison, läßt sich diese Tatsache gut ersehen<sup>18</sup>. Es ist also durchaus kein Widerspruch, daß List als ein deutscher Merkantilist einerseits Adam Smith kritisierte, während andererseits bei ihm viele Smithsche Gedankenzüge wiederzufinden sind. Der neueste Stand der dogmengeschichtlichen Forschung über dieses Gebiet verlangt von uns, so glaube ich, in diesem Punkt ein großzügiges Umdenken.

## VI.

Die Gedanken Lists über die Staatsverfassung, die sich bereits in seiner Jugendzeit während des Wirbels um den Verfassungstreit von Württemberg herausgebildet haben, trug er in seinen Vorlesungen in Tübingen und später in Aarau vor. Insbesondere betonte er die Bedeutung der Entwicklung eines von ihm so genannten Korporationssystems, in dem der Staat sich durch die Integration des Individuums in die Gemeinde, der Gemeinden in den Kanton, der Kantone dann in die Provinz stufenweise herausbildet. Er wollte damit aufzeigen, daß der Staat kein strukturloses Kollektiv von Individuen ist, sondern eine schichtenförmige Struktur aufweist, und daß die Staatsabgeordneten am besten unter den Repräsentanten des der Reihe nach jeweils niedrigeren Verwaltungskörpers gewählt werden sollten<sup>19</sup>. Dieser Gedanke korrespondiert, so wird oft behauptet, mit den Staatstheorien von Gottfried Achenwal oder A. L. von Schlözer. Bei List aber ist besonders seine Auffassung bemerkenswert, daß er, innerhalb des Korporationssystems, als einen Gemeindestaat im Gesamtstaat die Gemeinde betrachtet, als deren Bürger („Gemeindebürger“) die Staatsbürger zunächst und vor allem fungieren sollten<sup>20</sup>. Die in der „Ackerverfassung“ formulierte Idee, durch die Güterarrondierung einen Stand von selbständigen Hofbauern zu schaffen, hatte so auch zum Ziel, mit der Gemeindebürgerschaft das subjektive Fundament des modernen Staates zu befestigen. Seine Jugendidee fand sich also, über das „Nationale System“ hinweg, direkt in der „Ackerverfassung“ wieder.

In seinen jungen Jahren, genauer im Jahre 1816, schrieb List im „Württembergischen Archiv“ einen kurzen Beitrag, dem man später den Titel „Wider die unbegrenzte Teilung der Bauerngüter“ gab und in dem er vor der Ausbreitung der Zwergwirtschaft warnte. Es läßt sich sogar erschließen, daß er damals schon seinen Plan der Güterarrondierung hegte<sup>21</sup>. List hat seine Amtskarriere ganz unten mit einer niederen Schreiberstelle begonnen, und dabei scheint er, wohl

---

<sup>18</sup> Vgl. W. Hasbach, Untersuchungen über Adam Smith, 1891, und T. Hutchison, Before Adam Smith, 1988.

<sup>19</sup> Vgl. F. List, „Kritik des Verfassungsentwurfs“ (1817) und „Über die württembergische Verfassung“ (1818), a. a. O., Bd. I.

<sup>20</sup> Vgl. ebenda, Bd. I, S. 268 („Kritik des Verfassungsentwurfs“).

<sup>21</sup> Vgl. P. Grehring, Friedrich List. Jugend- und Reifejahre, 1964, S. 197-199.

wegen seiner täglichen Arbeit unter armen und einfachen Leuten, Anlaß zu dieser Ansicht und politischen Zielsetzung bekommen zu haben. Er scheiterte aber bei Versuchen, diese Absicht weiterzuverfolgen, und richtete sein Interesse auf andere Gebiete.

Schließlich gewann er, wie er in der „Ackerverfassung“ schreibt, erneut Interesse an diesem Thema, weil

„ich . . . erst auf meinen Reisen in England und Amerika, in der Normandie und Bretagne und in einigen Gegenden der Schweiz durch den Anblick der Ackerzustände in jenen Ländern wieder daran erinnert und von der Richtigkeit meiner früheren Ansichten überzeugt ward.“<sup>22</sup>

Hinzu kam noch seine Kenntnis von dem Erfolg der Güterarrondierung im Illerkreis im Allgäu (Fürstentum Kempten). Seine Grundgedanken — die Ausbildung des Binnenmarktes und der Nationalwirtschaft durch die Modernisierung der Landwirtschaft und die Befreiung des Bauerntums — sind, auf die beschriebene Weise, systematisch und untrennbar mit seiner Staatsidee verbunden und spiegeln repräsentativ bestimmte Charakteristiken des damals verbreiteten Liberalismus wider.

## VII.

Die von den Staatsbürgern getragenen nationalen Produktivkräfte sind von List als die in ihren Formen spezifisch westeuropäischen Produktivkräfte begriffen worden, die in weltgeschichtlich breiterem Blickfeld zu betrachten sind. In dem im „Zollvereinsblatt“ gekürzt veröffentlichten, gegenkritischen Aufsatz „Die anonyme Statistik gegen das nationale System der politischen Ökonomie (Über das Verhältnis von Ackerbau, Industrie und Handel; und über die Wirtschaftsgeschichte des Altertums)“ (1844) entwickelte List diese Erkenntnis. Nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß wegen des günstigeren Klimas der Boden in den antiken Orientländern viel produktiver als in Europa gewesen war — List schrieb von einem im Orient um ein Zehnfaches größeren Verhältnis von Ernte zu Aussaat als in Europa —, behauptete er, daß diese Tatsache paradoxerweise zur Faulheit der Menschen, zur Stockung der technischen Entwicklung, ja zum Entstehen der großen, viele unproduktive Menschen aushaltenden Despotien geführt habe. Dagegen hätten sich im kargen Europa, nach seiner alten Zeit, die Vorherrschaft der Produzenten, die relative Freiheit der Arbeit, Privateigentum, Fleiß und Sparsamkeit herausgebildet, und sei schließlich die Industrie entstanden. Dieselben Umstände hätten schließlich auch zur ständigen Zunahme der industriellen Kräfte in Europa geführt.

Durch eine Prüfung dieser Auffassung werden wir zu der Einsicht gelangen, daß hier das Wesen und die tieferen Ursprünge der modernen Produktivkraft-

---

<sup>22</sup> F. List, a. a. O., Bd. V, S. 542.

entwicklung überhaupt klargestellt worden sind. Nach Lists Verständnis nämlich sind die Produktivkräfte der modernen Landwirtschaft erst unter dem Einfluß der industriellen Produktivkräfte entstanden; andererseits war der historische Träger, der diese wiederum hervorbrachte, eben jene spezifische Gattung westeuropäischer Menschen, die sich, zuallererst im Bereich der Landwirtschaft im Kampf mit dem kargen Boden, zu einem aktiven, rationellen und planenden Typus ausbildeten.

Diese Auffassung über den europäischen Ursprung der dämonenhaften, modernen industriellen Produktivkräfte ist in der Geschichte des europäischen Denkens, von Montesquieu bis Max Weber ununterbrochen, als Resultat des Selbstbegriffens der Europäer vertreten worden. Sir James Steuart behauptete z. B., indem er, die Thesen von David Hume zitierend, Westeuropa im engeren Sinne („this part of the world“) und Spanien auseinanderhielt, daß die Bewohner in den Ländern mit dem fruchtbareren Boden faul würden, daß Arbeit und Gewerfleiß ins Stocken gerieten, so daß sich keine Industrie entwickeln könne.

“It is not therefore in the most fruitful countries of the world, nor in those which are the best calculated for nourishing great multitudes, that we find the most inhabitants. It is in climates less favoured by nature, and where the soil produces to those only labour, and in proportion to the industry of every one, where we may expect to find great multitudes . . . .”<sup>23</sup>

Steuart wies noch auf die Tatsache hin, daß das Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl der Großstädte in Westeuropa und der Zahl der sie ernährenden Menschen in den städtischen Umgebungen in der Reihenfolge: Spanien — England — Nordeuropäische Länder immer kleiner wird, und daß Begierde und Industrie dagegen desto stärker werden, je nördlicher das Land liegt<sup>24</sup>.

## VIII.

Was ich bis hierher gesagt habe, zeigt die Dimensionen, in denen List, innerhalb seines ökonomischen bzw. sozialwissenschaftlichen Systems einschließlich der „Ackerverfassung“, das Gedankengut seit dem Jahrhundert der Aufklärung samt seinem speziellen Nationalismus noch in einen glücklichen Einklang bringen konnte. Sein System hat aber außerdem noch eine andere, dem oben Gesagten widersprechende Dimension.

Die Wirtschaftsgeschichte lehrt uns die Tatsache, daß der reiche, freie Bauernstand (yeomanry), der am Ende des Mittelalters in England zu großer Zahl anwuchs und zum Teil schon über kleine Höfe (sog. ‚small enclosure‘) verfügte, den ersten Schritt zur Bildung der modernen Landwirtschaft tat, aber

<sup>23</sup> Vgl. J. Steuart, a. a. O., Works I, S. 45 (Buch I, Kap. 6).

<sup>24</sup> Vgl. ebenda, S. 60 f. (Buch I, Kap. 9).

vom Strom der großen kapitalistischen ‚enclosures‘ bald verschluckt wurde, der den unabhängigen freien Bauernstand schließlich vernichtete. Das Ziel aber, das List mit seiner „Ackerverfassung“ erreichen wollte, war, durch die Arrondierung der landwirtschaftlichen Güter einen Stand von unabhängigen, freien und modernen Hofbauern zu schaffen. Gerade weil, nach List, diese Hofbauern, zusammen mit dem modernen Industriellen, Träger des gleichmäßigen Wachstums der Nationalwirtschaft werden und zugleich als ein wichtiger Flügel der Staatsbürger das Repräsentativsystem von unten, als Gemeindebürger, stützen sollten, wünschte er sich natürlich nicht, daß diese Schicht durch die Einführung kapitalistischer ‚enclosures‘ verschwände.

Es gab noch einen zweiten Grund. List, der ein sehr breites Wissen über die wirtschaftliche Situation von Europa und der Welt hatte, begriff intuitiv, daß der englische Typ des Kapitalismus, der im Fortschritt der industriellen Revolution die Zahl der Proletarier stark ansteigen ließ, wegen seiner schweren sozialen Probleme für die Zukunft Deutschlands vermieden werden sollte. Andererseits schien ihm das französische Wirtschaftssystem auch nicht überzeugend, das zwar durch die Große Revolution viele feudalabhängige Bauern befreite, sie aber in ihren unveränderten alten Ackerbetriebsformen nur als Zwergbauern hinterließ. Es war für List wegen des verzerrenden, zentralistischen politischen Systems und des es tragenden engherzigen Chauvinismus der Kleinbauern nicht modern genug, ja gefährlich für Deutschland.

List wollte bereits in seinen jungen Jahren eine andere, für Deutschland spezifischere Agrarverfassung als die englische oder französische und nannte sie „die goldene Mittelstraße“<sup>25</sup>. Und in der „Ackerverfassung“ schrieb er:

„Er (der Jakobinismus, d. V.) wollte Freiheit, und zur Güterzertrennung griff er als zu einem Mittel, die Anhänger der neuen Grundsätze und Zustände zu dotieren und die Aristokratie zu vernichten. Wohl erreichte er für den Augenblick seinen Zweck, aber zum Teil auf Kosten der Zukunft. Denn die unbeschränkte Güterzerstückelung führt notwendig zu einer alle wahre Freiheit und allen Wohlstand vernichtenden Gleichheit . . . Ein solcher Zustand ist die natürliche Basis eines maßlosen . . . Despotismus . . .“<sup>26</sup> Und weiter: „Wir halten . . . die in Frankreich und England herrschenden Ackerzustände für zwei einander entgegengesetzte Extreme. Wahr ist, daß Englands Handels- und Gewerbsuprematie großenteils aus der bei den Engländern so beliebten übermäßigen Konzentration des Grundeigentums erwachsen ist; aber es fragt sich: ob nicht der Preis zu hoch sei, um welchen England seinen übermäßigen Reichtum und seine Gewerbs- und Handelsübermacht erkaufe? Dieser Preis ist ein überzahlreicher Stand von Proletariern . . . Andererseits ist in der neuesten Zeit unter diesem Proletarierstand ein Geist rege geworden, der die Frage zu untersuchen beginnt: ob eine Freiheit und eine Nationalgröße für denjenigen Wert habe, der dabei (bei den Handelsstockungen, d. V.) alle zwei oder drei Jahre in Gefahr gerate, mit seiner Familie zu verhungern.“<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> F. List, a. a. O., Bd. I, S. 131; vgl. auch ebenda, Bd. V, S. 431.

<sup>26</sup> Ebenda, Bd. V, S. 426.

<sup>27</sup> Ebenda, Bd. V, S. 430 n.

## IX.

Es lag aber in der „Natur der Entwicklung“, daß die kapitalistische Produktivkraftentwicklung mit der Schaffung des durch das Handelsschutzsystem geschützten Binnenmarktes im Laufe der Zeit die Konzentration in der Landwirtschaft beschleunigt und die Proletarisierung in Agrikultur und Industrie vorantreibt. Lists ‚goldene Mittelstraße‘ der Entwicklung des Ackerlandsystems für Deutschland war ein Versuch, die Auflösung der Höfe und die Proletarisierung der Hofbauern zu begrenzen. Eben zu diesem Zweck mußte er staatliche Intervention herbeiführen.

„Als (eines von fünf, d.V.) Hauptmitteln einer solchen (Agrar-, d.V.) Reform erkennen wir: . . . Eine dem Zweck der Güterarrondierung und der Erhaltung der Agrarverfassung entsprechende Gesetzgebung. Der Staat hat nicht bloß dafür zu sorgen, daß die Güter arrondiert werden . . ., sondern auch dafür, daß diese Zustände für alle Zeiten aufrechterhalten werden.“<sup>28</sup>

Lists Programm, durch Gesetzgebung und andere politische Maßnahmen des Staates die Güterarrondierung zu verwirklichen, hatte ursprünglich das Ziel, der modernen Entwicklung der Landwirtschaft einen Ausgangspunkt zu schaffen. Demnach war es wohl ein vormerkantilistischer Gedanke. Ebenso war seine weitere Idee, die durch die ‚enclosure‘ geschaffenen mittleren und kleinen Höfe durch Eingriffe der staatlichen Gewalt zur Stabilisierung dieses Staates selbst zu erhalten, dem Merkantilismus fremd. Wie allgemein bekannt, setzte sich der britische Merkantilismus konsequent für die Gewerbefreiheit im Binnenmarkt (freedom of trade) ein. Ein dem folgenden Zitat aus der „Ackerverfassung“ ähnelnder Gedanke ist unter den britischen Merkantilisten, von Thomas Mun bis Sir James Steuart, nirgendwo zu finden:

„Man denke sich nun ganz Deutschland . . . agrarisch organisiert; man denke sich eine halbe Million Ackerhöfe, von wohlhabenden und gebildeten Landwirten bewirtschaftet und bewohnt, wovon jeder zur Nationalwehre seinen Mann, nötigenfalls zu Pferde, zu stellen und überhaupt seine Pflichten als Staatsbürger in ihrer vollsten Ausdehnung zu erfüllen vermöchte, und man wird sich überzeugen, daß die Ackerverfassung in jeder öffentlichen Beziehung eine der wichtigsten Fragen ist und daß diese Frage nicht nach den Grundsätzen der Theorie der Werte entschieden werden darf.“<sup>29</sup>

Aus diesem Gedanken ist, neben anderen, romantischen Elementen, die Lists System eigene Idee der Kolonisation (Auswanderung) geboren worden, die uns zu einem neuen Forschungsfeld führen soll. Ich möchte es sehr kurz zu erklären versuchen.

---

<sup>28</sup> Ebenda, Bd. V, S. 483f.

<sup>29</sup> Ebenda, Bd. V, S. 547.

## X.

Aus zwei Gründen widmete List in der „Ackerverfassung“ viele Seiten dem Problem der Auswanderung. Der erste war: Mit dem Programm der Güterarrondierung bezweckte er in erster Linie die Auflösung der überflüssigen, armen Landwirtschaftsgüter, wünschte aber nicht, daß, wie schon erwähnt, diese Maßregel eine große Zahl von Proletariern hervorbrächte. Deshalb skizzierte er in einem dem Plan seines Zeitgenossen E. G. Wakefield ähnlichen Programm die Idee der systematischen Kolonisation und schlug vor, die Überflußbevölkerung aus deutschen Dörfern nach Ungarn und in den europäischen Teil der Türkei auswandern zu lassen, um dort ähnliche Höfe zu bilden, wodurch ein deutsches ‚Quasi-Imperium‘ entstehen sollte.

Der zweite Grund war: Die nach Ungarn ausgewanderte deutsche Kolonialbevölkerung sollte, so hoffte List, gleichsam als ein durch Mitteleuropa getriebener Keil, die Aufgabe erfüllen, die Gefahr der Allianz des französischen Bonapartismus mit dem russischen Zarismus zu bannen, um so die Sicherheit des deutschen Volkes zu garantieren. Diese Idee der Kolonisation brachte ihn damit schließlich zu der plötzlichen politischen Wende, die von ihm ehemals favorisierte Bildung des Kontinentalsystems gegen die überlegene Macht England aufzugeben und stattdessen eine englisch-deutsche Allianz zu befürworten, um eine französisch-russische Invasion Mitteleuropas zu verhindern. Aus diesem Grund kann man sich unmöglich nur auf das „Nationale System“ stützen, wenn man Lists Nationalismus und seine weltpolitischen Ideen in seinen späteren Jahren begreifen will, oder wenn man die in „Die Welt bewegt sich“ aufgezeigte Schlußfolgerung Lists als visionäres Bild einer ‚Wissenschaft der Zukunft‘ verstehen möchte. Genauer gesprochen war sein Kolonisationsplan in der „Ackerverfassung“ bereits ein unmißverständlicher Entwurf der Expansionspolitik. Er betonte zwar immer wieder, daß die deutschen Kolonisten sich mit der ungarischen Kultur verschmelzen sollten, aber die Ungarn unterstützten diese Idee kaum. Sie brachten der „Ackerverfassung“ kein so großes Verständnis wie dem „Nationalen System“ entgegen. Mir scheint sogar, daß dieser Gedanke in Lists „Ackerverfassung“ die Katastrophe der deutschen Weltpolitik in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts vorwegnahm. Diese Katastrophe war das Resultat einer politischen Entscheidung des deutschen Kapitalismus in der Weltgeschichte.

## XI.

In der „Ackerverfassung“ beschäftigte sich List mit den mittelständischen Hofbauern in einem sehr breiten historischen Zusammenhang und machte sie zur Achse seiner historischen Theorien, mittels derer er die ökonomisch-sozialen Strukturen der Nationen einander gegenüberstellen wollte.

Hiermit erschloß er eine geschichtswissenschaftlich neue und originelle Methode des Vergleichs von Agrarsystemen. Was das System von List



einschließlich der „Ackerverfassung“ gegenüber allen folgenden Errungenschaften der deutschen historischen Schule überlegen bleiben ließ, ist diese Methode. List untersuchte in der „Ackerverfassung“ die Ackerlandssysteme von Nationen wie Deutschland, Frankreich, Rußland, Polen, Schweiz, Holland, Norwegen, Schweden, Italien, Ungarn, England, Irland, Nordamerika usw. Er schätzte dabei diejenigen Gebiete als musterhaft ein, in denen, nach seiner Meinung, eine Hofverfassung oder ihr ähnliche Systeme zu erkennen sind, wie es etwa in Skandinavien oder in „den Ländern an der Ems, deutscher wie holländischer Seite“<sup>30</sup> der Fall war. Er ging dabei so weit, seine Anschauung über die zuletzt genannten Gebiete und ihre Ackerlandssysteme im Rückblick sogar bis auf die vorfeudale Zeit auszudehnen. Aus derselben Haltung läßt sich sein Respekt vor dem alten germanischen Gau-System erklären. List hatte jeglichen feudalen Habitus, weshalb er wohl auch die Zwergwirtschaft kritisierte, die mit der die alten Gebräuche erhaltenden Dorfverfassung verbunden war. Sogar Freiherr von Haxthausen wurde von List kritisiert, als sich Haxthausen für diese Verbindung ausgesprochen hatte<sup>31</sup>.

Andererseits versuchte er, eine Staatsverfassung zu begründen, die sich auf ein von unten aufwärts errichtetes Korporationssystem stützen sollte. List hatte bereits seit seinen jungen Jahren die demokratischen Prinzipien der germanischen Stämme, vor allem der Bauern von Sueven oder Schwaben sehr hoch geschätzt und glaubte, daß es möglich sei, diese Prinzipien durch die neue Verfassung von Württemberg wieder ins Leben zu rufen<sup>32</sup>. Der Geist der Reichsstadt, die harten Widerstand gegen das feudale System und den neuen Territorialstaat leistete, sollte also seine Verwirklichung in einer neuen, mit Hilfe der Erfahrungen Lists erarbeiteten Hofverfassung finden.

List las in seiner Jugend neben Montesquieu auch Justus Möser. Möser galt ihm, besonders als Autor der „Osnabrückischen Geschichte“ und der „Patriotischen Phantasien“, als erster Kenner der altdeutschen Geschichte<sup>33</sup>. Möser's Verständnis des Altertums als des goldenen Zeitalters blieb bei List Zeit seines Lebens lebendig. Für den jungen List war die Freiheit, die die Schwaben im germanischen Altertum hatten, „die Stütze, an welcher sich die bürgerliche Freiheit wieder aufrichten“<sup>34</sup> sollte. Es ist bemerkenswert, daß List in der „Ackerverfassung“ häufig Möser erwähnte. Darin erkennt man die Romantik bei List, der doch andererseits ein erklärtes Kind der Aufklärung war. Dieses Doppelgesicht, das seinem ganzen System der nationalen Ökonomie bzw. der Sozialwissenschaft eigen ist, zeigt seine Größe und seinen Widerspruch zugleich. Lists System war ein ehrlicher persönlicher Ausdruck des Widerspruchs, den der

---

<sup>30</sup> Vgl. ebenda, Bd. V, S. 466.

<sup>31</sup> Vgl. ebenda, Bd. V, S. 458.

<sup>32</sup> Vgl. ebenda, Bd. I, S. 427f.

<sup>33</sup> Vgl. ebenda, Bd. I, S. 428.

<sup>34</sup> Ebenda, Bd. I, S. 430.

deutsche Kapitalismus auf sich nehmen mußte. Weder ein einseitiges Lob noch eine einseitige Kritik von Friedrich List, der ein repräsentativer Nationalökonom Deutschlands ist und bleibt, scheinen mir angebracht zu sein. Für politische Bedürfnisse der Gegenwart List direkt heranziehen zu wollen, ist nicht möglich, es sei denn, daß man seine Wissenschaft in wichtigen Punkten verdreht.



# Lists Theorie der produktiven Kräfte\*

Von *Karl-Heinz Schmidt*, Paderborn

## I. Problemstellung

Die Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen weist nur wenige Autoren auf, die so unterschiedlich beurteilt worden sind wie Friedrich List. Karl Marx sah 1859 in ihm einen wenig gelehrigen Schüler der klassischen englischen bürgerlichen Politischen Ökonomie<sup>1</sup>. Wilhelm Roscher hob Lists Bedeutung für die praktische Politik hervor; List habe jedoch durch seine agitatorischen und fehlerhaften Darstellungen im Interesse des augenblicklichen Erfolges ein schlechtes Beispiel gegeben<sup>2</sup>. Auch J. A. Schumpeter äußerte sich kritisch: zwar habe List sich Verdienste als glänzender Schriftsteller erworben,

„. . . aber er hat kaum etwas Originelles geschaffen. Es hat ihn ferner seine nähere Bekanntschaft mit der ökonomischen Theorie oder doch ihren leichteren Autoren und mit den Verhältnissen fremder Volkswirtschaften vor manchen Fehlern, Mißverständnissen und Engherzigkeiten bewahrt, aber seine rein ökonomischen Leistungen sind nicht besonders tief.“<sup>3</sup>

Aber Schumpeter rechnete List 1914 nicht — oder nur im weiteren Sinn — der Historischen Schule zu<sup>4</sup>. Dagegen bezeichnete er List später als Vorläufer der Historischen Schule der Wirtschaftswissenschaft. Zugleich hob er hervor, daß List ein glänzender Patriot, ein brillanter Journalist und ein fähiger Wirtschaftswissenschaftler gewesen sei, „. . . der alles richtig zu koordinieren verstand, was der Verwirklichung seiner Vision diene“<sup>5</sup>. Lists analytischer Apparat sei zwar

---

\* Für ergänzende Hinweise danke ich W. O. *Henderson*. Den Diskutanten im Dogmenhistorischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik bin ich für weiterführende Stellungnahmen dankbar. Für wertvolle Hilfe bei der Materialsammlung danke ich Klaus *Schafmeister*.

<sup>1</sup> K. *Marx*, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1951, S. 31; G. *Fabiunke*, Das Natürliche System der Politischen Ökonomie, Ökonomische Studententexte, Bd. 2, Berlin 1961, S. XXXIX.

<sup>2</sup> W. *Roscher*, Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland, München 1874, S. 972f.

<sup>3</sup> J. A. *Schumpeter*, Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, in: Grundriß der Sozialökonomik, I. Abteilung, Tübingen 1914, S. 19-124, hier S. 71.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 71.

<sup>5</sup> J. A. *Schumpeter*, Geschichte der ökonomischen Analyse, Band I, Göttingen 1965, S. 620.

nicht in allen Einzelheiten neu gewesen, aber er habe seinem praktischen Zweck voll und ganz entsprochen<sup>6</sup>.

Auch in neuen Abhandlungen über Leben und Werk von Friedrich List zeichnen sich unterschiedliche Beurteilungen dieses „National-Ökonomen“ ab. Hervorgehoben werden seine Fähigkeiten und Erfolge als Journalist und als politischer Agitator, aber seine Beiträge zur Entwicklung der ökonomischen Theorie werden differenziert beurteilt. H. C. Recktenwald sieht zwar — gemessen an der Reinen Analytik im Sinne von Walras — Schumpeters Urteil bestätigt, jedoch biete „... Lists evolutorische Sicht zentraler Phänomene, analytisch wie historisch, Elemente für ein tragendes Fundament einer noch ausstehenden Theorie der Entwicklung.“<sup>7</sup> Auch H. Scherf weist auf Lists „... tiefe Einsichten in den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang“ hin<sup>8</sup>. Für List sei die Industrialisierung selbst eine soziale Kraft. Die mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbundene gesellschaftliche Bewegung befreie die Menschen aus Erstarrung und Lethargie, und dies wirke wohlfahrtsteigernd auf den Wirtschaftsprozess zurück. Dabei erkenne List, daß die Wohlfahrtsteigerungen nicht nur von der Kapitalbildung und der Zunahme des Arbeitseinsatzes abhängen, sondern daß es auch ein gesamtgesellschaftliches „learning by doing“ gebe. Daher seien Lists Erklärungen mehr als nur Aperçus eines Journalisten.

Die von List als „Theorie der produktiven Kräfte“ bezeichneten Aussagen über die „... Kräfte oder Fähigkeiten, die wirksam sind und produzieren“<sup>9</sup>, werden ebenfalls ausführlich gewürdigt. H. St. Seidenfus sieht darin Lists Versuch, die Voraussetzungen ökonomischer Dynamik einzufangen. F. J. Schumann weist darauf hin, daß Lists „faszinierender Entwurf in groben Zügen“ mit der Forderung, die nationalen produktiven Kräfte durch ein erziehendes Schutzzollsystem für die Industrie zu entfalten, von unterschiedlichen politischen Strömungen in Anspruch genommen wurde<sup>10</sup>. Nach H. C. Recktenwald hat List — wirklichkeitsnahe und modern — alle Möglichkeiten wirtschaftlicher Erzeugung und Nutzung in seine Untersuchung der Faktoren

<sup>6</sup> Ebenda, S. 619.

<sup>7</sup> H. C. Recktenwald, List aus der Sicht unserer Epoche, in: K. Häuser, W. Lachmann, H. Scherf, Vademecum zu einem schöpferischen Klassiker mit tragischem Schicksal, Handelsblatt-Bibliothek, Klassiker der Nationalökonomie, Düsseldorf 1989, S. 5-18, hier S. 17.

<sup>8</sup> H. Scherf, Lists „Nationales System der politischen Oekonomie“, ebenda, S. 91-110, S. 102.

<sup>9</sup> F. List, Das Natürliche System der Politischen Ökonomie, übersetzt und eingeleitet von G. Fabiunke, Ökonomische Studententexte, Band 2, Berlin 1961, S. 28.

<sup>10</sup> H. St. Seidenfus, List, in: Staatslexikon, 3. Bd, 7. Aufl., Freiburg—Basel—Wien, 1987, Sp. 925-927, hier: Sp. 926. J. Schumann, Englische klassische Außenhandelslehre, ihre Rezeption und Weiterentwicklung in der klassischen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts, in: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VI, hrsg. v. H. Scherf, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Band 115/VI, Berlin 1988, S. 29-64, hier S. 59.

für den wirtschaftlichen Fortschritt einbezogen<sup>11</sup>. Nach H. Scherf läuft Lists „. . . Wahrnehmung, sein wirklich theoretischer Entwurf“, auf eine „allgemeinere Allokationstheorie als in der Neoklassik hinaus<sup>12</sup>. Das sind lobende Worte, die nicht zuletzt das Ziel verfolgen, den deutschen Beitrag zur Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft kritisch zu untersuchen<sup>13</sup>.

Der folgende Beitrag versucht Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ dogmenhistorisch einzuordnen, d. h. ihre Relation zu anderen Richtungen des ökonomischen Denkens zu untersuchen. Dabei werden drei Fragen behandelt:

1. Welche Quellen liegen Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ zugrunde?
2. Was war das „Neue“ an Lists „Theorie der produktiven Kräfte“?
3. Welchen Einfluß hat Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ auf die Entwicklung der Wirtschaftstheorie ausgeübt?

Dabei steht das Verhältnis von Lists Konzeption zur klassischen ökonomischen Theorie im Vordergrund, jedoch soll auch die Relativierung der Aussagen über Lists Theorie der produktiven Kräfte aus der Sicht von Marx und der anschaulichen Theorie berücksichtigt werden.

## II. Abgrenzungen

Die folgende Darstellung wertet Lists' Hauptwerke und Publikationen der Sekundärliteratur aus. Auf die biographischen Daten und den historischen Rahmen von Friedrich Lists Leben nimmt sie — soweit erforderlich — ergänzend Bezug. Sie verweist darauf, daß List in einer Zeit des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs lebte: von der französischen Revolution bis zum Vorabend der 1848er Revolution in Deutschland. Diese Zeitspanne wurde geprägt durch die Napoleonischen Kriege und die Kontinentalsperre, die politische Restauration und die Versuche zur Neuordnung Europas, die zunehmende industrielle Entwicklung und deren wirtschaftliche und soziale Folgen sowie durch die politischen Unruhen, die — zwei Jahre nach Lists Tod — zu der Revolution führten. Auch die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Nachbarländer sowie Nordamerikas beeinflusste Lists Lebensweg. Aber obwohl List persönlich politische und wirtschaftliche Unsicherheit und soziale Not erlebte und in Deutschland sowie in den Nachbarländern wirtschaftliche und soziale Notlagen beobachten konnte, setzte er sich in seinen Veröffentlichungen nicht mit der Armut der Arbeiterschaft und mit den sozialistischen Vorstellungen seiner Zeit auseinander. Er hob jedoch die schlechte wirtschaftliche Lage des Handels und Gewerbes hervor.

<sup>11</sup> H. C. *Recktenwald*, List aus der Sicht unserer Epoche, a. a. O., S. 16.

<sup>12</sup> H. *Scherf*, Lists „Nationales System . . .“, a. a. O., S. 106.

<sup>13</sup> H. C. *Recktenwald*, List aus der Sicht unserer Epoche, a. a. O., S. 17.



In seinen wirtschaftspolitischen Forderungen hielt er — aus seiner Sicht wohl folgerichtig — an einer liberalen Grundauffassung fest. Er trat — anfänglich als Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Handels- und Gewerbevereins — für ein freies Unternehmertum im Handel und Gewerbe ein. Schon in der von ihm unterzeichneten Bittschrift an die Bundesversammlung (1819) legte er seine liberale Einstellung dar:

„Vernünftige Freiheit ist die Bedingung aller physischen und geistigen Entwicklung des Menschen.“<sup>14</sup>

Diese Bedingung sei aber nur erfüllbar, wenn der menschliche Geist nicht durch Bande des Gedankenverkehrs niedergehalten und der Wohlstand der Völker nicht durch Fesseln an Produktion und Verzehr materieller Güter gebeugt werde<sup>15</sup>.

„Nur alsdann werden die Völker der Erde den höchsten Grad des physischen Wohlstands erreichen, wenn sie allgemeinen, freien unbeschränkten Handelsverkehr unter sich festsetzen.“<sup>16</sup>

Diese Aussage entspricht der Freihandelslehre der englischen klassischen Nationalökonomie. List fügte jedoch eine realitätsbezogene Modifizierung seiner Aussage hinzu:

„Wollen sie (die Völker, Verf.) sich aber gegenseitig recht schwächen, so müssen sie nicht nur die Ein- und Ausfuhr und den Durchgang fremder Güter durch Verbote, Sperrung der Schifffahrt usw. erschweren, sondern die gegenseitige Kommunikation ganz aufheben.“<sup>17</sup>

Hiermit legte er den Grundstein für seine Forderungen nach „. . . Aufhebung der Zölle und Mauten im Innern Deutschlands und die Errichtung einer allgemeinen Zolllinie des ganzen Bundes . . .“<sup>18</sup>. Sie führten zu einer „Vision“ einer notwendigen Verknüpfung von Handelseinigung und politischer Einigung<sup>19</sup>. List vertrat dieses Leitbild als politischer Ökonom bis zur Agitation. Aber er betrachtete die regionale ökonomische Integration als „Übergangsstadium“ zu einer weltweiten ökonomischen Integration.

Lists Interesse an der Erhöhung des physischen Wohlstands durch Wachstum der materiellen Produktion begründet zugleich, daß er nicht sozialpolitische, sondern außenwirtschafts- und strukturpolitische Maßnahmen des Staates zur

---

<sup>14</sup> F. List, Schriften, Reden, Briefe, hrsg. v. E. v. Beckerath u. a., 10 Bände, Berlin 1927/36, im folgenden zitiert als Werke 1-10, hier: Werke, Band 1, 2. Teil 1819, S. 491-496: I. Eingaben und Dokumente des Handels- und Gewerbevereins, 17., Bittschrift an die Bundesversammlung, hier S. 491.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 491 f.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 492.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 493.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 493.

<sup>19</sup> H. St. *Seidenfus*, List, a. a. O., Sp. 925 f.

Förderung des Wachstums von Handel und Industrie forderte und daß er nicht für sozialistische Ideen, sondern für die Reorganisation und Modernisierung des Staatswesens eintrat.

Daraus ergibt sich die dogmenhistorische Frage nach dem Verhältnis von Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ zu den zeitgenössischen Theorien der Produktivkräfte und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Zunächst wird auf die ältere und neuere Diskussion der Quellen von Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ hingewiesen. Dabei werden die Schriften „Outlines of American Political Economy“, „Das Natürliche System der Politischen Ökonomie“ und „Das nationale System der politischen Ökonomie“ verglichen. List schrieb diese Werke — und das ist W. O. Henderson folgend hervorzuheben — zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten, an wechselnden Orten, unter verschiedenen Bedingungen, für unterschiedliche Lesergruppen und mit unterschiedlichen Zielen. So plante List „Das nationale System . . .“ als ersten Band eines mehrbändigen Werkes, und es darf daher nicht überraschen, daß einige Themen darin nur kurz oder gar nicht erwähnt werden<sup>20</sup>.

### III. Zur Quellendiskussion

Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ weist eine lange und lebhafte Rezeptionsgeschichte auf. Einige neue Aspekte sind jedoch in der jüngeren Quellendiskussion hinzugetreten. Um sie dogmenhistorisch einzuordnen, wird auf Entwicklungslinien der Quellendiskussion hingewiesen. Dabei wird der Begriff „produktive Kräfte“ als Merkmal der theoretischen Konzeption der Autoren interpretiert.

Der Begriff „produktive Kräfte“ war seit Beginn des achtzehnten Jahrhunderts in der nationalökonomischen Literatur infolge des Merkantilismus und Kameralismus verbreitet. Adam Smith führte den Begriff „productive powers of labour“ bereits in der Einleitung seines „Wealth of Nations“ (Reprint 1812) an<sup>21</sup>. Auch unbedeutende Schriftsteller wie der Erlanger Kameralist J. P. Harl (1811) machten von dem Begriff Gebrauch<sup>22</sup>. Er untersuchte, wie der Staat „. . .

---

<sup>20</sup> F. List, *Outlines of American Political Economy (The American System)*, in: Friedrich List, *Grundlinien einer Politischen Ökonomie und andere Beiträge der amerikanischen Zeit 1825-1832*, hrsg. v. W. Notz, Neudruck, Aalen 1971, S. 97-156, im folgenden abgekürzt: *Outlines*; F. List, *Das Natürliche System der Politischen Ökonomie*, übersetzt und eingeleitet von G. Fabiunke; *Ökonomische Studientexte*, Band 2, Berlin 1961; F. List, *Das nationale System der politischen Ökonomie*, 5. Auflage, Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, hrsg. v. H. Waentig, Jena 1928. Für diesbezügliche Hinweise bin ich W. O. Henderson dankbar (Schreiben vom 9. 10. 1989 an den Verfasser).

<sup>21</sup> A. Smith, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, reprint, London a.o. 1812, S. 18.

<sup>22</sup> J. P. Harl, *Vollständiges Handbuch der Staats- und Finanzwissenschaft*, I. Teil, Erlangen 1811.

durch Vermehrung und Verbesserung der hervorbringenden oder produktiven Kräfte (Grund und Boden, Kapital und Arbeit) — durch Vermehrung der Arbeiter und Erhöhung ihrer Geschicklichkeit — die Nation wohlhabend macht . . .“<sup>23</sup> Julius Graf von Soden, mit dem List bei der Herausgabe der Zeitschrift „Organ“ zusammenarbeitete, wandte (1810) den Begriff Produktivkraft an; er verstand unter der industriellen Produktivkraft die „Zubereitung eines Urprodukts zum Genuß: entweder in seiner ursprünglichen Form oder mittelst Verwandlung dieser Form“<sup>24</sup>. von Soden untersuchte auch die Möglichkeiten zur Steigerung der industriellen Produktivkraft<sup>25</sup>. Schon diese Autoren gingen demnach von der Vorstellung aus, daß Opfer in der Gegenwart höhere Erträge in der Zukunft erbringen können. Auch die Berücksichtigung der institutionellen Faktoren, wie etwa der Rechtsordnung und des Bildungswesens war bereits bei den Autoren des Merkantilismus bzw. Kameralismus und der klassischen Nationalökonomie vorhanden.

Friedrich List machte zwar in den „Outlines“ (1827) von dem Begriff produktive Kräfte („productive powers“) bereits Gebrauch, jedoch führte er — wie Artur Sommer hervorhob — die Bezeichnung „Theorie der produktiven Kräfte“ sowohl in seinen Werken als auch in der Literatur erstmalig 1837 ein, und zwar in seiner Preisschrift „Das natürliche System der politischen Ökonomie“<sup>26</sup>. In den „Outlines“ wandte er den Begriff „produktive Kräfte“ an, um die Nationalökonomie zu definieren:

“National Economy teaches by what means a certain nation, in her particular situation, may direct and regulate the economy of individuals, and restrict the economy of mankind, either to prevent foreign restrictions and foreign power or to increase the productive powers within herself. . .”<sup>27</sup>

Die Preisschrift von 1837 enthält zwar ein Kapitel mit dem Titel „Die Theorie der produktiven Kräfte“, jedoch keine Definition, indessen verschiedene Beispiele über den Unterschied zwischen den Kräften oder Fähigkeiten, mit denen produziert wird, und den Dingen, die produziert werden und als Tauschobjekte einen Wert aufweisen. Die Beispiele betreffen die Unterschiede von Gegenwarts- und Zukunftskonsum sowie die Diskrepanz privater und sozialer Erträge (Werte), bzw. privater und sozialer Kosten einzelwirtschaftlicher Entscheidungen, in Lists Worten:

„Es gibt eine Menge Dinge, deren Produktion die Tauschwerte der Nation vermehrt, deren Gebrauch aber die produktiven Kräfte schwächt, zum Beispiel die gebrannten Wasser.“<sup>28</sup>

<sup>23</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>24</sup> J. Gr. von Soden, Die National-Oekonomie, 4. Band, Leipzig 1810, S. 167.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 177.

<sup>26</sup> A. Sommer, Friedrich Lists Pariser Preisschrift von 1837, in: Mitteilungen der Friedrich-List-Gesellschaft e. V. Nr. 3 v. 30. November 1926, S. 44-93, hier: S. 44.

<sup>27</sup> F. List, „Outlines . . .“, Letter, I, a. a. O., S. 102f.

Bezüglich der Nation erläutert List seine „Theorie“ am Beispiel des Schutzzolls:

„Eine Nation, die nur eine vom Ausland abhängige Landwirtschaft besitzt, die aber durch ihre moralischen Qualitäten oder durch die natürliche Beschaffenheit ihres Landes befähigt ist, mit Hilfe von Zöllen und Abgaben eine Manufakturproduktivkraft zu begründen und zu mehren, opfert vielleicht für den Augenblick viel Werte, weil sie Industrien aufbaut, die zunächst nur teure und unvollkommene Produkte liefern. Doch allein auf diese Weise erwirbt sie für die Zukunft eine beachtliche Menge, weil sie ja nunmehr zwischen ihren Angehörigen die Arbeitsteilung im Großen eingeführt und sich für immer die aktive Wechselwirkung zwischen Landwirtschaft und Industrie gesichert hat. Das aber bedeutet ein ständiges progressives Wachstum des allgemeinen Wohlstands.“<sup>29</sup>

Darin sah List das Hauptargument, mit dem er die „herrschende Theorie“, die von Adam Smith und J. B. Say entwickelte und verbreitete „Theorie der Werte“, widerlegen und die Schutzzölle rechtfertigen wollte<sup>30</sup>.

Im „Nationalen System“ brachte List den Inhalt seiner „Theorie“ auf den kurzen Satz:

„Die Kraft Reichtümer zu schaffen ist demnach unendlich wichtiger als der Reichtum selbst; sie verbürgt nicht nur den Besitz und die Vermehrung des Erworbenen, sondern auch den Ersatz des Verlorenen.“<sup>31</sup>

List beabsichtigte somit, die Wirkungen materieller und immaterieller Ressourcen darzustellen. Er wollte zeigen, daß es neben Arbeit, Boden und Kapital noch weitere Ressourcen gibt, die für die wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar sind. Also legte er einen erweiterten Ressourcenbegriff zugrunde. Zugleich wandte er konsequent die dynamische Betrachtungsweise an. Zwar war auch dies nicht neu, aber List arbeitete deutlicher als frühere Autoren die Erweiterungen und die Interdependenz der Veränderungen aller wachstumsbestimmenden Faktoren — einschließlich der politischen und sozialen Institutionen — heraus. Denn er wollte nicht nur die Steigerung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch die Wege zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zeigen. Hierzu benötigte er Begriff und Konzept der produktiven Kräfte.

Aber der Begriff blieb trotz verschiedener Definitionsversuche von List unklar. Dennoch wurde Lists Absicht deutlich: Er wollte zum Ausdruck bringen, daß Menge und Qualität der Produktionsfaktoren sich im Entwicklungsprozeß verändern und daß Lerneffekte und gemeinsamer Wille der Menschen die

---

<sup>28</sup> F. List: Das Natürliche System der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 30.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>31</sup> F. List, Das nationale System der Politischen Oekonomie, a. a. O., S. 220.

Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft stärken; dadurch wachsen dem Menschen neue Produktivkräfte zu.

Um dies zu zeigen, führte List immer wieder Beispiele für die Entwicklung der produktiven Kräfte an. Jedoch beschrieb er die Veränderungen der Produktionsstruktur und die notwendigen Anpassungsprozesse der Faktorallokation nicht oder nur knapp, z. B. mit Hilfe einfacher Entwicklungsmuster der Landwirtschaft und Manufakturen in verschiedenen Entwicklungsperioden. Aber er hob dabei z. T. neue Gesichtspunkte hervor. So grenzte er Großbetriebs- und Ballungsvorteile ab. Schon im „Natürlichen System“ schrieb er:

„Die produktiven Kräfte sind über die ganze Oberfläche des Landes verstreut. In den Manufakturen dagegen konzentrieren und vereinigen sie sich, ballen sie sich auf einer kleinen Fläche zusammen. Durch diesen Zusammenschluß und dieses Zusammenwirken ergibt sich eine Steigerung der produktiven Kräfte, die eher in geometrischer als in arithmetischer Proportion zunimmt. Je mehr Manufakturen verschiedener Art entweder am gleichen Ort vereinigt oder aber durch bequeme und schnelle Verkehrswege und Transportmittel eng miteinander verbunden sind, um so größere Bedeutung gewinnt die produktive Kraft jeder dieser Manufakturen.“<sup>32</sup>

Man erkennt hier, in welchem Maße List auch die Entwicklung des Verkehrssystems durch seine „Theorie der produktiven Kräfte“ begründete. Zugleich geht daraus hervor, daß List bereits über klare Vorstellungen von einem dynamischen räumlichen Gleichgewicht verfügte.

List beschrieb bereits in seinen Tagebuchaufzeichnungen von 1825 mit Hilfe des Begriffs Produktivkraft den — wie er meinte — „Grundirrtum“ von Adam Smith. Dieser bestehe darin, daß er dem Kapital eine Produktivkraft zuschreibt, während nur die Arbeit mit mehr oder weniger Kapital produziert, und wobei er voraussetzte, die Welt sei ein Staatsverband<sup>33</sup>. Zugleich wies List — also vor seiner Reise nach Amerika — darauf hin, daß er „diese Theorie“ — er meinte Adam Smith's Lehre — schon in seinen früheren, für den Handelsverein verfaßten Aufsätzen bekämpft habe<sup>34</sup>. List schrieb — in einem nicht eindeutig zu entziffernden, weil aus zwei unterschiedlichen, verschachtelten Fassungen bestehenden Absatz seines Tagebuchs von 1825 — mit Bezug auf „Adam Smith's verstockte Nachbeter“:

„Mag dieser Lehrer der Nationalökonomie um die Völker sich in anderer Hinsicht verdient gemacht haben, so viel er will: alle seine Verdienste vergüten uns den Schaden nicht, den die winzige Grille, die Grille des sogenannten freien Verkehrs unsern Theoretikern in dem Kopf verursacht hat.“<sup>35</sup>

<sup>32</sup> F. List, *Das Natürliche System der Politischen Ökonomie*, a. a. O., S. 80f.

<sup>33</sup> F. List, *Werke* 8, a. a. O., S. 77.

<sup>34</sup> F. List, *Werke* 1, zweites Buch, vgl. *Werke* 8, a. a. O., S. 77.

<sup>35</sup> F. List, *Werke* 8, a. a. O., S. 77.

List hoffte, diesen Gegenstand weiter bearbeiten zu können und in den Vereinigten Staaten empirische Belege für seine Behauptungen zu finden, denn er meinte:

„Sie haben Smiths Theorie so lange befolgt, bis alle ihre Industrie am Boden lag, und dann erst das von den Theoretikern verworfene System ergriffen. Wir wollen nun sehen, wie sie sich dabei befinden.“<sup>36</sup>

Diese Tagebuchaufzeichnungen sind aufschlußreich, weil sie zeigen, daß List nicht erst in den Vereinigten Staaten Aussagen über die Entwicklung der produktiven Kräfte, im besonderen über die Handels- und Verkehrspolitik, machte und zu einer kritischen Einstellung gegenüber Adam Smith und der „Schule“ der englischen und französischen klassischen Nationalökonomie (im besonderen J. B. Say), gelangte.

Mit seiner Kritik stand List jedoch schon damals nicht allein. Er sah sich sogar dem Vorwurf ausgesetzt, ein Plagiator zu sein. Ihm wurde entgegengehalten, sein „Nationales System. . .“ dem Werk des Gießener Staatsrechtslehrers Friedrich Schmitthenner entnommen zu haben<sup>37</sup>. Schmitthenners Vorwurf betraf vor allem Lists Ausführungen über die Handelsbilanz und die Begründung von Schutzzöllen. Die Ähnlichkeit der Argumente ist aber — auch aus der Sicht der jüngeren Quellenforschung — weitgehend durch den gemeinsamen historischen Hintergrund der Autoren — die Nachwirkungen der merkantilistischen und kameralistischen Lehre und der wirtschaftlichen und politischen Situation Deutschlands — bedingt. Schmitthenner schrieb:

„Vom particulären Standpunkte des einzelnen Volkes aber muß jedes danach streben, den möglichst großen Theil seines primären Bedarfes und selbst seiner Luxusmittel im Inlande zu erzielen sowie möglichst viele Fabrikate aus- und Rohstoffe einzuführen . . . Reellen Werth haben Productivkräfte nur, wenn sie beschäftigt werden. Nun wird aber in der Regel ein Staat seine gewerblichen Interessen nur durch ein geregeltes Restriktivsystem wahren können. Wenn die neueren Theoretiker dies so häufig bestreiten, so liegt das namentlich begründet in dem Mangel scharfer Unterscheidung zwischen möglichem und wirklichem Tauschwerth der Arbeits- und Kapitalkraft, sowie zwischen privatökonomischem, nationalökonomischem und kosmopolitischem Interesse. . .“<sup>38</sup>

Roscher sah vor allem insofern Unterschiede zwischen den Darstellungen von Schmitthenner und List, als Schmitthenner keinen Ansatz für die Differenzierung der Schutzzollpolitik und der Rolle des Staates nach Entwicklungsstufen der Wirtschaft erkennen ließ<sup>39</sup>.

<sup>36</sup> List fügte hinzu: „Beim Himmel, ich glaube zuletzt selbst, daß ich eine literarische Reise nach den Vereinigten Staaten mache.“ *F. List, Werke* 8, a. a. O., S. 77,

<sup>37</sup> *F. Schmitthenner, Zwölf Bücher vom Staate oder systematische Encyclopädie der Staatswissenschaften*, Band I, 1839, Band III, 1845.

<sup>38</sup> *F. Schmitthenner, Zwölf Bücher . . .*, Band I, S. 657 ff., zitiert nach *W. Roscher, Geschichte der National-Ökonomik in Deutschland*, München 1874, S. 941.

<sup>39</sup> *W. Roscher, Geschichte . . .*, S. 942.



Auch zahlreiche andere Autoren haben die Quellen von Lists Schriften untersucht. Karl Heinrich Brüggemann beschuldigte List des Plagiats an Adam Müller<sup>40</sup>. Dieser Vorwurf wurde von verschiedenen Autoren, vor allem von Jakob Baxa geprüft. Baxa weist auf „große Gemeinsamkeiten“ in den Schriften von List und Müller hin. Zugleich vertritt er die Auffassung, daß List den Begriff der produktiven Kraft aus den Werken von Graf Julius von Soden und Adam Müller geschöpft habe, die beide F. W. Schellings Naturphilosophie nahestanden<sup>41</sup>. List habe seine Gefolgschaft gegenüber von Soden in der Lehre von den produktiven Kräften auch offen anerkannt, indem er von Sodens Verdienst bestätigt habe, erstmals produktive Kräfte von der Produktion materieller Werte unterschieden zu haben<sup>42</sup>. Solche „Brücken“ halten aber einem Vorwurf des Plagiats nicht stand. Das zeigte Artur Sommer in seinen Untersuchungen über Lists Quellen<sup>43</sup>.

Eine andere Entwicklungslinie der Quellenforschung betrifft Lists Aufenthalt in den Vereinigten Staaten. Curt Köhler zeigte aufgrund von Lists Briefen aus Amerika, daß die bereits von Bruno Hildebrand behauptete Beziehung zwischen Lists „Nationalem System“ und Alexander Hamiltons „Report on the Subject of Manufactures“ von 1791 nicht haltbar ist<sup>44</sup>. Köhler vertrat die Auffassung, List habe sich auf Daniel Raymond gestützt. Dies wurde jedoch von Artur Sommer als einseitig und ungenügend belegt abgewiesen<sup>45</sup>. Dagegen hob Artur Sommer — von List zitierte — französische Schriftsteller hervor, die ebenfalls die Bedeutung der „produktiven Kräfte“ für die wirtschaftliche Entwicklung untersuchten: Charles Dupin, Jean Antonine Chaptal, Joseph Droz sowie Montesquieu<sup>46</sup>. Diese Schriftsteller beeinflussten besonders Lists „Natürliches System“. Sie waren nicht nur Schriftsteller, sondern zugleich Politiker und führende Vertreter der Schutzzollpolitik in Frankreich. Dupin hatte zudem das

---

<sup>40</sup> K. H. Brüggemann, *Dr. Lists nationales System der politischen Ökonomie*, Berlin 1842.

<sup>41</sup> J. Baxa, *Friedrich List und seine Vorläufer zum Gedächtnis seines 120. Todestages*, in: *Zeitschrift für Ganzheitsforschung*, Wien, N. F. 10. Jg. 1966, S. 233-245, hier: 235; J. Baxa, *Der Ursprung von Friedrich Lists Theorie der produktiven Kräfte*, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik*, N. F., Vol. 3, 1923, S. 153-158.

<sup>42</sup> J. Baxa, *Friedrich List und seine Vorläufer*, a. a. O., S. 236.

<sup>43</sup> A. Sommer, *Friedrich List und Adam Müller*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 25. Band 1927 (I), 1927, S. 345-376; A. Sommer, *Über das Wachstum der tragenden Gedanken des Nationalen Systems*, in: *Mitteilungen der Friedrich-List-Gesellschaft*, Nr. 12, v. 15. 9. 1930, S. 347-371.

<sup>44</sup> C. Köhler, *Problematisches zu Friedrich List. Mit Anhang: Lists Briefe aus Amerika*, Leipzig 1908, S. 99ff.

<sup>45</sup> D. Raymond, *Thoughts on Political Economy*, Baltimore 1820; A. Sommer, *Friedrich List und Adam Müller*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1927 (I), S. 345-376, hier: S. 345.

<sup>46</sup> A. Sommer, *Friedrich Lists Pariser Preisschrift von 1837*, in: *Mitteilungen der Friedrich-List-Gesellschaft e. V.*, Nr. 3 v. 30. Nov. 1926, S. 44-93.

Programm der Pariser Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften entworfen, für welches List seine Preisschrift über „Das Natürliche System“ verfaßte<sup>47</sup>.

Dagegen ist ein anderer französischer Autor zu erwähnen: der Zolldirektor F. L. A. Ferrier. Dessen Schriften soll List — wie Karl Marx behauptete — als „Quelle seiner Weisheit“ genutzt haben. Nach O. W. Henderson ist Ferrier aber nicht als der Schriftsteller nachweisbar, den List nach Marx' Urteil „... überall abgeschrieben hat“<sup>48</sup>. A. Sommer und E. Salin erörterten in ihrer Einleitung zu Lists „Natürlichem System“, ob List durch Ferriers Schriften beeinflusst worden sei. Aber außer einer Fußnote, die den Namen Ferrier als Hinweis auf „das Beispiel eines französischen Schriftstellers“ enthält, fanden Sommer und Salin nur eine Notiz von List mit dem Namen Ferrier (Paris, 15. September 1831) und einen Abschnitt in Lists „Nationalem System“, der einem inhaltlich ähnlichen Abschnitt in Ferriers Buch entspricht — beide Autoren erwähnen das Verhältnis von Astronomie und Astrologie<sup>49</sup>. Daraus kann — wie W. O. Henderson hervorhebt — zwar der Schluß gezogen werden, daß List das Buch von Ferrier gelesen hat:

“But the evidence is not conclusive and it is quite clear that List's doctrines were not influenced by Ferriers book in the same way that they were influenced by the works of Chaptal and Dupin.“<sup>50</sup>

Auch andere von Marx zitierte Abschnitte aus Lists „Nationalem System“ reichen nicht für den Beweis aus, daß List — wie Marx behauptete — „... andre Schriftsteller abschreibt und im Abschreiben verfälscht, um seine Gegner zu treffen“<sup>51</sup>. Aber sie zeigen, daß List — der Autodidakt, Journalist und politische Ökonom — durch ungenaue Zitierweise und Auswertung der Literatur selbst Ansatzpunkte für die bis zum Vorwurf des Plagiats ausholende Kritik geboten hat. Für List waren — nach A. Sommer — vor allem „wirkende Staatsleute“ wichtig, die zugleich publizierten und dabei für die Anwendung industrieller Erziehungszölle eintraten. Die Rezeptionsgeschichte habe dagegen die Bedeutung des von List gepriesenen Werks von Dupin nicht hinreichend beachtet<sup>52</sup>.

<sup>47</sup> A. Sommer, Friedrich Lists Pariser Preisschrift . . . , a. a. O., S. 46f.

<sup>48</sup> W. O. Henderson, Marx and Engels and the English Workers and other Essays, London 1989, hier: S. 128f.; E. Ladenthin, Zur Entwicklung der nationalökonomischen Ansichten F. Lists von 1820-25, 1912; K. Marx, (Über Friedrich Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie“), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 14, H. 3, Berlin-(Ost), 1972, S. 245-446, hier: S. 427, 444.

<sup>49</sup> O. W. Henderson, Marx and Engels . . . , a. a. O., S. 132 und dort zitierte Fundstellen.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 129; weiterer Aufschluß ist von neuen Untersuchungen zu erwarten, z. B. Roman Szorpluk, Communism and Nationalism. Karl Marx versus Friedrich List, Oxford 1988; für diesen Hinweis dankt der Verfasser W. O. Henderson.

<sup>51</sup> K. Marx, (Über Friedrich Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie“), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 14, Heft 3, Berlin-(Ost), 1972, S. 425-446.

Somit erscheinen weitere Auswertungen der List-Quellen erforderlich, vor allem wenn sie nicht nur auf Lists Person und Werk ausgerichtet werden, sondern auch dazu dienen, zusätzliche Kenntnisse über Leben und Werk anderer Autoren zu gewinnen wie etwa über die Rezeption Ricardos in Deutschland oder über die Entwicklung der Arbeitswerttheorie, Standort-, Infrastruktur- und Verbandstheorie in Deutschland, den Nachbarländern und den Vereinigten Staaten. Auch über Lists Einstellung zu den sozialen Bewegungen seiner Zeit sind weitere Informationen notwendig. Die Arbeiten zur Rezeptionsgeschichte des List'schen Werkes sind daher Beiträge zu weiterführender dogmenhistorischer Forschung.

#### IV. Annahmen und Aussagen

Wie List im „Natürlichen System“ ausführte und im „Nationalen System“ erkennen ließ, verfolgte er mit der Formulierung „Theorie der produktiven Kräfte“ dasselbe Ziel, welches er schon in seinen früheren Aufsätzen für den Handelsverein angestrebt hatte: die Schutzzölle zu rechtfertigen<sup>53</sup>. Während er sie jedoch in seinen frühen Bittschriften als Retorsionszölle verstand, trat er in den späteren Werken für Erziehungszölle ein.

Das Ziel seiner Arbeit nannte er deutlich in der Vorrede zum „Nationalen System“: „die Förderung der deutschen Nationalinteressen.“ Aber er ergänzte, daß er damit vor allem die Industrie und die Stabilität der Handelspolitik meinte<sup>54</sup>. Dennoch sah er den Schutzzoll als wichtiges Instrument zur Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands und der individuellen Freiheit an.

„Wenn die Theorie die Deutschen lehrt, daß sie nur durch allmählich steigende und dann wieder allmählich fallende, vorher bestimmte Schutzzölle ihre Manufakturkraft auf nützliche Weise fördern können . . ., wird sie dem freien Verkehr am Ende viel bessere Dienste leisten, als wenn sie die deutsche Industrie erdrosseln hilft.“<sup>55</sup>

Diese „Theorie“ versuchte er dadurch zu entwickeln, daß er der damals auch in Deutschland herrschenden „Schule“ von Adam Smith und J. B. Say zwei Irrtümer entgegenhielt: (1) die Vernachlässigung der Existenz von Nationen mit ihrer Natur und ihren Interessen, und (2) „. . . daß einer Theorie der Werte eine selbständige Theorie der produktiven Kräfte zur Seite stehen muß, um die ökonomischen Erscheinungen zu erklären.“<sup>56</sup> Adam Smith habe zwar erkannt, daß die Produktivität der Arbeit von der Geschicklichkeit und Zweckmäßigkeit

---

<sup>52</sup> A. Sommer, Über das Wachstum der tragenden Gedanken des Nationalen Systems, in: Mitteilungen der Friedrich-List-Gesellschaft e. V., Nr. 12 v. 15. 9. 1930, S. 347-371, hier: S. 362f., Fußnote 27.

<sup>53</sup> F. List, Das Natürliche System . . ., a. a. O., S. 31.

<sup>54</sup> F. List, Das Nationale System . . ., a. a. O., S. 41.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 283.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 208, 225 und 265.

abhängt, aber er habe diese auf die Teilung der Arbeit zurückgeführt und deren Ursachen in dem Tausch, der Kapitalvermehrung und der Ausdehnung des Marktes gesehen; jedoch habe er die Idee „produktive Kraft“ nicht verfolgt. Daher sei Adam Smith's Lehre „. . . immer tiefer und tiefer in Materialismus, Partikularismus und Individualismus“ versunken<sup>57</sup>. List meinte weiter:

„Hätte er (A. Smith, Verf.) die Idee ‚produktive Kraft‘ verfolgt, ohne sich von der Idee ‚Wert, Tauschwert‘ beherrschen zu lassen, so hätte er zur Einsicht gelangen müssen, daß einer Theorie der Werte eine selbständige Theorie der produktiven Kräfte zur Seite stehen muß, um die ökonomischen Erscheinungen zu erklären. So aber geriet er auf den Abweg, die geistigen Kräfte aus den materiellen Verhältnissen zu erklären. . .“<sup>58</sup>

List erläuterte den Unterschied zwischen der „Theorie der Werte“ der Smith'schen Schule und seiner „Theorie der produktiven Kräfte“ an verschiedenen Beispielen aus der „Privatökonomie“, um nachzuweisen, „. . . in welche Irrtümer und Widersprüche die Schule verfallen ist. . .“<sup>59</sup> Dazu zählt auch der bekannte Satz:

„Wer Schweine erzieht, ist nach ihr (der Theorie der Werte, Verf.) ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft. . .“<sup>60</sup>

Daher sei die Prosperität der Nation nicht, „. . . wie Say glaubt, um so größer, je mehr sie Reichtümer, d.h. Tauschwerte aufhäuft, sondern je mehr sie ihre produktiven Kräfte entwickelt hat.“<sup>61</sup> Zugleich verkündete List:

„Ein Individuum kann arm sein, wenn es aber die Kraft besitzt, eine größere Summe von wertvollen Gegenständen zu schaffen, als es konsumiert, so wird es reich.“<sup>62</sup>

Somit verwandte List zwar einen unklaren Begriff der produktiven Kräfte, doch brachte er damit zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Entwicklung mehr als nur materielle Ressourcen voraussetzt und daß die Produktionsfunktionen nicht vollständig definiert sind. Dieser komplizierte Zusammenhang zwischen den — zum Teil nicht definierten — Inputs und Outputs und den Veränderungen der Produktionsmethoden im Zeitablauf lassen die dynamische Produktionsfunktion der Volkswirtschaft als im Zeitablauf „offen“ erscheinen.

List meinte, daß seine Aussagen sich damit deutlich von denen der englischen und französischen Nationalökonomien (A. Smith und J. B. Say) unterschieden.

Weitere Fehler der „Schule“ sah List vor allem darin, daß sie zwei Merkmale der produktiven Kräfte vernachlässigt habe<sup>63</sup>:

<sup>57</sup> Ebenda, S. 225.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 225.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 231.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 231.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 233.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 220.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 241 und 248.

1. die Vorteile der Gesellschaftsökonomie ergeben sich nicht nur aus der Teilung der Arbeit, sondern auch aus der Vereinigung oder Konföderation verschiedener Tätigkeiten, Einsichten und Kräfte zur Durchführung einer gemeinschaftlichen Produktion;
2. die Vorteile, die sich aus der Konföderation verschiedener Wirtschaftszweige bzw. -sektoren ergeben; damit meinte List die inter- und intrasektorale Lieferverflechtung.

Hierbei legte List seine Vorstellung von der bestmöglichen Organisation einer Gesellschaft und der volkswirtschaftlichen Produktivität zugrunde. Die bestmögliche Organisation sah er gegeben, wenn die Tätigkeit aller der Wirtschaftsgesellschaft angehörenden Individuen im Verhältnis des Gleichgewichts zueinander steht. Dies werde durch die höchste Teilung und Konföderation der Arbeit erreicht.

„Die höchste Teilung der Geschäfte in der Nation ist die der geistigen und materiellen. Beide bedingen sich wechselseitig . . . Die höchste Teilung der Geschäfte und die höchste Konföderation der produktiven Kräfte bei der materiellen Produktion ist die der Agrikultur und Manufaktur.“

Auch hierbei gelte, daß beide sich bedingen<sup>64</sup>.

List legte seiner weiteren Argumentation — bereits im „Natürlichen System“ — zwei Modellvorstellungen zugrunde:

1. die „Universalunion“, d. h. vollkommene Handelsfreiheit zwischen den Nationen und freie Konkurrenz der Produzenten. Unter diesen Voraussetzungen würden Handelsbeschränkungen das Wohlfahrtsniveau vermindern.
2. Die „Nationen mit unterschiedlichen nationalen Interessen“, d. h. jede Nation hat ein besonderes Gesellschaftsinteresse, und dieses unterscheidet sich von der Summe aller Privatinteressen in der Gesellschaft<sup>65</sup>.

Für beide Modellvorstellungen führte List — sowohl im „Natürlichen System“ als auch im „Nationalen System“ — Modifikationen ein, indem er sein Schema der Entwicklungsstufen anwandte. Er wollte auf die Grundzüge und typischen Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Nationen sowie der Vereinigten Staaten bis zum Zeitpunkt seiner Beobachtungen hinweisen<sup>66</sup>. Am Beispiel Englands zeigte er den Zusammenhang zwischen den Entwicklungsstufen und der Freiheit bzw. Beschränkung des Handels: Freier Handel habe die Entwicklung vom „rohen Zustand“ bis zu den Anfängen in den Manufakturen und in der Schifffahrt am schnellsten vorangetrieben; dagegen seien auf der Stufe der vollständigen Manufakturkraft, bedeutender Schifffahrt und umfangreichen Außenhandels Handelsbeschränkungen gerechtfertigt<sup>67</sup>.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 251.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 265 f.

<sup>66</sup> Zustand der ursprünglichen Wildheit, Hirtenstand, Agrikulturstand, Agrikulturmanufakturstand, Agrikulturmanufakturhandelsstand, ebenda, S. 271.

Im „Natürlichen System“ hatte List bereits die Entwicklungsperioden der Landwirtschaft und Manufakturen sowie „das produktive Wirken“ des Handels dargestellt, aber zugleich auf die — wie List meinte — durch „niederträchtigsten Egoismus“ geprägten Verhaltensweisen der Händler hingewiesen<sup>68</sup>.

List betrachtete sein Schema der Entwicklungsstufen jedoch nur als „. . . eine für den Verstand befriedigende aufgeraffte Zusammenstellung.“<sup>69</sup> Er wandelte die Bezeichnungen der Stufen mehrfach ab, denn er beabsichtigte offenbar nicht, den historischen Entwicklungsprozeß der einzelnen Länder zu erklären. Insofern ging Hildebrands Kritik, Lists Stufenlehre sei unhistorisch und nicht von einem Volk auf andere Völker übertragbar, ins Leere<sup>70</sup>.

Nach A. Sommer könnte List dem Stufenschema eher eine politische und systematische Bedeutung beigemessen haben<sup>71</sup>. List bezeichnete — bereits in den „Outlines“ — die politische Ökonomie als eine Wissenschaft, die lehrt, wie jede Nation auf diejenige Entwicklungsstufe gehoben werden kann, auf der eine Einigung mit anderen Nationen dieser Stufe bei Handelsfreiheit möglich und nützlich ist<sup>72</sup>.

Dagegen ist die Stufenlehre als Ansatz einer dynamisch-historischen Wirtschaftstheorie unzureichend, denn sie stellt nicht die Strukturrelationen der quantitativen und qualitativen produktiven Kräfte auf den Entwicklungsstufen der Nationen dar<sup>73</sup>. Dennoch hat sich Lists Stufenlehre positiv ausgewirkt: Einerseits hat sie der historischen Schule Forschungsimpulse verliehen<sup>74</sup>, andererseits hat sie dazu beigetragen, daß die zeitliche Interdependenz in der Theorie der Wirtschaftspolitik berücksichtigt wurde und daß wirtschaftspolitische Forderungen nach Maßgabe der Typenbildung (Entwicklungsstufen) relativiert werden konnten<sup>75</sup>. List betonte, daß wirtschaftliche Vorgänge vom Standpunkt der organischen Fortentwicklung der Gesellschaft aus zu betrachten sind<sup>76</sup>. Dabei ging er von der Auffassung aus, daß die organisierte Gesellschaft — im Modell der Universalunion die Weltgesellschaft, im Natio-

---

<sup>67</sup> Ebenda, S. 271 f.

<sup>68</sup> F. List, Das Natürliche System . . ., a. a. O., S. 132.

<sup>69</sup> A. Sommer, Friedrich Lists Pariser Preisschrift . . ., a. a. O., S. 60.

<sup>70</sup> B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft und andere gesammelte Schriften, Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Hrsg. v. H. Waentig, Band 22, Jena 1922, S. 61.

<sup>71</sup> A. Sommer, Friedrich Lists Preisschrift . . ., a. a. O., S. 61.

<sup>72</sup> G. Eisermann, Die Grundlagen des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Stuttgart 1956, S. 114.

<sup>73</sup> A. Sommer, Friedrich Lists Pariser Preisschrift . . ., a. a. O., S. 81.

<sup>74</sup> H. Scherf, Lists Nationales System der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 104.

<sup>75</sup> A. E. Ott, H. Winkel, Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Göttingen 1985, S. 125.

<sup>76</sup> M. Fuerth, Die Theorie der produktiven Kräfte in Lists „nationalem System“ der politischen Ökonomie, Diss. Göttingen 1920, S. 7.



nenmodell die Nation — Trägerin der Produktivität sei. Da die Entwicklung der Gesellschaft niemals stillsteht, untersuchte List den Zusammenhang zwischen der bestmöglichen Organisation der Gesellschaft und der höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Produktivität. Sie hängt nach Lists Auffassung von den produktiven Kräften ab. Daher ging er nicht den Problemen der Verteilung, sondern der wirtschaftlichen Entwicklung nach.

„Der ursächliche Zusammenhang zwischen einer organisierten Gesellschaft und der Produktivkraft dieser Gesellschaft ist das Problem der Listschen Theorie.“<sup>77</sup>

Daher kann der Aussagewert von Lists Theorie der produktiven Kräfte nicht an der statischen Theorie, sondern nur an einer dynamischen Theorie gemessen werden.

Aber kann dies eine quantifizierende ökonomische Theorie sein, oder sollte es eine qualitativ orientierte, „anschauliche Theorie“ sein? Edgar Salin unterstrich die bereits früher vertretene Auffassung, daß jede vollendete „anschauliche Theorie“ die „Rationaltheorie“, d. h. die quantifizierende ökonomische Theorie, in sich enthalten müsse<sup>78</sup>. Daß eine derartige Vereinigung möglich ist, werde durch die Werke von A. Spiethoff und O. Spann gezeigt. Spiethoffs Krisenlehre lasse erkennen, daß die rationale und die geschichtliche Theorie vereinigt werden können. Spanns Fundament der Volkswirtschaftslehre baue von universalistischem Boden aus den richtigen Teil der rationaltheoretischen Ergebnisse ein. Darüber hinaus lehre jedoch der „Vorgang Lists“, daß es noch wichtiger sei, über eine praktische, politische Theorie — unter Berücksichtigung der Rationaltheorie — zu verfügen.

Während also Edgar Salin der anschaulichen Theorie den weiteren Geltungsbereich einräumte, vertrat Oskar Morgenstern die Auffassung, daß die anschauliche Theorie zur Konstruktion von rigoroser Theorie führen solle und — wie Norbert Kloten hervorhebt — „Zubringerdienste“ für die rigorose Theorie zu leisten habe. Im übrigen seien nach O. Morgenstern alle Bereiche der Nationalökonomie zueinander „streng komplementär“<sup>79</sup>. Ähnlich argumentiert N. Kloten, wenn er ausführt, daß anschauliche Erklärungen geeignet seien, die Lücken theoretischer Forschungsarbeiten vorläufig und subsidiär zu schließen. Auch seien sie häufig der einzige Weg, wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen „wenigstens partiell wissenschaftlich zu motivieren.“<sup>80</sup>

Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ ist demzufolge nicht nur nach den Kriterien der Rationaltheorie, sondern auch nach den Maßstäben der anschauli-

<sup>77</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>78</sup> E. Salin, *Geschichte der Volkswirtschaftslehre*, 2. Auflage, Berlin 1929, S. 101 f.

<sup>79</sup> N. Kloten, *Der Methodenpluralismus und das Verstehen*, in: *Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Erwin von Beckerath zum 75. Geburtstag, hrsg. v. N. Kloten, W. Krelle, H. Müller, F. Neumark, Tübingen 1964, S. 207-236, hier: S. 234.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 235.

chen Theorie zu beurteilen. Dieser Forderung steht jedoch die Schwierigkeit entgegen, die Aussagen der anschaulichen Theorie nachvollziehbar und nachprüfbar darzustellen. Vielleicht bleibt — trotz der breitangelegten Werke von List, Schmoller, Sombart, Spiethoff und anderen Autoren — auch künftig nur die Hoffnung, verstehende Deutungen bzw. anschauliches Theoretisieren und die Begriffs- und Aussagensysteme der theoretischen Ökonomik miteinander zu verknüpfen und „in eine umfassendere Sicht einzuordnen.“<sup>81</sup> Immerhin läßt solches Bemühen die Möglichkeit erkennen, daß der Begriffsapparat der vorliegenden ökonomischen Theorie, der „Rationaltheorie“, nicht der einzige Definitions- und Aussagenszusammenhang für die Beurteilung von Lists Theorie der produktiven Kräfte bleiben muß.

„Lists Vorgang“ war indessen vor allem darauf ausgerichtet, den Übergang der Gesellschaft von einer Entwicklungsstufe zur nächsthöheren zu fördern. Er wollte seine „Theorie der produktiven Kräfte“ wirtschaftspolitisch anwenden. Daher stellte er die Wirkungen der wirtschaftspolitischen Instrumente auf den verschiedenen Entwicklungsstufen der Volkswirtschaft dar. Zwei wirtschaftspolitische Sachbereiche nehmen in Lists Werk einen besonders breiten Raum ein: die Handespolitik und die Infrastrukturpolitik.

Dabei steht aus dem Bereich der Handelspolitik die Zollpolitik im Vordergrund, aus dem Bereich der Infrastrukturpolitik der Ausbau des Verkehrssystems und des Bildungswesens. Der Zollschatz bildete in Lists Werk — anfänglich in der Form des Retorsionszolls, später als befristeter Erziehungszoll und nur ausnahmsweise als Schutzzoll konzipiert — seit den frühen Bittschriften die Grundlage des wirtschaftspolitischen Instrumentariums, dessen Anwendung List nachdrücklich forderte. Andererseits ging es List stets um die Entwicklung und Anwendung des technischen und organisatorischen Fortschritts. Auch dieser Bestimmungsfaktor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung durchzieht sein gesamtes Werk. Bereits in seinen frühen Tagebuchaufzeichnungen wies er auf die Vorteile einer Eisenbahnverbindung von Le Havre nach Süddeutschland hin. Daraus entwickelte er immer deutlicher die Vorstellung eines Eisenbahnnetzes. Dieser Systemgedanke kennzeichnete sein gesamtes entwicklungspolitisches Denken.

Im „Natürlichen System“ und im „Nationalen System“ untersuchte List vor allem die Wirkungen der Manufakturen und Zölle. Ausführlich stellte er das „Donausystem“ und dessen entwicklungsfördernde Effekte dar. Es müsse stets die ökonomische Entwicklung der Nation durch Regulierung des Außenhandels fördern und das Prinzip der industriellen Erziehung der Nation anwenden. Zugleich ging List den Wirkungen von „ökonomischen, geistigen und gesellschaftlichen Hilfsmitteln“, also von Instrumenten der Infrastrukturpolitik, nach. Dabei verstand er unter den ökonomischen Hilfsmitteln eine „ziemlich weit vorgerückte Agrikultur“, unter geistigen Hilfsmitteln eine „weit

---

<sup>81</sup> Ebenda, S. 236.

vorgeschickte Bildung der Individuen“ und unter den gesellschaftlichen Hilfsmitteln die „Institutionen und Gesetze, welche dem Bürger Sicherheit der Person und des Eigentums, den freien Gebrauch seiner geistigen und körperlichen Kräfte sichern, Anstalten, welche den Verkehr regeln und erleichtern, sowie die Abwesenheit von Industrie-, Freiheit-, Intelligenz- und Moralität-störenden Institutionen, z. B. des Feudalwesens usw.“<sup>82</sup>

## V. Die „Theorie der produktiven Kräfte“ als Schutzzollargument

List wandte die „Theorie der produktiven Kräfte“ in Verbindung mit seiner Stufenlehre an, um die gesellschaftspolitischen Ziele — Freiheit und Wohlstand — durch Entwicklung der produktiven Kräfte zu erreichen. Dies sollte nach Lists Vorstellung vor allem geschehen, indem der Staat die „Manufakturkraft“ förderte. Dabei ging er von folgenden Annahmen aus:

Wenn ein Land auf einer der unteren Entwicklungsstufen steht und die Voraussetzungen für den Übergang zu der nächsthöheren Stufe erfüllt, kann der Übergang durch staatliche „Beförderungsmittel der inneren Industrie“ — z. B. Transportverbesserungen, Patentgesetze und Ausbau des Schulwesens — sowie durch die „Douanengesetzgebung als Mittel zur industriellen Erziehung“ gefördert werden<sup>83</sup>. Aber List fügte hinzu:

„Schutzmaßregeln sind nur zum Zweck der Förderung und Beschützung der inneren Manufakturkraft und nur bei Nationen zu rechtfertigen, welche durch ein ausgedehntes, wohlhabendes Territorium, durch große Bevölkerung, durch den Besitz natürlicher Hilfsquellen, durch einen weit vorgeschickten Ackerbau, durch einen hohen Grad von Zivilisation und politischer Ausbildung berufen sind, mit den ersten Agrikulturmanufakturhandelsnationen, mit den größten See- und Landmächten gleichen Rang zu behaupten.“<sup>84</sup>

Die Höhe der Schutzzölle müsse nach der Ausgangssituation und dem bisher angewendeten Zollsystem differenziert und im Zeitablauf verändert werden. Im Fall steigender Einfuhrzölle müssten die Zollsätze im voraus bestimmt werden, „ . . . damit den Kapitalisten, den Technikern und Arbeitern, die sich in der Nation bilden oder welche von außen herbeigezogen werden können, eine sichere Prämie geboten werden“<sup>85</sup>. Diese Zollsätze seien unbedingt einzuhalten und nicht vorzeitig zu vermindern, weil anderenfalls die „Furcht vor dem Bruch des Versprechens“ — also die Unsicherheit der Handlungsumgebung — die Wirkungen der Prämien erheblich vermindern — nach Lists Auffassung sogar „größtenteils vernichten würde.“<sup>86</sup>

<sup>82</sup> F. List, Das Nationale System . . . , a. a. O., S. 69.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 415.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 416.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 420.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 420.

Daraus ergeben sich vier Folgerungen:

1. Lists Auffassung von der zeitlichen Interdependenz des wirtschaftlichen Geschehens liegt sowohl seiner Stufenlehre als auch seinen Aussagen über die Wirkungen von Zöllen zugrunde.
2. Die Zollpolitik soll das „Prinzip der industriellen Erziehung der Nation“ und das „Prinzip der Stetigkeit und Werkfortsetzung“ beachten und dadurch die Entwicklung der produktiven Kräfte der Nation fördern<sup>87</sup>. Diese Prinzipien stellen auf die Skalenvorteile der Produktion und auf Vorteile einer generationenübergreifenden Unternehmensführung ab<sup>88</sup>. Dies sind die theoretischen Grundgedanken von Lists „Theorie der produktiven Kräfte“.
3. Die Formen der Zölle und die Zollsätze sollen in Abhängigkeit von der Entwicklungsstufe und der Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft gestaltet werden. Dabei „... ist jede Übertreibung des Schutzes nachteilig“<sup>89</sup>.
4. Von der Dauer der Zollerhebung und der Höhe und Veränderung der Zollsätze hängt es ab, ob das Zollsystem als Schutz- oder Erziehungssystem wirkt<sup>90</sup>. Allein aus dem List'schen Prinzip der „Stetigkeit der Werkfortsetzung der einzelnen Industriezweige“ kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß der Zollschutz ein „Listisches Erziehungssystem“ darstellt. List unterschätzte vermutlich die Beharrungstendenz einmal eingeführter Schutzzölle.

Eine weitergehende Interpretation von Lists Aussagen über die Wirkungen von Schutzzöllen könnte darauf schließen lassen, daß List ein generelles Schutzzollinteressè zugunsten der Industrieunternehmungen verfolgte. Andererseits war List kein „Schutzzöllner par excellence“<sup>91</sup>; denn er interpretierte den Schutzzoll weitgehend als Industrieerziehungszoll. Aber auch diese Form des Zolls kann die Entwicklung der produktiven Kräfte beeinträchtigen, z. B. indem sie die Monopolisierung und die Abhängigkeit der Unternehmungen von den Unternehmungen vor- oder nachgelagerter Wirtschaftszweige erhöht. Daher ergibt sich die Frage, wie List das Verhältnis von Allokation und Verteilung im Rahmen seiner „Theorie der produktiven Kräfte“ darstellte.

## VI. Allokation ohne Verteilung

Zunächst ist noch einmal hervorzuheben, daß List mit Hilfe seiner „Theorie der produktiven Kräfte“ Maßnahmen zur Verbesserung der Allokation der

<sup>87</sup> Ebenda, S. 400 ff.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 401, 406, 419.

<sup>89</sup> Ebenda, S. 433.

<sup>90</sup> H. *Kretschmar*, Die Einheit der Volkswirtschaft in den älteren deutschen Wirtschaftslehren, Jena 1930, S. 252.

<sup>91</sup> G. *Eisermann*, Die Grundlagen des Historismus, a. a. O., S. 115.

Ressourcen und zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung begründen wollte. Nicht nur die individuellen Präferenzen sollen nach Lists Konzept die Faktorallokation bestimmen, sondern auch die kollektiven Entscheidungen. Der Staat soll daher durch strukturpolitische und außenwirtschaftspolitische Maßnahmen dazu beitragen, daß bestimmte Wachstumssektoren — Industrie, Verkehrswesen und weitere Infrastrukturbereiche — expandieren und daß das Entwicklungspotential der Volkswirtschaft zunimmt. List hob hervor, daß die produktiven Kräfte zusätzliche Produktionsmöglichkeiten — in der Gegenwart bzw. Zukunft — schaffen und daß es deshalb für eine Gesellschaft wichtiger sei, über zusätzliche Möglichkeiten der Sachgütererzeugung als über einen großen Besitz von Sachgütern in der Gegenwart zu verfügen. Dabei unterstellt er, daß auch die zusätzlichen Produktionsmöglichkeiten im Produktionsprozeß genutzt werden, d. h. daß die individuellen und kollektiven Entscheidungen insgesamt Wachstum bei Vollbeschäftigung — in Lists Terminologie: erhöhte Prosperität einer Nation infolge stärkerer Entwicklung ihrer produktiven Kräfte — realisieren<sup>92</sup>.

Aber im Gegensatz zu Adam Smith und David Ricardo untersuchte List in seinen Hauptwerken nicht ausführlich den Zusammenhang zwischen Allokation und Verteilung des Einkommens und Vermögens. Auch die „soziale Frage“, die Erhöhung der Unterbeschäftigung, die sozialen Folgen des „Pauperismus“ berücksichtigte List in seinen größeren Schriften allenfalls am Rande. In Handbuch- und Zeitschriftenbeiträgen ging er jedoch den Problemen der Lohnhöhe und Beschäftigung nach<sup>93</sup>.

Für Lists geringe Berücksichtigung der Verteilungsprobleme sind verschiedene Gründe zu nennen:

- List wollte dem — wie er meinte — System der klassischen Nationalökonomie, das die Probleme des Zustandes sowie die Zirkulations-, Tausch- und Verteilungsprobleme untersucht habe, ein System des Produktionsprozesses entgegenstellen<sup>94</sup>. Dabei übersah er offenbar, daß auch A. Smith die Bestimmungsgründe des Wirtschaftswachstums untersucht hatte.
- Obwohl List die Verteilungsprobleme des Wachstumsprozesses nicht explizit untersuchte, vertrat K. Th. Eheberg die Auffassung, daß Verbindungen zu Ricardo und den Autoren des Sozialismus, im besonderen zu Marx erkennbar seien<sup>95</sup>. W. Sombart wies dagegen auf Zusammenhänge zwischen dem Aufbau der Listschen Hauptwerke und den Schriften der Merkantil-

<sup>92</sup> F. List, Das Nationale System . . ., a. a. O., S. 233.

<sup>93</sup> F. List, Arbeit, Arbeiter und Arbeitslohn, in: Staatslexikon, 1. Auflage, Band 1, S. 609 ff.

<sup>94</sup> M. Fuerth, Die Theorie der produktiven Kräfte a. a. O., Diss. Göttingen 1920, S. 12.

<sup>95</sup> Ebenda, S. 14; K. Th. Eheberg, Kritische Einleitung zum nationalen System der politischen Ökonomie, 1883.

sten hin<sup>96</sup>. Damit wollte er ausdrücken, daß Lists Lehre von den produktiven Kräften und die merkantilistischen Lehren — von der organischen Betrachtungsweise geprägt — zu einer dynamisch-organischen Produktionslehre geführt hätten. Wenn diese weiter ausgebaut worden wäre, hätte sich eine besondere Verteilungslehre offenbar als nicht erforderlich erwiesen.

- List wollte nachweisen, daß es sich für die Gesellschaft lohnt, die Entwicklung der produktiven Kräfte zu fördern. Deshalb versuchte er zu zeigen, daß die positiven Wirkungen der produktiven Kräfte nicht nur die Entwicklungsaufwendungen ersetzen, sondern einen gesellschaftlichen Wertzuwachs hervorrufen<sup>97</sup>. Als Beispiel nannte er — wiederum — die Schutzzölle. Er stellte sie als Opfer an Werten in der Gegenwart zugunsten zukünftiger Generationen dar:

„Wird daher durch Schutzzölle ein Opfer an Werten gebracht, so wird dasselbe durch die Erwerbung einer Produktivkraft vergütet, die der Nation nicht allein für die Zukunft eine unendlich größere Summe von materiellen Gütern, sondern auch industrielle Independenz . . . und daraus erwachsende Prosperität . . .“<sup>98</sup> (sichert).

Darin sah Eugen Dühring, der neben H. C. Carey als Lists Nachfolger angesehen wurde, sogar Lists größtes Verdienst<sup>99</sup>. In ihren Werken nehmen die Verteilungsprobleme jedoch breiteren Raum ein als in Lists Schriften. Das gilt vor allem für Careys „Grundlagen der Socialwissenschaft“<sup>100</sup>.

- Indem List von der Vorstellung ausging, daß die gesellschaftliche Entwicklung sich in einem organischen Gesamtzusammenhang vollzieht, unterstellte er, daß „das Gleichgewicht oder die Harmonie der produktiven Kräfte“<sup>101</sup> besteht und der Marktmechanismus die Einkommensverteilung bei Vollbeschäftigung und Wachstum bestimmt. Im „Nationalen System“ hob er diese Auffassung hervor: Je höher der Entwicklungsstand der produktiven Kräfte ist, desto größer ist die Nachfrage nach Arbeitskräften, desto höher ist auch das Tagewerk, die Produktivität des Arbeiters, und desto größer ist auch sein Tagelohn.

„Man ist imstande, größeren Tagelohn zu bieten, aber man verlangt auch größere Leistungen. Der Arbeiter fängt an zu fühlen, daß er in seinen Körperkräften und in

---

<sup>96</sup> W. Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, II. Band, 2. Halbband, München und Leipzig, 1928, S. 919f.

<sup>97</sup> M. Fuerth, *Die Theorie der produktiven Kräfte . . .*, a. a. O., S. 18.

<sup>98</sup> F. List, *Das Nationale System . . .*, a. a. O., S. 235.

<sup>99</sup> E. Dühring, *Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus*, 1874, S. 365; M. Fuerth, *Die Theorie der produktiven Kräfte . . .*, a. a. O., S. 22; H. C. Carey, *Die Grundlagen der Socialwissenschaft*, deutsch von C. Adler, 3 Bände, München 1863/64.

<sup>100</sup> H. C. Carey, *Die Grundlagen der Socialwissenschaft*, a. a. O., 3. Band, 41-43. Kapitel, S. 128 ff.; E. Meuser, *List und Carey als wissenschaftliche Nationalökonomien*, Diss. Mainz 1914, S. 52 ff.

<sup>101</sup> F. List, *Das Nationale System . . .*, a. a. O., S. 252.



seiner Geschicklichkeit, womit er sie zur Anwendung bringt, die Mittel zur Verbesserung seines Zustandes besitze.“<sup>102</sup>

Doch diese Darstellung diente wiederum der Begründung, daß der Schutzzoll das geeignete Instrument ist, um die wirtschaftliche Stellung der Manufakturen zu fördern und damit die Nation zu stärken — bis die Voraussetzungen für eine umfassende Handelsfreiheit erfüllt sind. Schon im „Natürlichen System“ und in den „Outlines“ hatte List die einkommensteigernde Wirkung der durch Zölle geschützten Manufakturen hervorgehoben<sup>103</sup>. Auch die Entwicklung der Bodenpreise und der Einkommen von Bodenbesitzern unter dem Einfluß der Schutzzölle behandelte er dort<sup>104</sup>.

- List setzte sich mit den Veränderungen der Einkommensverteilung und der Produktionsstruktur intensiver in kleineren Schriften der 1840er Jahre auseinander. Zwar behielt er seinen evolutionären Ansatz bei, doch nahm er Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter in England: Kapitalkonzentration, Verarmung und Vermehrung der arbeitenden Klasse und die Tendenz der Löhne zum Existenzminimum. List sah darin „die Hauptursache wohlfeiler Gewerbebeproduktion, folglich glücklicher Konkurrenz auf fremden Märkten . . .“, und er hoffte, daß die Erfindungen neuer Maschinen und die neuen Verfahrensweisen der großgewerblichen Produktion neue Preissenkungen und die Gründung neuer Unternehmungen hervorrufen würden<sup>105</sup>. Er untersuchte die wirtschaftliche und soziale Situation der englischen Fabrikarbeiter und schlug vor, durch Auflagen auf Eigentum, Kapital und Einkommen der Wohlhabenden die übergroße Last der Arbeitenden — Folge der überstürzten Industrialisierung Englands — allmählich auf die Besitzenden zu übertragen<sup>106</sup>. Also erkannte List die „soziale Frage“, aber sie blieb für ihn eine Übergangserscheinung und daher ein Nebenfeld. Er war überzeugt, daß die Arbeiter durch die Entfaltung der Produktivkräfte einen höheren Lebensstandard erreichen würden. Noch der letzte zu Lists Lebzeiten vom Zollvereinsblatt veröffentlichte Artikel forderte gewerbliche Schutzzölle, und zwar „im Namen der arbeitslosen, hungernden, deutschen Brüder“<sup>107</sup>. List deutete also die in England beobachteten Mißstände in einer Weise, die es ihm gewiß erscheinen ließ, daß seine wirtschaftspolitische Konzeption und seine dabei zugrundegelegte „Theorie der produktiven Kräfte“ richtig sei<sup>108</sup>. Diese von List vertretene

<sup>102</sup> Ebenda, S. 299.

<sup>103</sup> F. List, *Das Natürliche System . . .*, a. a. O., S. 104. C. Köhler, *Problematisches zu Friedrich List*, a. a. O., S. 225.

<sup>104</sup> C. Köhler, *Problematisches zu Friedrich List*, a. a. O., S. 243 f.

<sup>105</sup> F. Lenz, *Friedrich List, die „Vulgärökonomie“ und Karl Marx. Nebst einer unbekanntenen Denkschrift Lists zur Zollreform*, Jena 1930, S. 21 f.

<sup>106</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>107</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>108</sup> ebenda, S. 27.

Auffassung veranlaßte Karl Marx 1845 zu einer harten Kritik des „Nationalen Systems“<sup>109</sup>.

Obwohl List sich mit der sozialen Frage der englischen Arbeiterschaft auseinandersetzte und zu Schriften einiger sozialistischer Autoren Stellung nahm, hat er sich nicht intensiv mit den Lehren des vormarxistischen Sozialismus auseinandergesetzt. Er trat für die Anwendung seiner „Theorie der produktiven Kräfte“ ein. Dennoch geriet sein Engagement für die Industrialisierung in der praktischen Wirtschaftspolitik in Vergessenheit, vielleicht — wie W. O. Henderson vermutet —, weil er die Rolle der Arbeiterschaft in der Industriegesellschaft zu wenig beachtet hat<sup>110</sup>.

## VII. Folgerungen

1. Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ weist eine wechselvolle Rezeptionsgeschichte auf. List schuf dafür selbst die Voraussetzungen.
2. Die unterschiedlichen Interpretationen seiner „Theorie der produktiven Kräfte“ weisen darauf hin, daß List dogmenhistorisch „zwischen den Schulen“ steht: Nachfolger des Merkantilismus, beeinflusst von der Romantik, distanziert von den Klassikern, aber doch ihren Lehren verpflichtet, entfernt auch vom Sozialismus, aber weder als Gegenbewegung zur Klassik noch zum Sozialismus wirkend.
3. Obwohl List gegen Adam Smith und seine „Schule“ argumentierte, stimmte Lists Auffassung mit der Freihandelslehre der „Schule“ in der langfristigen Betrachtung überein.
4. Als politischer National-Ökonom verfolgte List das Ziel, den Übergang der nationalen Volkswirtschaften auf die nächsthöhere Entwicklungsstufe zu fördern. Sein Entwicklungsstufenkonzept erweist sich jedoch als nicht übertragbar auf andere Länder und Epochen.
5. Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ ist keine neue Theorie neben der klassischen ökonomischen Theorie, sondern eine Anwendung der allgemeinen Allokationstheorie. Sie faßt Bewertungs-, Zurechnungs-, Koordinations- und Durchführungsprobleme der gesellschaftlichen Organisationsmechanismen — Markt und Staat — zusammen unter Berücksichtigung der zeitlichen und räumlichen Transformation materieller und immaterieller Ressourcen. Sie behandelt die Allokationsprobleme bei variablen Skalenerträgen, externen Effekten, Eigentumsrechten und kollektiven Gütern, sowie Abweichungen zwischen den privaten und sozialen Kosten bzw. Werten. Andererseits weist sie auf die Anwendungsmöglichkeiten der „anschauli-

---

<sup>109</sup> K. Marx, (Über Friedrich Lists Buch . . .) a. a. O., S. 425-446, hier: S. 425.

<sup>110</sup> W. O. Henderson, Friedrich List and the Social Question, in: Marx and Engels and the English Workers and other Essays, London 1989, S. 105-117, hier: S. 115.

chen Theorie“, aber zugleich auf die Probleme der Koordination von „Rationaltheorie“ und anschaulicher Theorie hin.

6. Das „Neue“ an Lists „Theorie der produktiven Kräfte“ wurde darin gesehen, daß die „ . . . staatlichen und gesetzlichen Zustände und Einrichtungen und schließlich die gesellschaftlichen Massenzusammenhänge“ neben Natur, Arbeit und Kapital als Produktionsfaktoren berücksichtigt wurden<sup>111</sup>. Zugleich wurde die „Offenheit“ der Produktionsfunktionen im Hinblick auf neue Produktionsmethoden und gemeinsamen Willen ausgedrückt.
7. Als „neu“ wurde auch die Untersuchung der Beziehungen von produktiver Kraft und politischer Macht angesehen. List habe die Bedingungen der Zeit, des Raumes und der Umwelt wieder in die Rechnung eingesetzt, in der sie zuvor zum Zweck der Abstraktion nicht berücksichtigt wurden<sup>112</sup>.
8. List wollte den Produktionsprozeß nicht nur erklären, sondern vor allem gestalten. Dabei ging er — seit Beginn seiner politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit — von der Vorstellung aus, daß „vernünftige Freiheit“ und erhöhter Wohlstand herbeigeführt werden können, wenn Erfindungen und die Anwendung neuer Produktionsmethoden, die großbetriebliche gewerbliche Produktion und der Infrastrukturausbau gefördert werden. Um diese Ziele zu erreichen, forderte er ordnungs- und strukturpolitische sowie außenwirtschaftspolitische Maßnahmen, im besonderen Schutzzölle. Sie sollten jedoch differenziert und befristet werden. Dadurch sollten sie als schutzzöllnerische Erziehungshilfe der Nation wirken<sup>113</sup>.
9. List wandte seine „Theorie der produktiven Kräfte“ hauptsächlich an, um wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Förderung des Entwicklungspotentials und des Wachstums der Produktion bei Vollbeschäftigung — vor allem in drei Sachbereichen — zu begründen: Manufakturen (Industrie), Verkehrswesen und Bildungswesen.
10. List strebte die bestmögliche Allokation der produktiven Kräfte im Zeitablauf an, jedoch untersuchte er in seinen Hauptwerken nicht explizit die Zusammenhänge von Allokation und Verteilung. Da er von den wachstumsfördernden Wirkungen der Industrialisierung überzeugt war, betrachtete er die soziale Not der Arbeiter als Übergangerscheinung; in seinen Untersuchungen war sie ein Nebenfeld.

---

<sup>111</sup> O. *Bordollo*, Der Begriff „Produktiv“ bei Adam Smith und bei Friedrich List, Borna—Leipzig, 1909, S. 93.

<sup>112</sup> Ch. *Gide* und Ch. *Rist*, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Jena 1923, S. 313.

<sup>113</sup> H. St. *Seidenfus*, List, a. a. O., Sp. 926.

# Die politische Ökonomie der Schutzzolltheorie

Von *Jürgen G. Backhaus*, Maastricht

## Einleitung

Der Dogmenhistoriker hat eine Aufgabe, die der eines Archivars sehr ähnlich ist. Er ist der Archivar seiner Wissenschaft. Es gehört zu seinen Pflichten, die Tradition korrekt darzustellen und ungeschmälert zu bewahren, die unvermeidbaren Mißverständnisse zu beseitigen und zu korrigieren und das Band zwischen Tradition und Gegenwart so eng wie möglich zu knüpfen, damit nicht alte Irrwege aufs Neue eingeschlagen werden.

Friedrich List gehört zu den Klassikern, die unserer besonderen Sorgfalt nicht bedürfen, denn bedeutende Gelehrte haben sein Werk kundig verwaltet. List selbst hat dafür gesorgt, daß seine Gedanken in den für unsere Wissenschaft wichtigsten Weltsprachen, deutsch, englisch und französisch, zugänglich sind. Seine Schriften, Reden und Briefe liegen in der zehnbändigen Ausgabe seit zwei Generationen vor, und wenige Nationalökonomien vereinigen eine so umfangreiche Sekundärliteratur auf sich wie er. Auch in den einschlägigen Lehrbüchern taucht sein Name regelmäßig auf. Doch glaube ich, daß bei alledem ein Gesichtspunkt übersehen wird, den ich im folgenden herausarbeiten möchte, immer vorausschickend, daß es sich um eine Ergänzung der bestehenden Ansichten über Friedrich Lists wissenschaftlichen Beitrag zur politischen Ökonomie der sich entwickelnden Handelsstaaten handelt, um den Titel seines Hauptwerkes im heutigen Sprachgebrauch anzudeuten.

Die wichtigste These dieses Aufsatzes lautet: die Listsche Entwicklungsstrategie war eine analytisch fundierte, durch empirische Anschauung gestützte Lehre der Verwaltungspraxis für den verwaltenden Steuerstaat mittlerer Größe. Sie erfüllte alle Kriterien, mit denen man heute in den Sozialwissenschaften eine derartige Lehre beurteilt. Aber sie war keine ökonomische Theorie im klassischen Sinne. Wer versucht, List mit den Augen der Lehrbuchautoren zu lesen, wird sich in seinem Werk nicht zurechtfinden können.

Der Aufsatz besteht aus vier Teilen. Am Beginn steht eine Übersicht über die Behandlung in einigen zeitgenössischen Lehrbüchern. Den zweiten Teil bildet eine Diskussion einiger wiederkehrender Mißverständnisse, die wir in der Literatur über List antreffen. Teil drei stellt Lists politische Ökonomie des Schutzzolls als wichtiges Element seiner Entwicklungsstrategie in geschlossener Form vor. Teil vier bringt einige Ergänzungen und Klarstellungen, die unter

anderem auf Grund der Diskussion des dritten Teiles (in Tübingen 1989) angebracht erscheinen.

## I.

Eine der besten Darstellungen der Lehre Friedrich Lists, wie sie im akademischen Unterricht üblich ist, finden wir in dem weit verbreiteten Lehrbuch von Peter H. Lindert und Charles P. Kindleberger<sup>1</sup>, die sich wie folgt äußern:

“Of all the protectionist arguments, the one that has always enjoyed the most prestige among both economists and policy makers is the infant industry argument, which asserts that in less developed countries a temporary tariff is justified because it cuts down on imports of modern manufactures while the infant domestic industry learns how to produce at low enough costs to compete without the help of a tariff. (. . .) The infant industry argument differs from the optimal tariff argument in that it claims that in the long run the tariff protection will be good for the world as well as the nation. It differs from most other tariff arguments in being explicitly dynamic, arguing that the protection is needed only for a while. (. . .) To the extent that the infant industry argument is an argument for encouraging current domestic production, the above analysis applies. If the infant home industry will bring side benefits by causing the labor force and other industries to develop new skills, subsidizing production can achieve this more cheaply than can taxing imports. If the extra foreseen benefits take the form of future cost reductions for the same industry, through learning by doing, then there is another alternative more appropriate than either the tariff or the production subsidy. If an industry’s current high costs are outweighed by the later cost cutting that experience will allow, then the industry can borrow against its own future profits and make it through the initial period in which costs are higher than the prices being charged on imports. (. . .) If the need for help is truly temporary, there is another argument against using the tariff to protect the infant. Tariffs are not easily removed once they are written into law, and there is the danger that an ‘infant’ that never becomes efficient will use part of its tariff-bred profits to sway policy makers to make a bad tariff immortal.”

<sup>1</sup> Vgl. Peter H. Lindert, Charles P. Kindleberger, *International Economics*, 7. Aufl., Homewood: Irwin 1982, S. 145f. Dieselbe Argumentation findet sich auch in anderen Lehrbüchern mit geringen Variationen. Peter B. Kenen (*The International Economy*, Englewood Cliffs: Prentice Hall 1985) dagegen überrascht mit der Mitteilung: “List’s views about the gains from trade are easily refuted. Countries such as Denmark, Australia, and New Zealand export agricultural products, but they have higher living standards than many other countries. Furthermore, List’s argument contains a contradiction. If all countries tried to export manufactures, the terms of trade would turn against them; the prices of primary products would rise, and some countries would find it advantageous to export them. Nevertheless, List’s argument won the day in Germany” (S. 228 - 229). Diese „Widerlegung“ geht am Listschen Gedankengang völlig vorbei. Erstens steht der Export veredelter Agrarerzeugnisse nicht im Widerspruch zu List, sondern befindet sich im Einklang mit dessen Auffassungen; zweitens beinhaltet der Hinweis auf den relativ hohen Lebensstandard einzelner Länder keinen Vergleich zwischen dem Ergebnis einer Listschen Entwicklungsstrategie und jenem ihrer Nichtanwendung; und drittens entspricht es nicht Lists Vorstellung, daß alle Staaten dasselbe produzieren; er möchte bestimmte, dafür geeignete Industrien zur Entfaltung bringen.

Diese Darstellung und Kritik wird dem Konzept der Listschen Entwicklungsstrategie nicht gerecht. Zwar ist der Hinweis wichtig und korrekt, daß es sich bei List um eine explizit dynamische Argumentation handelt; aber die Quelle dieser Dynamik bleibt ungenannt. Damit wird der entscheidende Akteur und Adressat des Listschen Vorschlags einer entwicklungsorientierten Wirtschaftspolitik außer Acht gelassen, obwohl die ganze Lehre auf die Möglichkeiten der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Zeit Lists zugeschnitten ist. Die Quelle der Dynamik und der Träger der Wirtschaftspolitik ist natürlich der Staat mit seinen traditionellen Finanzinstrumenten. Die drei in der Literatur üblichen Einwände, die in dem obenstehenden Zitat zusammengefaßt werden, hängen eng mit dieser den Staat nicht berücksichtigenden Rezeption zusammen. Daß Subventionen (unter bestimmten einschränkenden Annahmen über die Inzidenz der Steuern, aus denen sie finanziert werden) der Erhebung von Zöllen wohlfahrtsökonomisch überlegen sein können, ist korrekt, aber für die Beurteilung der Listschen Entwicklungspolitik unerheblich. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Instrumenten besteht darin, daß der Schutzzoll den Staatshaushalt nicht belastet, in der Beginnphase sogar leicht entlastet, während dies für Subventionen nicht gilt. Den mittelgroßen weitgehend agrarisch orientierten Staaten, die List vorschwebten, standen die Finanzierungsmittel für ein derartiges Subventionsprogramm überhaupt nicht zur Verfügung. Das Herzogtum Württemberg wandte zum Beispiel 1794 8% seiner gesamten Staatseinnahmen für eine einzige (relativ kleine) Hochschule, die Hohe Karls Schule in Hohenheim, auf, ein finanziell nicht tragbarer Zustand, der zu ihrer Aufhebung führte.

Die Möglichkeit der Kreditfinanzierung setzt für ganze Industrien ihrerseits die Existenz eines leistungsfähigen Kapitalmarktes und Bankensystems voraus, aber auch diese Annahme ist wirtschaftshistorisch unrichtig. List konnte ein derartiges Bankensystem mit ausgebildeten Kapitalmärkten nicht voraussetzen, weil es noch nicht bestand. Wiederum war es in Deutschland vor allem die öffentliche Hand, die mit dem Aufbau größerer Entwicklungsbanken begann. Die Preußische Seehandlung ist dafür ein gutes Beispiel<sup>2</sup>.

Der dritte Einwand wird List, dem es gerade um den *Abbau* von Zollschranken ging, überhaupt nicht gerecht. Lists Entwicklungsstrategie ist vor allem deshalb so überzeugend und listig, weil die wirtschaftspolitische Maßnahme, der Erziehungszoll, so getroffen wird, daß sie sich selbst aufhebt, sobald sie ihre Wirkung gezeitigt hat.

## II.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, wie es möglich ist, daß der wissenschaftliche Vorkämpfer für den Abbau von Zollschranken und die Schaffung gemeinsamer

---

<sup>2</sup> Vgl. Jürgen *Backhaus*, Banking Institutions in Historical and Comparative Perspective: The Importance of the Entrepreneurial State, *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 145.1, 1989, S. 210-215.

Märkte über nationale Grenzen hinaus uns in den Lehrbüchern als Kronzeuge protektionistischer Handelspolitik erscheint, so können wir erstaunt feststellen, daß das Phänomen erstens nicht neu ist und daß es zweitens an Versuchen in der wissenschaftlichen Literatur auch nicht gefehlt hat, den Mißverständnissen und Fehldarstellungen entgegenzuwirken. Heinrich Dietzel widmete 1912 eine ganze Monographie dem Versuch, eine Korrektur und Richtigstellung herbeizuführen, nicht ohne auf seine zahlreichen Vorgänger zu verweisen:

„Gegen diese Versuche, dem Manne, der sein Buch schrieb, um den Weg zu weisen, der von Schutzzoll zum Freihandel führt, ‚einen Zug zum Solidarschutz anzuempfinden‘ (Lotz), ist bereits häufig Widerspruch erhoben worden.“<sup>3</sup>

Daß der unermüdliche Publizist und Lobbyist Friedrich List auch seinerseits von Interessengruppen für sich in Anspruch genommen wurde, überrascht an sich kaum, verdankt er ja selbst den Verlust seines Lehrstuhles der Tätigkeit für eine Interessengruppe, den allgemeinen deutschen Handels- und Gewerbeverein zu Frankfurt am Main. Gleichwohl war die allgemeine Handelsfreiheit ausdrücklich das Ziel jener Denkschrift, die List im Auftrage des Vereins beim Deutschen Bund einreichte:

„Umgürtet von englischen, französischen, niederländischen usw. Douanen, tut Deutschland als Gesamtstaat nichts, was jene (Nachbarstaaten) nötigen könnte, zur allgemeinen Handelsfreiheit, durch welche Europa allein den höchsten Grad der Zivilisation erreichen kann, die Hände zu bieten.“<sup>4</sup>

Überraschender ist schon, daß List, der den Zollschatz der Landwirtschaft kategorisch und unter allen Umständen ablehnt, selbst für landwirtschaftliche Schutzzölle in Anspruch genommen wurde<sup>5</sup>.

Die analytische Vorgehensweise bei List läßt sich anhand seiner Begründung für die Ausnahmestellung der Landwirtschaft gut demonstrieren:

„In ökonomischer Beziehung haben die Nationen folgende Entwicklungsstadien zu durchlaufen: Zustand der ursprünglichen Wildheit — Hirtenstand- / Agrikulturstand — Agrikultur — Manufakturstand — Agrikultur-Manufaktur — Handelsstand.

Die Industriegeschichte der Nationen, und keine auf anschaulichere Weise als die von England, beweist, daß der Übergang aus dem rohen Zustand zu Viehzucht, von der Viehzucht zur Agrikultur und von der Agrikultur zu den ersten Anfängen in den Manufakturen und in der Schifffahrt am schnellsten und vorteilhaftesten durch den freien Handel mit weiter vorgerückten Städten und Ländern bewerkstelligt wird; daß aber eine vollständige Manufakturkraft, eine bedeutende Schifffahrt und ein großarti-

<sup>3</sup> Heinrich *Dietzel*, *List's nationales System und die „nationale“ Wirtschaftspolitik*, Tübingen 1912, mit Verweisen auf Lotz, Dix, Wäntig und Harms.

<sup>4</sup> Vgl. Friedrich *List*, *Aller untertänigste Bittschrift der deutschen Kaufleute und Fabrikanten . . . vom 20. April 1819*; abgedruckt bei Alphons *Pausch*, *Friedrich List als Steuerfachmann und Zollpolitiker*, Heidelberg 1989.

<sup>5</sup> Vgl. die Nachweise bei *Dietzel*, a. a. O., Fußnote 1 und die ausführliche Auseinandersetzung bei Gertrud *Mayer*, *Friedrich List als Agrarpolitiker*, Stuttgart 1938.



ger auswärtiger Handel nur vermittelt Einschreitung der Staatsgewalt zu erlangen sind.“<sup>6</sup>

Dieses kurze Zitat zeigt in wünschenswerter Klarheit dreierlei. Zum einen trägt List eine traditionelle anschaulich begründete Stufentheorie der wirtschaftlichen Entwicklung vor, aus der er zweitens als allgemeines Postulat die Freihandelsforderung ableitet. Diese Forderung kennt nur eine einzige, eng umschriebene Ausnahme; diese Ausnahme erfordert eine besondere Handelspolitik; auf diesen letzteren Aspekt kam es List besonders an.

Den handels- und finanzpolitischen Charakter der Listschen Theorie arbeitet Gustav Schmoller besonders deutlich heraus. Wir lesen dort:

„Es war daher ganz natürlich, dass ein Menschenalter nach A. Smith eine neue ebenbürtige handelspolitische Theorie, die den Schutzzoll verteidigt, entstand. Sie geht aus von Alexander Hamiltons Report on Manufactures 1791 und von Friedrich Lists Schriften 1827-1848, hauptsächlich von dessen nationalem System der politischen Ökonomie 1841. Alexander Hamilton, der Gehilfe Washingtons, der Mitbegründer der Verfassung der Vereinigten Staaten, der grösste Finanzminister der Union, der die Bundesfinanzen in Ordnung brachte, einer der grössten Staatsmänner, den die Vereinigten Staaten gehabt, wollte die fast auseinanderfallenden Einzelstaaten durch Zentralisierung des Schuldenwesens, durch eine Zentralbank und ein Schutzsystem zusammenhalten. (. . .) Friedrich List ist in seinen Gedanken von Hamilton beeinflusst, aber er hat die Theorie des Schutzsystems auf breitere Grundlagen gestellt. (. . .) Er geht aus von einer Theorie des Stufenganges der Volkswirtschaft. (. . .) Er verteidigt das Schutzsystem als Mittel der Erziehung einer (!) Industrie in den Ackerbaustaaten, während er für die Zeit vorher und nachher die Vorteile des freien Handels einsieht. (. . .) Und er betont, dass zeitweilige Wertverluste durch Schutzzollverteuerung zurücktreten können, wenn dafür die produktiven Kräfte der Nation, die Intelligenz und Moralität der Menschen, die Geschicklichkeiten und technisch-wirtschaftlichen Kenntnisse, die ökonomisch-gesellschaftlichen Einrichtungen an Kraft, Vollkommenheit und Wirksamkeit wachsen.“<sup>7</sup>

Die Charakterisierung der Listschen Lehre als einer handelspolitischen Theorie und die Beschreibung ihres Blickwinkels und Adressaten als den eines Wirtschafts- und Finanzpolitikers erlaubt, die Lehre im Zusammenhang widerspruchsfrei zu entwickeln. Diesem Versuch ist der folgende Absatz gewidmet.

### III.

„Professor List“, der ausweislich des Königlich-Württembergischen Staats- und Regierungsblattes in der Ausgabe vom Samstag, dem dritten Januar 1818<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Friedrich List, Schriften, Reden, Briefe, im Auftrag der Friedrich List-Gesellschaft e. V. herausgegeben von Erwin v. Beckerath, Karl Goeser, Friedrich Lenz, William Notz, Edgar Salin und Artur Sommer, Band VI: Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin 1930.

<sup>7</sup> Vgl. Gustav von Schmoller, Grundriss der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, II, München 1923, S. 1280f.

„neu ernannte öffentliche ordentliche Lehrer der Staats-Verwaltungs-Praxis“ ging in seinen Überlegungen, wie der mittelgroße Territorialstaat mit den ihm gegebenen Mitteln die Entwicklung der Manufakturen (d. h. von Industrie und Gewerbe) am wirkungsvollsten fördern könnte, von den folgenden Annahmen aus. Den Ausgangspunkt für alle Überlegungen bilden die Möglichkeiten der Staatsverwaltungspraxis in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Ziel ist die aktive Stimulierung und Entwicklung der produktiven Kräfte<sup>9</sup> mit *allen* der Verwaltung zu Gebote stehenden Mitteln. Nach diesem Gesichtspunkt trägt List seine Lehre von der Entfaltung der produktiven Kräfte vor. Es geht ihm bei der „Theorie“ der produktiven Kräfte nicht darum, Produktionsfaktoren im Sinne der ökonomischen Theorie herauszuarbeiten und in ihrer Wirkungsweise darzustellen, sondern darum, Verwaltungsaufgaben im klassischen Sinne auch unter Entwicklungsgesichtspunkten festzulegen und ihnen damit einen neuen, zusätzlichen Sinn zu geben. Wirtschaftspolitik ist bei List Staatsverwaltung mit allen traditionellen Mitteln und Instrumenten der gestaltenden und leitenden Verwaltung. So ergibt sich das dem Ökonomen heterogen erscheinende große Spektrum von Aufgabenbereichen, die für die Entwicklung der produktiven Kräfte einer Nation (damit gemeint ist ein bestimmter Wirtschaftsraum mit einheitlicher Staatsverwaltung<sup>10</sup>) wichtig sind:

„In allen diesen Beziehungen hängt jedoch das meiste von dem Zustand der Gesellschaft ab, in welchen das Individuum sich gebildet hat und bewegt, davon, ob Wissenschaft und Künste blühen, ob die öffentlichen (!) Institutionen und Gesetze Religiosität, Moralität und Intelligenz, Sicherheit der Person und des Eigentums, Freiheit und Recht produzieren (!), ob in der Nation alle Faktoren des materiellen Wohlstandes, Agrikultur, Manufakturen und Handel, gleichmässig und harmonisch ausgebildet sind, ob die Macht der Nation gross genug ist, um den Individuen den Fortschritt in Wohlstand und Bildung von Generation zu Generation zu sichern und sie zu befähigen, nicht nur ihre innern Naturkräfte in ihrer ganzen Ausdehnung zu bemühen, sondern auch durch auswärtigen Handel und Kolonialbesitz die Naturkräfte fremder Länder sich dienstbar zu machen.“<sup>11</sup>

Im Zentrum dieses in der für ihn typischen Breite ausgeführten Panoramas praktischer Staatsverwaltung im Dienste der wirtschaftlichen Entwicklung stehen die sehr viel spezifischeren Vorschläge Lists aus dem Bereich seiner unmittelbaren Erfahrung. Es handelt sich um das Programm einer umfassenden Steuerlehre, zu der auch die Lehre von den Zöllen (Douanen) gehört, das List in den Jahren 1817-1819 während seiner Tübinger Tätigkeit als Professor der Staatsverwaltungspraxis ausarbeitete. Das Programm läßt sich mit wenigen Sätzen umreißen<sup>12</sup>. Im Zentrum steht der Gedanke, die indirekten soweit wie

<sup>8</sup> Abgedruckt bei Eugen *Wendler*, Friedrich List: Leben und Wirken in Dokumenten, Reutlingen 1976.

<sup>9</sup> Vgl. den Beitrag von Karl-Heinz *Schmidt* in diesem Bande.

<sup>10</sup> Vgl. F. *List*, a. a. O., S. 55.

<sup>11</sup> F. *List*, a. a. O., S. 176.

<sup>12</sup> Vgl. ausführlich *Pausch*, a. a. O.

möglich durch direkte Abgaben zu ersetzen. Denn der Handel soll durch den Abbau aller Abgaben auf Transaktionen soweit wie möglich erleichtert werden, während die Förderung der Industrie durch Ersatz der festen Abgaben durch ein System der Steuern auf den reinen Ertrag erfolgt. Nun war sich List der Tatsache bewußt, daß der steuerliche Einkommensbegriff verwaltungspraktisch zu den schwierigsten Konzepten überhaupt gehört: er schlug deshalb vor, die traditionellen Besteuerungsformen der alten Reichsstädte, die sich an approximativen Indikatoren des reinen Ertrags orientierten, für die neu erschaffenen Territorialstaaten des nachnapoleonischen Deutschland zu übernehmen.

„Damit gehört Friedrich List zu den Klassikern des süddeutschen Ertragssteuersystems, das alle nur möglichen Einkommensteile durch je besondere Steuerformen erfassen sollte.“<sup>13</sup>

In diesem Gesamtkonzept bieten die Zölle insoweit ein besonderes Problem, als sie einerseits nicht den reinen Ertrag, sondern eine Transaktion besteuern, insofern also abzuschaffen sind, List andererseits davon ausging, daß sie aus fiskalischen Gründen in absehbarer Zeit nicht entbehrlich würden<sup>14</sup>.

Im Rahmen des Listschen Programms einer Reform der Steuern und Abgaben bilden die Zölle somit einen Fremdkörper. Nun war List nicht nur Verwaltungspraktiker, sondern auch Systematiker, und beide Eigenschaften zusammengenommen bilden den Schlüssel zum Verständnis der eigentümlichen von ihm vorgeschlagenen Lösung. Die Lösung beruht auf der Doppelnatur von Zöllen, bezeichnet mit den Begriffen Finanzzölle (bei List Einkommenszölle) und Schutzzölle. Die Begriffe bezeichnen verschiedene Funktionen, nicht verschiedene Erhebungsformen. Je höher *ceteris paribus* der Zolltarif, desto geringer der finanzielle Ertrag aus dem Zoll und desto größer die Schutzwirkung. Was läge näher, als für bestimmte ausgewählte und dazu geeignete Industriezweige, in welchen die Nation durch die Natur begünstigt ist<sup>15</sup>, Schutzzölle von 20-60%<sup>16</sup> für einen Übergangszeitraum vorzusehen. Die Untergrenze der Zollsätze bestimmt sich aus der traditionellen Finanzzollfunktion und beläuft sich bei List auf zirka 10-20%. Die Obergrenze ist durch die Schutzzollfunktion bestimmt und bemißt sich an der Kontestabilität der heimischen Märkte, denn:

„Allzu hohe Einfuhrzölle, welche die auswärtige Konkurrenz gänzlich ausschliessen, sind der Nation selbst die sie anlegt schädlich, indem dadurch der Wetteifer der Manufakturisten mit dem Auslande ausgeschlossen und Indolenz genährt wird.“<sup>17</sup>

Die Zollsätze sind während der Dauer des Programms so anzupassen, daß die heimische Industrie ihr Marktvolumen behaupten kann, der Zuwachs aber nicht

<sup>13</sup> Pausch, a. a. O., S. 23.

<sup>14</sup> Vgl. List, a. a. O., S. 330.

<sup>15</sup> Vgl. F. List, a. a. O., S. 57.

<sup>16</sup> Vgl. ebenda, S. 389.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 56.

ausschließlich der ausländischen Industrie zufällt. Ist dies der Fall, so sind die Schutzzollsätze zu erhöhen. Andererseits muß das Experiment abgebrochen werden, „wenn bei ansehnlichen, allmählich steigenden Zollsätzen die inländischen Manufakturen nicht gedeihen“<sup>18</sup>.

Es lohnt sich, die Dynamik dieses Programms einmal nachzuzeichnen. Wenn ein bestimmter Industriezweig unter den Schutz des Schutzzollprogramms gestellt wird, so steigen die Zollsätze langsam vom Finanzzollsockel (10-20%) bis höchstens auf das Maximum von 60%. Der Schutzzoll ist zu erhöhen, wenn die Erlöse der heimischen Industrie stagnieren oder gar zurückgehen. Hält dieser Prozeß nach mehreren Iterationen an, obwohl die allgemeinen flankierenden Verwaltungsmaßnahmen zur Stimulierung der Entfaltung der „produktiven Kräfte“ getroffen wurden, dann ist der Schutzzoll wieder zu senken und auf den für Finanzzölle üblichen Satz zu bringen. Führt der Schutzzoll dagegen zu dem gewünschten Ergebnis, dann führt dies zu einem Rückgang der Einnahmen aus den Zöllen, gleichzeitig aber zu einem Anstieg der von List ins Auge gefaßten Ertragssteuern. Die Finanzverwaltung hat nun zwei Möglichkeiten, und beide führen zu dem von List gewünschten Ergebnis. Entweder sie senkt die Zölle und schmälert damit das Erwerbssteueraufkommen bei Erhöhung des Zollaufkommens. Wenn der Industriezweig international wettbewerbsfähig ist, ist der zweite Effekt größer als der erste. Die auf fiskalischen Ertrag hin orientierte Verwaltung wird infolgedessen die graduellen Tarifierpassungen in diesem Fall vorsichtig vornehmen, d. h. der Schutzzoll wird nur langsam abgebaut. Erweist sich dagegen der Industriezweig als international nicht wettbewerbsfähig, dann liegt es im Interesse der Finanzverwaltung, die Zölle zu senken, um die Einnahmen zu erhöhen. Damit wird der Zoll wieder auf die ursprüngliche fiskalische Funktion zurückgeführt. Bleibt dagegen die Finanzverwaltung untätig und beläßt es bei einem hohen Schutzzolltarif, so gibt es wieder zwei Möglichkeiten, nämlich entweder Einnahmeverlust durch Schmuggel, wenn die Industrie nicht prosperiert, oder das allmähliche völlige Versiegen der Zolleinkommen aus diesem Industriezweig, da die internationale Konkurrenz effektiv ausgeschlossen bleibt. Beide Effekte, auf die List ausdrücklich hinweist, sind dazu geeignet, die Staatsverwaltung zu korrigierender Tätigkeit zu veranlassen, da sie sich im ersten Fall den Klagen des Industriezweiges, im zweiten Fall denen der Konsumenten über die „Indolenz“ der Produzenten ausgesetzt sieht.

Im Idealfall nimmt das Listsche Entwicklungsszenario den folgenden Verlauf. Obwohl die Staatsverwaltung im Bereich ihrer traditionellen Aufgaben einer weitgefächerten Politik der Rechtssicherung, Verbesserung der Transportwege, Finanz- und Verwaltungsvereinfachung, Pflege des Ausbildungswesens, der Gesundheitsvorsorge und der industriellen Aufklärung durch Messen, Ausstellungen und Mustereinrichtungen entfaltet, erfolgt keine bürokratische Aufblähung. Das zentrale Instrument, der Schutzzoll, wird von einer bereits bestehen-

---

<sup>18</sup> Ebenda, S. 56.

den Behörde hantiert und verursacht keine Mehrkosten<sup>19</sup>. Als Folge der allgemeinen flankierenden Verwaltungsmaßnahmen, des Schutzzolls und gelegentlicher direkter Maßnahmen wie der Ansiedlung von Unternehmern kommt es zu einer Intensivierung des Binnenwettbewerbs und einer Preissenkung gegenüber dem Ausland bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung<sup>20</sup>. Dies wirkt auch auf die Landwirtschaft, die keinen Schutzzoll kennt, stimulierend durch einerseits eine allgemeine Nachfragesteigerung nach landwirtschaftlichen Gütern und andererseits eine Erhöhung der Grundwerte, die auf Grund der Industrialisierung steigen<sup>21</sup> mit der Folge (bei List nicht eigens mitgeteilt), daß auch die (traditionellen) Grundsteuern steigen. Die Zolleinnahmen dagegen sinken, da das heimische Preisniveau des betreffenden Industriezweigs gesunken und damit das Importaufkommen zurückgegangen ist. Im Endeffekt führt dies selbst bei niedrigen, mehr noch bei hohen Zolltarifen zu einem Versiegen der Zolleinnahmen und, im Wege üblicher Verwaltungspraxis, zu einer Aufhebung des Bagatellzolls<sup>22</sup>, womit das erstrebte Ergebnis der Zollfreiheit erreicht ist.

#### IV.

Die hier gegebene Interpretation Lists als Theoretiker der Verwaltungspraxis (statt des Außenhandels) kann unter Volkswirten gewiß nicht ohne Widerspruch bleiben, wird hier doch unterstellt, daß List besser aus der Sicht der Kameralisten als aus jener Ricardos zu sehen ist. Im folgenden soll deshalb auf einige der kontroversen Fragen explizit eingegangen werden, vor allem, weil List diese Probleme bereits selbst aufgreift und anspricht.

Paradox ist aus allgemeiner volkswirtschaftlicher Sicht gewiß die Vorstellung, daß die Preise (Kosten?) im Inland dank des Zollschatzes schneller fallen als im Ausland. List äußert sich dazu wie folgt:

„Wie aber haben diese Schutzzölle gewirkt? Zahlen die Konsumenten für ihre deutschen Manufakturwaren 20 - 30% mehr als früher für die fremden, wie sie doch der Theorie gemäß sollten? Oder sind diese Waren schlechter als die fremden? Mitnichten. (. . .) Die innere Konkurrenz und die Sicherheit vor zerstörender Konkurrenz des Auslands hat jene Wunder bewirkt, von welchen die Schule nichts weiß und nichts wissen will. Es ist also nicht wahr, was die Schule behauptet, daß der Schutzzoll die inländischen Waren um den Betrag des Schutzzolls verteuert. Für kurze Zeit mag sie Verteuerung verursachen, aber in jeder zur Fabrikation berufenen Nation muß, infolge

---

<sup>19</sup> Vgl. F. List, a. a. O., S. 330.

<sup>20</sup> Vgl. ebenda, S. 389.

<sup>21</sup> Vgl. ebendasselbst.

<sup>22</sup> Es gehört zu den üblichen Verfahrensprinzipien von Finanzverwaltungen, in regelmäßigen Abständen Aufkommen und Erhebungskosten von Abgaben miteinander zu vergleichen. Bagatellabgaben sind solche mit geringem Reinertrag (bei oft nicht unbeträchtlichem Gesamtvolumen, das aber durch die Erhebungskosten verschlungen wird). Derartige Bagatellabgaben werden in aller Regel früher oder später eingestellt.

des Schutzes, die innere Konkurrenz bald die Preise tiefer drücken als sie bei freier Einfuhr sich gestellt hätten.“<sup>23</sup>

Zunächst sehen wir deutlich, daß List auf ein Szenario abhebt, das er aus der Anschauung belegt; es geht ihm nicht um einen Modellzusammenhang. Zweitens identifiziert er korrekt einige wesentliche die Kosten beeinflussende Gesichtspunkte: die Sicherheit der Investition und die damit verbundene Verlängerung des Zeithorizontes senken die Investitionskosten; die Intensivierung des internen Wettbewerbs führt dazu, daß die Kostensenkung sich auf die Preise in gleicher Richtung auswirken kann; und der Standortvorteil macht sich auf Grund des Schutzzolles bezahlt; alle drei Faktoren können dazu führen, daß die Preise im Inland schneller fallen als jene des Auslands, selbst dann, wenn der technische Fortschritt einschließlich der möglichen Lerneffekte im In- und Ausland gleichermaßen mitgemacht wird. List weist aber ausdrücklich auf ein mögliches, nicht notwendiges Szenario hin, denn wenn die Voraussage nicht eintrifft, sich der Industriezweig nicht entwickelt, dann ist der Schutzzoll aufzuheben, ist dies doch „ein Beweis, daß die Nation die erforderlichen Hilfsmittel noch nicht besitzt, um eine eigene Manufakturkraft zu pflanzen.“<sup>24</sup>

Das vorangehende Zitat (S. 389) zeigt auch deutlich, daß List bei seiner Projektion einer Preissenkung im Inland nicht an die Folge einer Monopolisierungstendenz bei gleichzeitiger Ausnutzung zunehmender Skalenerträge denkt, da er ausdrücklich hervorhebt, daß der verstärkte innere Wettbewerb die Preissenkung hervorruft.

Oft begegnet man der Vorstellung, List habe mit dem Schutzzollgedanken einer Autarkiepolitik das Wort geredet. Aber auch dieser Gedanke läßt sich aus seinen Schriften nicht ohne weiteres ableiten. Ziel seiner Zollpolitik war die schrittweise Aufhebung der Zölle, was bereits aus der geschickten Funktionserweiterung der Zollerhebung, die ihre eigene Aufhebung in sich schließt, hervorgeht. List war es um die Schaffung großer Wirtschaftsräume auf Grund freier vertraglicher Vereinbarungen zu tun, worauf er immer wieder hinweist<sup>25</sup>, besonders wirkungsvoll vielleicht in dem folgenden Zitat:

„In der Vereinigung der drei Königreiche (Großbritanniens und Irlands) besitzt die Welt ein großes unwiderlegliches Beispiel von den unendlichen Wirkungen der Handelsfreiheit zwischen vereinigten Völkern. Man denke sich nun alle Nationen der Erde auf gleiche Weise vereinigt, und die lebhafteste Phantasie wird nicht imstande sein sich die Summe von Wohlfahrt und Glück vorzustellen, die daraus dem menschlichen Geschlecht erwachsen müsste.“<sup>26</sup>

Nicht für Autarkie trat List ein, sondern für „das Prinzip der *Erziehung der Nation zur Selbständigkeit*“<sup>27</sup>, da Dependenz der Handelsfreiheit im Wege steht.

<sup>23</sup> F. List, a. a. O., S. 389.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 56.

<sup>25</sup> Vgl. z. B. F. List, a. a. O., S. 333.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 164.



Der Gefahren, die Schutzzollerhebungen für den Wettbewerb in sich bergen, war sich List deutlich bewußt. Schutzzölle hielt er, wie ausgeführt, nur für eine bestimmte Zeit, für eine bestimmte Industrie und nur unter besonderen Bedingungen für empfehlenswert. Der Schutzzoll nimmt eine so zentrale Stellung in seinem entwicklungspolitischen Programm ein, weil er den Handel und Gewerbe hemmenden Finanzausgleich zu ersetzen in der Lage ist und infolgedessen in die Steuerreformstrategie des Autors paßt. Aber diese Strategie kann nur gewählt werden, wenn das Staats- und Wirtschaftsgebiet ausreichend groß ist. Ist dies nicht der Fall, so sind Wirtschaftsgemeinschaften zu bilden. List führt aus:

„Große Bevölkerung und ein weites, mit manigfaltigen Naturfonds ausgestattetes Territorium sind wesentliche Erfordernisse der normalen Nationalität, sie sind Grundbedingungen der geistigen Bildung wie der materiellen Entwicklung und politischen Macht. Eine an Volkszahl und Territorium beschränkte Nation, zumal wenn sie eine besondere Sprache hat, kann nur eine verkrüppelte Literatur, nur krüppelhafte Anstalten für Beförderung der Künste und Wissenschaften besitzen. Ein kleiner Staat kann innerhalb seines Territoriums nie verschiedene Produktionszweige zur vollständigen Ausbildung bringen. Bei ihm wird jeder Schutz zum Privatmonopol(!). Nur durch Allianzen mit mächtigeren Nationen, durch teilweise Aufopferung der Vorteile der Nationalität und durch übermäßige Kraftanstrengung vermag er seine Selbständigkeit notdürftig zu behaupten.“<sup>28</sup>

Manchem mag es schließlich paradox erscheinen, daß List, der in seiner politischen Laufbahn die Staatsverwaltung so herb kritisierte, ihr gleichwohl eine so wesentliche Funktion bei der Entwicklung des Wirtschaftslebens zuschrieb. Mir scheint, beides wird aus derselben Wurzel gespeist. Nur weil List in seiner Zeit aus eigener Anschauung wissen konnte, wie sehr eine schlecht ausgebildete Verwaltung das Wirtschaftsleben behindern, wie andererseits eine weitblickende Verwaltungselite dasselbe fördern kann, mußte er die verwaltungspraktische Stoßrichtung seines Programmes wählen, um ein wichtiges Hindernis, das seiner Ansicht der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege stand, zu beseitigen und durch einen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung zu ersetzen. Nicht Theorie, sondern praktische Anschauung und Erfahrung prägen das Werk Lists<sup>29</sup>, und seine Erfahrung war die eines Verwaltungspraktikers, denn dieses Fach, und nur dieses, hatte er von der Pike auf gelernt.

---

<sup>27</sup> Ebenda, S. 42.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 210f.

<sup>29</sup> Vgl. den Beitrag Gottfried *Eisermanns* in diesem Bande.





# Friedrich List als deutscher Industrialisierungsideologe. Beitrag zu einer wirtschaftshistorischen Wirkungsanalyse

Von *Karl Hardach*, Düsseldorf

Weder Zeitgenossen noch Nachwelt sind mit Friedrich List sonderlich gut verfahren<sup>1</sup>. Dogmenhistoriker und Wirtschaftshistoriker unserer Tage fügen sich ein. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber doch im Sinne einer gewissen Repräsentanz sei ein Blick in jüngere deutschsprachige Enzyklopädien<sup>2</sup> und wirtschaftsgeschichtliche<sup>3</sup> Lehrbücher, also in Publikationen für eine breitere Leserschaft, geworfen. Dabei soll zweierlei im Vordergrund stehen: im Kontext zu welchen wirtschaftshistorischen Phänomenen wird List erwähnt bzw. welche konkrete Wirkung wird ihm zugesprochen. Dieser Literaturdurchsicht folgt dann ein näheres Eingehen auf die Frage, ob ein Nationalismus Listscher Art als die deutsche Industrialisierungsideologie angesprochen werden kann.

In seinem engagierten Artikel im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“ schrieb der soziologisch-historische Nationalökonom Carl Brinkmann<sup>4</sup>, daß dessen lehrgeschichtliche Einordnung zwischen Abwertung und Überhöhung schwanke. Richtig gesehen, sei aber seine wissenschaftliche „Leistung eine echte Vorläuferin der modernen, dynamischen und soziologischen Vertiefung der Wirtschaftstheorie“. Brinkmann mahnte — wenn auch speziell bezüglich

---

<sup>1</sup> „Lists Tätigkeit, die vielfach mit Vokabeln wie gescheitert, vergeblich und verkannt belegt worden ist, soll hier (d. h. auf der Reutlinger Ausstellung ‚Friedrich List und seine Zeit‘, K. H.) im Gegensatz dazu als produktiv, einflußreich und wirkungsvoll dargestellt werden.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 7. 1989).

<sup>2</sup> Auf eine Behandlung des Artikels Friedrich List von Karl Theodor von *Eheberg*, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Band 6, Jena 1925, S. 361 - 364 wird verzichtet, doch sei dessen bezeichnendes Urteil erwähnt: „Mindestens ebensoviel wie für die volkswirtschaftliche Lehre hat List für das praktische Leben getan.“

Auch die entsprechenden Ausführungen im Wörterbuch der Volkswirtschaft, 4. Aufl., Band 3, Jena 1933, S. 811 - 815 bleiben unberücksichtigt; Ludwig *Elster* vermerkte dort: „Aber diese praktische Arbeit Lists kann hier nur erwähnt, nicht näher gewürdigt werden. Jedenfalls hat er sich sowohl als Theoretiker wie als Praktiker, vor allem auch als politischer Agitator die größten Verdienste um die Volkswirtschaftswissenschaft und um die Wirtschaftsgestaltung Deutschlands erworben und durch seine glänzenden Leistungen wegweisend gewirkt.“

<sup>3</sup> Als Wirtschaftshistoriker beschränke ich mich lediglich auf wirtschaftsgeschichtliche Werke, wobei drei Gruppen unterschieden werden sollen: 1. Gesamtüberblicke, 2. Darstellungen der Neuzeit, 3. Arbeiten über das 19. (und 20.) Jahrhundert.

<sup>4</sup> Carl *Brinkmann*, Art. Friedrich List, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 6, Göttingen 1959, S. 633 - 635.

listianischer sozialpolitischer Ideen — daß ihn „unsere Lehrgeschichte nicht vergessen“ sollte. Die entscheidende Ursache für die fortdauernde Verkennung Lists — so schrieb Brinkmann weiter —

„liegt paradoxerweise in der Tatsache, daß von allen deutschen Nationalökonomern, ja vielleicht von allen mit wissenschaftlichen Intentionen auftretenden Nationalökonomern der Neuzeit überhaupt, List den größten realen Einfluß auf das praktische Wirtschaftsgeschehen ausgeübt hat und noch immer ausübt.“

Diese recht umfassende Formulierung dürfte sich allerdings nicht auch auf Lists eigene Zeit beziehen, wie Brinkmann wortreich und etwas gewunden eingestand<sup>5</sup>.

In der Neuauflage des „Handwörterbuchs der Sozialwissenschaften“, im „Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft“, erhielt List keinen eigenen Artikel mehr und wurde unter den Vorläufern der Historischen Schule abgehandelt<sup>6</sup>. Dort war er für Günter Schmölders „ein in Wort und Schrift, in Idee und politischer Wirkung gewaltiger Einzelgänger“, dessen Bedeutung für die Wirtschaftswissenschaft in drei verschiedenen Bereichen liege:

„Einmal war er der große Vorkämpfer für einen *wirtschaftlichen Zusammenschluß der deutschen Staaten* zu einem geeinten Deutschland, zum anderen gehörte er zu den aktivsten *Förderern des Eisenbahnbaus* in Deutschland, aber auch in den Vereinigten Staaten, und schließlich hat er seinen Platz in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre durch die geniale Konzeption des *nationalen*, durch die Idee der Erziehungszölle und die Lehre von den ‚produktiven Kräften‘ gekennzeichneten *Systems der Volkswirtschaft* errungen.“<sup>7</sup>

Liest man diese Sätze richtig, dann handelt es sich in zwei Punkten (vereinigtes Wirtschaftsgebiet und Eisenbahnen) um Wirtschaftshistorisches, in einem Punkte (Theoretiker der wirtschaftspolitischen Intervention) um Dogmengeschichtliches. Wenn diese Wertung und Gewichtung zu recht besteht, würde man erwarten, daß in deutschen Lehrbüchern zur deutschen Wirtschaftsgeschichte Friedrich List ein bedeutender, wenn nicht ein Ehrenplatz zugesprochen wird. Durchsieht man diese studentenorientierten Werke aus wirtschaftswissenschaftlicher, historischer und auch aus marxistischer Feder, zeigt sich indessen überwiegend ein ganz anderes Bild.

<sup>5</sup> „Wie schon bei der politischen Auswertung dieses Werks (Das nationale System der politischen Ökonomie K. H.), besonders in dem von List in der Cottaschen Buchhandlung herausgegebenen ‚Zollvereinsblatt‘, die Höhe seines Standpunkts zwischen Handels- und Industrieinteressen, und innerhalb dieser zwischen Grundstoffherzeugern und Verarbeitern, ihn niemals zu entscheidendem Einfluß gelangen ließ, so sind die Versuche seiner letzten Jahre, die deutschen Großstaaten und schließlich den handelspolitischen Gegenspieler England selbst für sich zu gewinnen, immer wieder zwischen den Gegensätzen des preußischen und englischen Freihandels und des (in sich ebenfalls gespaltenen) österreichischen und ungarischen Protektionismus zerrieben worden.“ (Ebenda, S. 634f.)

<sup>6</sup> Günter *Schmölders*, Art. Historische Schule, Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Band 4, Stuttgart 1978, S. 69-73.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 70 (Kursivschrift im Original).

In Gesamtüberblicken der deutschen Wirtschaftsgeschichte, also solchen von der Vorzeit bis zum 20. Jahrhundert, begrenzt die Stofffülle ein ausführliches Eingehen auf Friedrich List. Einem so ausgewiesenen List-Kenner wie Carl Brinkmann<sup>8</sup> blieb nur Raum für eine ebenso knappe wie summarische Erwähnung<sup>9</sup>. Seine nahezu 200seitige „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ umfaßte allerdings auch die volle Länge der geschichtlichen Zeit von Vor- und Frühgeschichte bis zur Gegenwart und reichte geographisch weit über Deutschland hinaus. Auch der Sozialhistoriker Rolf Engelsing<sup>10</sup>, der auf rund 150 Seiten versuchte, „die bedeutenden Entwicklungen in zwei Jahrtausenden darzulegen“, mußte sich kurz fassen und konnte List nur am Rande erwähnen<sup>11</sup>.

Mehr Raum als diese beiden dünnen Büchlein hatten Friedrich Lütge<sup>12</sup> und Heinrich Bechtel<sup>13</sup> für ihre Gesamtschau. Lütge, Ordinarius für Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre, erwähnte in seiner ersten Auflage List lediglich im Zusammenhang mit der Eisenbahngeschichte<sup>14</sup> bzw. mit der

---

<sup>8</sup> Siehe seine Biographie: Friedrich List, Berlin 1949.

<sup>9</sup> „Es sind die Theorien von der unbegrenzten Entfaltungsmöglichkeit der nationalen ‚Produktivkräfte‘, mit denen um 1800 die Vereinigten Staaten und das napoleonische Frankreich gegen England auftraten und die dann von den großen, selbständigen Wirtschaftskernen Deutschlands, besonders dem Preußen Adam Müller, dem Badener Karl Friedrich Nebenius und dem Württemberger Friedrich List, fortgebildet wurden. Auch bei ihnen ergaben sich aus der Behandlung der Weltwirtschaft bedeutungsvolle Folgerungen für die der Binnenwirtschaft, nämlich umgekehrt wie bei den Freihandelslehrern auch innerhalb der Volkswirtschaft der Zweifel an der Endgültigkeit des Verhältnisses von Industrie und Landwirtschaft in den europäischen Staaten des 19. Jahrhunderts und der feste Glaube, daß unter dem Schutz des Staates nicht nur rückständige zu führenden Industrien, sondern auch alternde und hinter der Aufgabe nationaler Rohstoffversorgung zurückbleibende Landwirtschaften wieder zur Ergiebigkeitsstufe ihrer überseeischen Wettbewerber erzogen werden könnten.“ (Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 2. Aufl., Grundriß der Sozialwissenschaft Band 18, Göttingen 1953, S. 150).

<sup>10</sup> Rolf Engelsing, Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Hannover 1968, 156 S.

<sup>11</sup> „Sie (die Schutzzollpolitik des Bismarckreiches, K. H.) sollte Deutschland nicht vor weltwirtschaftlichen Einflüssen abschirmen wie die von Friedrich List in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts zugunsten der deutschen Textilindustrie empfohlene Einführung von Erziehungszöllen . . .“ (Ebenda, S. 131).

<sup>12</sup> Friedrich Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Ein Überblick, 1. Aufl., Berlin 1952, 433 S.

<sup>13</sup> Heinrich Bechtel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Wirtschaftsstile und Lebensformen von der Vorzeit bis zur Gegenwart, München 1967, 572 S. (zuvor in drei Bänden 1951, 1952 und 1956 erschienen).

<sup>14</sup> „So stießen die Vorschläge von Harkort und List, die die in dem neuen Verkehrsmittel gelegenen Möglichkeiten zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität und die sich daraus ergebende Aufgabe sehr deutlich erkannten, auf Widerspruch und Unverständnis.“

Dies bewirkte, daß die Eisenbahnen „erst schrittweise zu einem einheitlichen Netz ausgebaut wurden, das übrigens in seinen Grundzügen bereits 1831 von Friedrich List entworfen war“ (Ebenda, S. 365).

Zollpolitik des Kaiserreiches<sup>15</sup>. In der dritten, gut 200 Seiten stärkeren Auflage<sup>16</sup> fügte Lütge zweierlei über Friedrich List ein: dessen Vorschlag zur Investitionsfinanzierung<sup>17</sup> sowie einen Einblick in seine persönlichen Finanzen<sup>18</sup>.

Heinrich Bechtel, einer „soziologischen Betrachtung der geschichtlichen Wirtschaft“ verpflichtet, verstand „Wirtschaftsgeschichte als Stilgeschichte“ und richtete seinen Blick „auf den Menschen und sein Verhalten im Wirtschafts- und Sozialleben“<sup>19</sup>. Dementsprechend lehnte er die Verwendung der Wirtschaftsstufentheorien — darunter die von List — als durch die Einzelforschung überholt ab<sup>20</sup>. Er erwähnte List — neben anderen — als Fürsprecher einer von der vaterländischen Begeisterung nach den Freiheitskriegen getragenen zollpolitischen Vereinheitlichung Deutschlands<sup>21</sup>, doch

„war der Zollverein kein Werk der deutschen Volksbewegung, sondern der einzelstaatlichen, vor allem der preußischen Beamtenschaft“. Im Zollverein seien die Meinungen geteilt gewesen, ob man „sich zu einer Schutzzollpolitik im Sinne der Listschen Erziehungszölle für die Industrie oder zum Freihandel entschließen sollte“<sup>22</sup>. Für eine Förderung des Personenverkehrs habe sich seit 1827 Friedrich List eingesetzt, „weil er darin ein Mittel erblickte, Deutschlands Einheit herbeizuführen; die Bewohner der einzelnen Landesteile sollten sich näherrücken“<sup>23</sup>. „Weit vorausschauend entwarf Friedrich List 1833 ein großmaschiges deutsches Eisenbahnnetz. Jedoch vergingen . . . bis zum Flechtwerk eines dichteren Liniennetzes noch Jahrzehnte“<sup>24</sup>.

Als letztes Werk in der Kategorie „Gesamtüberblicke“ sei die „Deutsche Geschichte“ von Wilhelm Treue<sup>25</sup> genannt; zwar steht die Darstellung der politischen Geschichte im Vordergrund,

<sup>15</sup> „Aus dem Schutzzoll im Sinne eines Erziehungszolles, an den Friedrich List gedacht hatte, wurde immer mehr ein Erhaltungszoll“ (ebenda, S. 378), „während Friedrich List für die (jetzt ja erreichte Entwicklungsstufe) des ‚Industrie-Manufaktur-Handels-Staates‘ die Rückkehr zu Freihandel gefordert hatte!“ (Ebenda, S. 383).

<sup>16</sup> Berlin 1976, 644 S.

<sup>17</sup> „Die Anregung von Friedrich List, die Finanzierungsmittel für Industrie- und Eisenbahnbauten durch Ausgabe von Banknoten aufzubringen, wurde nicht weiter aufgegriffen.“ (Ebenda, S. 453).

<sup>18</sup> „Die Beamtengehälter werden noch zu Beginn des 19. Jhs. weitgehend in Naturalien gezahlt, offenbar namentlich in denjenigen Ländern, in denen es umfangreiche staatliche Domänen gab. Beispielsweise sei erwähnt, daß das Gehalt des 1817 zum Professor an der Universität Tübingen ernannten Friedrich List 1289 fl. betrug, das sich aus 372 fl. Bargeld, 5 Scheffel Roggen, 60 Scheffel Dinkel, 16 Scheffel Hafer, 10 Simri Erbsen, 4 Simri Linsen und 4½ Eimer Wein zusammensetzte.“ (Ebenda, S. 422).

<sup>19</sup> Ebenda, S. 6f.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 110. Daher verzichtete Bechtel auf deren Vorstellung.

<sup>21</sup> „Neben von Stein unterstützten auch Joseph von Görres und Friedrich List das Verlangen nach einer Einheit Deutschlands.“ (Ebenda, S. 315).

<sup>22</sup> Ebenda, S. 315, 318. Was mit Erziehungszoll gemeint ist, wird nicht dargelegt.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 320.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 321.

„aber natürlich ist es nicht möglich, sie deutlich werden zu lassen, ohne auch die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte im weitesten Sinne von Zeit zu Zeit in die Betrachtung einzubeziehen.“<sup>26</sup>

Dementsprechend bot Treue erstaunlich viele Fakten über Friedrich List an und gab ein sehr deutliches Urteil über dessen historische Rolle. Das liberale Staatslexikon sei „nach Lists Plan“ herausgegeben worden<sup>27</sup>; der „Widerhall, den Rotteck, Welcker und List im Norden fanden“, zeige, „daß der Liberalismus nicht auf den Süden beschränkt, sondern eine über ganz Deutschland sich ausdehnende Bewegung war.“<sup>28</sup> Ganz anders hingegen sah Treue Lists Einfluß auf die Handels- und Verkehrspolitik:

„Dagegen ist die Leistung Lists, der von Anfang an einen mitteleuropäischen Handelsverein empfahl und sich damit über alle politischen Gegebenheiten hinwegsetzte, für diese ganz von den Staaten und Regierungen vorgenommene handelspolitische Einigung (den Zollverein, K. H.) unbedeutend gewesen.“<sup>29</sup> bzw. „Daß die Lösung der grundsätzlichen Wirtschaftsfragen der Einheit, der Handelspolitik usw. im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Gesamtstruktur nur von den Regierungen vorgenommen werden konnte und diese sich von privaten Petitionen, Forderungen oder Vorschlägen nicht drängen ließen, hat Friedrich List zu seinem eigenen Leidwesen mehrfach in Fragen der Handels- und Verkehrspolitik erfahren müssen. Sein ‚Nationales System der politischen Ökonomie‘, das sich aus nationalpolitischen Überlegungen u. a. mit der Empfehlung von Erziehungszöllen gegen die Übernahme der britischen Freihandelspolitik wandte und die Schaffung eines geschlossenen mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes empfahl sowie eine wirkliche Wirtschaftspolitik für nötig erklärte, entsprach zwar wirtschaftstheoretisch dem Wunsch des Volkes nach politischer Einheit, mußte aber sowohl politisch den Tendenzen der Regierungen wie wirtschaftlich denen der Bürokratie widersprechen.“<sup>30</sup> Bezüglich „Lists Verkehrsfantasien und -prophezeihungen“<sup>31</sup> schrieb Treue: „in allen deutschen Staaten wurden zahlreiche Eisenbahnlinien geplant, gebaut und betrieben, die zwar meist an den Staatsgrenzen ihr Ende fanden, so daß von Friedrich Lists ‚Deutschem Eisenbahnsystem‘, das er in der ersten Begeisterung genial auf der Landkarte entworfen hatte, keine Rede sein kann.“<sup>32</sup> Eigentlich setzte sich Friedrich List erst im Bismarckreich durch: „Seit 1877 war im Zusammenhang mit der Wirtschaftsdepression eine Abkehr auch der öffentlichen Meinung vom Liberalismus zu verspüren. Adam Smith verlor schnell an Geltung, während Friedrich List ein Menschenalter nach seinem Verzweigungstod schnell steigendes Ansehen gewann.“<sup>33</sup>

---

<sup>25</sup> Wilhelm *Treue*, *Deutsche Geschichte, Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 3. Aufl., Stuttgart 1965, 828 S.

<sup>26</sup> Aus dem Vorwort, ebenda S. VIII.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 518.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 522.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 526.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 538.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 528.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 683 f.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 630.

Treue rundete gewissermaßen sein allgemein skeptisches Urteil über die zeitgenössische Wirkung Friedrich Lists ab, wenn er bei Behandlung der prinzipiell schutzzöllnerischen Außenhandelspolitik Frankreichs schrieb, daß

„die theoretischen Studien von J. B. Say und seinen Schülern zunächst so wenig praktische Folgen hatten wie die gleichzeitigen von Friedrich List.“<sup>34</sup>

In seiner „Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit“<sup>35</sup>, die hier den Übergang zur zweiten Gruppe von Darstellungen bilden soll, nämlich solchen, die nur die Neuzeit umfassen, berichtete Treue über List weniger, wenn auch anderes als in seiner „Deutschen Geschichte“. Eigentlich schrieb er nur über List und das Ausland: Seit den siebziger Jahren habe in schnell zunehmendem Ausmaße ein neuer politischer, mit Hilfe der Ideen von List<sup>36</sup> und der Engländer Carlyle, Dilke und Seeley wirtschaftlich sich ausformender Nationalismus das Leben der Völker bestimmt, wobei die kolonialen Ideen „von dem sozialen Theoretiker eines neuen Imperialismus, Thomas Carlyle, dem in Deutschland Friedrich List entsprach“ besonders erwähnt werden<sup>37</sup>. In Rußland sei der Finanzminister Witte „ein Schüler Friedrich Lists“<sup>38</sup> gewesen, unter dem die russische Zollpolitik „gänzlich in die erziehungszöllnerische und nationalistische Richtung Listscher Art“ geraten sei<sup>39</sup>. Über List und das Verkehrswesen erwähnte Treue zweierlei: einmal dessen 1831 in der Revue Encyclopédique veröffentlichten verlockenden Plan eines nationalen französischen Eisenbahnnetzes, aus dem nichts wurde<sup>40</sup>, und zum anderen die deutschen Eisenbahnbauten, die „trotz Lists Entwurf zu einem nationalen Bahnsystem von 1831 und seinem Aufsatz von 1837 ganz unter territorialstaatlichen Gesichtspunkten vorgenommen“ wurden<sup>41</sup>. Diese beschränkte Behandlung Lists in seiner „Wirtschaftsgeschichte“ sowie seine dezidierten Bewertungen in seiner „Deutschen Geschichte“ lassen Treues Beurteilung der historischen Rolle Lists deutlich erkennen. Auch sein — aus systematischen Gründen weiter unten zu behandelnder — Lehrbuchaufsatz fügt sich in dieses Bild ein.

Wesentlich ausführlicher referierte der Historiker Hans Hausherr<sup>42</sup> in seiner zuerst in der DDR erschienenen „Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit“ über

<sup>34</sup> Ebenda, S. 465.

<sup>35</sup> Wilhelm *Treue*, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Das Zeitalter der technisch-industriellen Revolution 1700 bis 1966*, 2. Aufl., Stuttgart 1966, 821 S.

<sup>36</sup> In diesem Zusammenhang verweist *Treue* (ebenda, S. 424) auf die Übersetzung des Nationalen Systems im Jahre 1885. Dieser Ausgabe von S. S. Lloyd ging allerdings die von G. A. Matile in Philadelphia 1856 voraus. (William Otto *Henderson*, *Friedrich List, Economist and Visionary 1789-1846*, London 1983, S. 260).

<sup>37</sup> Ebenda, S. 411, 443.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 634.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 635.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 490.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 544.

<sup>42</sup> Hans *Hausherr*, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts*, 3. Aufl., Köln 1960, 544 S. (1. und 2. Aufl. Weimar 1954 bzw. 1965).



Friedrich List und räumte ihm sogar einen mehrseitigen Abschnitt ein<sup>43</sup>. Dessen Betitelung mit „Das nationale System der politischen Ökonomie“ entsprach Hausherrns Absicht, theoretische Konzepte einzubringen<sup>44</sup>, was er durch entsprechende Darstellungen auch der klassischen, marxistischen und französischen Ökonomen unterstrich, bezeugte aber eindeutig, daß hier Dogmengeschichte und nicht Wirtschaftsgeschichte geboten wurde, zumal eine Verknüpfung kaum gelang. Nach einer Schilderung von Lists Werde- und Bildungsgang — entsprechend dessen Einleitung im „Nationalen System“ — folgte eine ausführliche Darlegung seiner Hauptthesen samt der Bewertung:

„Das war ein genialer neuer Aufriß der gesamten Wirtschaftstheorie, geboren aus der Situation, in der sich Deutschland zwischen 1815 und 1848 befand.“<sup>45</sup> Indessen: „Thünen, Rodbertus, List galten wenig in ihrem Vaterlande. . . Auch Karl Marx war vorerst das gleiche Schicksal beschieden.“<sup>46</sup>

Lists wirtschaftspolitischen Einfluß beurteilte Hausherr gleichfalls eher skeptisch. Er erwähnte zwar kurz Lists Rolle als aktiv Beteiligter am frühen sächsischen Bahnbau und seine genialen Entwürfe für ein französisches (1831) bzw. deutsches Eisenbahnsystem (1833)<sup>47</sup>, schrieb aber, die Listschen Ziele

„verwirklichte der Zollverein seiner Tage nur zu einem geringen Teil. Weder hat er die ganze Nation zusammenfassen können, noch war er bereit, die Schutzzölle zu gewähren, die List forderte.“ bzw. „doch ging die wirtschaftliche Entwicklung seines Volkes andere Wege als die von ihm gewiesenen.“<sup>48</sup>

Allerdings habe „die spätere Zukunft seinem Willen den Ruhm nicht versagt“<sup>48</sup>, und es seien die an Schutz interessierten Branchen „Frankreichs, Deutschlands, Österreichs, Rußlands, Amerikas“ gewesen, bei denen Lehren Anklang fanden, „wie sie am mächtigsten Friedrich List verkündet hatte.“<sup>49</sup>

Die dritte und wichtigste Gruppe an durchgesehenen Publikationen ist die, wo das Schwergewicht ganz oder in sehr starkem Maße auf dem 19. Jahrhundert liegt. Das „Handbuch der Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ informiert in seinem knapp 1000seitigen zweiten Band „Das 19. und 20. Jahrhundert“<sup>50</sup> ausgesprochen dürftig über Friedrich List. Falls seinem Personenregister voll zu trauen ist, was man aus Zeitökonomie wohl muß, wird List nur dreimal benannt. Im Artikel „Staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik und öffentliche Finanzen 1800-1970“ schrieb Wolfgang Zorn<sup>51</sup>:

<sup>43</sup> Ebenda, S. 402-407.

<sup>44</sup> „Mir schien es angemessen, zwar die Wirtschaftstheorie gebührend zu berücksichtigen, sie aber von der Wirklichkeit her zu betrachten, nicht umgekehrt.“ (Im Vorwort, S. XI).

<sup>45</sup> Ebenda, S. 405.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 407.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 429 f.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 406.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 456.

<sup>50</sup> Hrsg. Wolfgang Zorn, Stuttgart 1976.

„Der auf der Frankfurter Messe 1819 von Kaufleuten gegründete, von dem Tübinger Professor der Staatsverwaltungspraxis Friedrich List (1789 - 1846) publizistisch vertretene Handels- und Gewerbe-Verein für die deutsche Zolleinheit und Schutzzölle wurde unterdrückt.“ Des weiteren: „Der englische Begriff der ‚Political Economy‘ wurde in der deutschen Übersetzung von Ricardo (1821) mit ‚Staatswirtschaft‘, in der von J. Mill (1824) mit ‚Nationalökonomie‘ wiedergegeben. Inzwischen gewann aber unter der Parole ‚Los von England‘ die Lösung Lists immer größeren Widerhall, im Interesse einer Entwicklung der deutschen Produktivkräfte und besonders des Großgewerbes der ‚kosmopolitischen‘ Ökonomie Smiths und Ricardos eine in neuem Sinne ‚politische‘ (A. Blanqui) und realistisch-historische Wirtschaftslehre entgegensetzten. List, vom König von Württemberg nur für Auswanderung nach den USA aus der Haft entlassen, seit 1830 amerikanischer Konsul in Leipzig, konnte die Zollvereinsgründung ebenso mit als seinen Erfolg ansehen wie den Beginn des deutschen Eisenbahnverkehrs seit 1835, gelangte aber in Deutschland zu keinem öffentlichen Amt mehr. Als Mitarbeiter der Augsburger ‚Allgemeinen Zeitung‘ veröffentlichte er 1841 sein Hauptwerk, das (unvollendete) ‚Nationale System der politischen Ökonomie‘; es zeigte eine Mischung deutschromantischer und liberaler Züge und einen offenen Blick für die sozialpolitischen Schwächen der klassisch-liberalen Ökonomie.“<sup>52</sup>

Im Artikel „Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1800-1850“ vermerkte Hermann Kellenbenz lediglich:

„Stand hinter der Nürnberg-Fürther Bahn die Initiative des Nürnberger Bürgermeisters Johannes Scharrer, so war in Sachsen Friedrich List die treibende Kraft.“<sup>53</sup>

Das „Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ erwähnte in seinem fünften Band, der von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg führt<sup>54</sup>, Friedrich List nicht. Der hier wohl relevantere vierte Band (Von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts) liegt noch nicht vor. Unberücksichtigt blieb Friedrich List auch in den Lehrartikeln von Knut Borchardt<sup>55</sup>. Dieser analysierte nach Art der Wirtschaftswissenschaftler und bot eine nahezu völlig personenfremde Wirtschaftsge-

<sup>51</sup> Ebenda, S. 149.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 151 (Daß List subjektiv etwas „mit als seinen Erfolg ansehen konnte“, ist hier weniger interessant als Zorns Meinung davon; ein Zusatz „mit Recht“ oder „zu Unrecht“ wäre erhellender gewesen.).

<sup>53</sup> Ebenda, S. 370.

<sup>54</sup> Wolfram Fischer (Hrsg.), Stuttgart 1985 (darin: „Deutschland 1850-1914“ von Wolfram Fischer).

<sup>55</sup> Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte, W. Ehrlicher u. a. (Hrsg.), Kompendium der Volkswirtschaftslehre, 1. Aufl., Göttingen 1967; The Industrial Revolution in Germany 1700-1914, Carlo M. Cipolla (Hrsg.), The Fontana Economic History of Europe, Band IV, The Emergence of Industrial Societies, London 1972 (in der deutschen Ausgabe von C. M. Cipolla und K. Borchardt (Hrsg.), Entwicklung der industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1977, als „Die Industrielle Revolution in Deutschland 1750-1914“); Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1978 (im Vorwort Verweis auf die erste Fassung im obengenannten Kompendium).

schichte<sup>56</sup>, so daß List gar nicht vorkommen konnte<sup>57</sup>. Auch die etwa 150seitige Studie von Helmut Böhme, „Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert“<sup>58</sup>, — nach Art und Ausstattung auf ein breiteres Publikum gerichtet — verzichtete völlig auf eine Erwähnung Lists<sup>59</sup>.

Friedrich-Wilhelm Henning brachte in seinem Lehrbuch<sup>60</sup> nur ganz knappe Hinweise auf Friedrich List, die dank eines leserfreundlichen Personenregisters leicht zu finden waren<sup>61</sup>. Das Handels- und Zollgesetz Preußens von 1818 wäre von den meisten Gewerbetreibenden als zu freihändlerisch bekämpft worden.

„Ihre Forderungen wurden von Friedrich List inspiriert und unterstützt: Die deutschen Staaten sollten (als Beginn der Nationalstaatwerdung) ein einheitliches Zollgebiet bilden, das sich nach außen durch hohe Schutzzölle (Erziehungs- und Anpassungszölle) gegen die internationale Konkurrenz absichert“<sup>62</sup>.

Und weiter: „Als sich trotz dieses Ansatzpunktes (d. h. des eben genannten Gesetzes, K. H.) keine Weiterentwicklung zeigte, gründeten zahlreiche Kaufleute (insbesondere auch produktionsinteressierte Verleger) aus verschiedenen Teilen Deutschlands unter dem Einfluß von Friedrich List während der Ostermesse in Frankfurt am Main 1819 einen ‚Deutschen Handels- und Gewerbs-Verein‘ mit dem erklärten Ziel, die wirtschaftspolitischen Schranken in Deutschland aufheben zu lassen. Eine vom Deutschen Bund erwartete Reaktion unterblieb (Metternich-Politik).“<sup>62</sup>

Im Rahmen der Handelspolitik des Zollvereins erwähnte Henning, daß Friedrich List industrielle Schutzzölle Erziehungszölle nannte<sup>63</sup>.

Ansonsten gab es nur noch einen Hinweis auf Lists Rolle bei der Entwicklung des Eisenbahnwesens:

---

<sup>56</sup> Allerdings wurden im „Grundriß“ von 1978 genannt: F. Quesnay (S. 23, 29), Adam Smith (S. 14), Newton (S. 38).

<sup>57</sup> Demgegenüber erwähnte K.-H. *Hansmeyer*, Lehr- und Methodengeschichte im obenerwähnten Kompendium, S. 491, daß „das ‚Nationale System‘ die theoretische Grundlage des Deutschen Zollvereins“ wurde.

<sup>58</sup> Suhrkamp-Paperback, Frankfurt 1968.

<sup>59</sup> Lediglich auf S. 16 im Rahmen einer Skizzierung von W. W. Rostows Wirtschaftsstadienkonzept findet sich der Hinweis, daß dies „auf die ältere historische Schule eines List, Roscher, Bücher und Marx“ zurückgehe. Indessen schrieb *Böhme* keineswegs eine personenlose Geschichte, wie seine Aufführung vieler wirtschaftsgeschichtlich relevanter Persönlichkeiten beweist (S. 33f., 39, 51, 54f., 63, 66).

<sup>60</sup> Friedrich-Wilhelm *Henning*, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914, Paderborn 1973, 304 S.

<sup>61</sup> Sein ergänzendes, branchenspezifisches Studienbuch, nämlich „Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, 1750 bis 1976“, Paderborn 1978 enthielt nur einen kurzen Hinweis auf Friedrich List (S. 163), daß dieser schon in den 1840er Jahren auf die Ausdehnung des inländischen Agrarmarktes durch die sich entwickelnde Industrie sowie auf die zu erwartende amerikanische Konkurrenz auf dem englischen Nahrungsgütermarkt, dem Hauptabsatzmarkt deutscher Getreideexporte, hingewiesen habe.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 89.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 169.

„Friedrich List, der 1833 sogar einen Plan für ein die wichtigsten Teile Deutschlands verbindendes Bahnsystem entwarf, das in etwa mit dem wirklichen Ausbau des Jahres 1855 übereinstimmte . . .“<sup>64</sup>

Hermann Kellenbenz führte in seinem Lehrbuch<sup>65</sup> Friedrich List mit einer dogmenhistorischen Charakterisierung ein<sup>66</sup>, um im weiteren Verlauf dessen praktischen Wirken vorzustellen: Friedrich List habe für den 1819 gegründeten Handels- und Gewerbeverein publizistisch gewirkt, doch wurde dieser unterdrückt<sup>67</sup>.

„Das Erscheinen von Friedrich Lists Werk ‚Das nationale System der politischen Ökonomie‘ im Jahre 1841 rief heftige Diskussionen zwischen den Anhängern der Schutzzollpolitik und den Vertretern des Freihandels hervor. . . Die Frage blieb vorläufig ungelöst, . . .“<sup>68</sup>

Friedrich List sei „die treibende Kraft“ bei der Dresden-Leipziger Bahn gewesen und „war von Anfang an für ein einheitliches deutsches Eisenbahnwesen.“<sup>69</sup>

Der Ost-Berliner Wirtschaftshistoriker Hans Mottek<sup>70</sup>, der — dank der zeitlich stärker begrenzten Reichweite seines Lehrbuchs — relativ viel Platz zur Verfügung hatte, berichtete sehr ausführlich über Friedrich List und — was

---

<sup>64</sup> Ebenda, S. 160.

<sup>65</sup> Hermann *Kellenbenz*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs*, München 1981, 544 S.

<sup>66</sup> „Aus einer intensiven Beschäftigung mit der klassischen Theorie und einer daraus folgenden Kritik erwuchs die historische Schule der Nationalökonomie. An ihren Anfängen stehen Adam Müller und Friedrich List, . . . Der Schwabe List lernte von Smith und Say, sammelte aber, nachdem er seinen Tübinger Lehrstuhl verloren und eine politische Haftstrafe verbüßt hatte, in Amerika praktische Erfahrungen, die ihn die besondere Situation Deutschlands und die Notwendigkeit erkennen ließen, der englischen kosmopolitisch eingestellten Freihandelslehre ein ‚Nationales System der politischen Ökonomie‘ entgegenzusetzen. So lautete der Titel seines unvollendet gebliebenen Werks, das er 1841 als Mitarbeiter der Augsburger ‚Allgemeinen Zeitung‘ veröffentlichte. In diesem nationalen System war der wichtige Begriff des Erziehungszolls verankert. Er sollte es einer nationalen Wirtschaft erlauben, die einheimische Industrie so zu entwickeln, daß ihre Produkte mit den ausländischen konkurrenzfähig würden. Seiner Stufentheorie — ‚wilder Zustand, Hirtenstand, Agrikulturstand, Agrikultur-Manufakturstand, Agrikultur-Manufaktur-Handelsstand‘ — fehlte freilich noch die nötige Tiefe; ihm ging es im wesentlichen um wirtschaftspolitische Perspektiven, wobei ihm England nicht nur als Konkurrent erschien, sondern auch als Modell vorschwebte. Immerhin führte die Stufentheorie einen außerordentlich fruchtbaren Gedanken in die Diskussion ein, . . . nämlich daß es dem Staat möglich sein müsse, die Wirtschaft in gerechter Weise zu lenken. Damit war eine Richtung eingeschlagen, die vom historischen Liberalismus der Behörden wieder wegführte.“ (Ebenda, S. 15).

<sup>67</sup> Ebenda, S. 59.

<sup>68</sup> Ebenda, S. 61.

<sup>69</sup> Ebenda, S. 111, 125.

<sup>70</sup> Hans *Mottek*, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung*, Berlin 1964, 296 S.

besonders auffällt — zögerte nicht vor ganz klaren Bewertungen seiner historischen Rolle. Er kennzeichnete ihn als „einen bedeutenden Propagandisten, der (die schutzzöllnerische) Sache mit Energie verfocht und ihr neue Argumente lieferte“<sup>71</sup>. „Das Verdienst Friedrichs Lists“ habe im Nachweis eines notwendigen, wenn auch nur zeitweiligen Zollschutzes für die deutsche Industrie bestanden und „im Ergebnis dieser Auseinandersetzungen“ sei es zu den Zollerhöhungen von 1844/46 gekommen<sup>72</sup>. „Die historische Bedeutung“ des von List gegründeten Handels- und Gewerbevereins sah Mottek<sup>73</sup> „vor allem darin, daß er die erste Kampforganisation der deutschen Bourgeoisie darstellte . . .“; allerdings kam es zum „Zusammenbruch des Listschen Vereins der Kaufleute und Fabrikanten“ infolge des Interessengegensatzes zwischen Freihandel und Zollschutz bzw. nicht zu der geforderten „Herstellung der Zolleinheit, der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“<sup>74</sup>. Friedrich List, „in mancher Hinsicht Vorkämpfer der deutschen Bourgeoisie“, gab nicht nur

„den Forderungen und Gedanken Ausdruck . . ., die innerhalb der Bourgeoisie schon vorhanden waren. Vielmehr bestand seine Bedeutung vor allem darin, breiten Kreisen des Bürgertums ihr objektiv vorhandenes Interesse in bestimmter Richtung erst deutlich gemacht zu haben, dabei eben auch besonders ihr objektives Interesse am Zustandekommen eines Zollvereins.“<sup>75</sup> „Gerade darum war die Tätigkeit Lists bei der Verbreitung der Idee des Deutschen Zollvereins und bei der Zusammenfassung besonders weiterblickender industrieller Bourgeois so wichtig.“<sup>75</sup> Trotz anfänglichen Scheiterns blieb „diese Bewegung für eine Zolleinheit und damit auch die Listsche Agitation keineswegs ohne Ergebnisse. Ihr erstes wichtiges Ergebnis war der 1828 zwischen Bayern und Württemberg zustande gekommene Zollverein. Ein zweites, nicht minder wichtiges Ergebnis war . . .“<sup>75</sup>

der preußisch-hessen-darmstädtische Zollverein vom selben Jahr. Auch beim Eisenbahnbau war es nötig, „der Bourgeoisie, dem einzelnen Bourgeois zur Erkenntnis des eigenen ökonomischen Interesses zu verhelfen“<sup>76</sup>. Unter der Vielzahl solcher Propagandisten habe sich auch Friedrich List gefunden;

„vor allem Friedrich List hat dabei nachgewiesen, daß der Unterschied in der ökonomischen Situation zwischen Deutschland und England den Bau von Eisenbahnen in Deutschland nur noch dringender machte.“<sup>76</sup> „Dabei ließ sich Friedrich List nicht nur vom bloßen Gewinnstreben, sondern vor allem von dem Wunsche leiten, dadurch — ebenso wie bei der Propagierung des Zollvereins — etwas Entscheidendes für Deutschlands ökonomische Entwicklung, für die Überwindung seiner ökonomischen Rückständigkeit zu tun.“<sup>76</sup>

---

<sup>71</sup> Ebenda, S. 53.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 54.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 58.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 59.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 60.

<sup>76</sup> Ebenda, S. 153.

Mottek<sup>77</sup> bezeichnete Lists Darlegungen ‚Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems und insbesondere über die Anlegung einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden‘ als „eine Schrift, die auf das wirtschaftliche Geschehen viel mehr als irgendeines seiner anderen ökonomischen Werke gewirkt hat“. List habe zur raschen Aktienzeichnung der Leipzig-Dresdner Bahn beigetragen; das Interesse an den Eisenbahnen wurde dadurch so gesteigert, daß es „die Grundlage für die erste Welle der Eisenbahnaktienspekulation“ schuf<sup>78</sup>. Schließlich merkte Mottek<sup>79</sup> noch an, daß sich „in einem begrenzten Umfang sogar in einem Teil der Schriften von Friedrich List“ gewisse Sympathien für den staatlichen Eisenbahnbau fänden.

Zuletzt soll noch einmal Wilhelm Treue mit seinem längeren und stärker spezialisierten Lehrbuchaufsatz zu Wort kommen<sup>80</sup>. In diesem brachte er aus seinen oben behandelten Publikationen im wesentlichen bereits Bekanntes<sup>81</sup>, aber auch einige zusätzliche Informationen über Friedrich List<sup>82</sup>. Sein sehr deutliches Urteil über Lists zeitgenössische Wirkung behielt er bei:

„Lists Bittschrift der ‚deutschen Kaufleute und Fabrikanten‘ um Aufhebung der Zölle in Deutschland und Aufstellung eines deutschen, auf dem Prinzip der Retorsion beruhenden Zollsystems gegen die angrenzenden Staaten konnte den Bundestag und die Fürsten, die er 1819/20 aufsuchte (u. a. Kaiser Franz), nicht beeindruckten. List ist damals und später aus nationalpolitischen Gründen häufig überschätzt worden. Sein Verein blieb in der Zeit politischer Restauration und Reaktion ohne Wirkung und

<sup>77</sup> Ebenda, S. 157.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 159.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 162.

<sup>80</sup> Wilhelm *Treue*, *Gesellschaft, Wirtschaft und Technik Deutschlands im 19. Jahrhundert*, Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, Band 3, 9. Aufl., Stuttgart 1970, S. 376-541.

<sup>81</sup> Lists 1837 geäußelter grenzenloser Enthusiasmus gegenüber der Eisenbahnidee (nämlich den Wohlstand hebend, die Kultur demokratisierend und den Menschen in „ein unendlich glücklicheres, vermögenderes, vollkommeneres Wesen“ verwandelnd) und sein Entwurf eines nationalen Bahnsystems von 1831, der „der Erfüllung politischer Grundvoraussetzungen weit vorausseilte.“ (Ebenda, S. 503f.). Seit den späten 1870er Jahren verlor Adam Smith „mit seiner an Großbritannien entwickelten Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie rasch an Geltung, während der zum mitteleuropäischen Nationalismus (sic, K.H.) neigende Friedrich List . . . steigendes Ansehen gewann.“ (Ebenda, S. 523f.)

<sup>82</sup> Schon 1844 habe List den deutschen Landwirten empfohlen, sich künftig auf den mit der Industrialisierung sich weitenden Binnenmarkt statt auf den Agrarexport zu konzentrieren; „er prophezeite also richtig die Wechselwirkung der ‚beiden produzierenden Nahrungsstände.“ (Ebenda, S. 396; vgl. Fußnote 61).

Es habe einen gegen Lists Deutschen Handels- und Gewerbeverein von 1819 gerichteten württembergischen Verein für Handel und Gewerbe vom gleichen Jahr gegeben; auch mit wegen „Lists ungeschickter Propaganda“ hätten die Hansestädte, insbesondere Hamburg, von einer deutschen Zolleinheit wenig wissen wollen; im Gefolge der französischen Nationalausstellung von 1819 habe auch List für die Veranstaltungen großer deutscher Landesausstellungen in Leipzig und Frankfurt agitiert, „doch auch hier folgte man nicht Lists Vorschlägen.“ (Ebenda, S. 417, 441f.)



mußte die Neuregelung der Verhältnisse der staatlichen, d. h. fürstlichen Initiative überlassen. Das Volk war an der Entwicklung, die zum Zollverein führte, nicht beteiligt, und List selbst hat wirtschaftspolitisch durch seine Werke nach 1871 mehr gewirkt als vor seinem Tode (1846)<sup>83</sup> bzw. „Der Streit um die wirtschaftliche Vormacht . . . war mit Königgrätz im kleindeutschen Sinne entschieden. Bereits vorher aber hatte sich erwiesen, daß eine rein wirtschaftliche Verständigung und Vereinigung Preußens und Österreichs sowenig möglich war wie eine politische, die nicht auf der Herrschaft des einen Teils über den anderen beruhte. Friedrich Lists ‚Nationales System der politischen Ökonomie‘ . . . hat . . . diese politischen Entwicklungen nicht beeinflußt.“<sup>84</sup>

Statt aus dem bisher Aufgeführten ein Fazit zu ziehen, soll einiges aus einem in diesem Jahr erschienenen Buch gebracht werden, was in eine ähnliche Richtung zielt. So schreibt Eugen Wendler<sup>85</sup>, daß Lists Ideen „nur vereinzelt studiert und umgesetzt wurden“<sup>86</sup>, daß „Lists Wirkungsgeschichte in politischer und nationalökonomischer Hinsicht“ — weder in partiellen Untersuchungen noch in Gesamtdarstellungen — „hinreichend erforscht“ worden ist<sup>87</sup>, und daß „Lists Platz in der politischen Geschichte der Deutschen und in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft immer noch umstritten“ und „selbst in wissenschaftlichen Fachkreisen . . . in weitgehende Vergessenheit geraten“ ist<sup>88</sup>. Wendlers Bemerkung, „daß List alles andere als ein engstirniger Nationalist war“<sup>89</sup>, eignet sich gut als Überleitung zur Frage, ob denn ein Nationalismus Listscher Art als die deutsche Industrialisierungsideologie angesprochen werden kann<sup>90</sup>.

Das Wort „Industrialisierungsideologie“ stammt vom 1978 verstorbenen Nestor der europäischen Wirtschaftsgeschichte in den Vereinigten Staaten,

---

<sup>83</sup> Ebenda, S. 413.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 418.

<sup>85</sup> Eugen *Wendler*, Friedrich List, Politische Wirkungsgeschichte des Vordenkers der europäischen Integration, München 1989.

<sup>86</sup> „Sein ganzes Leben lang mühte er sich als sachkundiger Prophet, dessen Lehren im eigenen Land kaum gehört und noch weniger verstanden wurden.“ (Ebenda, S. 8 und 15).

<sup>87</sup> Ebenda, S. 7f.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>89</sup> Ebenda, S. 15. [Prof. *Wendler* betonte auch in der Diskussion, daß List weder Nationalist, Imperialist oder gar Rassist gewesen sei, und verwies auf entsprechend positive Beurteilungen in jüngsten ausländischen Publikationen.]

Roman Szporluk, *Communism and Nationalism, Karl Marx versus Friedrich List*, New York 1988, S. 128: “There is no trace of racism in List’s world view, and in this regard he was not only separated from the Nazis by an unbridgeable chasm, but he strikingly differed from his German nationalist contemporaries.”

K. *Tribe*, Friedrich List, *The New Palgrave, A Dictionary of Economics*, London 1987, Band 3, S. 218: “Importantly, List now placed his arguments in a general conception of the civilizing process of international trade, underlining the fact that his opposition to free trade was by no means a narrowly nationalistic one.”

<sup>90</sup> Vor etwa anderthalb Jahrzehnten habe ich in einem kurzen Referat Entsprechendes gefragt: Nationalismus — Die deutsche Industrialisierungsideologie?, Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Heft 26, Köln 1976.



Alexander Gerschenkron<sup>91</sup>. Er meinte, während des Industrialisierungsprozesses einiger europäischer Länder bestimmte Industrialisierungsideologien feststellen zu können: Im Falle Englands habe der ökonomische Liberalismus diese Funktion erfüllt, in Frankreich der Saint-Simonismus, in Rußland der Marxismus, in Deutschland ein „ismus“, den Gerschenkron „nationalism“ nennt<sup>92</sup>.

Diese verschiedenen „ismen“ hätten — so Gerschenkron — die emotionellen und intellektuellen Räder der Industrialisierung geschmiert. Er sagte „geschmiert“, von „In-Gang-Setzen“ ist wohlgemerkt nicht die Rede<sup>93</sup>. Gerschenkron schrieb, wörtlich übersetzt:

„Um die Schranken der Stagnation in einem rückständigen Land zu durchbrechen, um die Vorstellungskraft der Menschen anzufachen und ihre Energien in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung zu stellen, ist eine stärkere Medizin nötig als das Versprechen einer besseren Allokation der Ressourcen oder eines niedrigeren Brotpreises“. Er fuhr fort: „Unter solchen Bedingungen (der Rückständigkeit, K. H.) benötigt sogar der Geschäftsmann, sogar der wagende und innovierende Unternehmer klassischen Typs einen stärkeren Anstoß als die Aussicht auf hohe Gewinne. Was nötig ist, um die Berge der Routine und der Voreingenommenheit hinwegzuräumen, ist das Vertrauen darauf, daß — in den Worten Saint-Simons — das Goldene Zeitalter nicht in der Vergangenheit, sondern erst in der Zukunft der Menschheit liegt“.<sup>94</sup>

Unter „Ideologie“ verstand Gerschenkron nicht ein anspruchsvolles Ideengebäude auf breiter philosophischer Basis, sondern eher einige in der Luft liegende Vorstellungen oder die gängigen Ansichten der Zeitgenossen. Die Probleme des schillernden Begriffs „Ideologie“ kannte er sehr wohl<sup>95</sup>; dennoch oder gerade

<sup>91</sup> Alexander *Gerschenkron*, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, A Book of Essays, Cambridge, Mass. 1962 (Nachdruck 1966).

[Prof. *Streibler* verwies in der Diskussion auf die Wiener Studienzeit Gerschenkrons und die ausgeprägt anglophile Einstellung der Österreichischen Schule sowie auf Lists positive Resonanz bei den Ungarn.]

<sup>92</sup> “In studying the periods of rapid initial industrialization of the major countries in Europe, one does not find it too difficult to discern some specific industrialization ideologies under the auspices of which the development proceeded: economic liberalism in England, Saint-Simonism in France, nationalism in Germany, Marxism in Russia of the nineties, all seem to have performed a function in the process and to have performed it well.” (Ebenda, S. 86).

<sup>93</sup> “In conditions of Russian ‘absolute’ backwardness, again, a much more powerful ideology was required to grease the intellectual and emotional wheels of industrialization than either in France or in Germany.” (Ebenda, S. 26).

<sup>94</sup> “To break through the barriers of stagnation in a backward country, to ignite the imaginations of men, and to place their energies in the service of economic development, a stronger medicine is needed than the promise of better allocation of resources or even of the lower price of bread. Under such conditions even the businessman, even the classical daring and innovating entrepreneur, needs a more powerful stimulus than the prospect of high profits. What is needed to remove the mountains of routine and prejudice is faith — faith, in the words of Saint-Simon, that the golden age lies not behind but ahead of mankind.” (Ebenda, S. 24).

<sup>95</sup> “Nowadays it (the term ideology, K. H.) flows from tongue and pen unhesitatingly. Yet its meaning is still somewhat unstable.” (Alexander *Gerschenkron*, *Reflections on*

deswegen umschrieb er „Industrialisierungsideologie“ lediglich als ein — nicht notwendigerweise sonderlich konsistentes — System von Überzeugungen/Meinungen bzw. Zielsetzungen sowie mit den maßgebenden ideologischen Rechtfertigungen oder Beweggründen wirtschaftlichen Handelns<sup>96</sup>. Dabei würde eine Industrialisierungsideologie in ihrer relativen Stärke dem relativen ökonomischen Entwicklungsstand eines Landes entsprechen und von wirtschaftlichen Argumenten oder von sozio-politischen Überlegungen getragen sein bzw. einer behaupteten historischen Gesetzmäßigkeit entsprechen<sup>97</sup>. Möglicherweise genügt zum Verständnis Gerschenkrons das, was bei Theodor Geiger über „Ideologie“ zu lesen ist, nämlich daß „das Ideologische ein dem (wissenschaftlichen) Denken fremdes, dem Trieb-, Gefühls- und Willensleben entspringendes Element“ ist<sup>98</sup>.

Ideology as a Methodological and Historical Problem, Festschrift für Johan Akerman, 1961, abgedruckt in Alexander Gerschenkron, *Continuity in History and Other Essays*, Cambridge, Mass. 1968, S. 65.)

Noch deutlicher im Urteil: „Das Wort ‚Ideologie‘ ist nicht nur in der journalistischen und politischen Alltagssprache, in der es heute relativ häufig anzutreffen ist, mehrdeutig. Auch im Spezialsprachgebrauch der Philosophie und der Sozialwissenschaften hat es keine allgemein akzeptierte einheitliche Bedeutung.“ (Ernst *Topitsch* und Kurt *Salamun*, Art. Ideologie, Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Band 4, Stuttgart 1978, S. 79).

Im Staatslexikon von 1987 wird der Leser des Artikels „Ideologie“ von Arno *Baruzzi* sogleich gewarnt, daß der Gebrauch (des Ausdrucks Ideologie) sich „von einem augenscheinlich eindeutigen Begriff bis hin zum diffusen, ja konfusen Wort“ bewegt (Ebendasselbst, S. 28).

[Prof. *Rieter* sprach in der Diskussion eine mögliche Konfusion an, da das Wort „Ideologie“ im Deutschen gemeinhin negativ besetzt sei und im Verhältnis zu reiner Interessenvertretung stehe, während Gerschenkron es positiv verwende.]

<sup>96</sup> Systems of beliefs and/or goals bzw. the prevailing ideological justifications or motivations (Alexander *Gerschenkron*, *The Typology of Industrial Development as a Tool of Analysis*, Vortrag 1962, abgedruckt in Gerschenkron, *Continuity in History*, S. 89f.; Gerschenkron, *Reflections*, S. 66).

<sup>97</sup> “The term ideology in this context must be used in a broad sense, comprising both the way in which industrial activity was vindicated (leaving aside the question whether justification was undertaken in good or bad faith) as well as motivations of certain economic actions or failures to act (acceptances). So conceived, it is easy to distinguish: 1. an ideology that placed central emphasis upon ‘man’s desire to do the best he could for himself and those about him,’ letting him find the serendipities of economic equilibrium and economic progress on the road to the fulfillment of that desire; 2. an ideology according to which industrialization was expected to usher in the golden age of social justice and — alternatively or concomitantly — to enhance national power and national prestige; and 3. an ideology according to which industrialization was to be regarded as a harsh but ineluctable process that developed in obedience to unalterable historical laws and was to be crowned in the more or less distant future by an optimistic historical denouement.” (*Gerschenkron*, *Typology*, S. 89f.)

<sup>98</sup> Theodor *Geiger*, Art. Ideologie, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 5, Stuttgart 1956, S. 180.

Es sei angemerkt, daß ein Vergleich der Gerschenkronschen Aufsätze „Reflections“ und „Typology“ nicht den Eindruck entstehen läßt, er verwende ein und denselben Ideologiebegriff. Dies hängt damit zusammen, daß Gerschenkron im ersten Artikel stets

Für Deutschland, wo eben „nationalism“ als Industrialisierungsideologie gewirkt haben soll, verwies Gerschenkron auf Friedrich List. Seine Industrialisierungstheorien könnten weitgehend als der Versuch eines Mannes gewertet werden, dessen persönliche Beziehungen zu den Saint-Simonisten sehr eng waren, die inspirierende Botschaft des Saint-Simonismus auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Das Fehlen — sowohl einer vorangegangenen politischen Revolution wie auch einer frühen nationalen Einigung — habe „nationalism“ zu einer geeigneten Industrialisierungsideologie gemacht<sup>99</sup>. Es ist einsichtig, daß damit dem Werke und Wirken Lists eine zusätzliche historische Dimension zugesprochen wird.

Bislang war immer von „nationalism“ die Rede. Gerschenkron benutzte tatsächlich in drei Beiträgen verschiedene Ausdrücke, nämlich nationalist sentiment (1952), nationalist ideology (1954) und nationalism (1955)<sup>100</sup>. Anstatt

---

Ideologie mit Kollektiven gesellschaftlich Handelnder verknüpft und ihre programmatische Festschreibung zwingend voraussetzt, im Grunde genommen also von politischen Parteien und ihren Programmen redet. (*Gerschenkron, Reflections*, S. 66: “This is not intended here and, accordingly, ideology should not be understood to mean *any* beliefs and *any* goals held or pursued by the movement, but solely the *proclaimed* beliefs or goals. In other words, the concern is with the programs of movements rather than with inarticulately held ideas and implicit aims and motivations.” [Kursivschrift im Original]).

<sup>99</sup> “Similarly, Friedrich List’s industrialization theories may be largely conceived as an attempt, by a man whose personal ties to Saint-Simonians had been very strong, to translate the inspirational message of Saint-Simonism into a language that would be accepted in the German environment, where the lack of both a preceding political revolution and an early national unification rendered nationalist sentiment a much more suitable ideology of industrialization.” (*Gerschenkron, a. a. O.*, S. 25.)

Übrigens schrieb schon Hans *Freyer*, *Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts*, Leipzig 1921, S. 68 f., 168: „Es (das St. Simonistische Ethos, K. H.) lebt, minder deklamatorisch, freilich auch minder schwungvoll, in vielen deutschen Industriellen derjenigen Jahrzehnte, in denen unsere ersten Eisenbahnen, Industriebanken und Aktiengesellschaften geschaffen werden.“ (Dazu als Fußnote: „Als Beispiel siehe die *Mevissen-Biographie* von Hansen z. B. S. 60, 184, 337, 403, 606 usw. Die Mischung des Hegelschen mit dem St. Simonistischen Geist und die Herausbildung eines idealistisch-industrialistischen Eklektizismus ist an *Mevissen* als einem typischen Vertreter des gebildeten und organisatorisch begabten rheinischen Unternehmertums schön zu studieren.“) „Sie (die Religion der organisierten Arbeit, K. H.) verbindet sich mit Friedrich Lists großzügigen Ideen über ein nationales Eisenbahnsystem und über die Einheit aller Produktivkräfte des Landes. Sie gibt der kapitalistischen Industrie dieselbe metaphysische Bedeutung, die Hegel dem konstitutionellen Staat gegeben hatte und erhebt zum Sinn der Geschichte, was der Zug der Zeit war. Ihre sozialistischen Züge verblassen im Bewußtsein dieser Unternehmer zu einem allgemeinen sozialen Verantwortlichkeitsgefühl und zum Glauben an die letztlich segensreichen Wirkungen des Kapitalismus für die Menschheit. Umsomehr tritt ihr Industrialismus hervor. So wird sie, mit ihrem moralischen Kampf gegen die „oisifs“, gegen Rentnertum und vorkapitalistische Existenzformen, zur Philosophie der kapitalistisch organisierten Arbeit.“

<sup>100</sup> *Economic Backwardness in Historical Perspective*, 1952; *Realism and Utopia in Russian Economic Thought*, 1954; *Notes on the Rate of Industrial Growth in Italy, 1881-1913*, 1955 (alle abgedruckt in: *Economic Backwardness in Historical Perspective*, S.25, 191, 86).

mit der Zeit präziser zu werden<sup>101</sup>, wählte Gerschenkron somit schließlich ein besonders schillerndes Wort. Dessen Vieldeutigkeit im amerikanischen Sprachgebrauch kannte der eingebürgerte Amerikaner indessen sehr wohl<sup>102</sup> bzw. konnte sie leicht aus den Schriften gebürtiger Amerikaner erfahren<sup>103</sup>. Ohne sonderlich tief in Semantisches und Terminologisches hier einsteigen zu wollen, kann man sagen, daß „nationalism“ einmal soviel wie „Nationalgefühl“ bedeuten kann, d. h. den Wunsch nach Herrschaft nicht einschließt, wohl aber die Bereitschaft beinhaltet, die Rechte anderer zu respektieren. Jedoch wird das Wort „nationalism“ auch dazu verwendet, eine moralische, intellektuelle oder materielle Überlegenheitshaltung auszudrücken, die auf Beherrschung abzielt. Kurz gesagt: einmal „bloßes Nationalgefühl“, ein anderes Mal „übersteigertes Nationalgefühl“<sup>104</sup>.

<sup>101</sup> Über die Verpflichtung des Historikers zur terminologischen Eindeutigkeit David Hackett *Fischer*, *Historians' Fallacies, Toward a Logic of Historical Thought*, New York 1970, S. 265: „Simple semantical ambiguity develops in several different ways. It sometimes arises from the use of historical terms which have meant so many different things that they are meaningless until a specific meaning is clarified in context. A sophisticated stylist is able to accomplish this end tacitly, without a laborious and pedantic definition of terms. But an explicit formal definition, however clumsy it may be, is always preferable in historical writing to the most graceful ambiguity. Words such as democracy, capitalism, nationalism (sic, K. H.), class, culture, education, party, feudalism and romanticism — to name but a few — should never be employed without an ad hoc definition. An elaborate exercise in philology is rarely required — merely a simple working definition, or perhaps a set of definitions, which will provide a rapport between an author and his readers.“

<sup>102</sup> *Gerschenkron* bezeichnete bereits 1943 in seinem „Bread and Democracy in Germany“, S. 8 für das Europa der Zwischenkriegszeit „an extreme form of nationalism“, „this rabid nationalism“, „such aggressive nationalism“ als demokratiebedrohend. Er fügte an: „Yet the complexity of the reality must not be overlooked. Even today the relation between nationalism and democracy is far from simple.“ und lobte den „strong spirit of national cohesion“ der Engländer gegenüber „the lack of national unity which proved fatal to the French democracy“.

Trotz — oder gerade wegen? — Hans *Rosenbergs* Rezension („Emotional bias plus muddled thinking . . .“, *American Historical Review*, Band 50, 1944, S. 117 f.) erscheint in unseren Tagen eine Neuauflage (Ithaca, N. Y. 1989).

<sup>103</sup> „‘Nationalism’ is one of the most loosely used words in the English language . . . there is very little agreement as to what it is and how it affects human societies. The word thus carries different meanings for different people and has had different meanings at different stages in history.“ (Delmer M. *Brown*, *Nationalism in Japan*, Berkeley 1955, S. 1) „A century of study of the group loyalty that has most powerfully motivated men in our time, nationalism, has produced no precise and acceptable definition.“ (Boyd C. *Shafer*, *Nationalism, Myth and Reality*, New York 1955, S. 3).

<sup>104</sup> Diesen Punkt deutlich betonend Pierre *Renouvin* und Jean-Baptiste *Duroselle*, *Introduction à l'Histoire des Relations Internationales*, Paris 1964, S. 210: „On sait que les Anglais et les Américains emploient le mot nationalism pour désigner à la fois le sentiment national et son exaltation.“

Einen vertiefenden Einstieg ermöglichen: Dieter K. *Buse* und Juergen C. *Doerr*, *German Nationalisms, A Bibliographic Approach*, New York 1985, 230 S.

Der Plural wird unter Hinweis auf „the development of three postwar Germanies (Austria, East and West Germany)“ gewählt, bzw. weil das Forschungsergebnis der letzten

Wie hat die internationale Fachwelt Gerschenkron in diesem Punkte verstanden? Sofern sie Gerschenkrons These überhaupt aufgriff<sup>105</sup>, bestand die Neigung, gewissermaßen automatisch an ein übersteigertes Nationalgefühl zu denken<sup>106</sup>. Der britische Lehrbuchautor Tom Kemp etwa folgte Gerschenkron und benutzte Ausdrücke wie: exacerbated nationalism, patriotic devotion, economic nationalism, dynamic nationalism, national pride and ambition, nationalist sentiment, nationalist fervour, national feelings und militant patriotism<sup>107</sup>. Dies erscheint als eine geradezu rituelle sprachliche Beschwörung von Gerschenkrons dunklem Ausdruck „nationalism“. Es liegt hier eben einer der leider recht häufigen Fälle vor, daß ein Wort, das ursprünglich auf dem politischen Marktplatz entstanden ist, als Begriff für den Sozialwissenschaftler wenig hergibt, d. h. für eine wissenschaftliche Nomenklatur von nur geringem Nutzen ist<sup>108</sup>. Sieht man indessen hiervon einmal ab, so bleibt dann doch noch

---

Jahrzehnte „makes it impossible to speak of a singular German nationalism.“ Vor allem aber wenden sich die Kompilatoren gegen einen prinzipiell germanophoben wissenschaftlichen Ansatz, der automatisch von Hitler ausgeht, und zitieren zustimmend aus dem Leo Baeck Institute Yearbook von 1977: „We, on this side of the Atlantic (or the English Channel, or the Rhine River, as the case may be) have created a flexible and tolerant type of nationalism which has kept the doors of opportunity wide open and set the tone for the creation of a harmonious national whole. But, the Germans, with their inflexible ethnic nationalism, set their country on the pathway to genocide. Such a dichotomous interpretation might have made sense for men and women who personally felt the impact of the 1930s and 1940s. But those who live in the generation whose perceptions are formed by the recollection of the My Lai massacre rather than that of Auschwitz, the dichotomy can no longer be so clear-cut.“ (Ebenda, S. 3 ff.)

<sup>105</sup> Borchardt, Kompendium, S. 529 erwähnt zwar Ideologien, ohne auf Gerschenkrons Ansatz einzugehen: „Praktisch alle Schichten der Gesellschaft wurden in irgendeiner Weise auch negativ vom Industrialisierungsprozeß ergriffen. Eine Vielzahl von Ideologien entstand als Lebenshilfe.“

Peter Lundgreen bemerkt in seiner ausführlichen Diskussion Gerschenkronischer Konzepte: „Dieser Punkt (nämlich die Industrialisierungsideologien, K. H.) wird hier nicht weiter verfolgt“, obwohl seine Forschungsrichtung dies eigentlich erwarten ließe. (Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts, Methodische Ansätze, empirische Studien und internationale Vergleiche, Berlin 1973, S. 45).

<sup>106</sup> Bezeichnend in der Wortwahl: Dudley Dillard, *Economic Development of the North Atlantic Community*, Englewood Cliffs 1967, S. 307: „German nationalism was on the march.“

<sup>107</sup> Tom Kemp, *Industrialization in 19th Century Europe*, 10. Aufl., London 1982 (1969), S. 81, 87, 96, 102, 103, 111, 113, 115 und 116.

<sup>108</sup> „Wenn die zahlreichen Forscher und Politiker, die über das Wesen der Nationen und den Nationalismus gesprochen und geschrieben haben, sich an diese Forderung (einer Begriffsdefinition, K. H.) gehalten hätten, dann wäre die Literatur über den Gegenstand weniger umfangreich, aber dafür brauchbarer.“ „Der wichtigste Grund für die bestehende Verwirrung ist aber ohne Zweifel in der Tatsache zu finden, daß der Begriff der Nation nicht von Wissenschaftlern konzipiert und von vornherein definiert worden ist, sondern aus dem Sprachgebrauch des Alltags stammt.“ (Walter Sulzbach, *Zur Definition und Psychologie von ‚Nation‘ und Nationalbewußtsein*, Politische Vierteljahresschrift, 3. Jahrgang, Heft 2, Köln 1962, S. 139 f.)



zu fragen, ob es sinnvoll ist, die Haltung eines europäischen Volkes schlechthin als „nationalism“ zu kennzeichnen, und zwar in einem Jahrhundert, das häufig für ganz Europa als „die Epoche des Nationalismus“<sup>109</sup> bezeichnet wird<sup>110</sup>.

Damit bestimmte Vorstellungen und Gedanken wirksam und für die allgemeine historische Entwicklung bedeutsam werden können — und somit mehr als bloß ideengeschichtliches Interesse erlangen — müssen sie die wichtigen sozialen und politischen Institutionen durchdringen. Im vorliegenden Fall muß gefragt werden: Lassen sich Mechanismen aufzeigen, die „nationalism“ in ökonomisch

---

<sup>109</sup> “Great as was the enduring strength of traditional values, the new appeal of science and the various forms of liberalism and socialism, there can be no doubt that the most pervasive and dynamic ideological force in nineteenth-century Europe was nationalism.” (Norman Rich, *The Age of Nationalism and Reform, 1850-1880*, 2. Aufl., New York 1977, S. 43f.)

“The nineteenth century in Europe has been rightly called the age of nationalism.” (Hans Kohn, *Nationalism*, *International Encyclopedia of the Social Sciences*, New York 1968, S. 64).

<sup>110</sup> Handfeste Voreingenommenheit bzw. mangelnde Kenntnis könnten eine Rolle spielen. Dazu jüngst Franz M. *Oppenheimer*, *Die deutsche Frage und die westliche Allianz; Tabus und Fehleinschätzungen gefährden die Zukunft der Nato*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 6. 89, S. 15, übersetzter Nachdruck aus „*The World and I*“, Washington D.C., August-Heft: „Im Blick auf Deutschlands Vergangenheit vor 1914 scheinen selbst gebildete Amerikaner, Engländer und Franzosen zu vergessen, daß die zweite Hälfte des neunzehnten und der Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts das Zeitalter eines allgemeinen Nationalismus und Imperialismus war.“ Amerikanische Studenten der europäischen Wirtschaftsgeschichte können es besser wissen: “Aside from these essentially class political theories, there was at least one political concept that cut sharply across class lines. That was nationalism or national patriotism. People who spoke the same language or closely related dialects, and/or who were bound together by cultural ties, historical traditions, economic interests, and geographic factors, tended to form distinct nationalities and to seek the incorporation of the nationality into a political state. Love and devotion for the nationality was nationalism or national patriotism. In different places, under different conditions, and on the part of different social groups nationalism took on various aspects. There was, in the first place, traditional nationalism, usually sponsored by the upper classes, which looked for the greatness of the nation in a continuance of its past lines of development. There was, secondly, liberal nationalism, dear to bourgeois, which looked for national glory in the development of the nation along liberal lines and under bourgeois control. And there was, thirdly, Jacobin or democratic nationalism, preached by the lower bourgeois or proletarians, who sought national prestige in a political regime in which all citizens felt themselves a vital, integral part of the state. In places like Poland, Germany, and most of Italy traditional patriotism predominated; in England of the mid-nineteenth century liberal nationalism was perhaps the strongest; and in France of 1793 Jacobin nationalism outshone all others. In any event, all classes were to become strongly patriotic and to work for national unification, national independence, or for national greatness.” (Shepherd B. *Clough* and C. W. *Cole*, *Economic History of Europe*, 3. Aufl., Boston 1952, Neudruck 1966, S. 516f.)

“Accompanying the changes (in society and economy between 1875 and 1914, K. H.) was a great accentuation of nationalism in Western culture . . . In fact, the ‘new imperialism’ of the 1875-1914 period was motivated by a curious mixture of nationalism and a desire for expansion.” (Shepherd B. *Clough* and Richard T. *Rapp*, *European Economic History*, 3. Aufl., New York 1975, S. 382f.)

relevante Akte umsetzen<sup>111</sup>? Es leuchtet nämlich ein, daß ein bloß kultureller Nationalismus, der sich auf das Verfassen von patriotischen Liedern, Geschichten, Romanen beschränkt, keine wesentlichen wirtschaftlichen Folgen hat. Allenfalls erhöht sich etwas der Verbrauch an Fahnentuch und von Notenpapier für die Nationalhymne<sup>112</sup>.

Nichts soll gegen das Wirken von Komponisten und Dichtern gesagt werden, doch interessieren hier andere Gruppen, nämlich

1. die Staatsbeamten,
2. die Produzenten, d. h. die Unternehmer und Arbeiter,
3. die Konsumenten und
4. die akademischen Volkswirte.

Zeigen diese Gruppen während der Industriellen Revolution in Deutschland ein Verhalten, das sinnvollerweise als „nationalism“ — im Sinne eines übersteigerten Nationalgefühls — bezeichnet werden kann? Der Untersuchungszeitraum soll insgesamt das halbe Jahrhundert vor 1870 sein, denn das neugegründete Reich besaß bereits über 13 Prozent der Weltindustrieproduktion<sup>113</sup>, d. h. hatte bereits erfolgreich industrialisiert<sup>114</sup>.

Als erste zu untersuchende Gruppe wurden die Staatsbeamten, die Vertreter der Regierung genannt. Was für eine staatliche Wirtschaftspolitik wäre zu erwarten, wenn „nationalism“ bei ihrer Gestaltung eine Rolle spielt? Man könnte annehmen:

1. Der Staat wird solche wirtschaftlichen Tätigkeiten verfolgen, die im Hinblick auf die nationale Identität von symbolischem Wert sind.
2. Der Staat wird gegen ausländische Wirtschaftseinflüsse opponieren.
3. Der Staat wird eine Präferenz für heimische Erzeugnisse zeigen.

Wendet man sich dem Fall 1 zu, so ergibt sich, daß „nationale Paradeperde“ nahezu völlig fehlen. Der Kölner Dom etwa wurde mit nationalem Anspruch

<sup>111</sup> Entsprechende Fragestellungen finden sich in: Albert *Bretton*, *The Economics of Nationalism*, *Journal of Political Economy*, Band 72, Chicago 1974, S. 376-386; Harry G. *Johnson*, *A Theoretical Model of Economic Nationalism in New and Developing States*, *Political Science Quarterly*, Band 80, 1965, S. 169-185.

<sup>112</sup> *Bretton*, von dem dieser plastische Ausdruck stammt, spricht von cultural nationalism, der dem traditional nationalism von Clough weitgehend entsprechen dürfte: “Cultural nationalism is principally limited to such activities as writing poems, songs, novels, and essays about the fatherland, about the strength that it confers to the individuals in it, about the energy that it develops in human groups, and about the glory of its past.” (S. 376).

<sup>113</sup> Gegenüber 32% Großbritanniens, 23% der USA und 10% Frankreichs. (League of Nations, *Industrialization and Foreign Trade*, 1945, S. 13, zit. nach Shepard B. *Clough*, *European Economic History*, 2. Aufl. New York 1968, S. 397).

<sup>114</sup> Zur Datierung der „Industriellen Revolution“ in Deutschland nur eine bibliographische Angabe für viele: *Borchardt*, *Kompendium*: „Es ist umstritten, ob die Phase der eigentlichen Industrialisierung Deutschlands mit den dreißiger, vierziger oder erst mit den fünfziger Jahren beginnt.“ (S. 526) bzw. „Um 1870 hatte sich die neue kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bereits weitgehend durchgesetzt.“ (S. 531).



und mit nicht sonderlich reichlich fließenden gesamtdeutschen Mitteln zu Ende gebaut<sup>115</sup>, aber große Vorhaben von beträchtlichem symbolischem Wert und ökonomischer Bedeutung fehlen<sup>116</sup>. Man findet, obwohl von List nachdrücklich gefordert<sup>117</sup>, weder den Aufbau einer großen Kriegsmarine noch den Erwerb von Kolonien — solch kostspielige, aber auch mit hohem psychischem Einkommen verbundene Tätigkeiten wurden erst später, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in einem völlig veränderten politischen und gesellschaftlichen Klima vorgenommen<sup>118</sup>. Diese Abstinenz in der Schaffung nationaler Symbole ist nicht verwunderlich, denn die Idee der nationalen Einheit lief ja den Interessen der Einzelstaaten, insbesondere denen Preußens und Österreichs, lange Zeit zuwider — nicht zuletzt auf Grund der liberalen und demokratischen Beiklänge der nationalen Bewegung<sup>119</sup>. Die Gründungswelle Technischer Hochschulen in der zweiten Hälfte der 1820er Jahre<sup>120</sup> oder der schnelle Aufbau

---

<sup>115</sup> 1814 war es „Joseph Görres, der in flammendem Worte zur Vollendung des Domes aufforderte, auf daß Gott so ein Dankopfer für die Befreiung des Vaterlandes aus der französischen Knechtschaft dargebracht werde.“ „Erst die Gründung des Dombauvereins im Jahre 1841 unter dem Protektorate König Friedrich Wilhelms IV. . . . brachte der Dombausache höhere Begeisterung, reichere Mittel und tatkräftigere Förderung der Bauarbeiten.“

Bei der Grundsteinlegung 1842 sagte der König: „Der Dom von Köln, das bitte ich von Gott, rage über diese Stadt, rage über Deutschland, über Zeiten reich an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden, bis an das Ende der Tage.“ Vor allem aus Geldmangel wurde man erst 1880 fertig. (Andreas *Huppertz*, *Der Kölner Dom und seine Kunstschätze*, Köln 1950, S. 26 ff.)

<sup>116</sup> Etwa von der Art wie in Belgien die Regierung des neugeschaffenen Königreichs Planung, Bau und Betrieb eines grundlegenden Eisenbahnkreuzes selbst übernahm. Der Wunsch, die Lebensfähigkeit des neuen Staatswesens zu beweisen und um nicht von ausländischem Kapital abhängig zu werden, beeinflusste diese Vorgehensweise. In seinen in der Augsburger Allgemeinen Zeitung 1837 veröffentlichten „Reiseblättern aus Belgien“ bewunderte List den neuen Staat und seine Führung. (Erwin v. *Beckerath* u. a. (Hrsg.), *Friedrich List, Schriften, Reden, Briefe*, Band 3, Berlin 1931, S. 270-285).

Schon die Beteiligung Frankreichs und Hollands an der Mainzer Schifffahrtsakte von 1831 läßt zögern, die besonders von Preußen aktiv betriebene Einführung der Verkehrs- und Gewerbefreiheit auf dem Rhein in diesen Kontext zu stellen; auch stand hier das Abschaffen, nicht das Schaffen im Vordergrund.

<sup>117</sup> *Henderson*, *Friedrich List*, S. 75: „List was a visionary. He dreamed of a united Germany with great industries, a large mercantile marine, a powerful navy, and a great colonial empire.“ Aber auch von Teilen der rheinisch-westfälischen Unternehmer, „trotz der in der Unternehmerschicht wirksamen pazifistischen Tendenzen“, wurde „der Bau einer starken Kriegsflotte zum Schutze des Handels sogar ständig und dringend gefordert“. (Friedrich *Zunkel*, *Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834-1879*, Köln 1962, S. 208).

<sup>118</sup> Woodruff D. *Smith*, *The German Colonial Empire*, Chapel Hill 1978; Herbert *Schottelius* und Wilhelm *Deist* (Hrsg.), *Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871-1914*, Düsseldorf 1972.

<sup>119</sup> Unter Metternichs leitender Hand, aber auch danach, arbeiteten die Monarchen aus göttlichem Recht bekanntlich aktiv der Verbreitung von Gedanken an deutsche Einheit, Emanzipation und Verfassung entgegen.

der Eisenbahnen seit den 1830er Jahren hatten die Einzelstaaten bzw. durch diese konzessionierte Privatpersonen zum Träger<sup>121</sup>. Hier spielten einzelstaatliche und dynastische Rivalitäten eine große und durchaus positiv zu bewertende Rolle.

Zum Fall 2: Abwehr ausländischer Wirtschaftseinflüsse. Eine solche Haltung könnte sich in Versuchen äußern, ausländischen Produktionsfaktoren den Zutritt zu erschweren oder gar zu verwehren. Das Gegenteil trifft jedoch zu: Ausländische Männer, Maschinen und Methoden waren willkommen<sup>122</sup>; die Einzelstaaten wetteiferten um ihren Einsatz, sandten Beamte ins Ausland und finanzierten Auslandsreisen von Unternehmern, um neue Technologien aufzuspüren und Fachkräfte abzuwerben<sup>123</sup>. Nun wäre es aber falsch, solche und ähnliche Tätigkeiten als Teil einer konsistenten staatlichen Politik der Industrieförderung anzusehen. Es handelte sich hier zum großen Teil um die weitere Verfolgung alter merkantilistischer Ziele, gewissen fiskalischen, wirtschaftlichen und militärischen Staatsnotwendigkeiten zu genügen. Zu einer bewußten Industrialisierungspolitik fehlte nicht nur der organisatorische Apparat, sondern auch weitgehend der Wille, denn die Regierungen der deutschen Einzelstaaten waren Regierungen des Adels, für den Adel und durch den Adel. Warum sollten sie einen Prozeß sozialökonomischen Wandels fördern oder gar beschleunigen, der letztlich — das wußte man von England — zum Abbau der gesellschaftlichen und politischen Vorrechte der Aristokratie und zum Aufstieg des Bürgertums führen würde? Es ist daher mit einigem Recht argumentiert worden, daß vor den 1860er Jahren die Wirtschaftspolitik der meisten deutschen Staaten gelegentlich feindlich und häufiger gleichgültig einer breiten Industrialisierung gegenüber gestanden hat<sup>124</sup>.

---

<sup>120</sup> 1825 Karlsruhe, 1826 Darmstadt, 1827 München, 1828 Dresden, 1829 Stuttgart, 1831 Hannover.

<sup>121</sup> Anton Felix *Napp-Zinn*, Eisenbahnen, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 3, Stuttgart 1961, S. 125 ff. (mit ausführlicher Bibliographie).

<sup>122</sup> *Engelsing*, a. a. O., S. 118 betont, daß Deutschland gezwungen war, „vor allem in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts technische Ideen und ihre wirtschaftlichen Organisationsformen, Maschinen und Kalkulationen, Ingenieure und Facharbeiter aus dem westlichen Ausland einzuführen.“

<sup>123</sup> „Die Überlegenheit der westeuropäischen Industrie machte es für Preußen und andere deutsche Staaten nötig, jene zu studieren. Daher gewannen mehr oder weniger offen vom Staat geförderte und privat unternommene Auslandsreisen von Beamten, Fabrikanten und Architekten, insbesondere während der 20er Jahre, zu Studium, Erwerb von Maschinen und Konstruktionszeichnungen, Anwerbung von Spezialisten usw. große Bedeutung für die Gewerbeentwicklung.“ (*Treue*, 19. Jahrhundert, S. 442 f.)

<sup>124</sup> Zur Debatte um die Rolle des Staates während der Frühphase der deutschen Industrialisierung mein Aufsatz *Some Remarks on German Economic Historiography and its Understanding of the Industrial Revolution in Germany*, *The Journal of European Economic History*, Band 1, Rom 1972, S. 73 - 77. Die dort zusammengestellten Deutungen (aktiv und fördernd; hindernd und beschränkend; hemmend und helfend) gelten im Kern weiter.

Beim Fall 3 (staatliche Präferenz für heimische Produkte) denkt man zunächst an die Zollpolitik und stößt zuerst auf den preußischen Tarif von 1818. Dieser legte Zölle von etwa 10 Prozent auf den Import von Gewerbewaren und war damit noch freihändlerischer als der entsprechende Tarif Englands<sup>125</sup>, von anderen europäischen Großstaaten ganz zu schweigen. Die Zollerhöhungen des Zollvereins, insbesondere für Eisen und Garn, in den 40er Jahren änderten daran nur wenig<sup>126</sup>. Übrigens: Zölle oder Zollerhöhungen an sich reichen prima facie nicht aus, um eine Außenhandelspolitik als „nationalistisch“ zu klassifizieren. Ökonomisch-theoretisch lassen sich Zölle in diesem Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung bekanntlich rechtfertigen, da sie zu einer Erhöhung des Sozialprodukts beitragen können (Kostensenkungen durch Ausnutzung der economies of scale bzw. Erzielung von social gains durch Heranbildung einer Fabrikarbeiter- und Unternehmerschaft)<sup>127</sup>.

Eine zweite Art, Präferenz für heimische Produkte zu zeigen, wären direkte staatliche Finanzhilfen an inländische Produzenten. Die Firma Krupp beispielsweise bemühte sich 1817, 1818, 1823, 1830 und 1835 um eine derartige Unterstützung, doch die preußische Regierung ignorierte ihre Petitionen oder wies darauf hin, daß die Wirtschaftsprinzipien den Staat verpflichten, sich vom privatwirtschaftlichen Bereich fernzuhalten. Erst in den späten 1860er Jahren änderte die preußische Regierung ihre Einstellung, und Staatskredite standen Krupp reichlich zur Verfügung<sup>128</sup>.

Eine dritte Form, die heimische Produktion zu begünstigen, wäre der administrative Protektionismus, etwa durch eine Bevorzugung bei Staatsaufträgen. Indessen findet man eine ausgesprochene Scheu staatlicher Stellen, deutsche Erzeugnisse zu erwerben. Die preußische Regierung lehnte es zum Beispiel Mitte der 40er Jahre ab, Kruppsche Gußstahlgeschütze auch nur auszuprobieren. 1849 fanden Tests statt, die die Überlegenheit dieser Kanonen darlegten, doch bestellt wurden keine. Erst zehn Jahre später, als die Engländer, Russen, Österreicher und Ägypter bereits regelmäßig diese Kruppschen Waffen kauften, erteilte die preußische Regierung entsprechende Aufträge. Auf nicht-militärischem Gebiet, etwa beim Bezug von Eisenbahnmaterialien, war die Lage ähnlich. Auch hier zeigten private Tests in den 1850er Jahren die Überlegenheit

---

<sup>125</sup> Gerhard *Bondi*, Zur Vorgeschichte der ‚kleindeutschen Lösung‘ 1866-1871, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966, Teil 2, Berlin 1966, S. 12.

<sup>126</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>127</sup> Einzelheiten beispielsweise bei Bo *Södersten*, International Economics, New York 1970, S. 375 ff. mit dem interessanten Hinweis: “The infant-industry argument soon won acceptance, and even the dean of classical economics in the 1850s, John Stuart Mill, gave it a niche in his exposition of classical economic theory (i.e. Principles of Political Economy, published in 1848). List was, in other words, the first successful German economist.”

<sup>128</sup> K. Peter *Harder*, Major Factors in Business Formation and Development: Germany in the Early Industrialization Period, Papers of the Sixteenth Business History Conference, Lincoln, Nebraska 1969, S. 76 f.

Kruppscher Erzeugnisse, doch der preußische Staat bevorzugte weiterhin ausländische Fabrikate, obwohl Krupp seit Jahren die entsprechenden Materialien nach England und Frankreich exportierte<sup>129</sup>. Insgesamt kann man sagen, daß es keinen nennenswerten administrativen Protektionismus gab, wie ihn etwa Rußland seit 1866 und verstärkt seit 1876<sup>130</sup> praktizierte. Eine vierte und letzte Art, Präferenz für heimische Produkte zu zeigen, wäre die Schaffung sicherer ausländischer Absatzmärkte, etwa durch den Erwerb von Überseeterritorien. Hierzu kam es jedoch nicht, obwohl gelegentlich Teile der Geschäftswelt eine koloniale Ausweitung forderten<sup>131</sup>.

Damit ist eine Überleitung zur zweiten Hauptgruppe an Akteuren geschaffen, die als „die Produzenten“ bezeichnet werden sollen. Unter den Geschäftsleuten, besonders in den Hafenstädten, fanden sich aus verständlichen Gründen manche Befürworter einer aktiven Kolonialpolitik, doch eine breite politische Öffentlichkeit wollte selbst am Ende des Untersuchungszeitraums nichts davon wissen<sup>132</sup>.

Ging es manchen Geschäftsleuten um territoriale Ausweitung, waren andere für Selbstbescheidung. So plädierten beim gleichen Friedensschluß Teile der deutschen Textil-Lobby dafür, das elsässische Spinnerei- und Webereizentrum Mülhausen von der Annektion Elsaß-Lothringens auszunehmen, da das zusätzliche Textilangebot den deutschen Markt ruinieren würde<sup>133</sup>. Noch lieber hätten sie ganz auf Elsaß-Lothringen verzichtet und dieses der Schweiz im

---

<sup>129</sup> Ebenda, S. 78.

<sup>130</sup> Nunmehr wurden die Eisenbahngesellschaften verpflichtet, mindestens die Hälfte ihres künftigen Schienenbedarfs im Inland zu decken. Das rollende Material durfte bei neuen Eisenbahnkonzessionen nur aus dem Inland stammen. (Einzelheiten bei Valentin *Wittschewsky*, Rußlands Handels-, Zoll- und Industriepolitik von Peter dem Großen bis auf die Gegenwart, Berlin 1905, sowie Emil *Zweig*, Die russische Handelspolitik seit 1877, Leipzig 1906).

<sup>131</sup> Percy Ernst *Schramm* berichtet, daß 1842 Hamburgs erster Kolonialversuch in der Südsee an Englands Einspruch scheiterte bzw. daß 1848 in Hamburg für die Schaffung westafrikanischer Kolonien publizistisch geworben wurde. (Kaufleute zu Haus und über See, Hamburgische Zeugnisse des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, Hamburg 1949, S. 405 ff.; Hamburg, Deutschland und die Welt, Leistung und Grenzen hanseatischen Bürgertums in der Zeit zwischen Napoleon I. und Bismarck, Hamburg 1952, S. 495).

<sup>132</sup> Die Anregung von Bremer Kaufleuten und Reedern anläßlich der deutsch-französischen Friedensverhandlungen 1870, das erst kürzlich von Frankreich gewonnene Saigon (zum Nutzen ihres Teakholz- und Reisgeschäftes) zu erwerben, fand im norddeutschen Reichstag keine Zustimmung, „da Kolonialpolitik ein überwundener Standpunkt ist . . . , weil durch den freien Verkehr der Handel mit den Kolonien eigentlich allen Völkern frei gegeben ist und damit das sogenannte Kolonialsystem aufgehört hat“. Diese Auffassung dominierte, und insbesondere die Hanseaten waren üblicherweise gegen eine Kolonialpolitik, da deren außenpolitische Konsequenzen dem bereits existierenden deutschen Überseehandel mehr schaden als helfen würden. (Detlef *Albers*, Reichstag und Außenpolitik von 1871-1879, Berlin 1927, S. 98 f.)

<sup>133</sup> Kurzer Hinweis bei Franz *Mehring*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 10. Aufl., 1921, Band 4, S. 11, zit. Albers, S. 58.

Austausch für einen weniger gefährlichen Kanton angeboten<sup>134</sup>. An anderen Beispielen für die gediegene vaterländische Gesinnung unter den Geschäftsleuten ist kein Mangel. Als 1870 bei Kriegsausbruch die preußische Regierung an der Berliner Börse Kriegsanleihen auflegte, fanden sich wenige Zeichner. Erst als der Sieg nahezu vollständig war, engagierten sich die Anleger in patriotischer Weise<sup>135</sup>.

Bei Teilen des rheinisch-westfälischen Bürgertums, zumeist reiche Fabrikanten und Kaufleute, war es noch in den 1870er Jahren recht gängig, sich vor dem Dienst „bei den Preußen“ zu drücken, wenn nötig durch Bestechen der Musterungsärzte<sup>136</sup>. Daß diese Kreise — schon aus eigenem materiellen Interesse — immer für eine Senkung der Militärausgaben eintraten, versteht sich fast von selbst<sup>137</sup>.

Es erscheint sinnvoll, deutlich festzuhalten, daß Besitzbürgertum und Bildungsbürgertum — bei allen Überschneidungen — eine unterschiedliche Beziehung zu nationaler Einheit, Liberalismus und Demokratie hatten. Während der Bildungsbürger von diesen Ideen sehr stark angesprochen wurde, war der Besitzbürger, insbesondere der tätige Geschäftsmann, bereit, entsprechende Forderungen zu unterstützen, wenn es ihm vernünftig und sinnvoll erschien<sup>138</sup>. Über Sinn und Verstand einer Politik, über die Zweckmäßigkeit bestimmter politischer Forderungen und Konzepte glaubte er sich häufig am besten durch einen Blick in das eigene Kassenbuch informieren zu können<sup>139</sup>. Die Geschäftsleute waren allgemein Vertreter von Gesetz und Ordnung, da sich soziale und politische Umbrüche normalerweise ungünstig auf den Gang der Geschäfte auswirken<sup>140</sup>.

---

<sup>134</sup> Karl *Hardach*, Zum wirtschaftlichen Inhalt von Friedensverträgen, Zweimal Versailles: 1871 und 1919, Historisches Seminar der Universität Düsseldorf (Hrsg.), Frieden in Geschichte und Gegenwart, Düsseldorf 1985, S. 194.

<sup>135</sup> Vgl. *Zunkel*, a. a. O., S. 229.

Es paßt ins Bild, daß 1866 die „Berliner Börsenspekulation auf Sieg Österreichs“ setzte. (Helmut *Böhme*, Deutschlands Weg zur Großmacht, Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln 1966, S. 206.)

<sup>136</sup> Vgl. *Zunkel*, a. a. O., S. 86f. und 124.

<sup>137</sup> Über die Abrüstungswünsche verschiedener westfälischer Handelskammern in den späten 1860er Jahren siehe *Zunkel*, a. a. O., S. 208 ff.

<sup>138</sup> „Das Praktische, das, was erreichbar und nützlich war, stand dem Unternehmer in der Politik voran. Auch in ihr wollte er die nüchterne Sachlichkeit und realistische Einschätzung der Fakten, die seinen Geschäftsbetrieb auszeichneten, verwirklicht wissen. Dagegen lehnte er eine Politik ab, die um ihrer Prinzipien willen, das Praktische und Erreichbare aus den Augen verlor. Hier lag zweifellos ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Liberalismus des wirtschaftlich tätigen und des akademisch gebildeten Bürgertums . . .“ (*Zunkel*, a. a. O., S. 134).

<sup>139</sup> „Ganz natürlich sahen die meisten Unternehmer das politische Leben zuerst unter dem Gesichtspunkt persönlicher materieller Interessen und Ziele.“ (Ebenda, S. 135).

<sup>140</sup> So kennzeichnet Rolf *Engelsing* die Bremer Kaufmannschaft als „ein Publikum, das Ruhe mit am höchsten schätzt“ bzw. „vom unbedingten Nationalitätenprinzip wirtschaft-

Bei Geschäftsleuten und innovierenden Unternehmern hatte Gerschenkron Anreize jenseits des Profitstrebens für nötig erklärt. Indessen war das Hauptmotiv, sich als Industrieller zu betätigen, das Streben nach Gewinn<sup>141</sup>. Stammt man aus Handwerkerkreisen oder allgemein aus städtischen unteren Mittelschichten, dann war es häufig die unzureichende ökonomische und soziale Situation, die als Triebkraft industrie-unternehmerischer Aktivität wirkte. Um einer aktuellen oder potentiellen Existenznot zu begegnen, war mancher Fabrikant in spe bereit, sich und seiner Familie eine heute schwer vorstellbare Energie, Plackerei und Einsatzbereitschaft abzuverlangen. Dieser Antrieb, einem nicht länger als schicksalhaft hingenommenen Druck der materiellen Verhältnisse zu entgehen, wurde häufig durch starkes Selbständigkeitsstreben, ausgeprägten Gestaltungsdrang und das Streben nach Macht und Herrschaft unterstützt. Solcherart Wünsche spielten natürlich auch bei den Industriellen eine Rolle, die aus wohlhabenden Fern- und Großkaufmannskreisen kamen. Zwar hatten sie es nicht nötig, um einer Befriedigung der materiellen Lebensbedürfnisse willen industriell aktiv zu werden, aber in dieser Schicht war ökonomischer Erfolg seit langem eine wichtige Determinante von sozialem Status und Ansehen. Eine ethisch-religiöse Überhöhung des eigenen Wirkens bzw. Erfolges konnte unabhängig von der ökonomisch-sozialen Herkunft des Neu-Industriellen gegebenenfalls hinzukommen. Auch konnte man sich zum Förderer des zivilisatorischen Fortschritts sowie des Allgemeinwohls erklären, sich als pflichtgetreuer Untertan ausgeben, der auf eine etwaige staatliche Industrialisierungspolitik positiv mit privater Initiative antwortete oder sich in die jeweiligen Landesfarben hüllen und den partikularstaatlichen oder nationalen Zweck und Nutzen des eigenen Wirkens — und dies angesichts einer überlegenen ausländischen Konkurrenz — herausstreichen. Obwohl gerade bei den wohlhabenderen Unternehmern, deren Aktivität nicht durch materielle Bedürftigkeit erzwungen wurde, solche Argumente ihre nachweisbare Rolle spielten, muß doch festgestellt werden, daß das Ziel des individuellen kurzfristigen Profits in den meisten Fällen eindeutigen Vorrang besessen haben dürfte.

„Die Mevissen, Camphausen und Hansemann, Siemens, Harkort und List (sic! K. H.) begriffen ihre Unternehmertätigkeit nicht nur als Mittel des privaten Erfolgs, sondern zugleich als Teil einer nationalen und zivilisatorischen Mission. Natürlich sind hier Motiv und nachträgliche Legitimation schwer auseinanderzuhalten.“<sup>142</sup>

Dies ist eine ebenso gute Stelle wie jede andere, hier ein Wort zu den Quellen allgemein zu sagen. Einmal ist an Selbstzeugnisse der Unternehmer (und der anderen Akteure auf der historischen Bühne) zu denken, wie etwa Tagebücher,

---

lichen Schaden“ fürchtete. (Zeitung und Zeitschrift in Nordwestdeutschland 1800-1850, Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, 19. Jahrgang, 1963, S. 1062, 1066).

<sup>141</sup> Hier und im folgenden werden die ausführlichen Darlegungen des Abschnitts „Motive“ in Jürgen Kockas, *Unternehmer in der deutschen Industrialisierung*, Göttingen 1975, S. 54ff., pointiert paraphrasiert.

<sup>142</sup> Ebenda, S. 57 samt Fußnote, S. 146.



Briefe, Denkschriften, Lebenserinnerungen. Publiertes bieten beispielsweise Berichte von Handelskammern und Verhandlungsprotokolle von Landtagen, Firmenfestschriften und Kataloge, Zeitungen und Zeitschriften. Aktenbestände typischer wirtschaftlich-sozialer Ressorts und das Schriftgut diverser Behörden finden sich in Archiven, die manches für aufbewahrungswürdig erklärten, anderes als Makulatur kassierten. Mit Recht ist beklagt worden:

„Leider ließ sich der Untergang vieler bedeutender Betriebsarchive seit dem 19. Jahrhundert nicht verhindern.“<sup>143</sup>

So kann man sagen, es gibt weniger, als man haben möchte, und mehr, als man denkt bzw. als hinlänglich erschlossen ist. Der sozialwissenschaftlich vorgehende Historiker oder der auf historischem Gebiet arbeitende Sozialwissenschaftler wird die Zufälligkeit manchen Quellenfundes bedauern und damit deren repräsentativen Charakter in Frage stellen; bereit zum Quantifizieren, wird er eingestehen, daß dies oft unmöglich ist<sup>144</sup>. Wünschenswert wäre ein nuanciertes Abbild statt einer grobstrichigen Skizze, die der tatsächlichen Vielfalt der historischen Erscheinungen unzureichend — wenn überhaupt — gerecht wird. Regionale Besonderheiten, staatliche Andersartigkeit, wirtschaftliches Gefälle, Differenzierungen nach Sektoren und Branchen, subtilere zeitliche Einteilungen und viele weitere Abweichungen und Ausnahmen verdienen weit stärkere Berücksichtigung. In diesem Sinne als *captatio benevolentiae*: der Titel dieses letztlich eben nur Impressionen vermittelnden Essays spricht lediglich von einem Beitrag zu einer Wirkungsanalyse.

Um den inhaltlichen Faden wieder aufzunehmen: Die betont realistische Einstellung vieler Geschäftsleute zum Nationalgedanken — Patriotismus ja, solange er die Profite nicht gefährdet — zeigte sich auch in anderer Form. Ließen sich etwa die Gewinne durch patriotische Appelle steigern, dann verstanden es viele Unternehmer sehr gut, die Nationalidee in ihren Dienst zu stellen. Hamburger Reeder erklärten es in den 1840er Jahren zur nationalen Pflicht der süddeutschen Kaufleute, ihren teureren Schiffahrtsdiensten den Vorzug zu geben<sup>145</sup>. Offensichtlich sah die Realität anders aus, warum sonst dieser Appell?

---

<sup>143</sup> Willi A. Boelcke, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Einführung, Bibliographie, Methoden, Problemfelder*, Darmstadt 1987, S. 89.

<sup>144</sup> David Hackett Fischer schickte seinem Kapitel über das Generalisieren ein Wort von Georges Lefebvre voraus, „Pour faire de l'histoire, il faut compter.“, schrieb aber auch: „There are many significant things in the world today that nobody knows how to measure. Someday, maybe, somebody will. But in the meantime one must acknowledge their existence. Many ideational and emotional problems, which lie at the heart of historical problems, cannot be understood in quantitative terms.“ (a. a. O., S. 90 und 103).

<sup>145</sup> Ein Hamburger Leser schrieb in der Augsburger Allgemeinen Zeitung 1841: „Die Erweiterung unserer Reederei ist Nationalsache, und wo ein Kaufmann im Innern von Deutschland Güter aus England zu beziehen oder dahin zu befördern hat, sollte seine Bestimmung dahin lauten, auf die deutschen Schiffe sie zu laden, wo es tunlich ist . . . Wer noch einen Funken von Nationalgefühl besitze, dürfe sich nicht durch eine niedrigere Fracht verführen lassen.“ (Percy Ernst Schramm, *Die deutsche Wirtschaft und England*



Ein anderes Beispiel: In den 1840er Jahren empfahl der Düsseldorfer Röhrenfabrikant Albert Poensgen einigen deutschen Stadtverwaltungen, als diese Gasleitungen legen ließen, sie sollten doch seine deutschen Röhren kaufen. Er war jedoch gewitzt genug, sich rückzuversichern, falls dieses patriotische Verkaufsargument nicht ziehen sollte, und fügte hinzu, daß in seinen Werkstätten die besten englischen Vorarbeiter und Techniker tätig wären<sup>146</sup>. Oder anders ausgedrückt, er sagte, meine deutschen Röhren sind in Wirklichkeit englische Erzeugnisse. Dies war ein kluger Schachzug, denn lange Zeit hindurch hielt der deutsche Kunde nur englische Erzeugnisse für Spitzenprodukte. Die deutsche Maschinenbauindustrie beispielsweise hatte noch in den 1850er Jahren in einer Reihe von Sparten gegen das heimische, nahezu abergläubische Vorurteil anzukämpfen, daß ihre Erzeugnisse den englischen Fabrikaten weit unterlegen seien<sup>147</sup>. Indessen zeigte die Weltausstellung von 1862 klar, daß der deutsche Maschinenbau durchweg das Weltniveau erreicht hatte und viele eigenständige Erfindungen und Verbesserungen vorweisen konnte<sup>148</sup>. Im folgenden Jahr, 1863, verzeichnete die Außenhandelsbilanz des Zollvereins beim Posten „Maschinen“ erstmals einen Exportüberschuß<sup>149</sup>.

Man wird vielleicht argumentieren können, daß sich deutsche Produkte, etwa im Maschinenbau, im Ausland allgemein eher durchsetzten als auf dem Binnenmarkt. Manche deutsche Erzeugnisse hatten lange Zeit einen so schlechten Ruf, daß beispielsweise Aachener, Solinger, Remscheider Stahlwarenfabrikanten ihre Schneidwaren unter ausländischer Marke vertrieben<sup>150</sup>, während Krupp — häufig im Rückblick als Paradebeispiel ehrlicher und solider deutscher Wertarbeit gedeutet — einen großen Teil seines Stahls als englischen verkaufte<sup>151</sup>. Noch 1873 schrieb die Frankfurter Aktionärszeitung, daß bis vor wenigen Jahren die deutsche Industrie ihre Produkte unter fremder, meist englischer

---

um 1840. Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, Band 62, 1954, S. 534).

<sup>146</sup> Wilhelm *Treue*, Deutsche und englische Gasrohre 1840-1850, Tradition, Jahrgang 8, 1963, S. 46.

<sup>147</sup> Zurückblickend berichtete 1892 der Siegener Papierfabrikant Oechelhäuser, „wie abergläubisch man zu jener Zeit in Deutschland auf die Suprematie Englands im Maschinenbau und überhaupt in den mechanischen Einrichtungen sämtlicher Industriezweige hinblickte.“ (Martin *Schumacher*, Auslandsreisen deutscher Unternehmer 1750-1851 unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland und Westfalen, Köln 1968, S. 167).

<sup>148</sup> „Die Weltausstellung von 1862 zeigte Deutschland auf vielen Gebieten mit eigenen Erfindungen auf der Höhe der Technik der Zeit.“ (*Borchardt*, Compendium, S. 527).

<sup>149</sup> „1863 war erstmals der deutsche Maschinenexport größer als der Import, und 1868/69 entstand ein Eisenexportüberschuß.“ (Ebendasselbst).

<sup>150</sup> Tatsächlich brachten sie in der Regel englische Fabrikmarken noch in den 1860er Jahren auf ihren Erzeugnissen an. (*Zunkel*, a. a. O., S. 38).

<sup>151</sup> John H. *Clapham*, The Economic Development of France and Germany 1815-1914, 4. Aufl. (1936), Cambridge 1966, S. 91 (zit. nach *Zunkel*, ebendasselbst).

Etikette angeboten hätte<sup>152</sup>. In einer solchen Situation ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß die deutschen Industriellen in größerem Maße ungetrübten Stolz auf ihre eigenen Leistungen entwickeln konnten. Ihre Einstellung zu den vielen in Deutschland tätigen ausländischen, insbesondere englischen Ingenieuren, Technikern und Vorarbeitern blieb gleichfalls zwiespältig: Man klagte zwar allgemein über deren hohe Gehaltsansprüche<sup>153</sup> und häufige Unzuverlässigkeit<sup>154</sup> — und dies zu Recht, versicherte sich aber eifrig ihrer Dienste<sup>155</sup>. Diese Spezialisten waren nahezu überall anzutreffen, so daß mit Recht geschrieben worden ist,

„der ‚Englishman‘ war in dem damaligen Deutschland eine bekannte Erscheinung, wie in der Fabrik, so auf der Lokomotive.“<sup>156</sup>

Am stärksten gerieten natürlich die deutschen Arbeiter, die zweite Untergruppe bei den Produzenten, mit diesen ausländischen Fachleuten, darunter auch Unternehmer, in Kontakt. Über ihre Einstellung zu den Ausländern weiß man nahezu gar nichts. Gute Beziehungen sind aber auf Grund der Sprachbarriere, infolge der enormen Einkommensunterschiede und wegen des verschiedenen sozialen und kulturellen Hintergrundes nicht sehr wahrscheinlich. 1830 plünderten Aachener Arbeiter das Wohnhaus des englischen Fabrikanten James Cockerill<sup>157</sup> — aber lag hier Klassenantagonismus oder Xenophobie vor? 1848

<sup>152</sup> Zunkel, a. a. O., S. 38, mit weiteren Beispielen dieser Paarung von Wendigkeit und Bedenkenlosigkeit.

<sup>153</sup> William Wilson aus Newcastle, der 1835 die von Stephenson gelieferte Lokomotive in Nürnberg zusammengesetzt und nach Fürth gefahren hatte, bezog ein Gehalt, das doppelt so hoch lag wie das des Direktors der Eisenbahngesellschaft. (Wilhelm Treue, Ingenieur und Erfinder. Zwei sozial- und technikgeschichtliche Probleme. Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Band 54, 1967, S. 459).

So zahlte der irische Ruhr-Industrielle William T. Mulvany in den 1860er Jahren seinen englischen Bergleuten das 4-5fache des Durchschnittslohnes deutscher Bergarbeiter. (William Otto Henderson, Britain and Industrial Europe, 1750-1870, 2. Aufl., Leicester 1965, S. 157).

<sup>154</sup> Daß diese Kräfte häufig — gemessen am Niveau ihrer Heimat — fachlich wie menschlich nur zweitklassig waren, beklagten in den 1820er Jahren der schweizerische Eisenindustrielle Johann Conrad Fischer wie sein deutscher Kollege Friedrich Harkort. (William Otto Henderson, J. C. Fischer and his Diary of Industrial England 1814-51, London 1966, S. 14; Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Freiburg 1950, Band 3, S. 286).

Zur gleichen Zeit berichtete die Quarterly Review: „The Englishmen abroad, though able workmen, are in general, persons of extremely bad character, continually drunk, constantly quarrelling and occasioning most serious complaints.“ (Henderson, Industrial Europe, S. 148).

<sup>155</sup> Viele Einzelheiten über britische Puddler, Baumwolldrucker, Jutespinner, Werkzeugmacher, Lokomotivführer usw. und ihren Einfluß auf verschiedene deutsche Wirtschaftszweige, insbesondere auf die Textil-, Eisen- und Maschinenbauindustrie bei Henderson, Industrial Europe, S. 139-166.

Als Pendant: Rondo Cameron, France and the Economic Development of Europe 1800-1914, 2. Aufl., Chicago 1961.

<sup>156</sup> Franz Schnabel, Deutsche Geschichte, S. 403.

zerstörten Solinger Arbeiter zwei Eisengießereien und forderten die Entlassung der französischen Gießereiarbeiter<sup>158</sup> — gab es hier eine nationalistische Basis für diese Aktion? Man muß im Auge behalten, daß Klassensolidarität unter den deutschen Arbeitern selbst in den 1850er und 1860er Jahren noch nahezu unbekannt war<sup>159</sup>, während regionales Mißtrauen und landsmannschaftlicher Haß sehr weit verbreitet waren<sup>160</sup>. Der Arbeiterschaft mangelte es durchweg an einem Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit<sup>161</sup> wie auch an einem Interesse für Politik jenseits des lokalen oder regionalen Bereichs<sup>162</sup>. Nur wenige, meist lediglich die fortschrittlichsten und gebildetsten Arbeiter — gewöhnlich aktiv in der sozialdemokratischen Bewegung — verfügten in den 1860er Jahren über ein ausgeprägtes Wir-Gefühl, sei es als Klassenbewußtsein oder als Nationalgefühl<sup>163</sup>. Dies kann an sich nicht überraschen, denn Nationalismus (einfacher oder übersteigerter) ist die Folge einer entsprechenden Erziehung<sup>164</sup>.

<sup>157</sup> Leo Uhen, Gruppenbewußtsein und informelle Gruppenbildungen bei deutschen Arbeitern im Jahrhundert der Industrialisierung, Berlin 1964, S. 149).

<sup>158</sup> Ebenda, S. 125.

<sup>159</sup> August Bebel berichtet, „daß die Arbeiterschaft damals auf einem Standpunkt stand, von dem aus sie weder ein Klasseninteresse besaß, noch wußte, daß es so etwas wie eine soziale Frage gebe.“ (Aus meinem Leben, 1. Band, S. 50. zit. nach Uhen, S. 68).

<sup>160</sup> „Zwischen den Vertretern der einzelnen deutschen Landschaften bestanden zum Teil echte Unterschiede beispielsweise im Temperament, zum Teil wurden die Gegensätze durch teils gutmütige, meistens jedoch bösartige und gehässige Spitznamen verschärft.“ (Uhen, a. a. O., S. 123.) Benannt werden: Dummer Schwab, Blinder Heß, Badisch' Kühhorn, Saubayer, Bettelpreuß.

<sup>161</sup> Dichtungen können als Quelle in die Irre führen. Wilhelm Weiling dichtete für die verbrüdernden Gesellen-Arbeiter um 1840: „Wenn diese Farben weh'n, Muß unser Leid vergeh'n, Des Zwiespalts Leid. Donau, Spree, Weser, Elb', Neckar, Oder, Rhein, Werden vereint sein Im Schwarz-Rot-Gold“.

Heinrich Heine ließ 1847 in seinem Gedicht über „Die schlesischen Weber“ diese ihren dreifachen Fluch gegen Gott, König und Vaterland sprechen.

Es wäre falsch, dies als die tatsächliche Stimmung unter den Arbeitermassen zu deuten, wie Uhen, a. a. O., S. 151 richtig betont.

<sup>162</sup> Den unter härtesten Bedingungen tätigen, physisch und psychisch überforderten Fabrikarbeitern blieb weder Zeit noch Energie zur Beschäftigung mit Problemen, die über ihren unmittelbaren Existenzbereich hinausgingen.

Von den frühindustriellen linksrheinischen Textilarbeitern wird berichtet: „Politisch führten die Weber ein Traumleben, unklar über sich selbst und ihre Stellung im Staate, politische Ansichten hatten sie keine anderen, als ihnen der Geistliche oder der Kaufmann gelegentlich beigebracht hatten; auch kamen sie nie in die Lage, ihre politische Meinung abzugeben.“ Infolgedessen überrascht es nicht, daß von den Arbeitern nur eine kleine Oberschicht an den Revolutionereignissen von 1848 Anteil nahm. (Ebenda, S. 45 und 68).

<sup>163</sup> Noch 1870 klagte der Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in einem Brief an den Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation in London: „Sie wissen auch, welch unendlich schwachen Kräfte uns noch zur Verfügung stehen, da ja die mächtigsten in der Erkenntnis des Arbeiterstandes liegen und dieser noch von einer Alles überwuchernden Unwissenheit, ja einem lethargischen Stumpfsinn und im Zustande völliger geistiger Trägheit erhalten wird.“ (Ebenda, S. 68.)

<sup>164</sup> „People are not born with feelings of national self-consciousness. The desire to be part of a community, and a sense of loyalty to that community, appear to be natural

Ein Blick in die Volksschulbücher<sup>165</sup> der Zeit ist daher sinnvoll, denn diese stellen die Pflichtlektüre eines relativ leicht und nachhaltig zu beeinflussenden Leserkreises dar. Diese Lesebücher zielten ja weniger auf Wissensvermittlung, sondern mehr auf das Etablieren von Verhaltens- und Denkmustern. Aus einer entsprechenden Analyse der preußischen Volksschulbücher um 1840 ist zu entnehmen, daß solche bürgerlichen Tugenden wie Ehrlichkeit, Nüchternheit, Sorgfalt, Rechtschaffenheit usw. herausgestellt wurden. Diese moralischen Forderungen wurden entweder durch die christliche Ethik oder durch eine Individualethik (man fühlt sich besser, wird allgemein geachtet und dergleichen) abgesichert. Indessen finden sich keinerlei Hinweise, daß ein solches Verhalten gegenüber König, Volk oder Vaterland geboten sei, etwa in dem Stil: Man müsse härter und länger arbeiten, da man Deutscher sei, weil die Gefahr einer Überfremdung bestehe, weil man gegenüber dem Ausland aufholen müsse oder ähnliches. Solch a-nationaler, wenn nicht antinationaler Tenor der Schulbücher spiegelt selbstverständlich die partikularistische Einstellung der Regierungen der deutschen Einzelstaaten wider. Da Nationalismus auf der Volksschule nicht vermittelt wurde, ist es auch nicht wahrscheinlich, daß sich die gewerbliche Arbeiterschaft als Verbraucher nationalistisch verhielt<sup>166</sup>.

Über die Konsumenten, die dritte Gruppe an Akteuren auf der wirtschaftlichen Bühne, besitzt der Wirtschaftshistoriker nur einige wenige Kenntnisse. So gibt es über die Konsumgewohnheiten der unteren Schichten noch keine für unsere Fragestellung relevante Untersuchung. Ist indessen anzunehmen, daß Menschen — relativ nahe am Hungerniveau — sich den Luxus eines Nationalismus leisten werden? Können sie auf materielle Werte verzichten, indem sie für Inlandsware höhere Preise zahlen oder geringere Qualität in Kauf nehmen, um sich so einen immateriellen Vorteil zu verschaffen, der aus der Vermeidung ausländischer Produkte, die billiger oder besser sind, resultiert? Die Frage stellen, heißt sie zu verneinen.

Weit bessere Informationen gibt es aber über das Verhalten der Konsumenten aus der bürgerlichen Oberschicht. Diese zeichnete sich durch eine ausgesprochene Vorliebe für Ausländisches, insbesondere Englisches, aus. Obwohl schon im

---

human characteristics; but the object of that loyalty has varied widely from age to age and from country to country, and has taken the form of tribes and clans, of city-states, kingdoms, and empires. The nation, far from being the fundamental and unique component of human society according to a system of divine or natural law, as it was represented by propagandists of nationalism in the nineteenth century, is simply one of many forms of social organization.“ (*Rich, Nationalism and Reform*, S. 44).

<sup>165</sup> Peter *Lundgreen*, Analyse preußischer Schulbücher als Zugang zum Thema ‚Schulbildung und Industrialisierung‘, *International Review of Social History*, Band 15, 1970, S. 85ff.

<sup>166</sup> Obwohl um die Jahrhundertmitte noch gut die Hälfte der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig waren, sollen diese hier nicht berücksichtigt werden. Es kann dies mit dem Hinweis auf George *Lichtheim*, *Imperialism*, New York 1970, S. 91 geschehen, der dem „peasant patriotism“ (aus der bäuerlichen Loyalität zu Dorf und Boden) den „nationalism“ als eine städtische Doktrin gegenüberstellt.

18. Jahrhundert der Einfluß der englischen Kultur — im weitesten Sinne verstanden — für die deutsche Gesellschaft bedeutsam gewesen war<sup>167</sup>, verstärkte sich die Abhängigkeit der Deutschen vom englischen Vorbild nach den Befreiungskriegen noch „in einer Weise, daß der Ausdruck Anglomanie nicht übertrieben ist“<sup>168</sup>. Häufig waren es deutsche Geschäftsleute, die englische Gebräuche und Gewohnheiten in Deutschland verbreiteten<sup>169</sup>. Aus England zurückgekehrt, errichteten sie ihre Fabriken im vielstöckigen englischen Baustil und taufte sie „Birmingham“ oder „Cromford“. Als wohlhabende Unternehmer wünschten sie englische Wohnkultur, sowohl in der äußeren Gestaltung ihrer Villen wie auch in deren Innenausstattung<sup>170</sup>. Der elegante Herr bevorzugte englische Kleidung und folgte deren Modeänderungen; er bewunderte das Gentlemanideal, lernte die Sprache, um englische Literatur<sup>171</sup>, insbesondere aber um englische Zeitungen lesen zu können<sup>172</sup>. Wem das nicht genügte, der änderte seinen Vornamen ein wenig oder britannisierte gar seinen Familiennamen<sup>173</sup>. Am weitesten ging man in der Nachahmung der Engländer wohl in Hamburg und an der deutschen Küste allgemein; doch auch im Rheinland und

<sup>167</sup> Klaus *Dockhorn* (England und Deutschland — eine geistesgeschichtliche Antithese? Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jahrgang 12, 1961, S. 540, 548) verweist auf die „geistesgeschichtliche Leistung des englischen Denkens im 18. Jahrhundert“ und ihren Zusammenhang „mit dem sich langsam bildenden und dabei immer auf die englischen Anregungen blickenden Denken der Deutschen“.

Dazu nunmehr viel ausführlicher: Michael *Maurer*, Aufklärung und Anglophilie in Deutschland, Göttingen 1987.

<sup>168</sup> Christian *Hildebrand*, Der Einbruch des Wirtschaftsgeistes in das deutsche Nationalbewußtsein zwischen 1815 und 1871, Der Anteil der Wirtschaft an der Reichsgründung von 1871, Diss. Heidelberg 1934, S. 15.

Siehe auch meinen Aufsatz „Anglomanie und Anglophobie während der Industriellen Revolution in Deutschland, Schmollers Jahrbuch, Band 91, Berlin 1971, S. 153-181.

<sup>169</sup> Als Makler, Korrespondenten, Kommis und Lehrlinge sowie in vielfältiger anderer Tätigkeit verbrachten manche oft Jahre in London, dessen deutsche Kolonie in den 1840er Jahren etwa 40000 Personen betrug. (Percy Ernst *Schramm*, Hamburg, Deutschland und die Welt, Hamburg 1952, S. 177.) „Die Nachahmung fremder Moden und Gewohnheiten der Reisenden war für die Heimat nicht selten stilbestimmend.“ (*Schumacher*, Auslandsreisen . . ., S. 250, der übrigens ein ganzes Kapitel mit „Übernommene Stilformen“ betitelt, aus dem die folgenden Einzelheiten stammen.)

<sup>170</sup> In manchen Gegenden verbreitete sich der Tudorstil „wie ein Bazillus“; man spielte Whist im englisch möblierten Salon, an dessen Wänden kolorierte Lithographien Londoner Ansichten hingen, oder erging sich im „englischen Landschaftsgarten“.

<sup>171</sup> Einzelheiten bei Lawrence Marsden *Price*, The Reception of English Literature in Germany, Berkeley 1932.

<sup>172</sup> Mancher rheinische Unternehmer abonnierte die Londoner Times, und in Nordwestdeutschland „gingen einige Anglomanen so weit, fast nur noch die englische Presse zu lesen“. (*Engelsing*, a. a. O., S. 1042).

<sup>173</sup> Alfred Krupp kehrte 1838 als Alfred Krupp aus England zurück. (*Schumacher*, a. a. O., S. 249.) — Der preußische Beamtensohn und spätere Hamburger Großkaufmann Wilhelm Oswald nannte sich nach einer Weltumsegelung im Dienste der Preußischen Seehandlung seit Mitte der 1820er Jahre William O'Swald. (*Schramm*, Hamburg, Deutschland . . ., S. 179. — Ders., Kaufleute zu Haus, S. 327).

in Süddeutschland, traditionellen Einflußgebieten französischer Zivilisation, fand sich Anglomanie<sup>174</sup>. Ausmaß und Einfluß — vor allem aber Inhalt<sup>175</sup> — der deutschen Anglomanie sind natürlich schwer zu bestimmen, doch wäre es verfehlt, sie als untypische Einzelercheinung abzutun, erschien sie doch selbst dem Schriftsteller bedeutsam und reizvoll genug, seinen deutschen Zeitgenossen den Spiegel vorzuhalten und ihre Anbetung alles Englischen zu verspotten<sup>176</sup>. Daß in einer derartig anglophilen Atmosphäre ein Konsumentenprotektionismus — etwa im Sinne „Deutsche kaufen deutsche Waren“<sup>177</sup> — eine echte Chance hatte, läßt sich schwer denken, obwohl einzelne Nationalökonomien gemäß merkantilistischen bzw. sozialrestaurativen Konzepten für eine Abschottung vom Weltmarkt und für Handwerkerschutz plädierten.

Die vierte und letzte Hauptgruppe, die hier untersucht werden sollte, bilden die akademischen Volkswirte. In den ersten Dekaden des 19. Jahrhunderts herrschte in Deutschland unangefochten die Lehre des Adam Smith und verbreitete sich wohl am lebhaftesten von den Universitäten Göttingen, Königsberg, Berlin, Heidelberg und Halle<sup>178</sup>. Viele preußische Beamte, darunter Stein, Hardenberg und Motz, waren stark von diesen Ideen beeinflusst<sup>179</sup>. Der

<sup>174</sup> Die Augsburger Allgemeine Zeitung berichtete 1833, daß die Zahl der Anglomanen Legion sei. (*Schramm*, Hamburg, Deutschland . . ., S. 162).

<sup>175</sup> Mit Recht warnt *Schramm* (ebendasselbst, S. 163) davor, Komplexes auf kurze Formeln zu bringen: „Man konnte in einer Villa im Tudorstil leben und seine Geschäfte mit Londoner Krediten machen und dabei doch ein kerndeutscher Mann bleiben, dessen Hoffnung die Einigung des Vaterlandes war.“

<sup>176</sup> Wilhelm *Hauff* (Die Geschichte von Kalif Storch und andere Märchen, 1827, München 1964, S. 146 f.: Der Affe als Mensch, auch betitelt Der junge Engländer.) erzählt, daß ein Fremder aus Berlin einen Orang-Utan maskierte und ihn im süddeutschen Städtchen Grünwiesel den Honoratioren als seinen ausländischen Neffen vorstellte. Der junge Mann galt trotz seines sonderbar gebrochenen Deutsch, seines wüsten Gehabes und tolleren Treibens in der Gesellschaft „als Muster von Bildung und Verstand“, und besonders den Jüngeren erschien sein Benehmen nachahmenswert, „denn er mußte als Engländer natürlich alles besser wissen“.

<sup>177</sup> „Bereits 1817 war der Vorschlag gemacht worden, nur deutsche Fabrikate zu kaufen und nur deutsche Stoffe zu tragen.“ (*Schramm*, Hamburg, Deutschland . . ., S. 161).

<sup>178</sup> Über dessen deutsche Apologeten: Wilhelm *Treue*, Adam Smith in Deutschland, Zum Problem des „Politischen Professors“ zwischen 1776 und 1810, in: Werner *Conze* (Hrsg.), Deutschland und Europa; Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes, Festschrift für Hans Rothfels, Düsseldorf 1951, sowie Marie-Elisabeth *Vopelius*, Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit, Stuttgart 1968.

<sup>179</sup> „Die Angehörigen des höheren Dienstes, die in Göttingen, Königsberg, Jena usw. studiert hatten, waren alle mit den Forderungen nach Gewerbefreiheit, Freihandel und weitgehender staatlicher Zurückhaltung im Wirtschaftsleben vertraut und konnten den liberalen Ideen auch in der Praxis zum Durchbruch verhelfen.“ (Harald *Winkel*, Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Darmstadt 1977, S. 19, mit vielen weiteren Einzelheiten über „Die Aufnahme Adam Smiths in Deutschland“, S. 7-20).

[Prof. *Besters* diskutierte List vor dem zeitgenössischen Hintergrund liberaler Vielfalt wie sie bei Lothar *Gall*, Das Problem der parlamentarischen Opposition im deutschen Frühliberalismus, in: Kurt *Kluxen* u. a., (Hrsg.), Politische und nationalstaatliche Ordnung, Festschrift für Theodor Schieder, München 1968 deutlich werde.]



1858 gegründete Kongreß deutscher Volkswirte stand völlig auf dem Boden des Laissez Faire<sup>180</sup>, und die Freihändler wurden seit den späten 1840er Jahren von Prince-Smith, einem Engländer mit preußischem Bürgerrecht, geführt<sup>181</sup>. Bis in die 1870er Jahre hinein blieben die Vertreter der Klassik an den deutschen Universitäten tonangebend<sup>182</sup>. Daran änderte auch das Aufkommen der Älteren Historischen Schule (Roscher, Knies, Hildebrand) wenig, denn ihre Vertreter hatten zwar ihre eigenen, zumeist wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsinteressen, doch vom Katheder unterrichteten sie Klassische Nationalökonomie<sup>183</sup>. Hier gab es erst durch Gustav Schmoller, die Jüngere Historische Schule und institutionell durch die Gründung des Vereins für Socialpolitik (1872) einen Wandel<sup>184</sup>.

Es war auch während der 1870er Jahre, daß Friedrich Lists Theorien größere Bedeutung erlangten<sup>185</sup>. Seine Idee, daß komparative Vorteile eine Zeitdimension haben<sup>186</sup>, war seit den 1840er Jahren ohne Resonanz geblieben<sup>187</sup>. Seine

---

<sup>180</sup> Ludolf Grambow, *Die deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte*, Jena 1903, S. 13.

<sup>181</sup> Alfred Kruse, Art. Manchesterschule, *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 7, Stuttgart 1961, S. 115.

<sup>182</sup> Joseph A. Schumpeter, *History of Economic Analysis*, New York 1954, S. 379 ff., 753 ff.

[Prof. Scherf äußerte sich in der Diskussion u. a. zu Schumpeters List-Bild, Lists Verständnis von Staat und Nation und Bruno Hildebrands diesbezüglicher Kritik sowie zur Quellenlage.]

<sup>183</sup> Zwar spricht Goetz *Briefs* (Art. Klassische Nationalökonomie, *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 6, Stuttgart 1959, S. 15) von einer anticlassischen Prägung der deutschen Wirtschaftslehre durch die Vertreter der älteren historischen Schule, doch kann diese nicht allzu stark gewesen sein, hebt doch Gottfried Eisermann (*Die Grundlagen des Historismus in der deutschen Nationalökonomie*, Stuttgart 1956, S. 237) hervor: „Ihr Leben lang vertraten sie als akademische Lehrer stets die eine klassische ökonomische Theorie.“

<sup>184</sup> Alfred Kruse, *Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien*, München 1948, S. 136.

<sup>185</sup> Erst in den 1870er Jahren wurde List „wiederentdeckt“ und als einflußreicher, nationalistischer, solidarprotektionistischer, anti-englischer Wirtschaftspolitiker seiner Zeit „hochgejubelt“; jedes dieser Adjektive beinhaltet eine Simplifizierung.

<sup>186</sup> “Lists basic point was: Comparative advantage has a time dimension, and the pattern of trade will reflect the sequence of national development.” (Peter B. Kenen, *International Economics*, 2. Aufl., Englewood Cliffs 1967, S. 35).

[Prof. Schumann hielt in der Diskussion Kenens Deutung für zu freundlich, denn List habe die klassische Außenhandelslehre eigentlich ignoriert anstatt sich mit der Theorie absoluter oder komparativer Kostenvorteile auseinanderzusetzen. (Einzelheiten bei Jochen Schumann, *Englische klassische Außenhandelslehre, ihre Rezeption und Weiterentwicklung in der deutschen klassischen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts*, in: Harald Scherf (Hrsg.), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VI*, Berlin 1988, S. 29-64.)]

<sup>187</sup> “Friedrich List was not a representative German in the sense that his views were accepted as commonplace in his day. He forshadowed and helped to create the future,

Botschaft wurde nicht gehört; aber wäre es nicht auch ungenau, Lists Äußerungen — Gerschenkrons einziger Beleg — als „nationalistisch“ zu bezeichnen? Es ist richtig, daß List ein patriotisches, gesamtdeutsches Vokabular verwendete, und es ist nicht auszuschließen, daß es gerade dies war, was seine Ideen den partikularistischen deutschen Regierungen verdächtig erscheinen ließ<sup>188</sup>. Besaß diese Botschaft auch einen nationalistischen Inhalt? List attackierte die ahistorischen, kosmopolitischen, sogenannten natürlichen Theorien der Englischen Klassiker, die glaubten, Besonderheiten um des Allgemeinen willen ignorieren zu können. List brachte — das wird heute anerkannt — die Wirtschaftstheorie in einen dringend nötigen näheren Bezug zur Wirklichkeit<sup>189</sup>, und deshalb erinnert auch vieles in seinem Werk an die gegenwärtige Literatur über das Wirtschaftswachstum von Entwicklungsländern<sup>190</sup>. List war nicht für Protektionismus an sich, sondern nur für zeitweiligen Zollschutz während einer industriellen Anlaufperiode. List war kein deutscher Nationalist, sondern trat für den industriell Unterlegenen ein, d. h. er befürwortete die Unterstützung der sich mühenden jungen Industrien in den unterentwickelten Ländern seiner Zeit, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland, und vertrat diese Auffassung in seinen amerikanischen, französischen und deutschen Schriften<sup>191</sup>.

List war nicht anti-englisch eingestellt, kritisierte aber gewisse Erscheinungen des englischen Gesellschafts- und Wirtschaftslebens. Er unterstellte den Engländern, daß sie mit diversen Mitteln versuchten, ihren wirtschaftlichen Vorsprung

---

much more than he reflected the present.” (Raymond James *Sontag*, *Germany and England, Background of Conflict, 1848-1894*, New York 1938, 1969 Reprint, S. 58.)

Eine Abonnenten- bzw. Leseranalyse von Lists journalistischen Arbeiten, beispielsweise des 1987 Reprint-Ausgabe erschienenen „Zollvereinsblattes“, würde nützliche Einsichten vermitteln. Dazu: Wilhelm *Treue*, Friedrich Lists „Zollvereinsblatt“ als Geschichtsquelle, in: Hermann *Kellenbenz*/Hans *Pohl* (Hrsg.), *Historia socialis et oeconomica*, Festschrift für Wolfgang Zorn zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1987.

<sup>188</sup> Über das Verhältnis nationaler zu staatspatriotischen Ideen: Theodor *Schieder*, Partikularismus und nationales Bewußtsein im Denken des Vormärz, in: Werner *Conze* (Hrsg.), *Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815-1848*, Stuttgart 1962.

<sup>189</sup> “Of necessity this inductive method was less precise than the deductive approach of the classical school, but at the same time it brought the study of economics into a badly needed closer relation to reality.” (Y. S. *Brenner*, *Theories of Economic Development and Growth*, London 1966, S. 151).

<sup>190</sup> “In its objective, List’s work resembles much of the present literature on economic growth, which is also elaborated with the aim of providing guidelines for planned economic development. It is therefore not surprising that many of the ideas expressed by List are found again in contemporary literature on economic growth, or, conversely, that some passages in List’s works have a thoroughly ‘modern’ flavor.” (Bert F. *Hoselitz*, *Theories of Stages of Economic Growth*, in: Bert F. *Hoselitz* (Hrsg.), *Theories of Economic Growth*, New York 1960, S. 196).

<sup>191</sup> Insbesondere „*Outlines of American Political Economy*“, Philadelphia 1827; „*Le Système Naturel d’Économie Politique*“, Paris 1837; „*Das Nationale System der Politischen Ökonomie*“, Stuttgart—Tübingen 1841.

zu halten<sup>192</sup>, daß aber seinerzeit — als die Rollen vertauscht waren — die Deutschen ebenso gehandelt hätten<sup>193</sup>. Ebenso wenig wie es für ihn kein Widerspruch war, Kosmopolit und deutscher Patriot zu sein<sup>194</sup>, freihändlerische und schutzzöllnerische Gedanken zu vertreten, konnte er auch tiefe Verehrung<sup>195</sup> und schroffe Ablehnung gegenüber England empfinden<sup>196</sup>. Lists Kritik

<sup>192</sup> „Bekannt ist, welche Mittel das englische Ministerium, nie gewohnt zu knickern, wo es seine Handelsinteressen zu fördern gilt, in seinem secret service money besitzt, um allerwärts im Ausland der öffentlichen Meinung unter die Arme zu greifen.“ An eine englische Verschwörung, die deutsche Industrie abzuwürgen, mochte er allerdings nicht recht glauben: „Mehr und mehr verbreitete sich in jener Zeit (nach 1815, K. H.) die Meinung, die englische Regierung begünstige auf außerordentliche Weise die Überschwemmung der Kontinentalmärkte mit Manufakturwaren, in der Absicht, die Kontinentalmanufakturen in der Wiege zu ersticken. Diese Meinung ist ins Lächerliche gezogen worden; daß sie aber herrschte, war natürlich genug, einmal, weil die Überschwemmung wirklich in der Art statthatte, als ob sie eigens zu dem erwähnten Zweck organisiert gewesen wäre, und zweitens, weil ein berühmtes Parlamentsmitglied . . . im Jahre 1815 mit dünnen Worten im Parlament gesagt hatte: ‚that it was well worth while to incur a loss on the exportation of English manufactures in order to stifle in the cradle the foreign manufactures‘.“ (Friedrich List, *Das nationale System der Politischen Oekonomie*, Jena 1922, S. 8, 171).

<sup>193</sup> „Das neuere Deutschland . . . wird wie eine Kolonie ausgebeutet von derselben Nation, die schon Jahrhunderte zuvor von deutschen Kaufleuten in gleicher Weise ausgebeutet worden war.“ (Ebenda, S. 201.)

<sup>194</sup> List schickte seinem *Système Naturel* von 1837 wie auch dem *Nationalen System* von 1841 als Motto voran: „Et la patrie et l’humanité“.

Friedrich List, der von sich 1828 sagte, „Mir geht’s mit meinem Vaterland wie den Müttern mit ihren krüppelhaften Kindern: sie lieben sie um so stärker, je krüppelhafter sie sind. Im Hintergrund aller meiner Pläne liegt Deutschland — die Rückkehr nach Deutschland.“, wurde am 2. Oktober 1830 loyaler Amerikaner: als Frederick List of Reutungen in Württemberg. (Schriften, Reden, Briefe, Band 8, S. 355; Band 2, unnummerierte S. XVII).

Eindeutig in seinem Urteil ist Emmanuel N. *Roussakis*, Friedrich List, *The Zollverein and the Unity of Europe*, Brügge 1968: “In the histories of economic thought, List is almost invariably described in nationalistic terms: ‘German nationalist’, ‘militant nationalist’, ‘aggressive nationalist’ — such has been the refrain of generations of historians and economists.” (S. 9) “He was perhaps the only true cosmopolitan German citizen of this age . . . List has been completely misunderstood by those critics, both foreign and domestic, who called him a nationalist. While he was a passionate protagonist of German unification, he was not the chauvinist his detractors have frequently called him.” (S. 147).

<sup>195</sup> „Es ist wahr, die unermessliche Produktivkraft, der große Reichtum Englands ist nicht allein die Wirkung der physischen Macht der Nation und der Gewinnsucht der Individuen; das ursprüngliche Freiheits- und Rechtsgefühl, die Energie, die Religiosität und Moralität des Volkes haben daran ihren Anteil; die Konstitution des Landes, die Institutionen, die Weisheit und Kraft der Regierung und der Aristokratie haben daran ihren Teil . . .“ (List, *Nationales System*, S. 130).

[Prof. *Ritzmann* bezog sich in der Diskussion auf Lists Verhältnis gegenüber der Deutschumsphilosophie J. G. Fichtes und auf zeitgenössische antiliberalen nationalistiche Strömungen, die Lists Mißerfolg miterklären könnten.]

<sup>196</sup> „Das Inselreich erscheint uns von uns aus als ein Ungeheuer, das den Gewerbefleiß aller anderen Nationen, wie es bereits schon teilweise geschehen ist, gänzlich zu

an England entstammte nicht einer angeblich anglophoben Grundhaltung der deutschen geistigen Tradition<sup>197</sup>, sondern war vielmehr eine Auflehnung gegen die weitverbreitete unkritische Anglomanie der Deutschen. In einer Gesellschaft, in der durch Jahrzehnte hindurch alles Englische als das Non plus ultra angesehen wurde, überrascht nicht, daß Lists englandkritische Äußerungen sich leicht als platte Anglophobie mißdeuten ließen<sup>198</sup>. 1846, kurz vor seinem Tod, reiste List nach London und schlug in einem Memorandum für Peel und Palmerston eine deutsch-englische Allianz vor<sup>199</sup> — verwunderlich für einen angeblichen Englandfeind.

Einige Worte zum Schluß: Die Ursachen des Prozesses ökonomischen Wandels, den der Wirtschaftshistoriker abgekürzt „Industrielle Revolution“ nennt, sind nur unzulänglich bekannt. Allgemein setzt sich jedoch die Auffassung durch, daß dieser Prozeß mehr beinhaltet als die bloße Übernahme materieller und technischer Verbesserungen. Dieser Prozeß hat auch, ja sogar vor allem, kulturelle, gesellschaftliche und psychologische Komponenten. Nur wenn die inländischen Wertsysteme, Überzeugungen und Ansichten, Denk- und Verhaltensweisen einer Adoption ausländischer Verfahren und Methoden

---

verschlingen droht und ihr gewerbliches Aufleben für alle Zeiten unmöglich macht — als ein Nimmersatt, der durch den Fraß nur um so hungriger wird und seine Verdauungskraft nur um so mehr steigert.“ (Zit. nach *Schramm*, Hamburg, Deutschland . . ., S. 174).

<sup>197</sup> Richard Hugh *Tilly* (Los von England, Probleme des Nationalismus in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Band 124, 1968, S. 179, 181, 183) hält hingegen die deutsche „Los von England“-Idee für einen Gedanken, der „ohne Zweifel im Mittelpunkt einer alten deutschen geistigen Tradition“ liegt und dessen Ausbreitung um 1780 beginnt. Dies ist insoweit richtig, als es unter dem Einfluß der Französischen Revolution im deutschen politischen Denken zu einer vorübergehenden „Abwendung von der bisher üblichen Englandbegeisterung“ kam. (Annelise *Mayser*, England als politisches Vorbild und sein Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland bis 1830, Diss. Freiburg 1931, S. 28).

Zu verschiedenen Aspekten des deutsch-englischen Verhältnisses im 18. und frühen 19. Jahrhundert: Robert *Elsasser*, Über die politischen Bildungsreisen der Deutschen nach England (vom 18. Jahrhundert bis 1815), Heidelberg 1917.

Franz *Muncker*, Anschauungen vom englischen Staat und Volk in der deutschen Literatur der letzten vier Jahrhunderte, Teil I: Von Erasmus bis zu Goethe und den Romantikern, Teil II: Von Pückler-Muskau bis zu den Jungdeutschen, Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1918 und 1925.

Werner *Kroker*, Wege zur Verbreitung technologischer Kenntnisse zwischen England und Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Berlin 1971.

Michael *Maurer*, Aufklärung und Anglophilie in Deutschland, Göttingen 1987.

Rudolf *Muhs*, Englische Einflüsse auf die Frühphase der Industrialisierung in Deutschland, in: Adolf M. *Birke* u. a. (Hrsg.), Wettlauf in die Moderne, England und Deutschland seit der industriellen Revolution, München 1988, S. 31-50.

<sup>198</sup> Karl Heinrich *Brüggemann* z. B. bemerkte in seinem Buch „Dr. List's nationales System der politischen Oekonomie, kritisch beleuchtet und mit einer Begründung des gegenwärtigen Standpunktes dieser Wissenschaft begleitet“ (Berlin 1842, S. 320), weder Haß gegenüber den Engländern noch Furcht zu verengländern sei angebracht.

<sup>199</sup> Nähere Einzelheiten bei *Schramm*, Hamburg, Deutschland . . ., S. 175.

förderlich sind, ist ein erfolgreicher Akkulturationsprozeß zu erwarten. Dies macht Gerschenkrons Vorschlag, nach historischen Industrialisierungsideologien Ausschau zu halten, so bedeutsam, sind es doch nach seiner Auffassung die Industrialisierungsideologien gewesen, die die Räder der Industrialisierung schmierten, d. h. den Akkulturationsprozeß erleichterten. Gerschenkrons Fragestellung ist daher nur zu begrüßen, obwohl seine Antwort — jedenfalls im deutschen Falle — nicht befriedigen kann. Es erscheint wahrscheinlicher, daß Selbstvertrauen, Selbstsicherheit, ein gesunder Stolz auf die eigene Kultur, der Glaube an die eigene Vergangenheit wie auch an die eigene Fähigkeit, die Zukunft zu meistern, Fortschritte zu machen — daß all dieses für einen erfolgreichen Prozeß sozialökonomischen Wandels, für eine Industrialisierung wesentlich ist. Demgegenüber wird ein übermäßiger Ausdruck solcher Gefühle, ein kultureller Ethnozentrismus, der Glaube, daß die eigene Kultur die fortschrittlichste und allen anderen überlegen ist, jeder Veränderung abträglich sein, kurzum wird eine Industrialisierung behindern. Unter den wichtigsten Akteuren auf der wirtschaftlichen Bühne Deutschlands vor 1870 existierte solch ein übersteigter Nationalismus nicht, wäre doch die Behauptung einer materiellen, moralischen oder intellektuellen Überlegenheit Deutschlands allzu ungläubwürdig gewesen.

# Carl Menger, der deutsche Nationalökonom\*

Von *Erich Streissler*, Wien

„Dem königlich sächsischen Hofrathe Dr. Wilhelm Roscher, Professor der Staats- und Cameralwissenschaften an der Universität Leipzig etc. in achtungsvoller Verehrung zugeeignet.“<sup>1</sup>

## I.

Alle bisherige Geistesgeschichte ist eine Geschichte von Vorurteilen. Und wie könnte es auch anders sein? Gerade die Geistesgeschichte ist integraler Teil der jeweiligen Kultur, in der wir erzogen werden. Notgedrungen verfallen wir zuerst einmal alle hilflos den Selbstinterpretationen der auf uns eindringenden geistigen Strömungen, verfallen wir, selbst noch urteilslos, den Vor-Urteilen unserer Vorgänger. Nirgendwo gilt daher die Aufforderung „ad fontes“, gilt die Pflicht des Historikers zum Quellenstudium, so unbedingt wie in der Geistesgeschichte. Folgt man jedoch dem mühsamen Pfad des Selbststudiums der Quellen, so gilt mit großer Regelmäßigkeit: erstens sind sie anders und zweitens

---

\* Dieser Beitrag wurde ursprünglich für einen Sammelband von Professor J. Starbatty konzipiert, jedoch infolge seiner Länge dann dort nicht publiziert. Eine stark gekürzte Fassung ist nunmehr in J. Starbatty (Hrsg.), *Klassiker ökonomischen Denkens*, Bd. II, Von Karl Marx bis John Maynard Keynes, München, Beck, 1989, unter dem Titel „Carl Menger“, S. 119-134, erschienen. Der volle Beitrag wurde erstmals im mathematisch-ökonomischen Seminar der Universität München am 17. 2. 1987 vorgestellt. Den Teilnehmern dieses Seminars, insbesondere aber Professor K. Borchardt, bin ich für wertvolle Anregungen zu Dank verpflichtet. Ebenso gilt mein Dank meinen Assistenten J. Kubitschek, K. Milford und W. Neudeck sowie den Teilnehmern eines Doktorandenseminars an der Universität Wien im Januar 1988. Die überarbeitete Fassung wurde schließlich im Dogmenhistorischen Ausschuß am 20. September 1989 vorgelegt. Hier bin ich insbesondere dem Vorsitzenden, Professor B. Schefold, für eine ausführliche kritische Würdigung sowie den Herren J. G. Backhaus, H. Besters, H. C. Binswanger, K. Hardach, H. G. Monissen, H. Rieter, F. Ritzmann, J. Schumann und J. Starbatty für Diskussionsanregungen verpflichtet. Diese Anregungen wurden durch Textkorrekturen (Backhaus) oder in Text und Fußnoten verarbeitet, die mit litterae bezeichnet sind, um ihre nachträgliche Einarbeitung deutlich zu machen, nämlich in FN 15a, 20a, dem zweiten Teil von FN 25, in FN 27a, dem zweiten Teil von FN 47, in FN 58a, 61a und 98a.

<sup>1</sup> Widmung von Carl Menger, (*Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Braumüller, Wien 1871), die zugleich als Widmung dieses Beitrages gelten möge.



als man denkt. Denn: Alle bisherige Geistesgeschichte ist eine Geschichte von Vorurteilen.<sup>2</sup>

Nennen wir als konkretes Beispiel das Vorurteil über den in Deutschland unbeachteten jungen österreichischen Wissenschaftler Carl Menger: Als Wilhelm Roscher 1874 seine monumentale „Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland“ publizierte, die in über 1000 Seiten auf fast ebenso viele Autoren einging, ließ er im 35. Kapitel „Übersicht der neuesten Entwicklungen“ die deutsche Nationalökonomie seiner damaligen Zeit Revue passieren. Unter manchen anderen Schulen konnte Roscher etwas ausnehmen, das wir schlagwortartig die „Münchner Schule“ nennen könnten, oder seien wir historisch getreu, das Roscher charakterisierte als „diejenigen Nationalökonomien, welche den Hermann'schen Weg fortsetzten“. Unter diesen erwähnt er als zeitlich letzten einen 34jährigen jungen Mann, der erst drei Jahre früher (1871) seine erste wissenschaftliche Arbeit publiziert hatte und damit erst vor zwei Jahren (1872) habilitiert worden war. Er zitiert ihn mit lauter mehr oder minder positiven Worten und für einen so jungen Mann ausführlich<sup>3</sup>:

„Endlich der Oesterreicher C. Menger, mit seiner sehr abstracten, meist auf gründliche Dogmengeschichte gestützten, immer selbständigen und oft recht fruchtbaren Begriffsanalyse, die z. B. die Preisbildung zuerst beim isolierten Tausche, dann beim Monopolhandel und erst schließlich unter dem Einflusse beiderseitiger Concurrenz erörtert.“

112 Jahre und einige Vorurteile später liest sich in einer kürzlich veröffentlichten Bonner historischen Dissertation zu Menger dieselbe Sache wie folgt:

„Roscher . . . erwähnt Menger in seiner ‚Geschichte der National-Ökonomik‘ lediglich im Anhang. Obwohl Menger ihm die Grundsätze gewidmet hat, tut er Werk und Autor voller Herablassung in einem einzigen Satz ab.“<sup>4</sup>

Ob der zitierte Satz gegenüber fast dem jüngsthabilitierten Dozenten „voller Herablassung“ ist, überlasse ich dem Urteil der Fachkollegen; objektiv verfremdend und tendenziös ist die Behauptung, die Ausführungen zu Menger stünden in einem „Anhang“, statt einfach im Schlußkapitel, gewidmet den „neuesten Entwicklungen“. Menger wurde von der deutschen Nationalökonomie seiner Zeit *nicht unfreundlich* und von ihrem Führer Roscher sogar sehr positiv aufgenommen. Roscher würdigt Menger in seiner „Geschichte“ vergleichsweise ausführlich<sup>5</sup> und zitiert ihn schon kurz nach seiner Habilitation sogar nicht

---

<sup>2</sup> Wem im übrigen dieser Satz zu sehr eine übertriebene Halbwahrheit erscheint, der möge in ihm wenigstens einen Wahrheitsbeweis für W. Roschers Feststellung sehen, Österreicher tendierten in ihren Erörterungen zum „aphoristischen Charakter“ und strebten nach „epigrammatischer Zuspitzung“ (Vgl. Wilhelm Roscher, Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland, Oldenbourg, München 1874, S. 934).

<sup>3</sup> Roscher, a. a. O., S. 1039f.

<sup>4</sup> Margarethe Boos, Die Wissenschaftstheorie Carl Mengers, Böhlau, Wien, Köln, Graz 1986, S. 22.

weniger als siebenmal in seinem Standardlehrbuch<sup>6</sup>, fast so oft wie den alten Lorenz v. Stein (neunmal), gleich oft wie Hildebrand und mehr als doppelt so oft wie Schmoller; er zitiert ihn frühzeitig, sehr zum Unterschied etwa von Knies, der sich in der zweiten Auflage zu seiner „Die Politische Oekonomie von Standpunkte der geschichtlichen Methode“ (1853) bitter beklagt, die erste wäre schlecht gegangen, weil Roscher ihn unerwähnt gelassen habe<sup>7</sup>, obwohl auch er, Knies, sein Werk Roscher gewidmet habe; denn eine Widmung an Roscher war damals geradezu ein von der Klugheit gebotener konditionierter Reflex, den wir neben Menger und Knies z. B. auch bei v. Mangoldt, bei Schäffle und Schmoller antreffen<sup>8</sup>. Auch die etwas kühle, keineswegs aber negative Würdigung von Mengers Erstlingswerk in dessen Buchbesprechungen erscheint als eine Verkenning von dessen Leistungen nur dann, wenn wir dem Vorurteil frönen, Mengers wissenschaftliche Botschaft wäre den damaligen deutschen Ökonomen ganz fremd gewesen. Immerhin konnte die Wiener Fakultät in dem Ansuchen um Ernennung Mengers zum außerordentlichen Professor 1873 behaupten, daß sein Buch „in fachmännischen Kreisen eine sehr günstige Beurtheilung fand.“<sup>9</sup> Es ist also ein Vorurteil, daß Menger in Deutschland wissenschaftlich überdurchschnittlich schlecht aufgenommen wurde. Es ist ein geistesgeschichtliches Vorurteil überhöht durch *nationale Ressentiments*. Für Roscher, so haben wir gesehen, war Menger 1874 der endliche „Österreicher“. Nicht ausschließlich so sah sich 1871, im Jahr der Gründung des zweiten Deutschen Reiches, Menger selbst. Zwar schließt sein Vorwort mit zwei zaghaften Bekenntnissen zu Österreich:

„Möge diese Schrift . . . auch als ein freundlicher Gruss eines Mitstrebenden (!) aus Oesterreich betrachtet werden, als ein schwacher (!) Widerhall der wissenschaftlichen Anregungen, welche uns Oesterreichern von *Deutschland* aus . . . zu Theil geworden sind.“

<sup>5</sup> So erhält etwa L. Brentano neben seinem Namen nur drei Worte (S. 1043), der bereits etwa 10 Jahre länger im Fach tätige v. Mangoldt mit 9 Zeilen zwar doppelt so viele wie Menger, aber einige sehr negative Urteile, der „Star“ Knies siebeneinhalb Zeilen (beide S. 1039).

<sup>6</sup> Wilhelm Roscher, Grundlagen der Nationalökonomie, 12. Auflage, Cotta, Stuttgart 1875, S. 5, 13, 95, 214, 216, 232 und 233.

<sup>7</sup> Karl Knies, Die Politische Oekonomie vom geschichtlichen Standpunkte (abweichender Titel zu der im Text zitierten ersten Auflage), Neue Auflage, Schwetschke, Braunschweig 1882, S. IV.

<sup>8</sup> H. v. Mangoldt, Grundriß der Volkswirtschaftslehre, Engelhorn, Stuttgart 1863 (Roscher und Hanssen gewidmet). Schäffle siehe FN 28.

<sup>9</sup> Am ausführlichsten als Besprechung von Mengers „Grundsätzen“ ist die Sammelbesprechung in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. XVIII (1872), S. 342-345 (anonym). Hier wird Mengers Werk *vorteilhaft* mit dem ebenfalls besprochenen „Grundriß“ von v. Mangoldt, einem durchaus höchst bemerkenswerten Buch (loc. cit. im Text vor FN 65), verglichen. Eine Fülle von lobenden Ausdrücken, wie „mit Vergnügen“, „angemessene Begriffsuntersuchung“, „tüchtiger Ansatz“ werden über die „Grundsätze“ ausgestreut. Bemängelt wird vor allem, daß Menger sich bereits in so jungen Jahren an das

Aber davor und an anderen Stellen lesen wir hauptsächlich verehrende Worte für die *deutsche Wissenschaft*:

„Eine *besondere Freude* war es uns, dass das hier von uns bearbeitete, die allgemeinsten Lehren unserer Wissenschaft umfassende Gebiet zum nicht geringen Theile so recht eigentlich das Besitzthum der neueren Entwicklungen der *deutschen National-Oekonomie* ist und die hier versuchte Reform der höchsten Principien unserer Wissenschaft demnach auf der Grundlage von *Vorarbeiten* erfolgt, welche *fast ausnahmslos deutscher Forscherfleiss* geschaffen hat.“<sup>10</sup> „Eine *tiefer* gehende Behandlung hat die Frage nach dem Masse des Gebrauchswerthes indess erst bei den *Deutschen* gefunden.“ „Nichts zeigt übrigens das Streben nach *philosophischer Vertiefung* der Volkswirtschaftslehre bei den *Deutschen* und den auf das practische gerichteten Sinn der Engländer besser, als etwa eine Vergleichung der Bearbeitungen, welche die Lehre vom Werthe bei den Deutschen und den Engländern gefunden hat.“<sup>11</sup>

Nicht weniger als 23 Mal nennt Menger Deutschland, die Deutschen oder „Deutsches“ außerhalb von Buchtiteln; oder 17 Mal, wenn wir die dreimalige Nennung des deutschen Handelsgesetzbuches oder den dreimaligen Hinweis auf althochdeutschen bzw. mittelhochdeutschen Sprachgebrauch abziehen. Das ist mehr als die Nennung der Engländer und Franzosen zusammen<sup>12</sup>, die im übrigen meist nur zitiert werden, um nachtheilig mit den „Deutschen“ verglichen zu werden. Liest man Mengers „Grundsätze“, so muß man schließen, daß es keine erwähnenswerten Österreicher gab, sondern höchstens Österreich als eigenes Rechtsgebiet in nur zwei Hinweisen im Text auf das „Österreichische bürgerliche Gesetzbuch“ und das „Münzsystem“ Österreichs<sup>13</sup>.

Von „nicht deutschen“ Ökonomen erhält nur Adam Smith bei Menger einen Ehrentitel als „ausgezeichnete(r) Denker“. Sonst werden nur Deutsche mit epitheta ornantia geschmückt, Roscher etwa ist „der ausgezeichnete Gelehrte“ voll „grossem Forscherfleiss“, Schäffle ist zweimal ein „scharfsinnige(r) Forscher“, „tief“ oder „tiefer“ gehen Knies bzw. Hildebrand<sup>14</sup>. Lediglich der Hinweis auf die „originelle Auffassung“ von Lorenz von Stein ist eher ein zweischneidiges Kompliment, das, höflich gesagt, wohl den geradezu unnachahmlichen Unsinn bei Stein charakterisieren soll, zumal, wenn man Mengers spätere publizierte Meinungen zu Stein kennt, als er sich nicht mehr scheute, dem ehemaligen älteren Kollegen Steine in das Grab nachzuwerfen<sup>15</sup>.

---

Schreiben eines allgemeinen volkswirtschaftlichen Lehrbuches gemacht hat, statt eine Monographie zu einem Spezialthema zu verfassen.

Das Zitat aus dem Personalakt Carl Menger, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Ministerium für Kultus und Unterricht, stammt aus dem Bericht des Ministers an den Kaiser vom 2. September 1873, dem die Ernennung mit Datum vom 19. September 1873 folgte.

<sup>10</sup> Menger, a. a. O., beide Zitate S. X; meine Hervorhebungen.

<sup>11</sup> Menger, a. a. O., S. 108 und S. 216; meine Hervorhebung.

<sup>12</sup> Zehnmal bzw. neunmal, wobei einmal bzw. zweimal nur auf die Sprache verwiesen wird.

<sup>13</sup> Menger, a. a. O., S. 229 bzw. S. 283.

<sup>14</sup> Menger, S. 70, S. 153, S. 55, S. 257, S. 79, S. 111, S. 110 und S. 108.

Ähnlich „deutschlastig“ ist der *Zitierspiegel* Mengers in den Grundsätzen: Am häufigsten, nämlich 17 Mal, wird Roscher (1817-1884), erwähnt, der zentrale deutsche Lehrbuchautor, dem die „Grundsätze“ gewidmet sind. Es folgt Hermann (1795-1868), der am stärksten nutzwertorientierte und wohl auch originellere, erheblich ältere, damals soeben verstorbene Münchner Ordinarius mit 12 Nennungen. Dann erst kommt Adam Smith mit 11 Zitaten. Fast gleichgewichtig mit Smith erreicht Say 10 Zitate und ebenso viele Albert Schäffle (1831-1905), Mengers unmittelbarer Vorgänger in Wien. Danach steht mit 9 Zitaten der maßgebliche Autor der älteren deutschen historischen Schule, Karl G. A. Knies (1821-1898) in Heidelberg, in dessen Seminar noch Mengers Schüler — oder jüngere Mitstreiter — von Böhm-Bawerk und Wieser ihre ersten nutzwerttheoretischen Gehversuche unternahmen. Gleich viele Zitate erhält — charakteristischerweise — Aristoteles. Es folgt Condillac, der nutzwertbetonte französische Autor des 18. Jahrhunderts, mit 8 Zitaten; und schließlich Karl Heinrich Rau (1792-1870), der ebenfalls gerade verstorbene zentrale deutsche Lehrbuchautor des 2. Viertels des 19. Jahrhunderts mit 7 Zitaten. Er erhält ebenso viele Zitate wie Schumpeters Liebling, Anne R. J. Turgot (1727-1774). Unter den meistgenannten zehn Autoren befinden sich also fünf Deutsche, drei Franzosen, ein antiker Autor und als einziger Brite A. Smith; wobei Menger die Engländer natürlich genau kannte, nur nicht so häufig namentlich erwähnte<sup>15a</sup>. Im Vergleich etwa mit Roschers „Grundlagen der Nationalökonomie“ erweisen sich Mengers „Grundsätze“ bei weitem als „deutschlastiger“.

Insgesamt ist also zu Mengers Deutschtümelei festzuhalten: Kein nationalsozialistischer Zensor hätte nach der Lektüre der „Grundsätze“ Menger edle und wahre „völkische Gesinnung“ absprechen können, die „Grundsätze“ atmen geradezu die Idee vom „einig Volk von Brüdern“, *ein Volk* und — fast — *ein Reich*, sind wir versucht auszurufen!

Und wie steht es gut ein Jahrzehnt später, nach Mengers vor allem ja machtpolitisch — und vielleicht, wie ich argumentieren werde, auch wirtschaftspolitisch — zu sehendem Zusammenstoß mit Schmoller? Nach der Ablehnung durch den „im Spreesande einerschreiten(den) . . . brüllende(n) Löwe(n)“ sieht sich nunmehr Menger plötzlich entschieden distanziert als Österreicher. 1884 nennt er noch reichlich Deutschland und die „deutschen Volkswirthe“, aber nicht mehr rühmlich mit anderen verglichen, sondern als Ort der „Verirrungen“, 1887 gibt es plötzlich „österreichische Autoren“, und 1894 gibt es schließlich einen „Gegensatz . . . zwischen der österreichischen Schule (!) und einem Theile

<sup>15</sup> Menger, a. a. O., S. 112. Carl Menger, „Lorenz von Stein“ 1891, in: Gesammelte Werke, F. A. v. Hayek (Hrsg.), Bd. III, 2. Aufl., Mohr Siebeck, Tübingen 1970, S. 259 ff.

<sup>15a</sup> Auf Fragen von H. C. Binswanger und F. Ritzmann war in der Diskussion festzuhalten, daß Menger zahlreiche Engländer nennt, insbesondere gerne gleichzeitig Malthus, MacCulloch und J. St. Mill, letzteren S. 216 ausführlich zitierend als Musterbeispiel englischen Unverständnisses gegenüber der Werttheorie. Ebenso werden Carey und andererseits Galiani mehr als einmal genannt, wobei jedoch Mengers romanischer werttheoretischer Kronzeuge — wohl Roscher folgend — Condillac ist.

der historischen Volkswirthe Deutschlands“ und einen Punkt, „wo die Kritik der österreichischen Volkswirthe einsetzte“<sup>16</sup>.

Seine jüngeren Mitstreiter, Wieser und von Böhm-Bawerk, schreiben, auswärtige Hilfe suchend, in englischen und amerikanischen Journalen über „The Austrian School and the Theory of Value“, über „The Austrian Economists“<sup>17</sup>. Die Tatsache, daß sich Österreicher erst in der Ablehnung, erst in der Verfolgung wirklich als Österreicher fühlen, insbesondere als Österreicher im Konflikt mit einer deutschen Herausforderung (wie 1938 bis 1945), ist der Geschichte auch später nicht unbekannt. Wir müssen aber hier den Effekt dieses Kampfes auf die Darstellung der Geistesgeschichte beachten. Der Schmoller-Schule schienen die hervorragenden theoretischen Leistungen der an den Universitäten der deutschen Klein- und Mittelstaaten wirkenden deutschen Nationalökonomien vor ihr nicht besonders erheblich, und sie trug damit dazu bei, daß diese in Vergessenheit gerieten. Aber auch die Österreicher, die die wahren Fortsetzer dieser Tradition sind, würdigten nicht mehr ihre Ahnen. Denn sie waren *deutsche* Ahnen, Ahnen aus dem Land des nunmehrigen wissenschaftlichen Erzfeindes. Konnte, wie um 1900 jeder österreichische Theoretiker (sicher viel zu einseitig) geschult wurde, keine vernünftige ökonomische Idee aus Deutschland kommen, so muß es wohl 50 Jahre früher kraft Symmetrieschluß auch so gewesen sein. Wie die Österreicher die englischsprachige Nationalökonomie für sich einzunehmen versuchten, so orientierten sie sich auch vor allem an ihr. Und auch die Idee, daß die österreichische Nationalökonomie geharnischt wie Pallas Athene dem Gehirne Mengers entsprang, war für die Österreicher zu verlockend. Und so treffen wir dann in Schumpeters „Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte“ (1914) auf eine fast völlig „entdeutschte“ Theoriengeschichte mit hauptsächlich mißverständlichen Ausführungen zu den wenigen genannten Deutschen; Fehler, die Schumpeter in seinem dogmenhistorischen Spätwerk nur unzulänglich gutmacht<sup>18</sup>. Den wenigen modernen Autoren, die die älteren Deutschen studieren, fällt diese Verkenning der deutschen Ökonomen durch Schumpeter auf — oder ist es nicht Verkenning, sondern absichtliches Verschweigen? Hatte sich nicht Schumpeter 1915 — also im 1. Weltkrieg, zur Zeit der von ihm so sehr abgelehnten „Waffenbrüderschaft“ mit Deutschland — sogar zu der nur noch an Schöpfungsmythen gemahnenden Feststellung hinreißen lassen:

<sup>16</sup> Carl Menger, Die Irrthümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Hölder, Wien 1884, S. 15 und passim (der Spreesand-Löwe S. 86f.); Karl (sic!) Menger, Zur Kritik der politischen Oekonomie, Hölder, Wien 1887, S. 15; ders., Nachruf „Wilhelm Roscher“, 1894, in: Gesammelte Werke (Hayek Hrsg.), Bd. III, S. 273 ff., hier S. 278 und S. 280.

<sup>17</sup> Friedrich von Wieser, Economic Journal, Vol. I (1891), S. 108 ff.; Eugen von Böhm-Bawerk, Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. I (1890).

<sup>18</sup> Joseph A. Schumpeter, Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, in: Grundriss der Sozialökonomik, Abt. I/1, Mohr, Tübingen 1914; Joseph A. Schumpeter, History of Economic Analysis, Allen & Unwin, London 1954. Hier findet sich S. 503 eine halbe Seite zu Hermann (uninstruktiv) und etwa gleich viel zu v. Mangoldt (irreführend).

„Wie aus einer anderen Welt — unerklärlich, ursachenlos — sind Menger, Böhm-Bawerk und Wieser in der Sozialökonomie von damals aufgetaucht?“<sup>19</sup>

Auch noch bei Pribram erscheinen die Deutschen fast nicht<sup>20</sup>. Die moderne anglo-amerikanische Dogmengeschichte folgt dieser Sicht der Österreicher zu einer Literatur, die sie meist schon sprachlich nicht mehr versteht.

## II.

Welcher wissenschaftliche Stellenwert kommt Mengers Appellen an die „deutsche Nationalökonomie“ in den „Grundsätzen“ zu? Sind sie nur eine typische völkische Pose der unter dem Trauma, aus dem Deutschen Reich hinausgedrängt worden zu sein, leidenden deutschen Österreicher? Sind sie der Versuch, Bundesgenossen in einer wissenschaftlichen Revolution zu werben, diese Revolution kleiner darzustellen, als sie war, um leichter akzeptiert zu werden?<sup>20a</sup> Bindet der große Autodidakt Menger, der alles in prometheischem Alleingang geschaffen hat, wie uns die späteren Österreicher suggerieren, nur großmütig die deutschen Brüder ein? Verweist er nur entgegenkommenderweise auf primitive deutsche Hütten des Geistes, die er erst durch seinen Genius zu Schlössern der Wissenschaft gedelt hat?

Was hat die erste Blütephase der Neoklassik bis etwa 1900 geleistet? Sie hat die klassische Kostenwertlehre Ricardos durch eine vornehmlich nachfrageorien-

---

<sup>19</sup> Zu diesem Erstaunen über *Schumpeter* siehe etwa Marie-Elisabeth *Vopelius*, Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit, G. Fischer, Stuttgart, 1968, S. 5f.; und Harald *Winkel*, Die Deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Wissensch. Buchgesellschaft, Darmstadt, 1977, S. 36.

Das *Schumpeter*-Zitat stammt aus Dr. Josef *Schumpeter* (sic!), Zum 75. Geburtstage Karl Mengers (sic!), Neue Freie Presse, Wien, 23. Februar 1915, S. 9. *Schumpeter* vermeidet im übrigen in diesem Zitat charakteristischerweise auch das Wort „Nationalökonomie“ — die Nation ist für deutschsprachige Österreicher damals wohl Deutschland in weitem Sinne — und spricht von „Sozialökonomie“!

<sup>20</sup> Karl *Pribram*, History of Economic Reasoning, Johns Hopkins, Baltimore und London 1983.

<sup>20a</sup> Es ist, wie wir sehen werden, nicht Opportunismus, der *Menger* dazu führte, in solchem Maß Deutsche zu zitieren, wie in der Diskussion auf eine Frage von F. *Ritzmann* festzuhalten war. Vielmehr gab es eben, wie J. *Starbatty* schloß, eine spezifisch deutsche Wissenschaftskultur, der sich *Menger* anschloß.

In der Diskussion wehrte sich K. *Hardach* mit Recht dagegen, Autoren simplifizierend in Kästchen zu stecken und von „Schulen“ zu sprechen. Wenn hier ausgiebig die Kästchen der „Österreicher“ (mit und nach *Menger*) und der „Deutschen“ (einerseits vor, andererseits nach *Schmoller*) verwendet werden, so geschieht es einerseits deshalb, weil in der deutschsprachigen Nationalökonomie um 1900 gerade typischerweise so gedacht wurde und hier gezeigt werden soll, welche Verzerrungen dabei unterliefen; andererseits, weil es in der deutschen Nationalökonomie um 1850 zwar keine klare Schulbildung gab — das gerade unterschied sie von der Zeit um 1900 — aber doch so etwas wie einen gemeinsamen und eigenständigen Argumentationsstil, um nicht zu sagen einen bestimmten Themen- und Ideenkanon.



tierte Preistheorie ersetzt und dabei auch die Produktionskosten selbst als indirekten Reflex der Nachfrage erkannt. Oder lassen wir den ersten Anführer der neuen Preisorientierung selbst zu Worte kommen:

„Wollte man auch die große Zahl von Preisbestimmungen ganz übergehen, bei denen gar kein Bezug auf Produktionskosten denkbar ist, so erhellet doch, daß auch von den regelmäßig und in beliebiger Menge zu Markt kommenden Gütern der Preis keineswegs durch die Kosten allein bestimmt wird, wie Ricardo und seine Schüler lehren. Der erste und wichtigste Factor der Preise ist vielmehr in allen Fällen die Nachfrage, deren Hauptwurzeln der (Nutzwert)<sup>21</sup> des Guts und die Zahlungsfähigkeit des Käufers sind. Aus der Nachfrage und dem, was die Begehrer für das Gut bieten, ergibt sich, auf welchen Betrag von Gütern sie um des Verlangten willen zu verzichten gedenken und hieraus, wie hoch die Kosten der wenigstergiebigen Production sich belaufen dürfen.“<sup>22</sup>

Das ist Friedrich B. W. v. Hermann und der Satz stammt aus 1832. Er wurde bereits fünfzehn Jahre nach Ricardo publiziert und ist auch keineswegs von Hermann so gelegentlich hingeschrieben, sondern die Zusammenfassung von 30 Seiten eingehender Analyse. In dieser wird vor allem auch (wohl zum ersten Mal) *die Nachfrageabhängigkeit der Kosten* selbst herausgestellt, und zwar in einem eigenen Kapitel „Einfluß der Preisänderung auf die Kosten“<sup>23</sup>. Die neue Preistheorie der Neoklassik ist subjektive Wertlehre, vom *Bedürfnis* des Einzelmenschen her gesehen. Bedürfnis ist dabei „das Gefühl eines Mangels mit dem Streben ihn zu beseitigen.“<sup>24</sup> *Güter* werden ebenfalls endnachfragebezogen gesehen als „alles dasjenige, was zur Befriedigung eines wahren menschlichen Bedürfnisses anerkannt brauchbar ist“<sup>25</sup>, eine Definition, die evidentermaßen

<sup>21</sup> *Hermann* sagt hier „Gebrauchswert“. Bei der Einführung dieses Begriffes (S. 4 wie S. 68) spricht er jedoch, beide gleichsetzend, von „Gebrauchs- oder Nutzwert“, so daß wir den Ausdruck Nutzwert legitimerweise substituieren können.

<sup>22</sup> Friedrich Ben. Wilh. v. *Hermann*, Staatswirthschaftliche Untersuchungen, Anton Weber, München 1832, S. 95.

<sup>23</sup> *Hermann*, a. a. O., S. 82ff.

<sup>24</sup> Friedrich Ben. Wilh. v. *Hermann*, Staatswirthschaftliche Untersuchungen, 2. Aufl., Fleischmann, München 1870, S. 5.

<sup>25</sup> Wilhelm *Roscher*, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 5. Aufl., Cotta, Stuttgart 1864, S. 1.

*Roscher* zeigt in seiner subjektiven Wertposition übrigens eine gewisse *Ambivalenz*. Einerseits gibt er den am stärksten subjektivistischen deutschen Autoren in seiner Darstellung einen besonders breiten Raum (siehe Text vor FN 64); andererseits ist er selbst *eher stärker klassisch orientiert* als seine Vorgänger oder Nachfolger, und zwar wohl aufgrund seiner besonders tiefeschürfenden dogmenhistorischen Kenntnisse. Zu dem angeführten Zitat bemerkte daher B. *Schefold* in der Diskussion mit Recht, man könne in ihm „auch die Vorstellung eines *gesellschaftlich* definierten Gebrauchswerts erkennen“. (Ähnlich bemerkte H. G. *Monissen* mit Recht ganz generell, man könne vielen deutschen Darstellungen — keineswegs, wie noch klar werden wird, freilich einer großen Mehrzahl — eher eine *objektive* Theorie subjektiver Werte zugrundelegen, während *Menger* außergewöhnlich stark subjektiv-informationstheoretisch orientiert ist.) Ähnlich werden wir *Roscher* als *Ricardo*-Kritiker geradezu von einem künstlich überhöhten nationalisti-

nicht nur die Sachgüter, wie in der Klassik, sondern als wesentlichen Fortschritt auch die Dienstleistungen einschließt. Entsprechend subjektiv-psychologisch verstanden wird der neue Wertbegriff:

„Der Werth (ist) eine Beziehung aller Güter im menschlichen Bewußtsein . . . (er ist) vorherrschend subjectiver Natur. Er existiert im wirtschaftlichen Zweckbewußtsein.“<sup>26</sup>

Diese Begriffsfassungen wurden von der österreichischen Schule noch und noch nachgebetet; aber eben auch *nur* nachgebetet, denn sie stammen allesamt von deutschen Autoren vor Mengers „Grundsätzen“, der Reihe nach von Hermann 1870, von Roscher 1864 und von Schäffle 1867.

War aber nicht die Österreichische Schule doch noch um einen Grad subjektiver, war sie nicht ausgezeichnet dadurch, daß sie einem extrem psychologisierenden Subjektivismus huldigte, einem Subjektivismus, der die Unabhängigkeit ökonomischer Urteile von der Meinung der Mitmenschen predigt? Und lehnte sie nicht besonders vehement die klassische Arbeitswertlehre ab? Sind nicht die folgenden Aussagen für sie besonders charakteristisch?

„Alle Güter sind nur Güter vermöge der Vorstellung, die Menschen (einer oder mehrere) sich davon machen.“ Es gelte eine „unumschränkte Herrschaft der Meinungen im Reiche der Güter und des Vermögens“. Es sei festzuhalten, „daß die Dinge, welche Güter werden, . . . zwar gröstentheils durch Arbeit entstehen mögen; daß sie aber durch Arbeit nicht Güter werden, sondern daß dieses nur durch die Vorstellung von ihrem Werth, von ihrer Tauglichkeit als Mittel zu einem Zweck, den man hat und erreichen will, abhängt.“

Alle diese Sätze stammen aber auch nicht von Menger oder seiner Schule, sondern haben Gottlieb Hufeland zum Autor und ihr Erscheinungsjahr ist sogar schon 1807!<sup>27</sup> Ihr Autor, Gottlieb Hufeland (1760-1817), Professor in Jena, Würzburg, Landshut und Halle, der allererste markante deutsche ökonomische Subjektivist, ist zugleich einer ihrer extremsten<sup>27a</sup>. Er betrachtet, wie Menger,

---

schen Podest herab begehen (siehe Text vor FN 88). In einem Atemzug erklärt dieser jedoch auch in der dort zitierten FN zu § 107: „Ricardo's Lehre ist haltbarer, als man auf den ersten Blick meinen sollte. Man muß nur die Rentenlehre . . . einschalten, das Kapital als aufgespeicherte Arbeit definieren . . ., die Gegenstände des Naturmonopols abrechnen . . . und den inneren Werth der Arbeit selbst als Ursache des Preisunterschiedes der verschiedenen Arbeitsarten . . . nicht übersehen“.

<sup>26</sup> Albert Eberhard Friedrich *Schäffle*, Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirthschaft, Laupp, Tübingen 1867, S. 52.

<sup>27</sup> Gottlieb *Hufeland*, Neue Grundlegung der Staatswirthschaftskunst, durch Prüfung und Berichtigung ihrer Hauptbegriffe von Gut, Werth, Preis, Geld und Volksvermögen mit ununterbrochener Rücksicht auf die bisherigen Systeme, Giesen und Wetzlar, Tasche u. Müller, 1807. Die Zitate stammen von S. 20, S. 23 und S. 39 respektive.

<sup>27a</sup> J. *Schumann* führte in der Diskussion aus, daß ihn bei der theoriegeschichtlichen Lektüre die nutzwerttheoretische Ausrichtung von H. *Storch*, 1815, beeindruckt habe. *Menger* zitiert *Storch* ausgiebig, sieht in ihm (Grundsätze 1871, S. 230) aber eher nur einen Nachfolger von *Condillac* und stützt sich in wörtlichen Zitaten auf den historisch früheren

überhaupt nur die Nachfrageseite, genauer die Güterbewertungsseite — er nennt dies die „Hauptbegriffe“ — und gar nicht die Produktion. Selbstverständlich sind bei ihm Dienstleistungen auch bereits Güter. Gleichzeitig kann er für sich die Ehre in Anspruch nehmen, die deutsche (also eben nicht *nur* österreichische) Tradition der „Widerlegung der Arbeitswertlehre“ begründet zu haben: Wir können geradezu behaupten, er habe Ricardo vom Standpunkt der subjektiven Wertlehre aus „widerlegt“, zehn Jahre ehe dieser schrieb. Die deutsche Lehrbuchtradition des 19. Jahrhunderts — die ja keinen ihrer Professoren je vergessen konnte — hat ihn immer wieder erwähnt; und Menger zitiert in seinen „Grundsätzen“ Hufeland bereits zweimal auf S. 2 und dann noch weitere drei Mal.

Aber der letzte theoretische Schlußstein fehlte wohl doch noch, könnte der Leser einwenden. Schließlich war die österreichische Schule die „Grenznutzenschule“. Entscheidend im neuen neoklassisch-marginalistischen Paradigma ist die Idee vom *abnehmenden Grenznutzen* bei zunehmender Versorgung mit Gütern, das später so benannte *erste* Gossen'sche Gesetz oder die wohlgeformte neoklassische Nutzenfunktion. Diese Idee besagt:

„Je mehr die Quantität eines nutzbaren Gegenstandes vermehrt wird, desto mehr fällt bei unverändertem Bedürfnis der Nutzwert jedes einzelnen Stückes.“

Aber dieser Satz stammt — von ihm gesperrt gedruckt — wieder nicht von Menger, sondern aus dem Revolutionsjahr 1848 von einem anderen deutschen Professor, dem Marburger Bruno Hildebrand<sup>28</sup>. Er ist Teil einer der unzähligen „deutschen“ Widerlegungen einer klassischen Werttheorie, nämlich der des französischen Sozialisten Pierre Joseph Proudhon (1809-1865). Und Menger kennt diesen Satz nachweislich genau, nennt er ihn doch „eine vielfach angeführte Stelle“ und „eine unvergleichliche Anregung zur Forschung“, freilich — zur Verwirrung der heutigen Dogmengeschichte — ohne eben diesen Satz selbst zu zitieren, sondern nur unter Wiedergabe der problematischeren, ihm folgenden Sätze, in denen Hildebrand als selbstverständlich eine *hyperbolische* Grenznutzenfunktion annimmt<sup>29</sup>.

War es, wenn schon nicht die Grenznutzenvorstellung, dann umgekehrt die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung, dieses zweite Grundkonzept der Neoklassik, die die Österreichische Schule entdeckte? Nein; gerade diese war die

---

*Hufeland*. J. Schumann hielt in der Diskussion weiters die nutzwerttheoretische Wurzel im Denken der *Scholastik* fest, die auch *Pribram* 1983, loc. cit. in FN 20, in seinen kurzen Ausführungen zu den deutschen Ökonomen S. 201 f. herausstreicht.

<sup>28</sup> Bruno *Hildebrand*, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Literarische Anstalt, Frankfurt a. M. 1848, S. 318.

<sup>29</sup> *Menger*, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien 1871, S. 108f.; *Hildebrand*, a. a. O., S. 318: „Die Summe des Nutzwertes . . . bleibt . . . unveränderlich und vertheilt sich auf die einzelnen Stücke der Gattung je nach Quantität derselben“. Nimmt man an, daß die Nutzensummenfunktion gleich sei dem jeweiligen Grenznutzen multipliziert mit der Gütermenge, so erhält man (U: Nutzen, u: Grenznutzen):  $u = c/x$ ,  $U = x \cdot u = c$ .

ureigenste Leistung der deutschen Nationalökonomie um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Grenzproduktivitätstheorie ist einerseits eine Verallgemeinerung des für den Sonderfall der Landwirtschaft entwickelten Verteilungsansatzes von David Ricardo. Besonders vielen frühen deutschen Autoren wird mit Recht nachgerühmt, die ricardianische Rententheorie verallgemeinert zu haben: so schon Hufeland, dann Hermann, später Schäßle und insbesondere v. Mangoldt<sup>30</sup>. Und natürlich ist hier, wie jeder einigermaßen gebildete deutschsprachige Ökonom weiß, Heinrich von Thünen, „Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie“, 1826, vorrangig zu nennen. Aber auch Thünen äußerte sich nur besonders ausführlich zu einem damals in der Luft liegenden Problem. Rau bringt im selben Jahr 1826 ein ausführliches Zahlenbeispiel, das zeigt, ökonomischer Faktoreinsatz setze eine Nutzung so lange voraus, bis die Kosten dem erzielten zusätzlichen Ertrag gleich sind; und daß daher der Faktoreinsatz mit dem Güterpreis variieren müsse. Aber auch der zweite Schlüssel zur Grenzproduktivitätstheorie, die letztlich Bestimmung der Faktorpreise durch die Nutzwertvorstellungen der Letztverbraucher, war bereits voll in der Hand der frühen Deutschen. Hermann sagt schon 1832 mit unüberbietbarer Deutlichkeit:

„Der Unternehmer kauft nämlich die Arbeit nicht zum Verbrauch, sondern zum Wiederverkauf im Product; er handelt nur aus Auftrag der Consumenten des Products. Erst was diese für das Product geben, enthält die wahre Vergeltung der Leistung der Arbeiter.“<sup>31</sup>

Carl W. Ch. Schüz gebraucht 1843 hierfür auch das Wort Produktivität. Der

„Preis der Dienste bestimmt sich nach den allgemeinen Regeln der Preis-Bildung . . . Der Werth der Arbeit . . . wird von dem, der sie belohnt, nach ihrem *Resultate* geschätzt . . . Bei allen Erwerbs-Geschäften ist daher der Lohn bedingt 1) *durch den Grad der Productivität der Arbeit und der Einträglichkeit des Gewerbes, das unter Mitwirkung des Arbeiters betrieben wird.*“

Und kann, bleibt man bei verbalem Ausdruck, die Grenzproduktivitätstheorie überhaupt prägnanter formuliert werden als in Roschers Lehrbuch? Er sagt:

„In jedem Productionsbetriebe ist daher das Mehrerzeugniß, welches der zuletzt angestellte (!) Arbeiter hervorbringt, das regelmäßige Maximum des Lohnes für seines Gleichen“,

wobei Roscher in späteren Auflagen, aber lange noch vor J. B. Clark, mit Rufzeichen hinzufügt, das gelte auch „im Ganzen der Volkswirtschaft!“<sup>32</sup>.

<sup>30</sup> Roscher, Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland, München 1874, S. 661 und S. 867.

<sup>31</sup> Rau, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, § 219, S. 163; Hermann, a.a.O., S. 281 ff.

In diesen Passagen deutet Hermann interessanterweise auch bereits die Preisunsicherheit im Hinblick auf zukünftigen Absatz an, wobei auf die „Zeit“ der Produktionsdauer eingegangen wird: *Mengers* fundamentales „Zeit-Irrthum“-Paradigma.

Nach all dem Gesagten wird sich der eine oder andere vielleicht fragen: Was bleibt überhaupt noch über von Carl Mengers eigenständiger Leistung, was bleibt noch von der souveränen *österreichischen* Schule — „seht (sie) nur an . . . niemand war (sie) untertan“? Im übernächsten Abschnitt werden wir versuchen, Mengers selbständigen Beitrag herauszuschälen; und es wird uns einige Mühe kosten, dies zu tun. Denn je mehr man die hervorragenden Werke der deutschen Nationalökonomie von etwa 1825 bis 1875 liest, desto mehr erkennt man die Berechtigung der Behauptung Roschers für diese Epoche:

„Auch im vorliegenden Menschenalter steht die deutsche Nationalökonomik jeder ausländischen mindestens gleich.“<sup>33</sup>

Der systematischen Darstellung der Eigenständigkeit der deutschen Nationalökonomie in den mittleren zwei Vierteln des 19. Jahrhunderts und ihrer Vorläuferrolle gegenüber der neoklassischen Epoche werden wir uns im folgenden Abschnitt widmen. Wir werden erkennen, daß Roscher nicht ungerecht war, wenn er den endlichen „Österreicher“ Menger als einen Nationalökonom bezeichnete, welcher nur „den Hermann’schen Weg“ fortsetzte; und daß Menger durchaus nicht falsche Komplimente machte, sondern ganz mit Recht behaupten konnte, nur auf „Vorarbeiten . . . welche fast ausnahmslos deutscher Forscherfleiss geschaffen hat“, weiterzubauen.

### III.

Was war die wert- und preistheoretische Position der deutschen Nationalökonomie in den mittleren beiden Vierteln des 19. Jahrhunderts? Sie läßt sich am einfachsten bezeichnen als ein Verschnitt von Adam Smith und Sir James Steuart, der sich im Laufe der Zeit mehr und mehr zu einer subjektiven Wertlehre entwickelte. Die gleichwertige Berücksichtigung von Steuart und Smith, die vor allem von Hermann und Roscher gepflegt wurde, und bis zu und einschließlich Carl Menger fort dauert<sup>34</sup>, ist vielleicht sogar das charakteristischeste Merkmal der deutschen Nationalökonomie jener Zeit. „Steuart“, sagt Roscher, ist

„ohne Zweifel ein großer Nationalökonom, und durch die allerdings noch bedeutendere Größe Adam Smith’s, sowie insbesondere durch die klassisch schöne Form des letzteren für die Nachwelt viel mehr in Schatten gestellt, als er wirklich verdient.“<sup>35</sup>

<sup>32</sup> Carl W. Ch. *Schüz*, Grundsätze der National-Oeonomie, Osiander, Tübingen 1843, S. 286; *Roscher, a. a. O., 5. Aufl., 1864, § 165, S. 330; Roscher, a. a. O., 12. Aufl. 1875, § 165, S. 367.*

<sup>33</sup> *Roscher*, Geschichte der National-Oeonomik, München 1874, S. 1011.

<sup>34</sup> *Roscher, a. a. O., S. 861. Roscher hebt auch bei anderen deutschen Autoren die doppelte Wurzel in Steuart und Smith hervor — so schon gerade bei Hufeland (S. 655), weiters bei Rehberg (S. 745). Hermann, a. a. O., beruft sich auf Steuart als ersten von ihm angeführten Autor (S. 3). Auch Menger, a. a. O., nennt Steuart noch vor Smith (S. 5).*

<sup>35</sup> *Roscher, a. a. O., S. 563.*

Die Klassik Smithscher Prägung wurde also — in Maßen — durchaus voll rezipiert; nicht mehr hingegen unkritisch Ricardo und Mill. Sie sind es, gegen die dauernd polemisiert wurde; und Mengers „Grundsätze“ besitzen daher auch den Stellenwert, eine der unzähligen „Ricardo-Widerlegungen“ der deutschen Nationalökonomie zu sein.

Wie ist es möglich, Smith und Stuart gleichgewichtig nebeneinander zu berücksichtigen, werden Sie vielleicht fragen! Hat nicht Smith seinen großen Gegner Stuart wissenschaftlich restlos vernichtet und noch dazu dadurch der Vergessenheit überantwortet, daß er ihn totschiwig?<sup>36</sup> Sind nicht Smith und Stuart wie Feuer und Wasser, die nie gemischt werden können? Keineswegs, wie die deutsche Nationalökonomie der Zeit erkannte: sie übernahm das für ihre Zwecke Beste von beiden, von Smith die Erklärung der „Natur und der Ursachen des Volkswohls“ im engeren Sinne, also die Theorie der Produktionsfaktoren und die Wachstumstheorie, von Stuart hingegen die sehr stark auf die Nachfrage ihren Akzent legende, voll ausgebaute Nachfrage-Angebotsstheorie der Preise. Smith konnte im deutschen Sprachraum Stuart einfach nicht völlig auslöschen, erstens, weil Deutschland — ganz im Gegensatz zu England —, wie wir noch zeigen werden, eine kontinuierliche akademische Tradition der Nationalökonomie hatte. Zweitens, weil Stuart als konservativer Merkantilist der politischen Tradition der deutschen Staaten besser entsprach, die zwar etwas Liberalismus übernahmen, aber nicht zu viel; oder, wie Roscher es sagte: es war

„eine nationale Eigenthümlichkeit der Deutschen . . . die aus England oder Frankreich eingeführte Regel der *Verkehrsfreiheit* durch zahlreiche Ausnahmen zu Gunsten der Staatseinmischung zu durchbrechen.“<sup>37</sup>

Und schließlich — aber gar nicht so wichtig, wie oft behauptet —, war doch Stuart schon viel länger voll in den Kanon der deutschen Nationalökonomie eingeführt — sah natürlich in der Folge die aufkommende historische Schule Stuart, ebenso wie Smith, auch als interessanten historischen Autor, während Ricardo das nicht war.

Wie die Werke der späteren klassischen Nationalökonomie (seit Ricardo) waren die wesentlichen Werke der deutschen Nationalökonomie um die *Einkommensverteilung* zentriert. Aber diese wird aus der *Preistheorie* abgeleitet; und das ist ja bereits die typische neoklassische Argumentationsstruktur. Es ist aber auch noch die Gedankenabfolge bei Adam Smith: Zuerst *Preistheorie* (Buch I, v. bis vii. Kapitel), dann *Verteilungstheorie* (Buch I, viii. bis xi. Kapitel); hingegen *nicht* mehr die bei Ricardo oder gar bei Mill, wo die *Preistheorie* im 3.

---

<sup>36</sup> Adam Smith, 5. Sept. 1772 in einem Brief an Sir William Pulteney: „I have the same opinion of Sir James Stewart’s (sic!) book that you have. Without once mentioning it, I flatter myself that any fallacious principle in it will meet with a clear and distinct refutation in mine“. J. Rae, *Life of Adam Smith*, London 1895, Nachdruck New York 1965, S. 253f.

<sup>37</sup> Roscher, a. a. O., S. 1014f.



Buch der Verteilungstheorie im 2. Buch mit Abstand folgt. Es ist diese spätclassische Entwicklung, die die deutsche Nationalökonomie nicht mitmachte, da ihre Lehrbuchtradition 1826 und 1832 (siehe unten) in der viel logischeren alten — oder zukunftsweisenden neuen — Abfolge gerann. Und das Preiskapitel dieser Literatur, auf Stuart aufbauend, ist auch viel umfangreicher als in den Werken der englischen Klassik.

Diese deutsche Lehrbuchtradition wurde durch Karl Heinrich Rau (1792-1870), „Professor zu Heidelberg und (schon bei der Erstauflage) großherzoglich Badischer Hofrath“, begründet, dessen „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ (Bd. I des Lehrbuchs der politischen Ökonomie) in erster Auflage 1826 erschienen und bis 1869 nicht weniger als insgesamt *acht* Auflagen erzielten. Das Buch hat einen ganz Smithianischen (oder besser: Sayschen) *Aufbau*: Wesen des Volksvermögens — Entstehung der Vermögensteile — Verteilung werden nacheinander behandelt. Im *Inhalt* verkündet aber bereits der *erste Satz*, zumindest ab der sechsten Auflage des Buches, die nachfragebetonende Ausrichtung der individualistischen späteren Neoklassik:

„Viele Bestandteile der den Menschen (!) umgebenden Sinnenwelt, d. i. körperliche Sachen, dienen als Hilfsmittel (!) für menschliche Zwecke (!) und werden deshalb (!) zu den *Gütern* gerechnet, d. h. zu den Gegenständen, auf die sich das Begehungsvermögen (!) des Menschen richtet, oder die den Absichten desselben entsprechen.“<sup>38</sup>

Der Satz war von Auflage zu Auflage individualistischer geworden<sup>39</sup>. Danach folgt noch auf derselben Seite der Hinweis auf das *Bedürfnis* und gleich darauf die Definition der *Wirtschaft* als „die sämtlichen Verrichtungen, welche zur Versorgung (!) einer gewissen Person (!) mit Sachgütern bestimmt sind.“<sup>40</sup> Ursprünglich fehlte noch der Hinweis auf die „gewisse“ Person<sup>41</sup>.

Schon etwa vierzig Jahre vor Menger ist also die von ihm gewählte Abfolge der Darstellung: Gut — Bedürfnis — Wirtschaft in der deutschen Lehrbuchwissenschaft kodifiziert. Nur verwendet Menger auf denselben Gegenstand, den Rau ursprünglich auf einer, später auf drei Seiten behandelt, sechsundsiebzig und bemängelt, daß Rau, Smith und Malthus folgend, die Güter auf Sachgüter

<sup>38</sup> Karl Heinrich Rau, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 6. Aufl., 1855, S. 1.

<sup>39</sup> Die erste Auflage, 1826, beginnt: „Die tägliche Erfahrung zeigt uns, daß sowohl das Daseyn, als die Wirksamkeit des Menschen für die verschiedensten Zwecke bedingt sind durch einen Vorrath körperlicher Gegenstände, welche zur Erreichung mancher Absichten als Hilfsmittel gebraucht werden können. Sie werden *äußere*, oder besser *sachliche Güter* genannt“. Die vierte Auflage (1841) spricht, nach ähnlichem Anfang, bereits davon, daß „Güter . . . Gegenstände, die der Mensch begehrt oder die seinen Zwecken entsprechen“, sind.

<sup>40</sup> Karl Heinrich Rau, a. a. O., 1855, S. 2.

<sup>41</sup> Die erste Auflage (1826) sagt auf S. 1: „Diejenige Beschäftigung, welche darauf gerichtet ist, die Versorgung mit sachlichen Gütern zu bewirken, heißt *Wirtschaft*“. Die vierte Auflage (1841) S. 2 beginnt diesen Satz: „Diejenige Beschäftigung der Menschen, welche . . .“.

beschränkt<sup>42</sup>, was bei subjektiver Definition ja unlogisch ist, und, wie wir sahen, bereits bei Rau ein Rückfall hinter Hufeland war.

Nicht so kurz, viel mehr ausführlich, ursprünglich auf 33, später auf etwa 50 Seiten, wird bei Rau das, was auch bei Menger (auf 128 Seiten) folgt, behandelt: nämlich *Wert und Preis*. Die Preistheorie läutet dabei das etwa 40 % des Werkes umfassende 3. Buch „Vertheilung des Vermögens“ ein; und die Verteilungspreise werden gleich am Anfang dieses Buches eben als *Preise* eingeführt, als „Preis der Bodennutzung“, „Preis der Capitalbenutzung“ und „Preis der . . . Arbeit“. Die Preistheorie von Rau ist *allgemeingültig* und wird als solche ab der ersten Auflage auch für den Arbeitslohn herausgestrichen: Bestimmungsgründe des Preises sind „1) der Werth, 2) die Kosten, 3) das Mitwerben oder die Concurrrenz“. In späteren Auflagen werden dabei „Werth“ und „Kosten“ als „Bestimmungsgründe des einzelnen Tauschenden“ bezeichnet<sup>43</sup>. Rau nimmt also schon Mengers Kunstgriff andeutend vorweg, zuerst einmal vom *isolierten Tausch zweier Individuen* auszugehen, der immer zu einer subjektiven Verhandlungssituation führt. Sein „Wert“ schlechthin ist seit Raus erster Auflage im wesentlichen der Nutzwert, der — und darin folgen ihm standardmäßig die deutschen Lehrbücher — *zuerst* abgehandelt wird. Seine Darstellung deutet dabei in interessanter Weise auch schon den *Opportunitätskostengedanken* an:

„1) Der Werth, den ein Gegenstand für uns (!) hat, bestimmt die größte Aufopferung, zu der wir uns entschließen werden, um uns denselben zu verschaffen, vorausgesetzt daß wir ihn zu unserem eigenen Gebrauche zu verwenden gedenken.“<sup>44</sup>

Der „Wert“ oder Nutzen ist also keine Eigenschaft des Gutes — wie bei der englischen Klassik und auch bei Say. Es ist schon, wie Menger sagt,

„die Güterqualität nichts den Gütern Anhaftendes, das ist keine Eigenschaft derselben . . . sondern (stellt) sich uns lediglich als eine Beziehung dar . . . in welcher sich gewisse Dinge zu den Menschen befinden.“<sup>45</sup>

Die präsentierte Preistheorie von Rau ist im wesentlichen die von Sir James Steuart. Sie ist jedoch viel stärker nutzwerttheoretisch als bei diesem. Rau kennt in der 4. Auflage 1841 den sog. abnehmenden Grenznutzen des Geldes mit steigendem Einkommen<sup>46</sup>, von Anfang an (1826) eine nutzwertbegründete Preiselastizität der Nachfrage und ab der 4. Auflage 1841 auch graphisch eine

<sup>42</sup> Menger, a. a. O., S. 54.

<sup>43</sup> Rau, a. a. O., S. 108 f., S. 110 und S. 142. Zu den „einzelnen“ Tauschenden in späteren Auflagen siehe Karl Heinrich Rau, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 6. Auflage, Winter, Leipzig und Heidelberg 1855, S. 166, als Gliederungsüberschrift. Ähnlich schon 4. Auflage 1841, S. 153, als „Beweggründe“ derselben im erklärenden Text.

<sup>44</sup> Rau, a. a. O. (1826), S. 110.

<sup>45</sup> Menger, a. a. O., S. 3.

<sup>46</sup> Rau, a. a. O. (1826/1855), S. 166: „Wenn mehrere Menschen eine Sache einzutauschen begehren, so wird derjenige am meisten für sie geben wollen, für den sie den größten individuellen Werth hat, und der der aufzuwendenden Geldsumme den geringsten Werth beilegt, was eine Folge der größeren Wohlhabenheit ist“.

fallende Nachfragekurve<sup>47</sup> und schließlich den ganz antiklassischen Gedanken der Produzenten- und Konsumentenrente, die Leugnung des Äquivalententausches:

„Der Tausch bringt in der Regel den beiden Tauschenden einen Vortheil, der daher rührt, daß die beiden vertauschten Quantitäten nicht gleich hoch geschätzt werden.“<sup>48</sup>

Noch stärker subjektivistisch und nachfrageorientiert ausgerichtet ist das durch seine originellen Ideen prägende nächstfolgende Lehrbuch, Friedrich B. W. v. Hermann, *Staatswirthschaftliche Untersuchungen*, 1832. Interessant für Hermanns geistige Herkunft mag sein, daß er Mathematiklehrer war, wie übrigens schon Rau etwas Mathematik studierte. In Hermanns knapp vor Menger herausgekommener 2. Auflage (1870) ist das einführende Kapitel über Güter, Bedürfnisse und Wirtschaft bereits auf 142 Seiten (!) angeschwollen, das Kapitel über den Preis schon 1832 fast 80 Seiten lang, und ein eigenes langes Schlußkapitel von erst 48, später fast 80 Seiten wird verschiedenen Aspekten der „Consumtion“ gewidmet. Das Preiskapitel beginnt wiederum als allgemeine Theorie mit dem Verteilungshauptstück, das schon 1832 mit 200 Seiten mehr als die Hälfte des Gesamtwerkes umfaßt.

Hermanns ganz „österreichische“, posthum publizierte Definition eines Bedürfnisses („das Gefühl eines Mangels mit dem Streben ihn zu beseitigen“) haben wir schon erwähnt. Zum Gut sagt er bereits 1832 in seinem *ersten* Satz:

„Was dem Menschen irgend ein Bedürfniß befriedigt, heißt er ein Gut.“<sup>49</sup>

Der Wert wird 1870 etwas prägnanter, aber nicht viel anders als 1832 (S. 68) formuliert:

„Die Fähigkeit eines Gegenstandes, ein Bedürfniß zu befriedigen, nennt man den *Werth* desselben, auch *Nutzwert* (!), *Gebrauchswert*, Brauchbarkeit.“<sup>50</sup>

---

<sup>47</sup> Ebenda, S. 167: „Je geringer der Werth eines Gutes oder je entbehrlicher dasselbe ist, desto stärker vermindert sich bei der Erhöhung des Preises die Zahl der Kauflustigen, indem dann alle diejenigen auf den Ankauf verzichten, für welche dasselbe nicht so viel Werth hat, als der geforderte Preis beträgt“.

Ab der 4. Auflage bringt *Rau* in einem *Anhang* die Graphik einer Nachfragekurve; und dies als historisch zweiter Autor in der Theoriegeschichte nach dem nur drei Jahre früher schreibenden *Cournot* (1838).

In der Diskussion wollte J. *Schumann* den Gedanken der fallenden Nachfragekurve mit dem des abnehmenden Grenznutzens verbunden wissen. Das ist jedoch gerade für die deutschsprachige Nationalökonomie historisch nicht richtig. Erstens ist die Idee der fallenden Nachfragekurve die ältere: Sie wird bei *Rau* ohne Zuhilfenahme der Vorstellung abnehmenden Grenznutzens begründet aus der gerade für das deutschsprachige Denken typischen Denkfigur mehrerer verschiedener Konsumenten mit *unterschiedlichen Präferenzen* (und Vorbehaltspreisen), die jeweils *ein Stück* einer Ware kaufen. Zweitens erwähnen weder *Hildebrand* (siehe FN 28) noch — interessanterweise — *Menger* eine fallende Nachfragekurve im Zusammenhang mit ihren Grenznutzenüberlegungen!

<sup>48</sup> *Rau*, a. a. O. (1855), S. 170.

<sup>49</sup> Friedrich B. W. v. *Hermann*, *Staatswirthschaftliche Untersuchungen*, 1832, S. 1.

Dienstleistungen sind für Hermann Güter und solche auch die *Lebensverhältnisse*, wie bei Menger, aber nicht mehr bei Böhm-Bawerk — das heißt positive externe Effekte des Zusammenlebens, z. B. Rechtssicherheit und „Salubrität“. <sup>51</sup> (Ähnliche Gedanken zu den externen Effekten finden sich auch bei Rau, so daß der Topos der externen Effekte wohl auf die Deutschen zurückgeht.) Menger und Hermann betonen, daß diese von ihnen akzeptierte Dreiteilung in Sachgüter, Dienstleistungen und Verhältnisse schon auf Sir James Steuart zurückgeht. <sup>52</sup> Prägend für die Terminologie der Österreicher ist Hermanns Feststellung aus 1832:

„Man kann den Gebrauchswerth und die Zahlungsfähigkeit der Käufer die *subjective* Gränze des Preises für die Käufer nennen, die *objective* bilden die *Kosten*.“ <sup>53</sup>

Ganz neu bei Hermann 1832 ist der typisch nutzwerttheoretische Begriff der *freien* Güter, die den wirtschaftlichen gegenübergestellt werden. (Für diese Begriffsschöpfung wird Hermann auch immer wieder zitiert):

„Viele Güter reicht die Natur in solcher Fülle dar, daß keine besondere Sorge für ihre Herstellung oder Beischaftung nöthig ist.“ <sup>54</sup>

Sein Begriff der Wirtschaft ist subjektivistisch und schon stark an Wiesersche Gedanken gemahnend. <sup>55</sup> Seine Preistheorie folgt Rau, nur ist sie vollständiger; preisbestimmend sind „I. auf der Seite der Begehrrer: Gebrauchswerth, Zahlungsfähigkeit und anderweitige Anschaffungskosten. II. auf Seite der Ausbietenden: Produktionskosten, Tauschwert des Zahlungsmittels und anderweitigen Verkaufspreis“ <sup>56</sup> (Hermann 1870, S. 394). Hermann erkannte bei den sogenannten „Verhältnissen“ den Wert *positiver externer Effekte*: insbesondere sind ein Gut auch die „Kundschaft“ eines Unternehmens, der Kundenstock als Netz von Vertrauens- und Informationsvorteilen, eine Analyse, die voll von Menger übernommen wird <sup>57</sup>. Wie schon bei Rau wird die Preistheorie bei Hermann einheitlich für Lohn und Zins durchgezogen. Seine Preistheorie und die seiner Nachfolger ist vor allem kurzfristig orientiert. „Der Preis, einmal festgestellt, bleibt nie stehen“, sagt der ihm nahestehende Schäßfle. <sup>58</sup>

<sup>50</sup> Friedrich B. W. v. *Hermann*, Staatswirthschaftliche Untersuchungen, 2. Aufl., 1870, S. 103 (mein Rufzeichen).

<sup>51</sup> *Hermann*, a. a. O., 1870, S. 104.

<sup>52</sup> Vgl. *Hermann*, a. a. O., 1832, S. 3; *Menger*, a. a. O., 1871, S. 5.

<sup>53</sup> *Hermann*, a. a. O., 1832, S. 74.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>55</sup> „Nennt man die Sorge für die Beischaftung und Verwendung der äußeren Güter zur Befriedigung von Bedürfnissen Wirthschaft . . .“ (*Hermann*, a. a. O., 1832, S. 3). Weiters *Hermann*, a. a. O., 1870, S. 105: „Diese quantitative Controlle der Verwendung der eigenen Mittel zur Erlangung oder Herstellung von Brauchlichkeiten und deren Verwendung fürs Bedürfniß nennt man . . . *Wirthschaft*“.

<sup>56</sup> *Hermann*, a. a. O., 1870, S. 394.

<sup>57</sup> Vgl. *Hermann*, a. a. O., S. 7; *Menger*, a. a. O., 1871, S. 5 ff.

<sup>58</sup> *Schäßfle*, a. a. O., S. 177.

Inwieweit hat Hermann die neoklassische Revolution insgesamt vorweggenommen? Hermann dachte offenbar bereits nicht mehr in den klassischen Kategorien einer langfristigen Gravitation von Marktpreisen zu vornehmlich wirtschaftsexogen bestimmten Kostenpreisen. Es ist daher legitim, seine Aussagen an der typisch neoklassischen Vorstellung<sup>58a</sup> von Samuelsons *Nichtsubstitutionstheorem* zu messen. Nach diesem ist für den Fall eines nicht in Kuppelproduktion erzeugten Gutes (einer erst spät erkannten technischen Bedingung) der Preis eines Gutes dann unabhängig von der Nachfrage kostenwertbestimmt, wenn es sich erstens um ein vermehrbares Gut mit zweitens konstanten Grenzkosten seiner Erzeugung handelt, das drittens in reiner Konkurrenz erwirtschaftet wird unter Verwendung viertens nur eines einzelnen Primärfaktors oder von mehreren Primärfaktoren in festem Faktorpreisverhältnis. Von diesen vier Bedingungen, die nach der neuen, neoklassischen Sicht *alle* für eine reine Kostenwerttheorie gelten müssen, griff Hermann Bedingungen eins und zwei auf, während Menger sich gerade umgekehrt auf Bedingungen drei und vier konzentrierte. Hermann erkannte klar, daß die Vermehrbarkeit des zu betrachtenden Gutes notwendige Voraussetzung der klassischen Kostenwertlehre ist.

„Der Gebrauchswerth wird in der Preisbestimmung besonders auch dann sichtbar, wenn die Seltenheit des Gutes zu- oder abnimmt.“<sup>59</sup>

Vornehmlich ist es jedoch die zweite Bedingung, die er angriff. Er nahm ganz allgemein — und wohl als einer der frühesten — *zunehmende Grenzkostenverläufe* an, die *überbetrieblich* begründet werden.

„Der Preis (wird) bis auf die Kosten von *den* Gütern steigen müssen, die man unter den ungünstigsten Umständen herstellt, welche der Begehr noch zu benützen zwingt.“ Es geht um die „Kosten des Theils der Gesamtmasse eines Products, der mit den wenigstergiebigen Produktionsmitteln oder unter den ungünstigsten Umständen hergestellt wird, deren Benützung zur Deckung des Bedarfs noch nothwendig ist.“<sup>60</sup>

Seine strikte Trennung zwischen Produktion vom Standpunkt der „Technik“ und vom Standpunkt der „Oekonomie“ macht es klar, daß er den Begriff einer optimalen *Kostenfunktion* zugrundelegte. Er betont in vielen Zusammenhängen

---

<sup>58a</sup> Auf ausführliche, schriftlich formulierte Kritik von B. *Schefold* hin habe ich hier den Text so verändert, daß nunmehr wohl nicht mehr das ursprünglich naheliegende Mißverständnis auftreten kann, ich würde meinen, die ganz und gar in der neoklassischen Paradigmatik verfangene Nichtsubstitutionstheorie böte den festen Punkt, von dem aus man in die Lage versetzt wäre, die langfristige klassische Wertbestimmung unwiderlegbar aus den Angeln zu heben. Der wahre Unterschied klassischer und neoklassischer Wertvorstellungen liegt vielmehr natürlich in der Entscheidung, von welchen Aspekten man als Daten ausgehen wolle und welche dann als (mehr oder weniger rasch) wandelbar erscheinen; eine Entscheidung, die sich einer rein logischen Wertung entzieht und nur aus der Zweckmäßigkeit im Hinblick auf die (je unterschiedlichen) wesentlichen Untersuchungsziele gerechtfertigt werden kann.

<sup>59</sup> *Hermann*, a. a. O., S. 70.

<sup>60</sup> *Ebenda*, S. 83 und S. 88.

die mannigfaltige *Substituierbarkeit* in der Produktion, damit eine weitere Schlüsselvorstellung der Neoklassik einbringend. Und schließlich gibt es ein eigenes Kapitel bei ihm zum — man höre und staune — „Einfluß der Preisänderung auf die Kosten“. Wann hören bisherige Kostenpreise auf zu gelten?

„Sank . . . der Begehr und mit ihm die Preise, weil der Gebrauchswerth des Products abnahm, so wird die Beschränkung des Ausgebots die Preise selten wieder heben.“<sup>61</sup>

Modern ausgedrückt: *Präferenzänderungen* schlagen sich letztendlich in *Kostenänderungen* nieder. Das ist *der* Schlüsselgedanke der Neoklassik<sup>61a</sup>, von Menger dauernd reiteriert in vielfacher Abwandlung. Hermann sprach ihn aus, erkannte aber seine zentrale Bedeutung nicht. In diesem Satz folgt ihm die deutsche Nationalökonomie auch nicht voll, wenn freilich Roscher durchaus auf diese Erkenntnis Hermanns in seiner „Geschichte der National-Oekonomik“ hinweist.<sup>62</sup>

Die Hermannsche subjektive Note wird bei Schäffle, dem unmittelbaren Vorgänger Mengers in Wien, noch weiter betont, der — bereits stark an Wieser gemahnd — besonders das Prinzip der Wirtschaftlichkeit herausarbeitet.

„Im Werthe werden daher alle Güter vergleichbar“,

sagt er. Güter sind also gerade im Nutzen und nicht mehr in den Arbeitswerten vergleichbar!

„Der Werth (ist) die Bedeutung eines ökonomischen Gutes in der wirtschaftlichen Berechnung des Menschen. Alle wirtschaftliche Berechnung geht auf mindeste Opfer bei vollster Befriedigung.“<sup>63</sup>

Es bleibt nur hervorzuheben, daß Roscher, zu dessen definitivem Lehrbuch wir gleich kommen werden, gerade Hermann und Schäffle, diese beiden subjektivi-

<sup>61</sup> Ebenda, S. 82.

<sup>61a</sup> Entgegen der Kritik von B. *Schefold* möchte ich an der Aussage festhalten, daß es *der* Schlüsselgedanke der ursprünglichen Neoklassik ist, daß Präferenzänderungen letzte Ursache von Kostenänderungen sind. *Schefold* betont zwar mit Recht, daß auch die Klassik *nachfragebedingte* Kostenänderungen kennt. Doch ist es immer ein *objektiv* verursachter Nachfragewandel (eine Bevölkerungsveränderung, die den Nahrungsbedarf erhöht; oder ein technischer Wandel), der in der Klassik bedacht wird, nie eine subjektive Präferenzverlagerung zwischen Gütern (Hermanns „Begehr“!). *Schefold* sieht „in der unterschiedlichen Behandlung der Nachfrage“ vor allem auf „Faktormärkten“ und in der „Auflösung der Vorstellung von der homogenen ‚unskilled‘ Arbeit“ den entscheidenden Schritt zur Neoklassik. Ich stimme zu und habe dies auch wiederholt publizistisch festgehalten. Aber auch diese neue Sicht der Faktorpreise ist nur *Derivat* der Rückführung *aller* Preise primär auf Präferenzaspekte.

<sup>62</sup> *Roscher*, a.a.O., S. 865f. „Mit besonderer Vorliebe scheint er zeitlebens die allgemeine Lehre vom Preis behandelt zu haben . . . Alles in großer Schärfe und Detaillierung, namentlich bei der Frage, wie die Veränderung der Kosten auf den Preis und die Veränderung des Preises auf die Kosten wirkt.“

<sup>63</sup> *Schäffle*, a. a. O., S. 52.; *ibid.* S. 51.



stischsten deutschen Autoren, um 1870 in seinem Standardlehrbuch am meisten zitierte: in der Ausgabe von 1875 jeden nämlich etwa 50 Mal!

„Die Hermannsche Preistheorie wurde besonders einflußreich auch durch den Umstand, daß Roscher sich im wesentlichen an die Grundzüge seiner Lehre anschloß,“ resümiert Karl Diehl 1908 und hält insgesamt fest: „Die Mehrzahl der deutschen nationalökonomischen Werke aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sagen sich von der objektivistischen Richtung der Wert- und Preislehre los und stellen in den Vordergrund ihrer Werttheorie die Behauptung, daß aller Wert etwas Ideelles und Subjektives sei.“<sup>64</sup>

Bevor wir nun abschließend auf Roscher selbst eingehen, sei nur noch kurz auf die Entwicklung der Vorstellung zur *Nutzenfunktion* in der deutschen Nationalökonomie vor Menger eingegangen. Die Postulierung einer hyperbolischen Grenznutzenfunktion, also des abnehmenden Grenznutzens, bei Hildebrand 1848 habe ich bereits erwähnt. Doch darf auch Hans Karl Emil von Mangoldts Grundriß der Volkswirtschaftslehre, Engelhorn, Stuttgart 1863, keineswegs übergangen werden. Nicht nur finden wir bei ihm im deutschen — und wohl auch im englischen — Sprachraum die erste höchst detaillierte Analyse anhand von Angebots- und Nachfrage„linien“, wie er sagt, einschließlich des ausführlichen Hinweises auf die mögliche Nichteindeutigkeit des Marktgleichgewichtes, eine Analyse, die die Hermannschen Einwände gegen Ricardo völlig klar macht. Mangoldt zeigt: „Für Güter, deren Angebot einer beliebigen Ausdehnung fähig ist, wird der Preis durch die Produktionskosten bestimmt . . . (F)ür Güter mit absolut beschränktem Angebot . . . durch die Größe ihres Gebrauchswerthes und durch die Kauffähigkeit der Nachfragenden.“<sup>65</sup> Mangoldt postuliert weiters auch klar eine *konkave* Nutzenfunktion in seiner Darstellung des Gewinnes als einer *Versicherungsprämie* für das eingegangene Risiko:

„Im Allgemeinen ist der Mensch empfindlicher für die Entbehrung, als für den Genuß . . . ; insbesondere pflegt die Schwere der Verluste in stärkerem, die Bedeutung der Gewinne in schwächerem Verhältnisse zuzunehmen als ihre Größe. Aus diesem Grunde wiegt in der Regel ein gewisses objectives Maß von Gewinnaussichten das gleiche Maß von Verlustmöglichkeiten nicht auf und es tritt das Angebot von Unternehmerdiensten daher gewöhnlich erst unter Umständen ein, die mehr Gewinn als Verlust versprechen.“<sup>66</sup>

<sup>64</sup> Karl Diehl, „Die Entwicklung der Wert- und Preistheorie im 19. Jahrhundert“, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert, Gustav Schmoller zur siebzigsten Wiederkehr seines Geburtstages, Duncker und Humblot, Leipzig 1908. Erster Teil, Kap. II, S. 19 und S. 5.

<sup>65</sup> v. Mangoldt, Grundriß der Volkswirtschaftslehre, Engelhorn, Stuttgart 1863, S. 52.

<sup>66</sup> Ebenda, S. 107, v. Mangoldts „Die Lehre vom Unternehmergewinn“, Leipzig 1855 rekapitulierend. Siehe ausführlicher meinen Beitrag Erich Streissler, „Der Unternehmer in der deutschen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts“; in B. Gahlen et al. (Hrsg.), Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und dynamischer Wettbewerb, Ernst Helmstädter zum 65. Geburtstag, Springer, Berlin, Heidelberg, 1989, S. 17 ff.

Mit einem Wort modern ausgedrückt: Unternehmer verlangen eine Risikoprämie, weil sie risikoscheu sind. Es ist interessant, daß Mangoldt die Implikationen abnehmenden Grenznutzens in seiner Nachfragetheorie bei Sicherheit nicht begriff, während andererseits Menger zeigt, daß er Mangoldts Gedanken einer konkaven Nutzenfunktion bezüglich Risikosituationen nicht verstanden hat<sup>67</sup>, wie wohl auch Schumpeter Mangoldts Erwartungsnutzen anscheinend nicht verstand. Andererseits übernimmt Menger durchaus von Mangoldt etwa die Vorstellung, daß wirtschaftlicher Fortschritt „Erweiterung der Einsicht in die nutzbaren Eigenschaften“ der Güter sei<sup>68</sup>.

Damit sind wir bei dem größten Lehrbuchschreiber Deutschlands aller Zeiten angelangt, bei dem Werk von Wilhelm G. F. Roscher, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, erstmals 1854, 26. Auflage 1922, das all dies zur Standardtheorie kodifiziert.

„Jeder Mensch hat zahllose Bedürfnisse, deren Gesamtheit sein Bedarf heißt. *Güter* nennen wir alles dasjenige, was zur Befriedigung eines wahren menschlichen Bedürfnisses anerkannt brauchbar ist“,<sup>69</sup>

beginnt das Buch und wird von Menger bezüglich des zweiten Satzes zitiert.

„Unter *Wirtschaft* verstehen wir die planmäßige Thätigkeit des Menschen, um seinen Bedarf an äußeren Gütern zu befriedigen.“ „Der *Tauschwerth* eines Gutes, oder seine Bedeutung für den Zweck, gegen andere Güter umgetauscht zu werden, beruht auf dem Gebrauchswerthe desselben. Er läuft aber keineswegs mit diesem ganz parallel“<sup>70</sup>,

worauf Roscher auf freie Güter verweist. Überhaupt folgt er in der Gütereinteilung und auch in der Preistheorie ganz Hermann. Nur erhält die Preistheorie die uns auch in der Terminologie geläufigere Einleitung:

„In der Regel wird also das Preisverhältniß zweier Waaren zunächst bestimmt durch ihr *Verhältniß von Nachfrage und Ausgebot* (Wunsch zu besitzen — Schwierigkeit zu erlangen.) Wir untersuchen daher, von welchen tiefer liegenden Verhältnissen Ausgebot und Nachfrage selbst abhängen.“<sup>71</sup>

---

<sup>67</sup> Menger, (a. a. O., S. 137) lehnt Mangoldts Vorstellung, „Übernahme der Gefahr“ sei „das *wesentliche* an der Unternehmung“ ab, weil „der Verlust- die Gewinnchance gegenübersteht“. Er erkennt also nicht, daß bei risikoscheuen Unternehmern der Erwartungswert der Gewinne größer sein muß als der (positiv genommene) Erwartungswert der Verluste.

<sup>68</sup> v. Mangoldt (a. a. O., S. 10) sagt, daß „auf den höheren Culturstufen die Erweiterung der Einsicht in die nutzbaren Eigenschaften, der Dinge und der Befähigung zu ihrer Verwendung“ Platz greife. Menger (a. a. O., S. 29) betont: „Die fortschreitende Erkenntnis des ursächlichen Zusammenhanges der Dinge mit ihrer Wohlfahrt und die fortschreitende Bemächtigung der entfernteren Bedingungen derselben haben . . . die Menschen . . . emporggeführt zu der gegenwärtigen Stufe ihrer Cultur“. v. Mangoldt wird nicht zitiert.

<sup>69</sup> Roscher, a. a. O., 5. Aufl. 1864, S. 1; Menger, a. a. O., S. 2.

<sup>70</sup> Roscher, a. a. O., S. 2 und S. 7.

<sup>71</sup> Ebenda, § 101, S. 191.

Die behandelten Ausnahmen sind Monopolpreise, Notpreise, Wucher und obrigkeitliche Preistaxen. Eingehend wird der *Preisausgleichsmechanismus* der Märkte beschrieben. Für das Verständnis von Mengers Ansichten bedeutsam ist § 101 zu „Preiskampf“, dem „Kampf entgegengesetzter Interessen“ in der Preisbildung, wobei jedoch, ähnlich wie bei Menger, „die Preise mit dem Steigen der Kultur immer regelmäßiger“ werden, somit „die Preiskämpfer“ sich „näher“<sup>72</sup>.

Roscher ist ein Mann mit hervorragendem wirtschaftswissenschaftlichem Urteil, der mit ungemeiner Treffsicherheit den Kern der Aussagen anderer traf und wiedergab. Seine große Leistung liegt daher vor allem auf dem Gebiet der Kodifikation, die alles, was ihm nur unterkam, sofort verarbeitete, z. B. bereits 1875 Walras' großes Werk aus 1874 (wie anders ließen sich seine *sechszwanzig* Auflagen erklären). Daß er aber auch selbständige wirtschaftstheoretische Arbeiten von einsamer Größe verfassen konnte, zeigt sein Beitrag „Zur Lehre von den Absatzkrisen“<sup>73</sup>, der unter anderem die großartigste, der modernsten Theorie voll entsprechende Widerlegung des Sayschen Gesetzes enthält, die ich je gelesen habe, Keynes und Lange nicht ausgenommen.

Der bloße Hinweis auf den Unterschied zwischen Spar- und Investitionsakt (oder daß Einnahmen nicht notwendig Ausgaben werden) reicht zu einer befriedigenden Widerlegung des Sayschen Gesetzes nicht aus. Man muß auch um die von Adam Smith aufgerichtete Klippe herumkommen, daß Nichtveranlagung von Sparmitteln beim Sparer, wie bei allfälligen Finanzintermediären, irrationaler Verzicht auf möglichen Ertrag ist. Es gibt daher nur drei Gründe, die das Saysche Gesetz entkräften können: vor allem *Preiserwartungen* bezüglich der Vermögenswertänderung, das keynessche Spekulationsmotiv. Zweitens könnte es die Angst vor der späteren Rückzahlungsunfähigkeit des Mittelaufnehmenden sein, die Hortung günstiger erscheinen läßt, das *Vertrauensargument*, das von Keynes *nicht* gebracht wird. Preiserwartungen können, wie Grandmont gezeigt hat<sup>74</sup>, und Kreditrationierung kann, wie Stiglitz-Weiss gezeigt haben,<sup>75</sup> dazu führen, daß überhaupt kein markträumendes Walrassches Gleichgewicht existiert. Könnte es jedoch grundsätzlich existieren, so muß man zur Widerlegung des Sayschen Gesetzes obendrein noch *Preisträgheit* annehmen. Schließlich könnten drittens *Informationsmängel über Veranlagungsmöglichkeiten* von Sparmitteln zur Nichtveranlagung führen, wobei man hier freilich

<sup>72</sup> Ebenda, § 100, S. 188; § 115, S. 212; *Menger*, a. a. O., S. 202.

<sup>73</sup> Wilhelm Roscher, *Zur Lehre von den Absatzkrisen*, Abschnitt VI, in: *Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte*, Winter, Leipzig und Heidelberg 1861, S. 279-398. Ursprünglich erschienen an „wenig zugängliche(m) Ort in Brockhaus „Gegenwart“, Bd. III, S. 721 ff.“, von Roscher nicht mit Jahr angegeben, doch wohl aus der Zeit 1856-1861.

<sup>74</sup> Jean-Michel Grandmont, *Money and Value*, Cambridge Univ., Cambridge, London etc., 1983.

<sup>75</sup> Joseph E. Stiglitz und A. Weiss, „Credit Rationing in Markets with Imperfect Information“, *American Economic Review* 71 (1981), S. 393 ff.

über die Zeit sich ändernde Informationsmängel ins Feld führen muß. Alle diese Argumente (und durchaus ausführlich) behandelt Roscher in seinem fast 120 Seiten langen Aufsatz.

Roscher weist zuerst darauf hin, daß das Saysche Gesetz nur für den „rohen Tauschhandel“ gilt. Durch die Geldwirtschaft „aber wird der Verkäufer in den Stand gesetzt, erst nach einiger Zeit zu kaufen, also die andere Hälfte des Tauschgeschäftes beliebig zu verzögern.“<sup>76</sup> Selbst wenn man jedoch im realwirtschaftlichen Tauschzusammenhang argumentierte, gilt das Saysche Gesetz nur für die ganze Welt, nicht für ein einzelnes Land (S. 301). Hierauf geht Roscher eingehend auf Preisanpassungsverzögerungen ein, ohne sie freilich theoretisch zu begründen (S. 298). Die entscheidende Begründung der Möglichkeit einer allgemeinen Absatzkrise erfolgt dann durch spekulative Preiserwartungen (S. 298 ff.), die zuerst zu einem Lageraufbau führen und dann zu einem Zusammenbruch der Preiserwartungen. Diese spekulativen Preisbewegungen werden durch Kreditfinanzierung sehr verstärkt, ihr Zusammenbruch hingegen durch Vertrauenskrisen in die Kreditwürdigkeit. Weiters werden in der Krise „die Meisten ihre Consumption beschränken, da sie sich für ärmer, namentlich für unsicherer halten, als bisher.“<sup>77</sup> Kennt Roscher den Multiplikator? Bei seiner eingehenden Darstellung der Schockausbreitung eines einzelnen Nachfragerückganges über die verschiedensten Wirtschaftszweige könnte man es fast annehmen (S. 290)! Das Informationsargument wird schließlich im Zusammenhang mit der zunehmenden Arbeitsteilung, vor allem auch der internationalen Arbeitsteilung, hervorgekehrt: Es wird immer undurchschaubarer, wo man optimal veranlassen kann: „Die Absatzkrisen . . . sind eine Schattenseite der höheren Cultur selbst“<sup>78</sup>, wobei sich Roscher bei dieser Einsicht auf Schäffle beruft (S. 306). Roscher, Schäffle und später Stein<sup>79</sup> formen somit die spätere österreichische Konjunkturtheorie vor, und Roscher bereitet zumindestens das Fundament für Mengers Identifikation von Zeitdauer des Wirtschaftsprozesses mit der Wahrscheinlichkeit der Fehlkalkulation, Mengers zentrales „Zeit-Irrthum“-Paradigma.<sup>80</sup>

Noch vieles andere ließe sich aus diesem wahrhaft großartigen Beitrag von Roscher ableiten. Den Historiker etwa wird das zum Sayschen Gesetz gerade umgekehrte, von Roscher vorgetragene Entwicklungsgesetz faszinieren:

„Nur wo die Bedürfnisse steigen, nimmt auch die Produktion zu.“<sup>81</sup>

---

<sup>76</sup> Roscher, a. a. O., S. 297.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 300.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 308.

<sup>79</sup> Schäffle, a. a. O., S. 214-219. Lorenz v. Stein, Die Volkswirtschaftslehre, Braumüller, Wien 1878, S. 431 ff.

<sup>80</sup> Menger, a. a. O., S. 21 ff.

<sup>81</sup> Roscher, Absatzkrisen, loc. cit., S. 283.

Den Wirtschaftspolitiker wird Roschers „Therapie“ interessieren. Wenn der Leser Keynesianer ist, wird er den Ruf zu einer staatlichen Kreditexpansion begrüßen, die „Unterstützung der bedrängten Gewerbetreibenden durch *Vorschüsse aus der Staatskasse*“. Und natürlich begrüßen: „*von Staatswegen eine außerordentliche Beschäftigung*“.

„Am besten eignen sich zu solcher außerordentlichen Beschäftigung Chausseen, Eisenbahnen, Kanäle, Festungswerke, Holzkulturen, die wohl überhaupt, aber erst für die folgenden Jahre beschlossen waren.“<sup>82</sup>

Ist der Leser hingegen Monetarist, so wird ihn freuen, daß Roscher sich vollkommen klar ist, daß, wie die Absatzkrise durch Preiserwartungen kurzfristig begründet war, solche wirtschaftspolitischen Aushilfen auch nur kurzfristig sinnvoll, ja erforderlich sind (S. 381 ff.); daß er betont, daß die *Gleichmäßigkeit der Politik* erwartungsverstetigend wirke (S. 371 f.) und schließlich, daß Geldvermehrung als solche unsinnig sei, sofern sie nicht mit einem Realkasseneffekt einhergehe.

„Eine Geldvermehrung kann für das ganze Volk nur dann als Kapitalvermehrung gelten, wenn der Durchschnittspreis jedes einzelnen Geldstückes weniger abgenommen hat, als die Gesamtmasse des Geldes zugenommen.“<sup>83</sup>

Sie sehen, Roscher war keineswegs nationaler Überheblichkeit verfallen, wenn er behauptete:

„Auch im vorliegenden Menschenalter steht die deutsche Nationalökonomik jeder ausländischen mindestens gleich.“<sup>84</sup>

Ehrt eure deutschen Meister, so bannt ihre gute Geister, wie Richard Wagner sagt!

„Die Wiener Schule der Nationalökonomie . . . war eine bewußte Absage an den Versuch der klassischen Nationalökonomie, aber auch des Marxismus, den Wert als etwas Objektives, den Gütern und Dingen Anhaftendes darzustellen und der Versuch, die subjektive Wertung zur Geltung zu bringen . . . Also eine komplette Umkehrung der bisherigen Betrachtungsweise“,

gibt der Wiener Geisteshistoriker Norbert Leser eine austromarxistisch geprägte Standardlesart wieder<sup>85</sup>. Eine komplette Umkehr? Menger hätte im Hinblick auf 40 ihm vorausgehende Jahre deutscher Lehrbuchliteratur von sich viel eher sagen können:

<sup>82</sup> Ebenda, S. 376 und S. 380.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 392.

<sup>84</sup> *Roscher*, Geschichte der National-Oekonomik, München 1874, S. 1011.

<sup>85</sup> Norbert *Leser*, „Geistige und politische Strömungen in Wien um 1900“, in Peter *Berner*, E. *Brix*, W. *Mantl* (Hrsg.), Wien um 1900 — Aufbruch in die Moderne; Geschichte und Politik, Wien 1986, S. 63 ff., hier S. 65.

„It was a little like trotting down to the sea, minding your own business like any nice independent rat, and then looking around and suddenly discovering that you are a lemming.“<sup>86</sup>

Auch für die Wiener Universität, die Menger habilitierte und gleich berief, gilt: Sein älterer Kollege und Habilitationsgutachter, Lorenz von Stein, war zwar theoretisch nicht bedeutsam, aber gerade besonders subjektivistisch eingestellt<sup>87</sup>, so daß Menger die Tore offen standen.

Den deutschen Autoren schien ganz im Gegenteil gerade die *Arbeitswertlehre* als eine englische *Aberration*, gegen die man — wie ja auch Menger — in Nationalstolz polemisierte:

„Echt national (!) ist die englische (!) Ansicht, als wenn das Gleichgewicht der Preise darauf beruhete, daß alle Güter soviel Werth hätten, wie sie Arbeit gekostet“,

sagt Roscher<sup>88</sup>, worauf nach langer Zitierliste des sagenhaft belesenen Meisters — von Hobbes über Petty zu Ricardo und Mill, um nur vier der elf Genannten hervorzuheben — diesen Engländern Condillac entgegengehalten wird. Menger ist nicht der „odd man out“ in Deutschland. „Odd man out“, als Vertreter gerade auch einer abwegigen englischen Werttheorie, der Arbeitswertlehre, ist in der deutschen Nationalökonomie seiner Zeit vielmehr der emsige Leser im British Museum, Karl Marx. Von all den bedeutenden akademischen Lehrbuchschreibern kannte er nur den zu seiner Zeit durchschlagend erfolgreichsten, Roscher. Gerade dessen nutzwerttheoretische Condillac-Hinweise trieben Marx zur Weißglut.

„Weil Condillac noch nicht die geringste Ahnung von der Natur des Tauschwerths besitzt, ist er der passende Gewährsmann des Herrn Prof. Wilhelm Roscher für seine eignen Kinderbegriffe.“<sup>89</sup>

Marx ehrt Roscher schließlich mit dem Titel eines „schmalen deutschen Nachkläffers“<sup>90</sup>. Der alles sofort in seinen Fußnoten verarbeitende Roscher (er zitiert 1875 Marx sechs Mal) findet es umgekehrt zwar nicht der Mühe wert, Marx in seinem ausführlichen Kapitel zu „Socialismus und Communismus“ zu nennen, wohl aber den Kapitalbegriff von Marx für „ganz willkürlich“ zu erklären, zu betonen, daß er „in fast mythologischer Weise die Sache personificirt“, und werttheoretisch konsequent festzuhalten:

<sup>86</sup> Robert M. Solow, „The Economics of Resources or the Resources of Economics“, *American Economic Review*, Papers and Proceedings, Vol. 64 (1974), S. 1 ff., hier S. 2.

<sup>87</sup> Lorenz von Stein, *Lehrbuch der Volkswirtschaft*, Braumüller, Wien 1858. Die zweite Auflage heißt ders., *Die Volkswirtschaftslehre*, Braumüller, Wien 1878.

<sup>88</sup> Roscher, a. a. O., 5. Aufl., 1864, § 107, S. 200f.; meine Rufzeichen.

<sup>89</sup> Karl Marx, *Das Kapital — Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. I, Meissner, Hamburg 1867, Ausgabe MEW Bd. 23, Dietz, Berlin (Ost) 1969, S. 174; Marx zitiert Roscher zehnmal.

<sup>90</sup> Marx, a. a. O., S. 279.



„Wirklich beruht z. B. das ganze System von K. Marx auf dem ohne Beweisversuch angenommenen Irrthume der Ricardo'schen Schule.“<sup>91</sup>

Das Kapital von Marx ist nur „der neueste Rückfall in die alte Irrlehre von der Unproductivität der Kapitalien“<sup>92</sup>.

#### IV.

Nach all dem ist es verständlich, daß Menger sich in seinen „Grundsätzen“ nicht als *Revolutionär* gab, sondern sich vielmehr mit Recht als *Vollender* der deutschen Nationalökonomie fühlen konnte. Er „stieß“ in kein „theoretisches Vakuum“, wie es patriotische österreichische Tradition noch heute will<sup>93</sup>, zumindestens nicht in ein solches, was Deutschland betrifft.

Was ist nun aber doch bei Menger entscheidend neu? Bezüglich der Idee des abnehmenden Grenznutzens kann man eigentlich, wie gezeigt, nur sagen, daß er vorhandene erste Ansätze der deutschen Nationalökonomie verbesserte und vor allem viel ausführlicher darstellte und didaktisch aufbereitete. Das sogenannte „erste“ Gossensche Gesetz lag überhaupt, wie Blaug mit Recht betont<sup>94</sup>, in der Luft und wurde von vielen ausgesprochen. Neu war für Roscher<sup>95</sup> an Menger der Gedanke, daß er

„den Gebrauchswerth verschiedener Güter aus dem Gesichtspunkte miteinander zu vergleichen (sucht), daß Befriedigungsmittel eines weniger dringenden Bedürfnisses, wenn die jeweilig dringenden Bedürfnisse schon voll befriedigt sind, den Mitteln zur Übersättigung der letzteren vorgezogen werden.“

Neu ist also das *Zusammenspiel* der Nutzenfunktionen *verschiedener* Güter, das von Menger klar, in obigem Satz von Roscher hingegen unbeholfen formulierte sog. *zweite* Gossensche Gesetz. Wir würden, wenn wir uns der veralteten Sprache von etwa 1900 bedienen, heute sagen: Um maximalen Nutzen zu erreichen, muß jedes Bedürfnis bis zum gleichen Grenznutzenniveau befriedigt

<sup>91</sup> Roscher, a. a. O., 12. Aufl. 1875, § 42, S. 87; *ibid.*, § 22, S. 46; ebenda, § 47, S. 99. Besonders subtil-nationalistisch hält Roscher mit Hinweis auf eine Wiedergabe von Locke durch Marx S. 10 fest, daß die Engländer gerade den Gebrauchswert (den Nutzen) „germanisch“ mit „worth“, den Tauschwert hingegen „romanisch“ mit „value“ bezeichnen!

<sup>92</sup> Ebenda, § 189, S. 433.

<sup>93</sup> Kurt W. Rothschild, „Die Wiener Schule im Verhältnis zur klassischen Nationalökonomie, unter besonderer Berücksichtigung von Carl Menger“, in: Norbert Leser (Hrsg.), Die Wiener Schule der Nationalökonomie, Böhlau, Wien, Köln, Graz, S. 11 ff., hier S. 24: „Die Tatsache, daß Menger in Österreich zunächst auf ein theoretisches Vakuum stieß . . .“.

<sup>94</sup> Mark Blaug, *Economic Theory in Retrospect*, 4. Aufl., Cambridge Univ., Cambridge, London etc., 1985, S. 304. Blaug nennt Lloyd, Longfield (beide 1834) und kurz danach Senior, weiters Dupuit (1844), Gossen (1854) und Jennings (1855) als Grenznutzentheoretiker im 19. Jh.

<sup>95</sup> Roscher, a. a. O., 12. Aufl. 1875, S. 216.

werden; und im Optimum wird das Grenznutzenverhältnis zweier Güter ihrem Preisverhältnis gleich gemacht. Damit bestimmen aber auch am Markt die *Grenznutzenschätzungen der Kaufenden die relativen Preise*. Diesen Gedanken hatte Hildebrand keineswegs, während ihn alle drei neoklassischen Revolutionäre (Jevons, Menger und Walras) formulieren.

Freilich, auch dieser Gedanke war zu Mengers Zeit ganz so neu für die deutsche Nationalökonomie denn doch nicht; Mangoldt hatte in seinem auch von Menger weitgehend ignorierten „Grundriß“ aus 1863 das Grenznutzensausgleichsprinzip als Gleichgewichtsbedingung umrissen:

„In dem Falle gegenseitig sich vertretender Güterarten . . . bezeichnet das Verhältniß ihrer Preise dasjenige der ihnen zuerkannten Nutzwerte.“<sup>96</sup> Und Peter Mischler skizziert 1857 das zugrundeliegende Optimierungskalkül: „Jeder wird nun nicht mehr von einer gewissen Gattung von Gütern für ein bestimmtes Bedürfniß ankaufen, als er eben vernünftiger Weise aufzuwenden hat . . . Wer nun doch einen Überschub bei der Verwendung eines Gutes behielt, sucht ihn möglichst zu benützen, und zwar dadurch, daß er ihn als Tauschmittel zur Erwerbung eines anderen Gutes verwendet.“

Der aus Deutschland stammende Peter Mischler war von 1855 bis zu seinem frühen Tod 1864 Professor in Prag und somit nichts anderes als des vorgeblichen Autodidakten *Carl Menger akademischer Lehrer in Nationalökonomie im Studienjahr 1862/63!* Und Menger zeigt seine Vertrautheit mit Mischlers Lehrbuch dadurch, daß er es ausgiebig kopiert, freilich ohne je den Lehrer zu zitieren.<sup>97</sup>

Menger selbst formuliert die notwendige Konsequenz jedes Optimierungskalküls ausführlich wie folgt:

„Wir haben gesehen, dass das Bestreben der Menschen dahin geht, ihre Bedürfnisse vollständig, wo dies aber unthunlich erscheint, doch *so vollständig als möglich* zu befriedigen. Steht nun eine Quantität von Gütern Bedürfnissen gegenüber, deren Befriedigung für die Menschen eine verschiedene Bedeutung hat, so werden sie zunächst jenen Bedürfnissen genügen, oder aber dafür vorsorgen, deren Befriedigung für sie die höchste Bedeutung hat. Bleibt ihnen ein Überschuss, so werden sie denselben der Befriedigung derjenigen Bedürfnisse zuführen, welche im Grade der Bedeutung

<sup>96</sup> Mangoldt, a. a. O., S.57.

<sup>97</sup> Peter Mischler, Grundsätze der National-Oekonomie, Manz, Wien 1857, S. 231, großteils in Textthervorhebung.

Menger übernimmt etwa 10 Seiten von Mischler innerhalb der ersten etwa 40 Seiten seiner „Grundsätze“, so insbesondere auf S. 3 fast wortwörtlich die ersten drei Charakteristika von Gütern (Mischler spricht an der entsprechenden Stelle, S. 203, freilich vom Wert; doch Wert und Güter sind der subjektiven Betrachtung fast synonym) und weiters unter anderem fast wörtlich auf S. 38 die Vorstellung der „*unendlich(en)* Entwicklungsfähigkeit der menschlichen Bedürfnisse“ (Mischler S. 166 und nochmals S. 181).

Daß Menger Mischler nicht zitiert, mag einerseits darauf beruhen, daß er aus einer Vorlesungsmitschrift und daher nicht aus dem Lehrbuch zitiert; andererseits darauf, daß er im allgemeinen nur zu zitieren scheint, wenn er die Ahnenreihe eines Begriffes wiedergibt oder wenn er abweichender Meinung ist, nicht aber, wenn er Gedankenketten übernimmt. Der Theoriehistoriker muß eben auch den Wandel der Zitiersitten bedenken!

jenen obigen Bedürfnissbefriedigungen zunächst stehen, und so fort den allfälligen Rest der Befriedigung der dem Grade nach nächst wichtigsten Bedürfnisse.“<sup>98</sup>

Man vergleiche diesen „Überschuß“-Gedanken bei Menger mit dem des Lehrers Mischler, um zu sehen, daß Menger doch einen großen Schritt über den Lehrer hinausgeht<sup>98a</sup>! Da Menger ein allgemeines Zahlenschema für die Befriedigung verschiedener Bedürfnisse verwendet, ist es dem Leser klar, daß jedes Bedürfnis (womöglich) bis zum selben „Zahlenwert“ befriedigt wird<sup>99</sup>. Die Marktpreis-konsequenz wird bei Menger nur für den isolierten Tausch zweier Tauschpartner gezogen: Dieser wird so weit getrieben, bis

„sich keine Güterquantität mehr in dem Besitze des einen der beiden Contrahenten befindet, die für ihn einen geringeren Werth hätte, als eine Quantität eines anderen in der Verfügung des zweiten Contrahenten befindlichen Gutes.“<sup>100</sup>

Erst dieses Grenznutzenausgleichsgesetz kann die Grundlage einer neu konzipierten Preistheorie abgeben. Und diese ist ja nach Mengers eigenen Worten seine zentrale Absicht; er wollte, wie er sagte, die „Feststellung einer der Natur der Dinge entsprechende, alle Preiserscheinungen (somit auch den Kapitalzins, den Arbeitslohn, den Grundzins u.s.f.) unter einem einheitlichen Gesichtspunkte zusammenfassende Preistheorie“<sup>101</sup>. Auch die Faktorpreise sollten also nutzwerttheoretisch erklärt werden. Neu war bei Menger somit die klare Formulierung aller Kosten als *indirekte Grenznutzen* der Konsumenten. In der Ausformulierung eines subjektiv begründeten Grenzproduktivitätskalküls ist unter den drei Gründern der marginalistischen oder neoklassischen Revolution Jevons der „odd man out“, der diesen Gedanken nicht kennt. Menger formuliert ihn am allgemeinsten, Walras hingegen am präzisesten, aber nur an einem Spezialfall. Menger ging es aber auch noch um ein zweites: Er wollte den *Preiszusammenhang mehrerer Preise untereinander* zeigen. Er war zwar nicht, wie Walras, ein allgemeiner Gleichgewichtstheoretiker, wohl aber ein *Prozeß-analytiker einer allgemeinen Preisinteraktion*. Und das war erst recht neu.

Die deutsche Nationalökonomie der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte nämlich durchaus auch eine einheitliche Preistheorie, die voll durchexerzierte Nachfrage-Angebots-Paradigmatik. Angebotsseitig werden bei ihr die Preise vermehrbarer Güter jeweils durch die Kosten bestimmt. Dadurch bleibt sie jedoch rein partialanalytisch und verschließt sich den Zugang zum Verständnis der Gesamtheit des Preissystems. Denn bei diesem Ansatz stößt man letztlich

<sup>98</sup> Menger, a. a. O., S. 97f.

<sup>98a</sup> H. Rietler fragte nach dem Zusammenhang der Bedürfnislehre der Österreichischen Schule mit der philosophischen Erkenntnistheorie, insbesondere der von E. Mach in Wien. Dieser Zusammenhang ist durchaus gegeben, nur regten die zeitlich vorangehenden Ökonomen die Philosophen an, nicht umgekehrt.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 93.

<sup>100</sup> Menger, a. a. O., S. 168, dort gesperrt gedruckt.

<sup>101</sup> Ebenda, S. X (Vorwort).

auf ein Problem. Was bestimmt die Kosten der Kosten? Im endlosen Regreß bedarf es schließlich eines nicht mehr ökonomisch erklärbaren Elements, eines letzten a priori. Dieser logisch doch nicht unproblematischen einheitlichen Preistheorie der deutschen Nationalökonomie setzt Menger eine *noch* einheitlichere entgegen: *alle* Kosten erhalten ihren Preis letztlich auch über Nutzwertschätzungen, nämlich als indirekte Nutzen; letztes Angebotselement bleibt nur die Höhe des momentanen Vorrates. Und über die Nutzwertschätzungen hängen auch alle Kosten und alle Preise zusammen. Die Konsumgüter nennt Menger Güter erster Ordnung, die zu ihrer Erzeugung dienenden solche höherer Ordnung, umso höher, je konsumferner sie sind. Als „allgemeine(n) Grundsatz“ stellt er den Satz auf, „*dass der ökonomische Charakter der Güter höherer Ordnung durch jenen der Güter niederer Ordnung bedingt ist, zu deren Hervorbringung sie dienen.*“<sup>102</sup> Kostenaufwendungen sind bei kurzfristiger Preisbetrachtung immer irrelevante Aspekte der Vergangenheit:

„Wohl zeigt uns die Vergleichung des Werthes des Productes mit dem Werthe der zur Hervorbringung desselben verwandten Productionsmittel, ob und in wie weit die Production desselben, also ein der *Vergangenheit* angehörender Act menschlicher Thätigkeit, ein zweckmässiger, ein ökonomischer war, auf den Werth des Productes selbst haben die auf seine Hervorbringung verwandten Güterquantitäten aber weder einen nothwendigen noch auch einen unmittelbar massgebenden Einfluss;“<sup>103</sup>

übrigens, wie wir gesehen haben, fast eine Paraphrase von Hufeland. Hier ist kurz innezuhalten. Wohl um seine strikte Nutzwertlehre besonders rein darzustellen, liefert uns Menger — entgegen der deutschen Lehrbuchtradition, aber durchaus in Konformität mit Hufeland oder auch seinem eigenen Lehrer, Mischler — *keinerlei Angebotstheorie*. Implizit nimmt er somit das Angebot als *gegeben* an. Gegeben ist das Angebot jedoch höchstens kurzfristig, weshalb Menger genaugenommen uns nur eine *kurzfristige* Preistheorie der Überraschungseffekte liefert.

Menger entwickelt andererseits so wie kein anderer im revolutionären Dreigestirn den zentralen Gedanken, daß *Wirtschaftsveränderungen notwendig zu Faktorpreisänderungen* führen. Entgegen den doch sehr kasuistischen Einzelfallschilderungen bei Hermann und Roscher formuliert Menger diesen Schlüsseldanken ganz allgemein für alle Faktoren als

„allgemeines Gesetz der Werthbestimmung einer concreten Quantität eines Gutes höherer Ordnung“: „der Werth derselben (ist) gleich der Differenz zwischen der Bedeutung jener Bedürfnissbefriedigungen, welche im Falle unserer Verfügung über die Quantität des Gutes höherer Ordnung, dessen Werth in Frage ist, und jener, welche im entgegengesetzten Falle, bei jedesmaliger ökonomischer Verwendung der Gesamtheit der uns verfügbaren Güter höherer Ordnung erfolgen würde.“ Er fügt hinzu als weiteren Grundsatz, „dass der Werth eines Gutes höherer Ordnung um so

<sup>102</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>103</sup> Ebenda, S. 120.

grösser ist, je grösser der voraussichtliche Werth des Productes bei gleichem Werthe der übrigen zur Hervorbringung desselben erforderlichen complementären Güter.“<sup>104</sup>

Damit überträgt Menger das *Opportunitätskostenprinzip* auf Faktoren und verwendet es gleichzeitig, um den Preiszusammenhang transparent zu machen: alles kostet letztlich so viel, wie der Nutzenentgang bei seinem Wegfall ausmachen würde. Mit diesem Gedanken verwandelte Menger die halbe subjektive Preisbestimmung der deutschen Nationalökonomie seiner Zeit in eine ganze. Seine diesbezüglichen Gedanken sind so fundamental und auch vor dem Hintergrund der deutschen Nationalökonomie der Jahrhundertwende so überraschend, daß Roscher sie *nicht* gleich zitierte. Sie wurden von der österreichischen Schule immer wieder rekapituliert, insbesondere von Wieser, der sie geringfügig vertiefte und dann die Theoriegeschichte glauben ließ, sie stammten von ihm. Der Grenznutzen als solcher andererseits ist keineswegs besonders wichtig, obwohl Wieser später die Schule die Grenznutzenschule nannte. Das tat er aber vornehmlich in unterbewußter Selbstverherrlichung: denn erst Wieser schuf den *Ausdruck* Grenznutzen, den Menger nicht verwendete<sup>105</sup>.

Hermann in seinen ersten Überlegungen zu „preisbestimmten“ Kosten stützte sich, wie wir sahen, vor allem auf steigende Kostenverläufe. Das tut Menger nicht, einfach schon deswegen, weil er überhaupt keine Produktionstheorie heranzieht. Er entweicht den Fesseln des Nichtsubstitutionstheorems auf zwei andere Weisen. Erstens dadurch, daß er *Konkurrenz* als *seltenen Grenzfall* annimmt, wofür ihn Roscher, wie wir sahen, in seiner „Geschichte der National-Oekonomik“ besonders nennt, zumal wohl auch deshalb, weil dies wieder einmal Rauschen Andeutungen und Roschers eigenen Vorformungen entsprach<sup>106</sup>. Mengers 5. Kapitel zieht die Preistheorie bekanntlich vom extremen Gegenpol der „Concurrenz“, dem „isolierten Tausch“, her auf und schreitet über ein ungewöhnlich ausführliches Kapitel zum „Monopolhandel“ (26 Seiten) erst schlußendlich zum Konkurrenzfall vor. Noch wichtiger und ganz und gar neu ist jedoch zweitens die implizit das ganze Werk Mengers durchziehende Annahme, daß es *keinen* einzigen als solchen aussonderbaren *Primärfaktor* gäbe, sondern daß alle Produktionsfaktoren, die jeweils in unzähliger Variation auftreten, sich in steter Preisverschiebung zueinander befinden. Menger kennt *nicht* mehr die *drei klassischen, homogenen* Produktionsfaktoren, er kennt nur mehr unzählige

<sup>104</sup> Ebenda, S. 142.

<sup>105</sup> Friedrich von Wieser, Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Werthes, Hölder, Wien 1884, S. 128, verwendet erstmals den Ausdruck „Grenznutzen“; ders., Der natürliche Werth, Hölder, Wien 1889, meldet S. 12 auf diesen Ausdruck zuzusagen ein Patent an.

<sup>106</sup> Siehe verschiedene Auflagen von Roscher, § 100. Siehe auch die Ausführungen vor FN 72: Für Roscher, wie wohl auch für Menger, ist eine solche Darstellung nicht nur didaktischer Kunstgriff, sondern gleichzeitig auch Schilderung eines historischen Entwicklungsgesetzes!

„Bodennutzungen“, er kennt unzählige „concrete Arbeitsleistungen“, er kennt unzählige „Capitalnutzungen“<sup>107</sup>. Damit, und vor allem damit, stirbt der letzte Rest der Klassik dahin. Ähnliche Anklänge zur Vielfältigkeit der Arbeit finden wir auch bei Jevons, nicht aber bei Walras. Mir scheint dies der neuen wirtschaftshistorischen Erfahrung des 19. Jahrhunderts zu entsprechen, der relativ raschen Veränderung der Entlohnungsstruktur infolge des rascheren technischen Wandels, einer Veränderung, die sich vor allem in der Herausbildung vieler neuer qualifizierter Berufe ausdrückte. Die Veränderung der Preisrelationen innerhalb der Produktionsmittel andererseits infolge von Zins- und Lohnveränderungen faszinierte die spätere österreichische Schule, das Problem des von Hayek so benannten Ricardo-Effektes<sup>108</sup>. Gerade dieser Ricardo-Effekt war interessanterweise wieder besonders ausführlich und als typisches Problem in der Preistheorie von Hermann behandelt worden<sup>109</sup>.

Auch eine weitere Vorliebe der Österreicher, die Vorliebe für die *Geldtheorie*, läßt sich auf die deutsche Nationalökonomie zurückführen. Hier sind es wieder Roscher selbst, Schäffle und vor allem auch Knies<sup>110</sup>, die dort dieses Interesse repräsentieren.

Wir haben also in der Nutzbarmachung der Nutzenfunktion für eine Theorie des Preissystems und in der auf der Grenzproduktivität von Grenznutzen beruhenden Faktorbewegung die wesentlichen Neuerungen von Menger erkannt, nicht aber in der subjektivistischen oder auch nur in der individualistischen Ausrichtung als solcher. (So erklärt etwa schon Hermann das Volkseinkommen für einen problematischen Begriff, weil hier kein bewertendes Individuum vorliege, damit die Abneigung der Österreicher gegen Aggregate vorwegnehmend<sup>111</sup>.)

Eine wichtige Neuerung muß abschließend noch hervorgehoben werden, weil sie für die österreichische Schule, nicht aber für die allgemeine Neoklassik typisch war: die Menger besonders am Herzen liegende Darstellung der *vertikalen Güterstruktur* der Produktion. Aus ihr und der Zeitablaufbetonung entwickelte sich die *Kapitaltheorie* der Österreicher, die in der deutschen Nationalökonomie kein Gegenstück findet. Eng damit zusammenhängend steht ein viel zu wenig beachteter Gedanke Carl Mengers (nur beiläufige Ansätze hierzu haben wir bei Hermann und Roscher festgestellt): Mengers *Zeit-Irrthum*-

---

<sup>107</sup> Menger, a. a. O., S. 146 ff.

<sup>108</sup> Zuletzt Friedrich A. von Hayek, „Three Elucidations of the Ricardo Effect“, *Journal of Political Economy*, Vol. 77 (1969), S. 274 ff.

<sup>109</sup> Hermann, a. a. O., S. 87 f.

<sup>110</sup> Karl Knies, *Geld und Credit*, Bd. I: Das Geld, Bd. II: Der Credit, Weidmann, Berlin 1873 bzw. 1879.

<sup>111</sup> Hermann 1870, 2. Aufl., loc. cit., S. 43 f. Roscher 1874, *Geschichte der National-Oekonomik*, loc. cit., S. 869 kann sich mit dieser ihm zu individualistisch erscheinenden Sicht nicht anfreunden.



*Paradigma*<sup>112</sup>, die Vorstellung, daß zukünftige Wirtschaftsdaten fehleingeschätzt werden. Das Zeit-Irrthum-Paradigma und die anderen von ihm betonten Informationsmängel lassen Menger nicht zum Gleichgewichtstheoretiker werden. Darüber hinaus ist es aber von fundamentaler Bedeutung für seine wirtschaftspolitische Weltanschauung.

## V.

In ihrer subjektivistischen Ausrichtung ist die österreichische Schule, Menger folgend, eine *Wiederaufnahme und Weiterführung* der blühenden deutschen theoretischen Nationalökonomie um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Nicht anders ist es in ihrer *wirtschaftspolitischen Grundposition*. Für 1871 oder 1876 bereits altmodisch, nimmt Menger die wirtschaftsliberale Tradition im Geiste Adam Smiths der deutschen Wirtschaftspolitik während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder auf. In seinem meisterhaften Überblick nennt Richard Schüller, Mengers letzter Habilitant, als wesentliche Vertreter dieser Smith folgenden liberalen Richtung Kraus, Lotz, Jacob und den uns schon altbekannten Rau<sup>113</sup>:

„Während Kraus, Lotz, Jacob sozusagen mit einem Schlage von Smith's Lehren erobert wurden und sofort als grundsätzliche Vertreter der liberalen Politik auftraten, arbeitete sich Rau erst allmählich zu dem liberalen Standpunkte durch“,

den er seit Erscheinen der wirtschaftspolitischen Bände seines Lehrbuches (1828) deutlich vertritt. Die Wirkung von Rau ist freilich umso nachhaltiger, war er doch, wie Roscher schrieb, „der Volkswirtschaftslehrer der gut regierten deutschen Mittelstaaten von 1815-1848“.<sup>114</sup>

„Insgesamt gesehen hat sich in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Theorie des ökonomischen Liberalismus in Deutschland so weit verbreitet, daß von ihr als ‚herrschender Lehre‘ gesprochen werden kann“,<sup>115</sup>

sagt Harald Winkel.

Gerade anhand Mengers wirtschaftspolitischer Überlegungen können wir in anderer Art nochmals erkennen, worin seine Bedeutung als Wirtschaftstheoretiker lag. Betrachten wir ihn als erstes mit den Augen seines Schülers, Richard Schüller: Die deutsche Nationalökonomie hatte Gedanken einer subjektiven Wertlehre reichlich, aber mehr beiläufig und wie selbstverständlich und nur zur Klärung bestimmter Fragen verwendet. Menger hingegen erhob seine subjektive

<sup>112</sup> Menger, a. a. O., Überschrift von: Erstes Capitel, § 4, S. 21.

<sup>113</sup> Richard Schüller, Die Wirtschaftspolitik der Historischen Schule, Heymanns, Berlin, 1899, S. 37.

<sup>114</sup> Roscher, Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland, München 1874, S. 855.

<sup>115</sup> Winkel, a. a. O. (FN 20), S. 20.

Wertlehre zum *Prinzip*, zum Schlüssel für alle wirtschaftswissenschaftlichen Fragen, er machte sie zum Paradigma. Nicht anders in der *Wirtschaftspolitik*: *Auch diese versuchte Menger auf klaren Prinzipien zu begründen.*

Wenn wir Richard Schüller Glauben schenken dürfen, so ist es auch *weniger der Inhalt* der Mengerschen Aussagen, sondern vielmehr gerade dieser *prinzipielle Charakter* seiner Darlegungen, der später die deutsche historische Schule in Theorie wie Politik abschreckte.

„Dieser Gegensatz kommt vor allem darin zum Ausdruck, dass die historischen Volkswirte ihre Abneigung gegen allgemeine Maximen aussprechen, die Aufstellung volkswirtschaftlicher Ideale für nutzlos erklären, die ‚Deduktion aus grossen Prinzipien‘, das Handeln nach ‚theoretischen Grundsätzen‘ verwerfen . . . Sie sehen in den prinzipiellen Betrachtungen nicht eine der beiden grundlegenden Betrachtungsweisen wirtschaftspolitischer Probleme, sondern nur ihre Fehlerquelle.“<sup>116</sup> „Roscher, Knies, Hildebrand und die ihnen nahestehenden Volkswirte waren, wie ihre Vorgänger in der klassischen Periode, Gegner der prinzipiellen Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme.“<sup>117</sup>

Ja, Schüller vermag sogar Gustav Schmoller aus dem Jahr 1894 zum Verein für Socialpolitik mit der für unser heutiges Verständnis dieses Vereins ganz erstaunlichen Feststellung zu zitieren:

„Wir haben uns in unsern Generalversammlungen und Schriften stets gehütet, die grossen prinzipiellen Fragen zu erörtern.“<sup>118</sup>

Wie Schüller in unzähligen Beispielen darzutun versucht, sind die Mitglieder der historischen Schule in ihrer prinzipiellen Prinzipienlosigkeit und ihrer konservativen Vorliebe für das Bestehende jedoch nur Rohre im Wind der Zeiten. Nach seiner den hochmütigen Glauben der Österreicher und der Neoklassiker an ihre unangreifbare Objektivität widerspiegelnden Sicht sind die Mitglieder der historischen Schule also hemmungslos den Interessenargumenten der herrschenden Schichten verfallen, die einen mehr denjenigen der Agrarier, die anderen mehr denjenigen der Gewerbetreibenden. Schüller präsentiert uns zum Beispiel einen erzreaktionären Gustav Schmoller, der sich gegen eine Pflichtsozialversicherung für Arbeiter aussprach, gegen den Arbeitsschutz bei Landarbeitern und im Handwerk, gegen die rechtliche Zulassung von Gewerkschaften, hingegen eintrat für die strafgesetzliche Verfolgung des Kontraktbruches im Arbeitsvertrag in Handwerk und Landarbeit und vehement eintrat bis zuletzt für die Sozialistengesetze<sup>119</sup>. Jede im Zuge einer modernen Wirtschaftsentwicklung gelegene Wirtschaftspolitik hätte der Historismus hintertrieben, meint Schüller, erstens durch unberechtigte Ausnahmen von allgemeinen Postulaten,

---

<sup>116</sup> Schüller, a. a. O., S. 126.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 96.

<sup>118</sup> Ebenda, S. 96.

<sup>119</sup> Ebenda, S. 100-104.

zweitens durch die Befürwortung einer pervertierenden Allmählichkeit und drittens durch den Kampf gegen die wirksamsten Mittel<sup>120</sup>. Schüller schließt mit den Worten:

„Die historische Schule vermag den sozialen Problemen (!) unserer Zeit ebensowenig gerecht zu werden, wie ihre Vorgänger den liberalen Problemen. Die Volkswirte aber, die auf eine prinzipielle Behandlung dieser Probleme hinarbeiten, müssen dieselben Methoden anwenden, die von der klassischen Nationalökonomie auf die Fragen der liberalen Periode angewendet worden sind.“<sup>121</sup>

Menger selbst freilich gehört, wie wir gleich sehen werden, noch ganz und gar dieser liberalen Periode an. Und man muß den Mitgliedern der historischen Schule zugute halten, daß sie bestimmte theoretische Positionen Mengers auch deswegen ablehnten, weil sie fühlten, welche aus ihrer Sicht unerwünschten wirtschaftspolitischen Folgerungen aus ihnen flössen. In ihrer wirtschaftspolitischen Konsequenz besonders wichtig sind einerseits der methodische Individualismus Mengers, andererseits sein „Zeit-Irrthum“-Topos, zwei Ideen, die mit dem Grenznutzenprinzip als solchem rein gar nichts zu tun haben, die aber Menger wohl gerade auch wegen ihrer wirtschaftspolitischen Tragweite so wichtig waren. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen des methodischen Individualismus sind evident und treffen jede von einer organischen Staatsidee ausgehende Philosophie. Fast noch bedeutsamer und für das deutsche wirtschaftswissenschaftliche Denken besonders revoltierend ist jedoch der „Zeit-Irrthum“-Topos. Denn irrt der Mensch in seiner Voraussicht der Zukunft, so tut es vor allem auch der Wirtschaftspolitiker. Die Wirkungen wirtschaftspolitischer Eingriffe sind nicht vorhersehbar und daher die Eingriffe selbst zu unterlassen. Diese Argumentationslinie Mengers lehnt sich im übrigen eng an Adam Smith<sup>122</sup> an, für den der Versuch des Staatsmannes, in privates ökonomisches Handeln einzugreifen, geradezu Beweis für dessen „folly and presumption“ war.

Mit dem „Zeit-Irrthum“-Topos bereitet Menger einen neuen Höhepunkt wirtschaftsliberaler Argumentation vor: Er liefert im ursprünglichen Wortsinn die *Quintessenz* prinzipieller liberaler Einwände gegen Staatshandeln, also ein fünftes Element, das allen anderen vier Elementen des Liberalismus zur Grundlage dient<sup>123</sup>; und gerade diese Quintessenz liberaler Einwände war für die deutsche Nationalökonomie neu und unakzeptabel. Erstes liberales Prinzip ist

<sup>120</sup> Ebenda, S. 130f.

<sup>121</sup> Ebenda, S. 131; meine Rufzeichen.

<sup>122</sup> Zu der Argumentation von *Smith* siehe Erich *Streissler*, „Macht und Freiheit in der Sicht des Liberalismus“; in *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Ver. f. Soc. Pol., NF Bd. 74, II, Duncker und Humblot, Berlin 1973, S. 1391ff., hier S. 1400ff.

<sup>123</sup> Zur naturwissenschaftlich wirksamen englischen Lichtmystik von Roger *Bacon* und schon seinem Lehrer Robert *Grosseteste*, die im Licht die fünfte „Essenz“ hinter den vier Elementen („Essenzen“) Feuer, Luft, Erde und Wasser, also die letzte „Quintessenz“, die „prima forma corporalis“ sah, siehe R. W. *Southern*, Robert Grosseteste — *The Growth of an English Mind in Medieval Europe*, Clarendon, Oxford 1986, S. 136ff., S. 218f.

der am markentesten von Adam Smith vertretene Grundgedanke, daß es bei funktionierenden Wettbewerbsmärkten gar keinen staatlichen Handlungsbedarf gäbe, daß Wirtschaftspolitik *unnötig* sei. Zweitens, wie ebenfalls Adam Smith nie müde wurde zu betonen, dienen die meisten wirtschaftspolitischen Eingriffe *nicht dem Gemeinwohl*, sondern lediglich Partikulärinteressen. Drittens sind sie aber auch „not only fruitless but also hurtful“, wie bezeichnenderweise bereits das Gründungswerk des englischen Merkantilismus (!!), Thomas Mun, „England’s Treasure by Forraign Trade“, London 1664, immer wieder betonte<sup>124</sup>. Diese nur scheinbar widersprüchliche Doppelargumentation besagt: Gegen starke Marktkräfte verfehlen viele wirtschaftspolitische Maßnahmen weitgehend ihren Hauptzweck, sind also in diesem Sinne *wirkungslos*, zeitigen aber andererseits *schädliche* Nebeneffekte. Das ist die in der Ideengeschichte immer wiederkehrende, neuerdings von Lucas und Sargent und Wallace<sup>125</sup> hervorgekehrte *Politikineffizienzthese*, die dem deutschen wirtschaftspolitischen Denken des 19. Jahrhunderts, ebensosehr wie die erstgenannten beiden Prinzipien, nicht unbekannt war. Viertens zieht gerade wegen der schädlichen Nebenwirkungen ein erster wirtschaftspolitischer Eingriff häufig auch einen *endlosen Rattenschwanz weiterer* nach sich, der Mises-Hayek-Topos einer „Road to Serfdom“. Dieser Gedanke ist interessanterweise rudimentär bereits bei Rau zu finden: Er führte nämlich die von ihm abgelehnte staatliche Preispolitik als Folge auf die auch von ihm abgelehnte restriktive Zunftpolitik zurück:

„Die obrigkeitlichen Taxen . . . d. h. obrigkeitlich vorgeschriebene Preissätze für gewisse Waaren . . . (waren) ehemals eine unentbehrliche Maaßregel der städtischen Polizeiverwaltung, um die Bewohner davor zu schützen, daß die Verkäufer nicht jene Vortheile (sc.: ihre Monopolpositionen) zur Erzwingung hoher Preise mißbrauchten“. „Die Zunftverfassung erhöhte diesen Vortheil, indem sie die Vermehrung der Meisterzahl in den Städten, die Ansetzung von Dorfhandwerkern und die Einbringung der Waaren vom Lande in die Städte erschwerte, auch den städtischen Meistern eine Verabredung über die Preise ihrer Waren erleichterte.“<sup>126</sup>

Ein zweites Übel folgt so dem ersten. Rau bringt an dieser Stelle auch schon einen ersten Vorgeschmack eines Irrtums-Topos, wenn er sagt:

<sup>124</sup> Thomas *Mun*, England’s Treasure by Forraign Trade — or The Ballance of Forraign Trade is the Rule of Our Treasure, London 1664 (geschrieben um 1623), Nachdruck Basil Blackwell, Oxford 1949. Der Hinweis auf die Fruchtlosigkeit wie Schädlichkeit einer wirtschaftspolitischen Maßnahme wird vier Mal gebracht, und zwar in den Worten des Textes dieses Beitrages im Kap. XII, S. 42 und Kap. XXI, S. 87, im Kap. X, S. 36 ohne das Wort „also“ und im Kap. IX, S. 33 als „in a Dilemma, and fruitless“.

<sup>125</sup> Siehe Robert E. *Lucas, Jr.*, „Expectations and the Neutrality of Money“, Journal of Economic Theory, Vol. 4 (1972), S. 103 ff.; Thomas J. *Sargent* und Neil *Wallace*, „Rational Expectations, The Optimal Monetary Instrument and the Optimal Money Supply Rule“, Journal of Political Economy, Vol. 83 (1975), S. 241 ff.

<sup>126</sup> Karl Heinrich *Rau*, Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik, (Lehrbuch der politischen Oekonomie, 2. Bd.), Karl Winter, Heidelberg, 1. Aufl. 1828, zitiert nach 4. Aufl., 1854, Zweite Abtheilung, S. 347.

„Es ist schwer, (Preistaxen) ganz richtig zu bestimmen, weil die Gewerbsleute selbst gewöhnlich höhere Preise empfehlen und zu rechtfertigen suchen . . . Sie schlagen die Kosten . . . an, . . . wie sie im ungünstigsten Fall sein würden.“<sup>127</sup>

Mengers fünftes liberales Grundprinzip ist aber noch tiefer als diese bloße Irreführungsgefahr: Wirtschaftspolitisches Handeln erfordert vorausschauendes, planendes Handeln. Die Zukunft aber ist immer anders als erwartet. Der Staatsmann ist also in mehrfachem Wortsinn sehr *beschränkt*. Ein solcher grundlegender Zweifel gegenüber der Obrigkeit, wie gegenüber dem staatlichen Beamten, war der deutschen Nationalökonomie fast vollkommen fremd. Mehr oder weniger hätten ihre meisten Autoren dem alten v. Cölln zugestimmt, wenn er sagt:

„Ich gehe . . . von der Hauptidee aus: Dass die Regierung das Summum der Nationalweisheit enthalten, daher die Nationalbetriebsamkeit leiten . . . müsse!“<sup>128</sup>

Menger war also ein „Reformer“, mehr noch: ein Vollender gerade auch des deutschen Wirtschaftsliberalismus; und dieser sein Wirtschaftsliberalismus war und blieb das einigende Band der österreichischen Schule. Sozialisten wurden nie als ihre Mitglieder angesehen; nicht einmal Sozialpolitiker, wie Eugen Philippovich von Philippsberg, obwohl dieser der maßgebliche Popularisator von Mengers Ideen in Deutschland und — nach Stein — sein jüngerer Wiener Kollege war.

Bevor wir uns Mengers Prinzipien liberaler Wirtschaftspolitik nun endgültig zuwenden, müssen wir zum besseren Verständnis unseren Blick jedoch noch auf eine hektische Übertreibung des wirtschaftspolitischen Liberalismus in Deutschland nach dessen eigentlicher Blüte richten: auf das, was die „deutsche Freihandelschule“ oder die „Manchesterschule“ hieß, die also in Deutschland wirklich bestand — im Gegensatz zu England, wo es nie eine geschlossene Gruppe von „Manchesterliberalen“ mit einheitlichen Prinzipien gab<sup>129</sup>. Diese Gruppe scharte sich um Prince-Smith in Berlin, Max Wirth in Wien, Otto Michaelis und andere<sup>130</sup>. Schüler zieht ihre Autoren des Extremismus. Das Anliegen seines zitierten Buches aus 1899 ist es gerade, den klassischen Liberalismus (und damit die implizite wirtschaftspolitische Haltung der Österreichischen Schule) deutlich gegen die „Manchesterschule“ abzugrenzen.

„Auf wissenschaftlichem Gebiete bethätigten sich die liberalen Volkswirte dieser Periode nicht in selbständiger Weise. Sie benützten die klassische Nationalökonomie in

<sup>127</sup> Ebenda, S. 352.

<sup>128</sup> Zitiert nach *Schüller*, a. a. O., S. 62. Das Zitat stammt von Friedrich v. Cölln, *Die neue Staatsweisheit*, Berlin 1812, 2. Aufl. 1816, S. 2.

<sup>129</sup> Für England ist die Behauptung, es hätte je einen „Manchesterliberalismus“ als theoretische Position, statt lediglich als politische Gelegenheitskoalition gegeben, eine historische Fehldeutung, zurückgehend auf ein Schlagwort von B. *Disraeli*. Siehe William D. *Grampp*, *The Manchester School of Economics*, Stanford Univ., Stanford, Calif., 1960.

<sup>130</sup> Siehe *Schüller*, a. a. O., S. 78 ff.

oft oberflächlicher Art nur zu praktisch politischen Zwecken und formulierten die Smith'schen Lehren in einseitig chrematistischem Sinne . . . Mit Unrecht berief . . . sich . . . diese . . . wirtschaftspolitisch ganz einseitige freihändlerische Richtung . . . auf A. Smith, was allerdings ihre historischen Gegner gelten ließen.<sup>131</sup>

Ihre Position wird charakterisiert durch Prince-Smith, der, wie Winkel treffend formuliert, „dem Staat nur die Produktion von Sicherheit als Aufgabe zuerkannt(e)“, was Anlaß zum beißenden Wort vom „Nachtwächterstaat“ durch Ferdinand Lassalle wurde<sup>132</sup>. Tatsächlich waren die Autoren dieser extremen „Freihandelsschule“ oder Vertreter des „Manchestertums“ auch fast nur Journalisten und Agitatoren, wie Prince-Smith und Wirth, aber kaum je akademische Lehrer. Umso wirksamer waren sie in den Augen der Öffentlichkeit. Sie gründeten den „Kongress deutscher Volkswirte“, der 1858 erstmals zusammentrat und sich erst 1876 auflöste. Ihre Ausstrahlung reflektiert Roscher, wenn er für 1874 sagt, „(wir) finden nun zuerst eine förmliche *Schule* von geistreichen, thatkräftigen Männern, welche innerhalb des allgemeinen Rechtsgesetzes die Aufhebung aller Schranken des freien Individualverkehrs auf ihre Fahnen geschrieben haben“ und meint, diese Richtung wäre zu dieser Zeit so dominant erschienen, daß sie „im großen Publicum wohl mit der Nationalökonomie schlechthin verwechsel(t) werde“; wobei er die interessante entwicklungstheoretische These hinzufügt „freie Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit“ müsse, je „höher die Kultur steigt, um so mehr . . . die Regel“ sein<sup>133</sup>. Nach Roscher gilt also die Tendenz: Wirtschaftswachstum bringt faktisch Konkurrenz, politisch Liberalismus.

Dieser extremen Richtung gehörte Menger keineswegs an. Er war ein klassischer Liberaler, obwohl, wie wir sehen werden, ein solcher von außerordentlich reinem Wasser. Aus seinen Schriften wissen wir freilich recht wenig über seine wirtschaftspolitischen Prinzipien. Seine umfangreichen Arbeiten zur Währungsreform von 1892 sind technischer Art und bestenfalls auf die richtige Kaufkraftfeststellung, auf, wie Menger sagte, einen „gerechten Gulden“<sup>134</sup> ausgerichtet. Nur einmal nahm er zu grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik Stellung: in dem Presse-Aufsatz „Die Social-Theorien der classischen National-Oekonomie und die moderne Wirtschaftspolitik“, 1891. Hier betont er, daß die deutschen Angriffe auf „A. Smith und die Wirtschaftspolitik der Klassik auf Mißverständnis, ja Unkenntnis beruhen“. Sie sind „Folge einer missverständlichen Verwechslung der classischen National-Oekonomie mit . . . (den) Einseitigkeiten der Manchesterdoctrin“ (gemeint ist dabei die deutsche, die wir soeben charakterisiert haben). Menger fährt fort:

<sup>131</sup> Schüller, a. a. O., S. 79, S. 81.

<sup>132</sup> Winkel, a. a. O., S. 166.

<sup>133</sup> Roscher, a. a. O., S. 1015 und S. 1017.

<sup>134</sup> Carl Menger, Von unserer Valuta, in: Allgemeine Juristen-Zeitung, XV. Bd., Nr. 12 und 13, 20. Jan. und 1. Feb. 1892; zitiert nach Gesammelte Werke (s. FN 15), Bd. IV, S. 287 ff., hier S. 307.



„A. Smith stellt sich in allen Fällen des Interessen-Conflicts zwischen den Starken und den Schwachen *ausnahmslos* auf die Seite der Letzteren“. Er sei „überall dort für staatliche Eingriffe . . . wo es sich um die Beseitigung (einer die) Armen oder Schwachen . . . bedrückenden Gesetzgebung oder Gesetzanwendung handelt.“<sup>135</sup> „Es ist nicht wahr, es ist eine Geschichtsfälschung, dass A. Smith ein Doctrinär des ‚Laisser faire, laisser aller‘ ist und ausschließlich von dem völlig freien Spiele der individuellen Interessen das ökonomische Heil erwartet.“

Schließlich weist Menger auf John Stuart Mill als „die letzte Ausgestaltung des Classicismus“ hin<sup>136</sup>. Angesichts der stark sozialreformerischen Haltung des letzteren gewinnt man den Eindruck, daß Menger ein sehr gemäßigter, durchaus auch interventionistischer Liberaler, ein Sozialliberaler war. Die Ideen dieses seines Zeitungsartikels wissenschaftlich zu vertiefen, setzte Menger Richard Schüller in dessen Habilitationsarbeit an<sup>137</sup>.

Ein ganz anderes Bild gewinnt man, wenn man die unter Menger geschriebenen, unpublizierten Vorlesungshefte des Kronprinzen Rudolf betrachtet<sup>138</sup>; genauer nun erkennt man die sehr einschränkenden Worte der obigen Passagen, die sich *nur* auf Gesetzgebung und -anwendung beziehen, vom „Doctrinär“ sprechen, ein „ausschließlich“ betonen etc. Menger setzt sich eben *nur* gegen die Beschränkung des Staates ausschließlich auf die „Produktion von Sicherheit“ eines Prince-Smith ab!

Den Kronprinzen wurden die sehr *beschränkten Möglichkeiten* staatlicher Eingriffe gelehrt. Außerdem hemmten Staatseingriffe die *Privatinitiative* (die „Selbstbestimmung“), weswegen Sozialismus und Kommunismus abzulehnen seien. Die Verschiedenheit der individuellen Eigenheiten der Staatsbürger lassen eine — notgedrungen immer vereinheitlichende — Staatsversorgung als nicht bedarfsgerecht erscheinen. Es ist eine Hauptaufgabe der Regierung, Sparsamkeit und Fleiß zu unterstützen und dabei selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Als *ausschließlichen* „Eingriffsgrund“ des Staates arbeitet Menger (oder der Schüler, der 18jährige Kronprinz Rudolf) *externe* Effekte heraus, wobei wir uns erinnern, daß schon Hermann die externen Effekte in seinen Ausführungen zu den „Verhältnissen“ würdigte, und noch sehen werden, daß sie auch der Wirtschaftspolitik von Rau vornehmlich zugrundeliegen. Nur

---

<sup>135</sup> Carl Menger, „Die Social-Theorien der Classischen National-Oekonomie und die moderne Wirtschaftspolitik“, in: Neue Freie Presse, 6. und 7. Jan. 1891, Nr. 9470 und 9472, zitiert nach Gesammelte Werke, Bd. III, S. 219 ff., hier S. 223.

<sup>136</sup> Ebenda, S. 230 und S. 232.

<sup>137</sup> Richard Schüller, Die klassische Nationalökonomie und ihre Gegner, Heymanns, Berlin 1895.

<sup>138</sup> Auf den reichen theoriegeschichtlichen Schatz der Vorlesungsnachschriften des Kronprinzen Rudolf aus dem Jahre 1876, die im holographen Original im Österreichischen Staatsarchiv liegen, verwies mich Frau Dr. Brigitte Hamann. Ich verwende eine Rohabschrift derselben, die sie mir dankenswerterweise zur Verfügung stellte.

„anormale Fälle . . . gestatten das Einschreiten des Staates, in den normalen Situationen des volkswirtschaftlichen Lebens werden wir so ein Verfahren stets für schädlich erklären müssen.“

Diese „anormalen“ Fälle sind in heutiger Terminologie stets externe Effekte; andernfalls wäre „das Eingreifen des Staates . . . hindernde Bevormundung der eigenen Interessen der Bürger“. So muß der Staat Maßnahmen zur Bekämpfung von Viehseuchen oder das Überhandnehmen der Reblaus oder des Borkenkäfers ergreifen, weil sich diese Schäden über „einen Besitz“ hinaus erstrecken.

Der Staat hat Handelsverträge abzuschließen, weil dies die Kraft des einzelnen nicht vermag. Weiters ist es keine Bevormundung, wenn der Staat Einrichtungen schafft, die die Mittel der einzelnen übersteigen (positive externe Effekte): Bau von Landstraßen, Eisenbahnen, Kanälen und Schulen. Insbesondere Landwirtschafts- und Gewerbeschulen sind wegen der positiven externen Effekte praktischer Bildung zu fördern. Schließlich sind negative Eingriffe einzelner auf andere zu bannen: Arbeiterschutzgesetzgebung, Arbeitszeitregelung (die z. B. 15 Arbeitsstunden (!) täglich (!) in der Fabrik verbieten) und Regulierung der Kinderarbeit. Neben den obligaten „Maßregeln zur Beseitigung der Hindernisse einer blühenden Volkswirtschaft“ ist das alles; sonst hat der Staat nichts zu tun. Aus den Heften des Kronprinzen Rudolf sieht man somit, daß Menger doch eine sehr strikte liberale Position vertrat. Kein Wort etwa von sozialer Kranken- oder Altersvorsorge! Man könnte in der Begriffsfassung von Musgrave sagen: Menger billigte dem Staat *nur eine Allokationsabteilung* zu, die Verbesserung der Allokation angesichts externer Effekte. Weder eine Distributionsabteilung noch — natürlich — eine Stabilitätsabteilung des Staates existieren für ihn. Diese Sicht vermachte er dem Großteil seiner Schule.<sup>139</sup>

Studiert man die Hefte des Kronprinzen Rudolf im Detail, so wird am augenfälligsten ihre starke Abhängigkeit von Adam Smith. Fast jede Passage, ja fast jeder Satz läßt sich auf den „Wealth of Nations“ zurückverfolgen. Es ist frappant, daß Menger noch 1876, im Zentenarjahr der Erstauflage dieses Werkes, dem Kronprinzen fast nur Adam Smith beibrachte. Das Studium der deutschen Autoren belegt, daß entgegen manchmal vorgetragener Auffassung<sup>140</sup> Adam Smith überhaupt besonders nachhaltig in Deutschland wirkte

---

<sup>139</sup> Siehe ausführlicher hierzu Erich W. Streissler, „Carl Menger on Economic Policy: The Lectures to Crown Prince Rudolf“, *History of Political Economy*, im Druck.

<sup>140</sup> So kann ich Friedrich A. v. Hayek, Einleitung zu Carl Menger, *Gesammelte Werke*, Bd. I, 2. Auflage, Tübingen, Mohr, 1968, nicht voll folgen, wenn er sagt: „Nirgends vollzog sich jedoch der Niedergang der klassischen Schule der Nationalökonomie so schnell und so vollständig wie in Deutschland“ (S. VIII). Dies stimmt natürlich, wie gerade in dem vorliegenden Beitrag darzustellen versucht wurde, für die im Grunde jedoch ganz periphere Werttheorie der Klassik. Und gerade Hayek erkennt dies: „Mit ein Grund, warum die klassische Lehre in Deutschland niemals festen Fuß gefaßt hatte, war unter anderem, daß sich die deutsche Nationalökonomie gewisser jeder Kosten- und Arbeitswerttheorie inhärenter Widersprüche immer bewußt geblieben war“ (S. IX). In seinen

und gerade dadurch ungeschmälert weiterregierte, daß Ricardo und eben nur Ricardo und seine Schule in Deutschland nicht angenommen wurden.

„In der 1868 erscheinenden dritten Auflage seines ‚Lehrbuches der Politischen Ökonomie‘ stellt Rau unbeirrt fest, daß die politische Ökonomie auch heute noch als das System der Smithschen Lehre zu betrachten sei“,

vermerkt Harald Winkel erstaunt<sup>141</sup>; und Menger erweist sich diesbezüglich als Raus gelehriger Schüler. Nur die Allokationsabteilung des Staates zu sehen ist smithianisch, zur Zeit Mengers in der deutschen Nationalökonomie jedoch schon altmodisch. Denn wir haben ja gesehen, daß Roscher in seinem Artikel zu den Absatzkrisen durchaus eine Stabilitätsabteilung des Staates ins Auge faßte; und das gleiche tat, zumindestens verbal, die österreichische Politik nach dem großen Wirtschaftszusammenbruch von 1873. Und ebenfalls 1873 war der Verein für Socialpolitik ins Leben getreten, dessen Überlegungen vornehmlich um eine „Distributionsabteilung“ zu kreisen begannen. Menger bleibt hingegen für seine Wirtschaftspolitik bei dem einfachen Smithschen Prinzip des Vertrauens in das „obvious and simple system of natural liberty“ kombiniert mit einem zweiten Prinzip, dem der Berücksichtigung positiver und negativer externer Effekte, bei deren Vorliegen der Marktmechanismus ausnahmsweise das soziale Optimum verfehlt. Das ist aber auch genau der Gedankengang, den Rau in seinem Werk „Grundsätze der Volkswirtschaftspolitik“, erstmals 1828, herausgearbeitet hatte<sup>142</sup>; nur war Menger ein weit bedingungsloserer — oder ein weit prinzipientreuerer — Liberaler als Rau.

In der 4. Auflage aus 1854 hält Rau einleitend fest: Für die

„Leitung durch Zwangsmaaßregeln . . . (der) Volkswirtschaft . . . (durch die) Regierung . . . müßte man voraussetzen, daß entweder

1. die Bestrebungen der Einzelnen, ihren Vermögenszustand zu verbessern, durchgängig nicht wirksam genug seien, — oder
2. der eigene Vortheil, den die Einzelnen hierbei verfolgen, oft nicht mit dem Gemeinwohle zusammentreffe und jene deßhalb durch die Staatsgewalt gelenkt und gezügelt werden müssen.“<sup>143</sup>

Rau ist skeptisch, ob Punkt 1) angenommen werden könnte. Muß man dies im Einzelfall tun, so handelt es sich um ein Fehlen von Privatinitiative, über das sich, wie wir gesehen haben, auch Menger Gedanken macht. Punkt 2) spricht die externen Effekte an. Sie werden von Rau im folgenden ausgeführt:

„Die Einzelnen suchen nämlich ihren Gewinn nicht immer aus der Vermehrung der ganzen Gütermenge, sondern öfters bloß aus der Vertheilung derselben (also von anderen Personen), und bei dieser ist bisweilen der Schaden für einen Theil des Volkes

---

wesentlichen Kernaussagen wurde hingegen Adam *Smith* in Deutschland besonders geschätzt und lange tradiert.

<sup>141</sup> *Winkel*, a. a. O., S. 45.

<sup>142</sup> Siehe FN 126.

<sup>143</sup> *Rau*, a. a. O. (1828/1854), 1. Abtheilung, S. 3 f.

höher anzuschlagen, als die Gewinnste Weniger. Ferner kann der augenblickliche Vortheil Einzelner wenigstens mit Besorgnissen oder gewissen Nachtheilen für die Zukunft verknüpft sein“, — Rau nennt hier „unzweckmäßige Waldrodung, Raubbau in Bergwerken“ und umgekehrt die Vorteile von „Erfindungspatenten“ — „endlich können die Rechte Einzelner im Fortgange der Zeit der Einführung oder Verbesserung von Productions- oder Verkehrsmitteln in dem Grade hinderlich werden, daß eine Beschränkung der ersteren unvermeidlich wird“

— Rau nennt hier erforderliche Eingriffe „bei Anlegung von Landstraßen, Canälen, Eisenbahnen.“<sup>144</sup>

Mehr als Menger ist Rau somit nur auf sogenannte „pekuniäre“, also bloß umverteilende externe Effekte bedacht. Er betrachtet den Fall, der bei Menger bezüglich der Waldrodung auch vorkommt, daß die individuelle Zeitpräferenzrate von der sozialen abweicht. Schließlich analysiert er — und das sogar dann sehr eingehend in seinem Lehrbuch — ein Problem der modernen Wohlfahrtsökonomie, das bei Menger gar nicht aufscheint: den einen Staatseingriff rechtfertigenden Wohlfahrtsverlust durch Monopole, bei dem „der Schaden für einen Theil des Volkes höher anzuschlagen (ist), als die Gewinnste Weniger“. Seine Berechnung der Tauschvorteile über die Vorbehaltspreise ließ Rau wohl bereits das Problem erkennen, daß die durch Produktionsbeschränkung erzielbare zusätzliche Produzentenrente kleiner sein kann als der Verlust an Konsumentenrente. Hier kündigt sich die im engeren Sinne deutsche Vorliebe für Wettbewerbspolitik an. Menger und ihm folgend seine Schule sahen hingegen in Monopolen, die ohne staatliche Privilegierung entstehen, nie einen legitimen staatlichen Eingriffsgrund. Die Schule brachte vielmehr mit J. A. Schumpeter sogar den klassischen Verteidiger der möglichen Vorteilhaftigkeit von Monopolen hervor!

Auf die wirtschaftspolitischen Ausführungen Raus im einzelnen einzugehen, fehlt hier Raum. Nur zwei Gesichtspunkte seien herausgegriffen. Einerseits kann man die stete Betonung der Vorteile von Versicherungen, Banken, Kreditvereinen, Sparkassen, kurz der Bedeutung der Finanzintermediäre bei Rau als postmerkantilistisch kennzeichnen. Aber diese Sicht deckt sich genau auch mit der der Österreichischen Schule. Andererseits findet sich bei Rau ganz klar das Politikunmöglichkeitstheorem ausgesprochen.

„Die Regierung ist außer Stande, die Preise der Dinge zu beherrschen und einzelne Classen von Gewerbetreibenden vor Verlusten zu bewahren“<sup>145</sup>,

heißt es bei ihm. Und in einem Artikel aus 1835 vergleicht er die staatliche Wirtschaftspolitik mit der Pflege eines Baumes:

„Die eigentliche innere Triebkraft . . . in ihm . . . kann man nicht schaffen, nicht abändern.“<sup>146</sup>

<sup>144</sup> Ebenda, 1. Abtheilung, S. 5f.

<sup>145</sup> Ebenda, 1. Abtheilung, § 143, S. 277.

<sup>146</sup> Zitiert nach *Vopelius*, a. a. O., S. 108.

Ich fasse diese Überlegungen zur Wirtschaftspolitik Mengers und zu dessen Hintergrund in der deutschen Nationalökonomie zusammen: Wie Menger in gewissem Sinne der für Jahrzehnte *letzte rein theoretisch orientierte Nationalökonom* war, so ist er auch wirtschaftspolitisch ein *letzter Nachzügler der Liberalen* der 1848er Generation. Der deutsche Liberalismus ging durch Bismarck unter; und auch der österreichische endete politisch, bereits knapp nachdem Menger Ordinarius geworden war, durch den Antritt der Regierung Taaffe 1879. Aber auch in England siechte der Liberalismus am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts dahin. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß über Menger gerade im illiberalen Österreich die österreichische Schule eine Heimstätte des „lost cause“ des ökonomischen Liberalismus wurde und ihn pflegte zur Zeit seiner tiefsten Ebbe, insbesondere in der Zwischenkriegszeit.

## VI.

Wir kommen zu unserer abschließenden Frage, einem historischen Rätsel. Wir haben gezeigt, daß in der deutschen Nationalökonomie *eine* stark individualistisch geprägte subjektive Wertlehre bereits lange blühte vor „der“ subjektiven Wertlehre der Menger-Schule. Gibt es dafür eine Erklärung? Hier kann man nur Vermutungen anstellen. Aber vielleicht hat Stigler<sup>147</sup> recht, wenn er für die Wasserscheide zwischen Klassik und Neoklassik sagt:

„Previously it was a science conducted by non-academicians whose main interest was in the policy implications of the science; thereafter, it was conducted by professors who accepted the ruling values and incentives of scholarly activity.“

Stigler setzt aus der anglo-amerikanischen Sicht freilich diesen Übergang Ende des 19. Jahrhunderts an:

„Economics became primarily an academic discipline in the last decade of the nineteenth century.“<sup>148</sup>

Nicht so in Deutschland: Hier wurde Nationalökonomie eine akademische Disziplin viel früher.

Bereits 1712 erscheint in Deutschland die erste Doktordissertation, die nachzuweisen versucht, „daß die Oekonomie eine wirkliche Wissenschaft sei“<sup>149</sup>, Julius Bernhard von Rohr, *De excolendo studio oeconomico tam principum quam privatorum* (Leipzig 1712). 1727 wurden von Friedrich Wilhelm I. von Preußen die ersten beiden deutschen Professuren des Faches in Frankfurt an der Oder und in Halle an der Saale gegründet, letztere für Oeconomie, Policey und Cammer-Sachen.

<sup>147</sup> George J. Stigler, „The Adoption of the Marginal Utility Theory“, *History of Political Economy* 4 (1972), S. 571 ff.; hier S. 580 ff.

<sup>148</sup> Stigler, a. a. O., S. 576.

<sup>149</sup> Roscher 1874, a. a. O., S. 378.

Ihr erster Inhaber, Simon Peter Gasser, wurde gleich zur Ernennung — er war bereits Ordinarius in Halle — mit dem Geheimrattitel und erheblicher Gehaltsaufbesserung geehrt<sup>150</sup>, dergestalt von Anfang an den hohen sozialen Rang der Ökonomieausbildung in Deutschland manifestierend. Menger selbst saß auf dem wohl heute ältesten Ökonomielehrstuhl des deutschen Sprachraumes, dem 1763 für Joseph von Sonnenfels in Wien gegründeten. All dies ist gut hundert Jahre vor der Zeit etwa der ersten englischen Anfänge. Im 18. Jahrhundert war die deutsche Nationalökonomie freilich hauptsächlich kame-ralistisch auf die Staatsfinanzen ausgerichtet. Aber mit dem Aufschwung der Universitätsstudien ab dem frühen 19. Jahrhundert, als bereits jede deutsche Duodezuniversität einen Lehrstuhl für Ökonomie besaß und die größeren zwei, konnte sich eine sichtlich eigenständige akademische Disziplin entwickeln mit Lehrbuchautoren, die acht (Rau), ja sechsundzwanzig (Roscher) Auflagen ihrer Werke erlebten. Alle hier behandelten Autoren waren Professoren, und die Nichtprofessoren werden, wie Gossen, der allein in Roschers „Geschichte der National-Oekonomie“ nicht zitierte, von diesen Fachvertretern kaum wahrgenommen. Neoklassik ist Nationalökonomie von universitären Akademikern für universitäre Akademiker. Aber warum gerade ist dieses universitäre Zwiegespräch eines über subjektive Werte, über Güter und Bedürfnisse? Vielleicht hat hier doch Bucharin<sup>151</sup> recht, daß diese Sicht die Wirtschaftsmentalität des aus dem Produktionsprozeß bereits zurückgezogenen Rentiers widerspiegelt? Die deutsche akademische Jugend stammte kaum aus Kaufmanns- oder gar Fabrikantenfamilien, sondern hauptsächlich aus den freien Berufen und aus der Bürokratie; und diese hatten normalerweise Rentierkapital als Absicherung. Für den Studenten war eben Wirtschaft hauptsächlich „die sämtlichen Verrichtungen welche zur Versorgung einer gewissen Person mit (Gütern) bestimmt sind“, wie Rau sagt<sup>152</sup>, der Versorgung *ihrer* „gewissen Person“. Und da diese Schicht nicht sehr reich war, sprach sie auch der zweite — vor allem im ärmeren Österreich — übliche Begriff von Wirtschaft an, das Haushalten mit knappen Mitteln. Die älteste akademische Lehrtradition der Nationalökonomie könnte somit auch die Wiege der ersten protoneoklassischen Ausrichtung der Wirtschaftstheorie geworden sein. Unhistorischer Wirtschaftstheorie ist das eitle Glücksgefühl beschieden, das in jeder Generation wieder neu zu entdecken und ihr eigen zu nennen, was vergangene Generationen bereits genau kannten. Kommen noch nationale und sprachliche Grenzen hinzu, so kann ich nur mit dem alten Rau im Vorwort 1826 resignierend schließen:

„ob ich schon keinen Grund habe, zu hoffen, daß die Briten und Franzosen fürs Erste von der gewohnten Nichtbeachtung dessen, was von den Deutschen in diesem Fache geleistet wird, abgehen werden.“<sup>153</sup>

<sup>150</sup> Ebenda, S. 371 ff.

<sup>151</sup> Nikolai *Bukharin*, *The Economic Theory of the Leisure Class*, Greenwood Press, New York 1968 (urspr. 1919).

<sup>152</sup> *Rau*, a. a. O., 6. Aufl. 1855, S. 2.

<sup>153</sup> *Rau*, a. a. O., (1826), S. IX.





## Anhang

### **„Die Frau auf dem Gebiete der Nationalökonomie“ von Lorenz von Stein — Eine dogmenhistorisch relevante Damenrede**

Von *Hans Ch. Binswanger*, St. Gallen

Meine sehr verehrten Damen!

Vor drei Jahren hat Herr Grosseckttler in unserem Dogmengeschichtlichen Ausschuss in Stuttgart einen sehr eindrucksvollen Vortrag über Lorenz von Stein (1815-1890) gehalten<sup>1</sup>. Da fiel mir ein, daß in meiner Bibliothek ein Büchlein vom gleichen Oekonomen steht über „Die Frau auf dem Gebiete der Nationalökonomie“. Es ist, im Gegensatz zu einem früheren zweibändigen Werk über „Die wirtschaftliche Beziehung und die Lebensaufgabe der Hausfrau“ heute völlig unbekannt. In meine Bibliothek kam es durch meinen Vater, der es wiederum aus der Bibliothek seines Vaters, eines Psychiaters (also keineswegs eines Oekonomen!) geerbt hatte. Es ist 1876 im Verlag der Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart in 4. Auflage erschienen, und war damals offensichtlich ein Mode-Buch. „Man“ hatte es.

Nun hat der Besitz eines solchen einzigartigen Büchleins — wohl ein Unikum in der gesamten ökonomischen Literatur — mir das Vorrecht gegeben, Ihnen, meine Damen, meine Verehrung zu Füßen zu legen, indem ich aus diesem Büchlein zitiere, denn das Büchlein ist voller Verehrung für die Frau, — obwohl es wohl einer Kämpferin für die Rechte der Frau schaudern muss, wenn sie vernimmt, welche Rolle nach Meinung Lorenz v. Steins der Frau allein zukommt.

Zuerst aber das Lob der Frau. Lorenz von Stein schreibt:

„Ich habe die innige und auf der Erfahrung eines ganzen Lebens begründete Ueberzeugung, dass unter den edleren Geschlechtern der Menschheit nichts zur rechten Kraft und Geltung gelangt, was nicht die stille aber gewaltige Kraft, die in der Frau liegt, für sich zu gewinnen vermag, und seine Geltung durch das findet, was in der Frau lebendig ist. Und ich weiss, dass jede Frau das kühl lässt was sie nicht mit ihrem

---

<sup>1</sup> Heinz *Grosseckttler*, Die Staatsverschuldung aus der Sicht Lorenz von Steins, Nr. 92 der volkswirtschaftlichen Diskussionsbeiträge der westfälischen Wilhelms-Universität, Münster 1987.

Herzen versteht. Da aber wo sie liebt, versteht sie weit tiefer und inniger als der Mann.“<sup>2</sup>

Dieser Huldigung an die Frau möchte ich mich anschliessen, und so gelte auch für mich, was Lorenz v. Stein von sich sagt:

„Wenn Sie — meine Damen — freundlich aufnehmen und mit Ihrem Herzen verwerthen was ich bringe, so verstatten Sie mir die Bemerkung, dass Sie mir damit auch meine eigene Wissenschaft, die National-Oekonomie, aus einer werthvollen zu einer lieben machen. Denn das Auge der Frau ist zuletzt für jede Wissenschaft der Sonnenblick, der den nützlichen Acker, den wir bebauen, mit den Blumen schmückt, die wir ihr zum Kranze winden.“<sup>3</sup>

Nun, ich sagte, daß das Büchlein seinerzeit Mode war. Warum? Es drückt, so meine ich, tatsächlich in Reinkultur den Geist des bürgerlichen Zeitalters aus (auch wenn der Beschäftigung mit der sozialen Frage etwas mehr Raum gegeben wird, als es damals im allgemeinen üblich war). Allerdings ist auch unsere neoklassische Nationalökonomie, die ja zur gleichen Zeit entstanden ist, ein Erbe des bürgerlichen Zeitalters. Aber sie konnte nicht im gleichen Sinne „Mode“ werden, denn Lorenz v. Stein sagt alles viel schöner, auch wenn der Inhalt, natürlich weniger exakt formuliert, grundsätzlich der gleiche ist. Er sagt es nämlich nicht in Formeln und trockenen Begriffen, sondern in anschaulichen Worten, und — eben — voller Anerkennung für die Leistung der Frau.

Das Kennzeichen des neuen bürgerlichen Zeitalters ist die Betonung des Konsums und damit des Haushalts. Die Neoklassik spricht in diesem Zusammenhang von Indifferenzkurven und Grenzraten der Substitution, von Bilanzgeraden und relativen Preisen, und dann heißt es etwa so: bei vorgegebener Ausgabensumme (Bilanzgerade!) ist „im Haushaltsgleichgewicht der relative Preis gleich dem Grenznutzenverhältnis und beide sind umgekehrt proportional der Grenzrate der Substitution“<sup>4</sup>. Lorenz von Stein versteigt sich nicht in diese Abstraktion. Er erhebt zuerst fast sichtbar den Zeigefinger und weist darauf hin, daß die Frau die wichtige Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß die Familie nicht über ihre Verhältnisse lebt (also die Bilanzgerade im Auge behält!). Wörtlich heißt es:

„Der Erwerb des Mannes bedeutet eine Summe Geldes; die Verzehrer der Hauswirtschaft gleichfalls; und es ist jetzt, denke ich, klar, wenn ich dem Folgenden den Satz zu Grunde lege, dass alle gute Wirtschaft auf dem Verhältnisse der Geldsumme beruht, welche der wirtschaftliche Verbrauch von der Summe des Erwerbs in Anspruch nimmt. Denn es ist nicht möglich, dass die erstere auf die Dauer grösser sei als die letztere; ist sie es dennoch, so tritt das ein, was wir die Krankheit der Wirtschaft nennen. Die Ausgaben beginnen neben den Einnahmen das Capital zu verzehren; erst langsam und unscheinbar, denn rasch und immer rascher. . . . Wenn das so fortgeht, so wird aus der

<sup>2</sup> L. v. Stein, *Die Frau auf dem Gebiete der Nationalökonomie*, Stuttgart 1876, S. VI.

<sup>3</sup> Ebenda, S. VII.

<sup>4</sup> A. Woll, *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, 8. Aufl., München 1984, S. 133.

leichten Krankheit die schwere und die schwere Krankheit trägt den Keim des Todes im Herzen. Die Ziffer ist unerbittlich; sie legt die kalte Hand auf Glück und Liebe, und die erste Thräne fällt auf die erste — unbezahlte Rechnung. Welche Prosa! Und doch welch ein furchtbarer Ernst in dieser Prosa!“<sup>5</sup>

Das ist wirklich eindrucklich gesagt!

Da man auf die begrenzten Mittel achten muß, die zur Verfügung stehen, gilt es nun, die optimale Güterkombination — das Haushaltsgleichgewicht — zu wählen. Lorenz von Stein weist dabei darauf hin, daß das Mehr der einen Ware ja immer ein Weniger der anderen bedeutet und entwickelt so das Konzept der Substitutionsraten mit verständlichen Worten:

„Da ist das Brod, da ist das Fleisch, da sind Kaffee und Zucker, da sind Butter und Schmalz — und sehr bald wird eine kluge Frau innerwerden, dass immer und unerbittlich das, was ich für das Eine zu viel verwende, für das Andere weniger ausgegeben werden muss, soll nicht Unordnung kommen und an die Thüre klopfen.“<sup>6</sup>

Dabei wird

„die verständige Wirtschafterin sehr bald fühlen und herausrechnen . . ., dass alle diese Dinge eine gar stete, ja unerbittliche Rangordnung unter einander haben und dass es niemandem, auch der liebenswürdigsten Frau nicht, gestattet ist, sich auch nur eine Woche lang über diese Rangordnung der häuslichen Bedürfnisse zu täuschen, ohne den Irrthum gar bald zu empfinden.“<sup>7</sup>

Lorenz von Stein will damit auch auf die Leistung hinweisen, welche hinter dem Konsum steckt und die er der Frau zuordnet:

„Wenn die Lehre von der Production und ihren Bedingungen die Nationalökonomie der männlichen Kraft ist, so ist das Verständnis ihrer Gewalt, ihrer Ordnung, ihres unwiderstehlichen Einflusses das, was wir die Nationalökonomie der Frau nennen.“<sup>8</sup>

Zu dieser Nationalökonomie der Frau gehört aber auch die Sorge um die Kapitalbildung und das Sparen, welche neben dem Haushalten das zweite große Anliegen des bürgerlichen Zeitalters ist. Auch hier ist die Rolle der Frau nach Lorenz von Stein eine hervorragende, zwar nicht, indem sie Geld auf die Seite legt — das sei, so sagt er, Sache des Mannes — sondern indem sie durch haushälterischen Umgang mit den Dingen unnötige Ausgaben vermeidet. Haushalten und Kapitalbildung wachsen hier zu einer Einheit zusammen. Lorenz v. Stein weist dabei ausgesprochen nüchtern auf die ökonomische Bedeutung der hausfraulichen Tätigkeit hin:

„Ist diese Reinlichkeit, ist dieses unermüdliche Ausbessern, ist diese sorgende Arbeit für die Erhaltung aller grossen und kleinen Dinge bloss eine wohlthuende Annehmlich-

---

<sup>5</sup> L. v. Stein, a. a. O., S. 56.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 30f.

keit? Nehmen Sie einen Augenblick den Stift zur Hand — ist es viel oder wenig wenn ich sage, dass jedes Stück durch Ordnung, Reinlichkeit und Ausbessern mit Nadel und Scheere statt neun Tage zehn, statt neun Jahre zehn halten und Dienst leisten kann? Dass also die Frau durch ihre erhaltende Arbeit zum allerwenigsten doch ein Percent aller beweglichen Güter jährlich erspart? Dass das doch wohl durchschnittlich für jede Familie jährlich fünf Gulden ausmacht, welche die Frau nicht schafft, welche sie aber nicht untergehen lässt? Und wenn Oesterreich allein mindestens sechs Millionen Familien hat, dass die Frauen Oesterreichs damit jährlich mindestens dreissig Millionen Gulden ersparen — können, die der Mann *nicht* ersparen kann?“<sup>9</sup>

Aber es geht auch um die Ersparnisse in der Küche, indem man nichts verderben lässt, was etwas gekostet hat:

„Es waren vielleicht zehn Kreuzer — wer wird davon reden? Nun wohl, und wenn Sie 365mal zehn Kreuzer verlieren, so verlieren Sie 36 fl. 50 kr. im Jahr — ist das auch ganz gleichgültig? Und wenn 6 Millionen Familien täglich zehn Kreuzer verlieren, so hat das Volk täglich 600 000 fl. verloren — und wenn die Frau sie spart, hat das Volk 600 000 fl. täglich erspart. Ist das auch noch gleichgültig?“<sup>10</sup>

Und so gibt er schliesslich als guter Oekonom zu bedenken:

„Sind Sie ernstlich der Meinung, dass es der Liebe und der Achtung vor unseren Frauen Eintrag thut wenn man ihnen beweist, dass sie uns nicht bloss unendlich theuer, sondern dass sie uns ausserdem auch noch mindestens tausend Millionen, zu sechs Percent gerechnet, werth sind?“<sup>11</sup>

Aber nur ökonomisch allein will Lorenz v. Stein auch nicht argumentieren, und so schildert er liebevoll, wie diese Millionen erhalten werden

„durch die Arbeit der kleinen weichen Hände, die so wenig zu thun scheinen und so viel zu leisten fähig sind.“<sup>12</sup>

Diese Ausführungen lassen schon vermuten, daß Lorenz von Stein von der Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau nichts hält. Ganz im Gegenteil! Und so wettet er über alle Bestrebungen zur Emanzipation der Frau:

„Es gibt in dieser Frage zuerst ein Wort, das mit seinem Inhalt und Hintergrund wo immer es gesprochen wird, ein Gefühl des Missbehagens erweckt, ein Gefühl das man weder durch Reflection noch durch Gleichgültigkeit ganz zu beseitigen vermag, und das ich dennoch ernstlich berühren muss, weil theils grobes Missverständnis, theils unverzeihliche Eitelkeit es nur zu oft mit der eigentlichen Frauenfrage, ja sogar mit der höheren Auffassung der edelsten Weiblichkeit in Verbindung gebracht, ja selbst mit ihr verschmolzen haben. Verstatten Sie mir zuerst mit diesem Worte abzurechnen. Ich meine die Emancipation.“<sup>13</sup>

<sup>9</sup> Ebenda, S. 88.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 91 ff.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 92 f.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 89.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 37 f.

Die Frau sei heute (1876!) schon gleichberechtigt, sagt Lorenz von Stein. Mehr Emanzipation brauche es nicht:

„Es ist wahr, es gab Jahrhunderte ja Jahrtausende, in denen das Recht der Frau wirklich unter dem des Mannes stand. Der Mann war in jenen Zeiten factisch der ‚Herr‘. . . . In unserer Zeit aber gehört dieser Zustand der alten Geschichte; er ist überwunden und abgethan. . . . Mit unserem Jahrhundert, dem Jahrhundert der staatsbürgerlichen Gesellschaft, ist diese Kette gebrochen. Die Frau steht dem Manne wirtschaftlich und rechtlich gleich. . . . Oder ist sie nicht frei in Kunst, Literatur und Wissenschaft? Gibt es da noch etwas, was zu ‚emancipiren‘ wäre bei all den Künstlerinnen und Schriftstellerinnen, die uns so oft die schweren Stunden versüssen und das Herz erwärmen? Empfangen wir nicht alle doppelt dankbar das Schöne aus der Hand der Schönen? Oder hemmt irgend ein Recht die Feder, den Fuss, das klangvolle Lied der Frau in die formale Kunst die tiefe Weichheit ihres Herzens zu legen, oder dem Golde die Hand hinzureichen?“<sup>14</sup>

Die Selbstständigkeitsbestrebungen der Frau müssen — so sieht es Lorenz von Stein — dort haltmachen, wo die Ehe gefährdet wird. Es geht ihm offensichtlich auch darum, den „Haushalt“ zu retten. Denn wo käme die Nationalökonomie hin, wenn der „Haushalt“ und damit die Haushaltsökonomie verschwindet, wenn man, wie es dem Mann wohl viel leichter fällt, von der Hand in den Mund lebt und verschwenderisch und nicht mehr haushälterisch mit den Dingen umgeht? In einer dauerhaften Ehe ist der „Haushalt“ und die Oekonomie sicher besser aufgehoben! Allerdings sagt es Lorenz v. Stein wesentlich vornehmer:

„In dem Zustande unserer Gesellschaft ist die Emancipation ihrem wahren Wesen nach die der Ehe; und die Aufgabe der Gesittung unserer Zeit sollte darum nicht in der Bekämpfung jener Emancipationsidee, sondern in der Erhebung der Idee der Ehe, in der Entwicklung des grossen Gedankens liegen, dass die Frau eben erst durch die Ehe, durch die Erfüllung der männlichen Individualität mit dem ewig Weiblichen, durch die höchste innigste Verschmelzung der beiden sich gegenseitig erst zur vollen Entwicklung bringenden Grundformen des Menschen der zweite Factor alles Menschlichen zu werden bestimmt ist. . . . So ist die Ehe eben darum göttlich, weil sie uns lehrt und zwingt, wenigstens einem menschlichen Wesen so nahe zu stehen, wie die Gottheit uns allen, und wenigstens in einem menschlichen Wesen, wenigstens in dem Auge eines Sterblichen, wenigstens an dem Herzen eines liebenden Wesens das süsse Glück unserer seligsten und stolzesten Stunden zweimal zu geniessen, das Unglück theilen zu dürfen. Und das, diesen Abglanz eines Daseins, das unser Wissen nicht erreicht und das doch unserem Glauben und Herzen ewig gegenwärtig ist, das wollt ihr negiren oder zerstören um dieser ‚Emancipation‘ willen? — Nein; der Gedanke einer Frau mag sich in der leeren Stunde damit beschäftigen, aber das Herz einer Frau versteht euch nicht!“<sup>15</sup>

Nun, das alles klingt sehr, sehr altmodisch. Die Frau hat heute — Gott sei Dank! — mehr Freiheit und Selbständigkeit als es sich Lorenz v. Stein vorstellen konnte, und die Oekonomie kommt auch offensichtlich ohne so strenges

<sup>14</sup> Ebenda, S. 39 ff.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 44 ff.



Haushalten aus, wie es Lorenz v. Stein vorschwebte. Aber — Hand aufs Herz! — haben seine Worte nicht *auch* einen wahren Kern, wegen dem es sich lohnt, sein Büchlein aus dem Staube des 19. Jahrhunderts auszugraben? Nicht wegen der Oekonomie, sondern wegen Ihnen, meine Damen, und dem, was Sie uns Männern schenken! Denn, so sagt Lorenz von Stein:

„Das Haus ist die Arbeit der Liebe.“<sup>16</sup>

Er denkt dabei nicht nur an die junge, sondern auch die ältere Frau. Er will sie trösten:

„Und indem ich nun von der Frau zuerst spreche, gestaltet sich vor mir ein eigenthümliches Bild; sie sitzt an ihrem Tischchen, das Haupt gestützt, das Auge ist nach innen gerichtet und der Gedanke wandert in vergangene Zeiten. Auf den weiten Weg fällt eine Thräne, eine zweite; sie fallen auf die Blätter der Rose, welche Jahr um Jahr zerrissen und verwelkt auf den kälter werdenden Boden des kommenden Alters niederfallen, und auf jedem dieser Blätter steht eine süsse Erinnerung geschrieben, die eine warme theure Stunde wachruft. Warum doch muss auch das verschwinden, was so schön und was so süß war? Warum habe ich nicht mehr, was ihn und mich so glücklich gemacht? Warum habe ich es nur halb, warum habe ich es nie gehabt? Warum soll die Liebe gefesselt sein an etwas, was sie selbst nicht festzuhalten vermag? Warum gibt es einen Tod der Jugend und der Schönheit vor dem Tode des Lebens, und warum versagt das Leben der einen was es der andern mit vollen Händen bietet? Kennen Sie diese Fragen der stillen Stunden? Und wer konnte sie nicht?“<sup>17</sup>

Aber:

„Vergiss es nie, der Mann will in der Braut die Braut, aber in der Frau will er die Frau. Er will ein Wesen, das ihn nicht bloss liebt, sondern das ihn versteht. Er will jemanden, dem nicht bloss das Herz für ihn schlägt, sondern dessen Hand ihm auch die Stirne glättet, der in seiner Erscheinung den Frieden, die Ruhe, die Ordnung, die stille Herrschaft über sich selbst und die tausend Dinge ausstrahlt, zu denen er täglich zurückkehrt; er will jemanden, der um alle diese Dinge jenen unaussprechlichen Duft der Weiblichkeit verbreitet, der die belebende Wärme für das Leben des Hauses ist.“<sup>18</sup>

Ich habe den begründeten Verdacht, — begründet, weil ich es selbst so erlebe —, daß diese Worte, so sentimental sie klingen mögen, bis heute ihre Gültigkeit bewahrt haben, auch wenn wir uns daran machen, das bürgerliche Zeitalter mit seiner Betonung von Haushalten und Sparen zu verlassen!

Und so möchte ich schließen mit der Wiederholung der Worte, die ich am Anfang zitiert habe:

„Wenn Sie freundlich aufnehmen und mit Ihrem Herzen verwerthen was ich bringe, so verstatten Sie mir die Bemerkung, dass Sie mir damit auch meine eigene Wissenschaft, die National-Oekonomie, aus einer werthvollen zu einer lieben machen.“<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Ebenda, S. 107.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 101 f.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 103 f.

<sup>19</sup> Ebenda, S. VII.